

## **F1** Vorschlag zur Besetzung des Präsidiums

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 02.02.2021  
Tagesordnungspunkt: 1.1. Präsidium

### **Antragstext**

- 1 • Anna Solar (Präsidium LPR, KV Viersen)
- 2 • André Zöhren (Präsidium LPR, KV Duisburg)
- 3 • Katrin Uhlig (Präsidium LPR, KV Bonn)
- 4 • Max Löffler (Präsidium LPR, KV Köln)
- 5 • Derya Karadag (KV Köln)
- 6 • Luis Bobga (KV Steinfurt)
- 7 • Laura Steeger (KV Mönchengladbach)
- 8 • Karsten Ludwig (KV Krefeld)
- 9 • Nyke Slawik (KV Leverkusen)
- 10 • Frederik Antary (KV Ennepe-Ruhr)
- 11 • Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal)
- 12 • Raoul Roßbach (Landesgeschäftsführer, KV Herne)
- 13 • Schahina Gambir (KV Bielefeld)

## **F2** Vorschlag zur Tagesordnung

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 21.05.2021  
Tagesordnungspunkt: 1.2. Vorschlag zur Tagesordnung

### **Antragstext**

- 1 Vorschlag zur Tagesordnung:
- 2 1. Formalia
- 3 2. Aktuelle Politische Lage
- 4 3. Natur und Umwelt konsequent schützen
- 5 4. Das Gesundheitssystem von morgen gestalten
- 6 5. Jahresabschluss 2020/ Haushalt 2021
- 7 6. Wahlen
- 8 1. Delegierte Länderrat
- 9 2. Delegierte Frauenrat
- 10 3. Sachverständiges Mitglied im Bundesfinanzrat
- 11 7. Satzung/ Statuten
- 12 8. Verschiedenes

## **U-1** Sichern wir unsere Lebensgrundlagen - Natur und Umwelt konsequent schützen

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 17.05.2021  
Tagesordnungspunkt: 3. Natur und Umwelt konsequent schützen

### **Antragstext**

1 *Unsere Umwelt und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere*  
2 *Lebensversicherung und die unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Wir*  
3 *müssen erhalten, was uns erhält: reine Luft zum Atmen und sauberes Wasser zum*  
4 *Trinken, gesunde Böden für gesunde Nahrung, Wälder und Stadtnatur, das*  
5 *lebenserhaltende Netz der Arten und die natürlichen Ressourcen, auf denen unser*  
6 *Wohlstand beruht.*

7 *Der Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist dabei keine rein ökologische Frage,*  
8 *sondern auch eine soziale und wirtschaftliche Frage, die Auswirkungen auf die*  
9 *Gesundheit jedes Einzelnen und auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens hat.*  
10 *Gerade Menschen mit geringen Einkommen können sich Wohnungen oft nur in Gebieten*  
11 *leisten, in denen schlechte Luftqualität und hohe Lärmbelastung vorherrschen und*  
12 *der Zugang zu wohnortnahe Grün nicht gegeben ist.*

13 *Entschlossene Umweltpolitik bedeutet für uns: entschlossene Gesundheits- und*  
14 *Sozialpolitik.*

15 *Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Grundlage unserer Politik. Die*  
16 *ökologischen Belastungsgrenzen sind in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen*  
17 *bereits überschritten. Klimakrise, Flächenversiegelung, industrielle*  
18 *Landwirtschaft, Rohstoffabbau und globalisierter Konsum hinterlassen immer mehr*  
19 *Spuren in unserer Natur. So sind etwa bereits ein Drittel aller Bäume in NRW*  
20 *deutlich geschädigt. Fast die Hälfte aller Pflanzen-, Pilz- und Tierarten stehen*  
21 *auf der Roten Liste, sind also gefährdet. Und unsere Verantwortung geht noch*  
22 *weit über die heimische Natur hinaus, denn der Verlust der Biodiversität ist ein*  
23 *globales Problem.*

24 *Zuversichtlich stimmt uns, dass zahlreiche Umweltprobleme wie die*  
25 *Rheinverschmutzung oder das Ozonloch in der Vergangenheit mithilfe klarer*  
26 *Regulierung, neuer Technologien und gesellschaftlichem Konsens gelindert werden*  
27 *konnten. Artensterben, Klimakrise oder die Vermüllung der Ozeane erfordern heute*  
28 *komplexere Lösungen - diese Lösungen liegen aber bereits auf den Tisch und nach*  
29 *wie vor gilt und es braucht eine politische Kraft, sie umzusetzen.*

30 *Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der*  
31 *anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige*  
32 *Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können*  
33 *nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von*  
34 *Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO<sub>2</sub>-Senken wie Wälder, Moore und*  
35 *Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und unwiederbringlichen Umbau*  
36 *dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen, Klimaschutz und*  
37 *Biodiversitätsschutz gemeinsam voranzubringen. Dort, wo es Zielkonflikte*

38 *zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE in der Verantwortung,*  
39 *neue Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte Natur, ohne*  
40 *Naturschutz kein gutes Klima.*

41 *Aktuell steckt NRW fest in einem Entfesselungs-Mantra, in dem*  
42 *Wirtschaftswachstum auf Kosten von Artenvielfalt, Natur, Klima und*  
43 *gesundheitlicher Folgen für die Menschen in NRW gefördert werden soll. Dabei*  
44 *sind die Bürger\*innen, Teile der Wirtschaft und viele Kommunen längst weiter und*  
45 *fordern: Nur wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, sichern wir*  
46 *mittel- und langfristig Wohlstand in unserem Industrieland und garantieren die*  
47 *Grundlagen für ein Leben in Freiheit und Würde. Anstatt Wirtschaft und Umwelt*  
48 *gegeneinander auszuspielen, benennen wir GRÜNE Wege, damit Naturschutz sich für*  
49 *alle auszahlt. Wir wollen, dass unsere Industrie und Landwirtschaft mit der*  
50 *Natur wirtschaften statt gegen sie und dass unsere Wirtschaft zu einem Kreislauf*  
51 *wird, in dem Ressourcen wiederverwendet werden.*

52 *Neue Technologien und die Digitalisierung können uns ebenfalls helfen*  
53 *nachhaltiger und gesünder zu leben und zu wirtschaften, wenn sie von klaren*  
54 *gesetzlichen Leitplanken gelenkt werden. Technologien werden grundlegende*  
55 *Veränderungen und schnelles Handeln aber nicht ersetzen, sondern nur ergänzen*  
56 *können. Lange war NRW Vorreiterin in Sachen Umwelttechnologien. Wir sind*  
57 *überzeugt: Es ist ein Standortvorteil, die sauberste Industrie zu haben.*

58 *Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die der Natur mehr Raum gibt – in der Stadt*  
59 *und auf dem Land. Und wir geben dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz in*  
60 *Nordrhein-Westfalen den Wert, der ihm gebührt: Politische Aufmerksamkeit,*  
61 *wirksamen gesetzlichen Schutz, ausreichend finanzielle Mittel, wirksame*  
62 *Strukturen und ausreichend qualifiziertes Personal für die Umweltverwaltung*  
63 *sowie Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Klima- und Naturschützer\*innen in*  
64 *unserem Land.*

## 65 **Weitsichtige Politik für Natur- und Artenschutz**

66 *Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten spitzt sich jedes Jahr global wie in*  
67 *Nordrhein-Westfalen zu. Wir stehen weltweit mitten im sechsten großen*  
68 *Massenaussterben der Erdgeschichte. Besonders die Situation der Insekten ist*  
69 *dramatisch. Selbst in Schutzgebieten, den eigentlich Rückzugsräumen für viele*  
70 *Arten, ist die Zahl der Insekten in den letzten 30 Jahren bis zu 80%*  
71 *zurückgegangen. Viele Arten sterben zudem unerkannt, weil sie schlicht noch*  
72 *nicht entdeckt wurden.*

73 *Mit den Insekten gehen die Arten in den Nahrungsnetzen, Vögel, Frösche,*  
74 *Eidechsen, Säugetiere, unwiederbringlich verloren. Gewachsene Ökosysteme brechen*  
75 *zusammen. Flächenverbrauch, Land- und Forstwirtschaft sowie ungenügender Schutz*  
76 *in Schutzgebieten setzen Vögeln, Amphibien, Säugetieren, Pflanzen und Co. zudem*  
77 *direkt zu.*

78 *Intakte Ökosysteme verhindern die Ausbreitung von Schädlingen und begrenzen*  
79 *natürlicherweise die Ausbreitung von Krankheiten, darunter auch*  
80 *Infektionserreger wie das pandemische Corona-Virus.*

81 *Für uns GRÜNE ist der Natur- und Artenschutz Teil unserer DNA. Deswegen*  
82 *unterstützen wir von Anfang an mit voller Überzeugung die Volksinitiative*  
83 *Artenvielfalt NRW. Denn anders als bei früheren Massenaussterben der*  
84 *Erdgeschichte haben wir Menschen es selbst in der Hand unsere Ökosysteme zu*  
85 *schützen. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir GRÜNE arbeiten mit den vielen*

86 Verbündeten in den Umwelt- und Naturschutzorganisation gemeinsam daran, unsere  
87 Artenvielfalt und unsere natürlichen Lebensräume zu bewahren:

- 88 • Der **Flächenfraß** ist eine der Hauptursachen für das Artensterben. Jeden Tag  
89 gehen in NRW ca. zehn Hektar Fläche unter Beton und durch Abgrabungen im  
90 Tage- und Kiesabbau verloren. Gerade auch landwirtschaftlich nutzbare  
91 Flächen gehen verloren, und sorgen damit für steigende Pachtpreise für die  
92 Landwirt\*innen und verschlimmern so das Höfesterben. Wir GRÜNE setzen uns  
93 **kurzfristig für die Wiederaufnahme des 5-Hektar-Ziels** ein, das von  
94 Schwarz-Gelb aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen wurde. Bis **2035**  
95 **wollen wir den Flächenverbrauch auf netto null** absenken und dafür eine  
96 wirksame Strategie, operative Ziele und konkrete Maßnahmen erarbeiten. Wir  
97 setzen uns für ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in der die  
98 ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert  
99 enthält.
- 100 • Wir schaffen einen übergreifenden Biotopverbund für NRW. Wiesen, Weiden,  
101 Gewässerränder und andere Strukturen bilden hier ein Netz, in dem die  
102 Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch  
103 gewährleistet wird.
- 104 • **Durch einen Nationalpark in der Senne und neue Schutzgebiete schaffen wir**  
105 **zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten.** Wo immer möglich müssen  
106 Schutzgebiete verbunden und größere Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir  
107 wollen Anreize für Förderprogramme und Vorgaben für den Erhalt  
108 unterschiedlicher Lebensraumtypen schaffen und setzen dafür auf ein  
109 integriertes Lebensraumentwicklungsprogramm. Das Vorkaufsrecht für  
110 Schutzgebietsflächen für Verbände muss endlich umgesetzt werden.
- 111 • **Die Biodiversitätsstrategie NRW** ist ein wichtiges Instrument für den  
112 Naturschutz in NRW. Wir führen sie fort und überarbeiten sie. Dabei  
113 aktualisieren wir ihre Ziele vor dem Hintergrund neuer  
114 naturwissenschaftlicher Daten. Und unterlegen sie mit einem konkreten  
115 Maßnahmenprogramm „**Landesprogramm Biologische Vielfalt**“.
- 116 • **Bestehende Schutzgebiete wollen wir besser schützen.** Das gelingt durch ein  
117 Verbot chemisch-synthetischer Pestizide und Mineraldünger in  
118 Schutzgebieten, durch ausgedehnte Pufferstreifen und eine artenfreundliche  
119 Bewirtschaftung. Wir fördern gezielt eine vielfältige Landschaftsstruktur  
120 von Hecken, Säumen, Brachen oder Kleingewässern und schaffen so eine  
121 artenreiche Landschaft mit vielfältigen Lebensräumen.
- 122 • **Auch in den Dörfern und Städten gilt es die Artenvielfalt zu schützen und**  
123 **zu stärken.** Dafür setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling,  
124 aufbegrünte Fassaden und Dächer, über starke kommunale Baumschutzsatzungen  
125 bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von sogenannten Schottergärten in  
126 der Landesbauordnung. Auch Pestizide haben in Hausgärten, öffentlichen und  
127 nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren. Wir werden ihren  
128 Einsatz bis auf wenige Notfalleinwendungen beschränken.
- 129 • Neben dem Flächenfraß befeuern auch extrem intensive Formen der  
130 Bewirtschaftung das Artensterben – und hier insbesondere der übermäßige  
131 Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln sowie Eintönigkeit auf dem Acker  
132 durch viel zu enge Fruchtfolgen. **Wir fordern ein verbindliches und**

133 **kurzfristig wirkendes Pestizidreduktionsprogramm, mit dem der**  
134 **Pestizideinsatz in einem ersten Schritt schnell halbiert werden kann.**

135 Besonders für die Artenvielfalt kritische Pestizide müssen kurzfristig nur  
136 noch bei Notfalleinsparungen eingesetzt werden dürfen. Als  
137 Steuerungsinstrument setzen wir uns für eine Pestizidbank ein,  
138 wodurch die Pestizidreduktion transparent und planbar wird. Wo Mehrkosten  
139 anfallen, wollen wir die Landwirt\*innen mit Förder- und  
140 Ausgleichskonzepten unterstützen. Die NRW-Politik muss sich zudem endlich  
141 auf Bundes- und EU-Ebene für veränderte Zulassungsverfahren für Pestizide  
142 stark machen, die Auswirkungen auf die Natur und Gesundheit stärker  
143 berücksichtigen. Langfristig verfolgen wir die Vision einer  
144 strukturreichen und bäuerlichen Landwirtschaft, die ressourcenschonend,  
145 naturverträglich und am Leitbild der ökologischen Landwirtschaft  
146 orientiert ist mit ihren Prinzipien der Tiergerechtigkeit,  
147 Gentechnikfreiheit und der Freiheit von synthetischen Pestiziden.

- 148 • Wir unterstützen gesunde Ernährung und den Absatz regionaler und  
149 ökologisch erzeugter Produkte mit dem Gesunde-Kantinen-Programm für  
150 öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten  
151 und Verwaltung. Damit wollen wir die Verwendung ökologisch produzierter  
152 Lebensmittel auf mindestens 20 Prozent steigern. Klar ist für uns: eine  
153 naturverträgliche Landwirtschaft hat ihren Preis – wir wollen deshalb über  
154 den Absatz in öffentlichen Einrichtungen Bäuerinnen und Bauern auch fair  
155 dafür entlohnen, dass sie Rücksicht auf Umwelt und Natur nehmen.
- 156 • **Öffentliches Geld für öffentliche Güter:** Wir setzen auf Förderung und  
157 konkrete Anreizsysteme für den **Umstieg in eine insekten- und**  
158 **vogelfreundliche Landwirtschaft** mit stickstoffreduzierter Bewirtschaftung  
159 und artenfreundlichen Anbaumethoden. Gerade kleine Feldeinheiten sind gut  
160 für die Artenvielfalt. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir das  
161 Sterben der kleinen Höfe stoppen. Dafür setzen wir uns auch bei den  
162 Verhandlungen zur EU-Agrarreform ein. Auch die Forschung für  
163 naturverträgliche landwirtschaftliche Methoden braucht mehr Unterstützung.
- 164 • Um Mais- und andere Monokulturen zu verhindern, muss deren Einsatz in  
165 **Biogasanlagen** durch Wildpflanzen, Reststoffen und  
166 Landschaftspflegematerial ersetzt werden. Hierfür müssen die notwendigen  
167 Fördermaßnahmen aufgesetzt werden.
- 168 • Bei Photovoltaik auf dem Acker, Windkraftanlagen im Wald und Biogas aus  
169 Mais-Monokulturen geraten Artenschutz und Klimaschutz in Konflikt. Beide  
170 Ziele sind jedoch eng miteinander verbunden, die Klimakrise heizt das  
171 Artensterben an, intakte Ökosysteme dienen als natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und  
172 sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen. Klima- und Artenschutz  
173 gelingen nur gemeinsam. **Die Umsetzung der Energiewende gelingt dann gut,**  
174 **wenn der Naturschutz frühzeitig beteiligt und artenschutzrechtliche**  
175 **Belange transparent und gründlich geprüft werden.**
- 176 • Nicht zuletzt braucht es für den Artenschutz die Unterstützung jedes\*r  
177 Einzelnen. Daher setzen wir uns für eine **zielgerichtete**  
178 **Aufklärungskampagne zum Artenschutz** und den Möglichkeiten jedes\*r  
179 Einzelnen ein. Die Volksinitiative Artenvielfalt NRW bietet dafür einen  
180 hervorragenden Anknüpfungspunkt. Auch in der Schule müssen ökologische

181 Zusammenhänge und Wissen über die Natur und ihres Schutzwertes breiter,  
182 intensiver und praktischer gelernt werden - im Sinne der Bildung für  
183 nachhaltige Entwicklung.

- 184 • **Gute Politik braucht gute Daten. Deswegen fordern wir die Gründung eines**  
185 **zentralen Instituts für Biodiversitätsforschung.** Es soll durch ein  
186 systematisches Biodiversitätsmonitoring die Artenvielfalt in NRW  
187 kontinuierlich messen und gleichzeitig in allen Bereichen des  
188 Artenschutzes von Messungen bis Maßnahmen breit aufgestellt und öffentlich  
189 finanziert forschen.

## 190 **Klima- UND Naturschutz - mit besserer** 191 **Beteiligung und Planung und klarer Raumzuweisung**

192 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt  
193 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an; intakte Ökosysteme  
194 wiederum dienen als natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und sind widerstandsfähiger gegen  
195 Klimaänderungen. NRW kann seine Klimaziele nur dann erreichen, wenn wir Tempo  
196 machen beim Ausbau erneuerbaren Energien und der Mobilitätswende. Das wollen wir  
197 mit schnellerer, besserer und verlässlicher Planung voranbringen. Wir wollen  
198 eine Planungskultur erreichen, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt  
199 sowie Bürger\*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet,  
200 sondern als Ideengeber wertschätzt. Und wir sind überzeugt: Konflikte zwischen  
201 dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und  
202 Artenschutz auf der anderen Seite sind kein Naturgesetz. Sie können durch  
203 vorausschauende, klare und verbindliche Vorgaben und Maßnahmen auf Bundes- und  
204 Landesebene miteinander versöhnt werden.

- 205 • mit einer **Personal- und Nachwuchsoffensive für Planungs- und**  
206 **Genehmigungsbehörden sowie Gerichte** sorgen wir dafür, dass Verfahren  
207 messbar schneller werden. Wir wirken dem Fachkräftemangel in diesen  
208 Behörden entgegen: mit ausreichend Möglichkeiten der Weiterqualifikation,  
209 neuen Ausbildungswegen und mehr finanziellen Ressourcen.
- 210 • wir schaffen **verbindliche, frühzeitige, echte und durchgängige**  
211 **Bürger\*innenbeteiligung** für Infrastrukturprojekte. Zu wichtigen  
212 Grundsatzentscheidungen setzen wir auf das Instrument der  
213 Bürger\*innenräte. Entscheidungen über Konflikte können durch  
214 parlamentarische Beteiligung aufgewertet und beschleunigt werden. Wir  
215 setzen auf verbindliche Bürgerbeteiligung nach einheitlichen  
216 Qualitätsstandards und ausreichend finanzielle Bundes- und Landesmittel  
217 für Beteiligungsverfahren.
- 218 • Wir wollen eine **Aufwertung statt einer Aufweichung von**  
219 **Umweltverträglichkeitsprüfungen:** Umwelt- und insbesondere auch  
220 Klimaverträglichkeit von Planungsvorhaben müssen früher im Verfahren, etwa  
221 bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans, geprüft werden. Dann  
222 können auch im folgenden Verfahren im Sinne der „Abschichtung“ einzelne  
223 Umweltuntersuchungen entfallen. Die Erfahrungen und die Expertise von  
224 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine  
225 Nutzung vertraglich regeln.
- 226 • Starre Abstandsregelungen für Windenergie, wie die der schwarz-gelbe  
227 Landesregierung, lähmen die Energiewende und befrieden Zielkonflikte  
228 nicht. Wir setzen auf Vorranggebiete von bis zu 2 Prozent der Landesfläche

229 für Windenergie und andere regenerative Energien, basierend auf einer  
230 Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung. Dabei sind Schwerpunktorkommen  
231 ("Dichtezentren") besonders konfliktträchtiger, windergiesensibler Arten  
232 von vornherein aus die Vorranggebieten auszuschließen. Es braucht  
233 koordinierte Schutzprogramme, damit sich Erhaltungszustand der Population  
234 der betroffenen Tierarten insgesamt (also auch außerhalb des  
235 Ausbaugebietes) nicht verschlechtert. So können z.B. durch eine Stärkung  
236 der Population in frei gehaltenen Dichtezentren die negative Auswirkung  
237 von Einzelvorhaben in Windeignungsgebieten vor dem Eingriff kompensiert  
238 werden. Hinzu kommen weitere planungsrechtliche und technische  
239 Verbesserungen, um die Umsetzung dieses Grundprinzips zu ermöglichen.

- 240 • Repowering von Windkraftanlagen muss genutzt werden, um eine gewisse  
241 Anlagenneuordnung zu gestalten. Anlagen, die aus naturschutzrechtlicher  
242 Sicht an besonders kritischen Standorten stehen, werden stillgelegt, im  
243 Gegenzug werden andere Anlagen an weniger kritischen Standorten  
244 begünstigt.
- 245 • Auch technische Lösungen sollen dabei helfen, den Natur- und Klimaschutz  
246 gemeinsam zu erreichen. Vorbild sind hier u.a. das Realtime-Monitoring mit  
247 Abschaltautomatik bei Greifvögeln oder Fledermäusen in USA und Frankreich
- 248 • Wir wollen Solar als Standard verankern, um durch die Nutzung vorhandener  
249 Dachflächen-Potenziale auch den Druck auf die Freiflächen zu senken.
- 250 • Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO<sub>2</sub>-  
251 Minderung. Wir wollen daher den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich  
252 verbessern. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein  
253 wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher.

## 254 **Wir brauchen eine Waldwende!**

255 Die Auswirkungen der Klimakrise sind in unseren Wäldern besonders sichtbar.  
256 Ansteigenden Durchschnittstemperatur, mehr Sturmereignisse und den immer länger  
257 anhaltenden Trockenphasen sorgen für Klima-Dauerstress. Klimaschutz ist somit  
258 auch Waldschutz!

259 Wir wollen gemeinsam mit den Waldbesitzer\*innen unsere Wälder wieder zukunftsfit  
260 machen. Dafür braucht es eine Waldwende hin zu einer naturnahen  
261 Waldbewirtschaftung und klimaresistenten, natürlich entwickelten Wäldern.

262 Wälder sind als CO<sub>2</sub>-Senke auch Teil der Lösung gegen die Klimakrise. Deshalb  
263 verdienen Wälder unseren besonderen Schutz. Auch für den Gewässer- und  
264 Trinkwasserschutz, den Natur- und Artenschutz, zur Förderung der Biodiversität  
265 sowie als Lebens- und Erholungsraum ist der Wald unentbehrlich. Um zu erhalten  
266 was uns erhält, braucht es daher eine Stärkung des **Waldnaturschutzes**.

- 267 • Das aktuelle Waldbaukonzept wird den Herausforderungen in keiner Weise  
268 gerecht und steuert die Waldbesitzer\*innen weiter in die Krise. Wir wollen  
269 es durch ein Waldentwicklungskonzept ersetzen, in dem die natürliche  
270 Waldentwicklung, statt einer flächendeckenden Wiederaufforstung, Vorrang  
271 hat. Das Belassen von Totholz und die Wiedervernässung entwässerter  
272 Standorte wird zum Standard. Dieses Konzept wird für landeseigene Wälder  
273 sofort umgesetzt und Maßstab für die zukünftige Förderkulisse – nach dem  
274 Prinzip öffentliche Gelder für öffentliche Güter. Zusätzlich braucht es  
275 mehr Konzepte und Unterstützungen, um Waldbesitzer\*innen bei dieser Wende



- 276 nicht alleine zu lassen. Eine Sicherung naturnaher Waldlandschaften zur  
277 Stärkung des Vertragsnaturschutzes im Wald ist hier nur eine Möglichkeit.
- 278 • Wir unterstützen die Forderung der Volksinitiative Artenschutz, dass das  
279 Land Nordrhein-Westfalen in seinen Staatswäldern Vorreiter für eine  
280 natürliche Waldentwicklung und Artenvielfalt wird. Mit geeigneten  
281 Landesprogrammen für kommunale und private Waldbesitzer setzen wir zudem  
282 Anreize, bis zum Jahr 2030 10 Prozent der Gesamtwaldfläche des Landes aus  
283 der forstlichen Nutzung zu nehmen.
  - 284 • Viele Forstämter und Forstbetriebe arbeiten mittlerweile erfolgreich  
285 entlang von Leitlinien, die den Aufbau eines klimaresilienten Dauerwaldes  
286 zum Ziel haben. Diese Leitlinien zur „guten fachlichen Praxis“ im Wald zu  
287 entwickeln und entsprechend in Waldgesetzgebung und Förderprogramme  
288 aufzunehmen, ist unser Ziel.
  - 289 • Im Zuge der klimatischen Veränderungen kam es in NRW zuletzt zu einer  
290 vergleichsweise hohen Anzahl an **Waldbränden**. Im Zuge der Klimakrise wird  
291 sich dieses Risiko weiter erhöhen. Auch im Sinne der Waldbrandprävention  
292 muss die Waldwende hin zu naturnahen sowie arten- und strukturreichen  
293 Wäldern deshalb Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft sein. Um  
294 das Brandrisiko einschätzen und reduzieren zu können, braucht es  
295 zusätzlich ein **Waldbrandkonzept für NRW**, das die besonders gefährdete  
296 Waldflächen erfasst und die ergriffenen Schutzmaßnahmen prüft.
  - 297 • Dürre, Trockenheit und den Borkenkäferbefall haben bereits riesige  
298 Kahlflächen in den Forsten verursacht. Wir fordern ein **nachhaltig**  
299 **aufgestelltes Konzept, in dem die Naturverjüngung und natürliche**  
300 **Waldentwicklung im Vordergrund stehen**. Dieses muss entsprechend mit den  
301 Ökolog\*innen sowie Waldfachleuten in NRW abgestimmt werden. Schließlich  
302 sind inzwischen auch Baumarten von der Klimakrise betroffen, denen  
303 hinsichtlich des Waldumbaus hin zu mehr Klimaresilienz bisher eine große  
304 Rolle zugesprochen wurde. Daher braucht es diese Konzepte mit  
305 Vorbildcharakter, bei deren Umsetzung auch der Privatwald mit einbezogen  
306 werden sollte.
  - 307 • Der **Waldumbau** gelingt nur **mit den Waldeigentümer\*innen** zusammen. Wir wollen  
308 geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer  
309 naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben. Forstbetriebsgemeinschaften und  
310 forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um  
311 die Potenziale kleiner privater Waldflächen besser zu erschließen und die  
312 Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen
  - 313 • Wir wollen Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände stärker reguliert und  
314 an ein wald- und naturverträgliches Maß angepasst werden.
  - 315 • Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Im Gegensatz zu vielen anderen Bau- und  
316 Werkstoffen, die wir nutzen, wächst er nach. Gleichzeitig kann Holz über  
317 viele Jahrzehnte CO<sub>2</sub> binden und so zum Klimaschutz beitragen. Deshalb  
318 wollen wir in Zukunft stärker auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen  
319 Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude können eine Vorreiterrolle einnehmen  
320 und anstatt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz erbaut  
321 werden. Wir wollen hier entsprechende Anreize setzen und auch die  
322 Erforschung der Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

## 323 Saubere Luft zum Atmen

324 Saubere Luft zum Atmen ist Grundlage für unsere Gesundheit. Doch tatsächlich  
325 enthält unsere Luft vielerorts mehr Stickoxide, Quecksilber, Treibhausgase oder  
326 Feinstaub als gesundheitlich vertretbar und gesetzlich erlaubt. Saubere Luft ist  
327 nicht zuletzt eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – denn viele Menschen können  
328 aus finanziellen Gründen schlicht nichts daran ändern, dass sie an einer  
329 vielbefahrenen Straße oder in der Nähe von ammoniakbelasteten  
330 Tierhaltungsanlagen leben. Jedes Jahr sterben in Deutschland allein mehr als  
331 70.000 Menschen vorzeitig an den gesundheitlichen Folgen der Luftverschmutzung.  
332 Die Wissenschaft ist eindeutig: Wer dauernd Luftverschmutzung ausgesetzt ist,  
333 ist durch die Belastung der Atemwege und Blutgefäße besonders anfällig für eine  
334 schwere Atemwegserkrankungen wie einer Coronavirus-Infektion.

335 Wo die schmutzige Luft herkommt, wissen wir: der Verkehr, die industrielle  
336 Landwirtschaft und Kohlekraftwerke sind unter anderem die Hauptquellen für  
337 gesundheitsschädliche Emissionen – und es gibt Wege, diese Emissionen zu senken.  
338 Für uns GRÜNE ist klar: Gesundheit für Mensch und Natur hat Vorrang. Die  
339 Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern erfordert, dass wir  
340 gegensteuern – denn die Mittel dazu haben wir in der Hand:

- 341 • Wir setzen auf **schadstofffreien, emissionsfreien Verkehr**: Busse, Bahnen,  
342 Fuß- und Radverkehr erhalten Vorrang. Wir schaffen eine Mobilitätsgarantie  
343 für jedes Dorf und setzen auf geteilte und emissionsarme Mobilität. Auf  
344 Bundesebene setzen wir uns weiterhin für Tempo 120, die Nachrüstung von  
345 Diesel-Hardware, die blaue Plakette und das Ende des Verbrennungsmotors  
346 ein. Mit mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen wirken wir der  
347 Luftverschmutzung entgegen.
- 348 • Wir **senken die Ammoniak-Emissionen aus der industriellen Landwirtschaft**,  
349 indem wir die bäuerliche Landwirtschaft stärken und naturverträglicher  
350 machen. Wir drängen auf die Verschärfung der Düngeverordnung und sorgen  
351 dafür, dass das Düngerecht konsequent vollzogen wird. Wir setzen die  
352 Nachrüstung mit Filtertechnik in großen Ställen durch und stellen uns  
353 gegen den Bau weiterer überdimensionierter Mastanlagen. Mittelfristig  
354 reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß  
355 von maximal 2 Großvieheinheiten pro Hektar.
- 356 • Wir setzen auf einen schnellen **Kohleausstieg bis spätestens 2030 und den**  
357 **Ausbau der emissionsfreien erneuerbaren Energien**. Nicht nur aus  
358 Klimaschutzgründen ist ein schnelleres Abschalten der Kohlekraftwerke in  
359 NRW geboten – sie stoßen auch Quecksilber und weitere  
360 gesundheitsbelastende Stoffe aus. Bis die letzten Kohlekraftwerke vom Netz  
361 gehen, werden wir uns weiter dafür einsetzen, die technischen  
362 Möglichkeiten durch Filteranlagen voll auszuschöpfen. Deutschland leistet  
363 sich derzeit im EU-Vergleich völlig unzureichende Grenzwerte beim  
364 Quecksilberausstoß und verspielt damit auch die Chance, Technologieführer  
365 für Umwelttechnik zu werden.
- 366 • **Noch immer wissen wir zu wenig über die tatsächliche Belastung dort, wo**  
367 **Menschen wohnen. Daher fordern wir mehr Messstellen und häufigere**  
368 **Messungen in direkter Nähe zu Wohnbebauung**. Um die tatsächliche  
369 Verschmutzung durch den Flugverkehr und Schifffahrt zu erfassen, setzen  
370 wir ein Programm zum stärkeren Monitoring an Häfen und Flughäfen auf, das

371 insbesondere die Verschmutzung durch hochgefährliche Ultrafeinstäube eng  
372 überwachen soll. Pilotstudien auch an Flughäfen in NRW zeigen, dass die  
373 Belastung durch Ultrafeinstäube, die anders als bisher systematisch  
374 gemessene Feinstäube (PM2.5, PM10) bis in die tiefsten Lungenregionen  
375 eindringen, systematisch unterschätzt wird.

## 376 **Grüner Plan gegen Lärm**

377 Lärm erzeugt Stress und macht langfristig krank. 1,4 Mio. Menschen sind in NRW  
378 gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt. Die Hauptquelle des Lärms in NRW ist der  
379 Verkehr. Dabei geht es auch leiser. Bei allen Einschränkungen hat uns der  
380 Corona-Lockdown kurzzeitig gezeigt, wie lebenswert eine Welt mit viel weniger  
381 Verkehrslärm sein kann.

- 382 • Lärm lässt sich schnell und wirksam durch **Geschwindigkeitsbeschränkungen**  
383 reduzieren. Wir drängen die Landesregierung, ein Tempolimit im Bund  
384 anzustoßen und zu unterstützen und bis zur flächendeckenden Einführung  
385 entsprechende Modellversuche auf Autobahnen in NRW zu starten. Innerorts  
386 setzen wir uns für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit ein und auf  
387 Landstraßen für Tempo 80, um Anwohner\*innen zu schützen
- 388 • Wir fordern **klare Lärm-Grenzwerte für Autos und Motorräder**. Verstöße  
389 müssen geahndet und mit effektiven Bußgeldern belegt werden.
- 390 • Noch immer ist im Bundesverkehrswegeplan der Neu- und Ausbau von  
391 Autobahnen und Bundesstraßen geplant – die Folge wäre noch mehr Lärm. Wir  
392 wollen ein **Klima-Moratorium** für diese Projekte, die in Zukunft auch mehr  
393 Lärm bedeuten.
- 394 • Lärmschutz ist ein Recht, das allen Bürger\*innen zusteht. Deshalb gewähren  
395 wir Anwohner\*innen bestehender Straßen- und Schienenwege denselben  
396 Anspruch wie den Bürger\*innen an Neubaustrecken.
- 397 • Wir **reduzieren Fluglärm**: je lauter ein Flugzeug, desto höher das  
398 Flughafen-Entgelt. Wir drängen auf eine strengere Handhabe bei den  
399 bestehenden **Nachtrandzeiten und Nachtflugverboten**. Wir wollen, dass es  
400 eine neue Betriebsgenehmigung für den Flughafen Köln/Bonn nur ohne  
401 nächtliche Passagierflüge gibt.

## 402 **Sauberes Wasser ist Leben**

403 Sauberes und in ausreichender Menge vorhandenes Wasser ist die Grundlage  
404 jeglichen Lebens auf der Erde. Die Herausforderungen für rückstandsfreie und  
405 unbelastetes Gewässer im bevölkerungsreichen NRW sind groß. Hinzu kommt die  
406 starke industrielle wie auch landwirtschaftliche Nutzung, die sich längst auch  
407 in unseren Gewässern niederschlägt. Für uns hat es höchste Priorität, unser  
408 Lebensmittel Nummer eins besser zu schützen.

409 Neben der Herausforderung, Gewässer vor Einträgen zu schützen und somit eine  
410 hohe Qualität zu gewährleisten, werden auch die Auswirkungen der Klimakrise  
411 zunehmend spürbar. Die zurückliegenden Hitzesommer haben gezeigt, welche Folgen  
412 extreme, langanhaltende Trockenperioden auch auf die Gewässer in NRW haben  
413 können. Wir GRÜNE wollen eine „**Zukunftsstrategie Wasser**“. Damit können wir  
414 Wasser-Verfügbarkeiten ermitteln und besser auf die Auswirkungen der  
415 klimatischen Veränderungen reagieren. Auch Maßnahmen zur Verteilung der  
416 Wasserressourcen gilt es, hier festzuschreiben.

- 417 • Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von  
418 der hohen Belastung durch Nitrat aus, aber auch der Einsatz von Pestiziden  
419 setzt unseren Gewässern zu. Jeder Meter mehr an **Gewässerrandstreifen** ist  
420 ein Gewinn, um die Gewässer wirksamer vor diesen Eintragungen von Dünger,  
421 Pestiziden und Co. zu schützen. Eine Reduzierung der Düngemittel kann das  
422 natürliche Gleichgewicht und die Selbstreinigungskraft unserer Gewässer  
423 wiederherstellen.
- 424 • Neben den stärker eingesetzten Mineraldüngern dominieren heute besonders  
425 Dünger tierischer Herkunft in Form der aus strohlosen Haltungssystemen  
426 stammenden Gülle. Der Stickstoff aus mineralischer Düngung und aus Gülle  
427 ist leicht löslich und wandert schneller ins Grundwasser ab als der im  
428 Festmist enthaltene Stickstoff. Für uns Grüne gehen Tierschutz und  
429 Wasserschutz an dieser Stelle zusammen, denn nur artgerechte Tierhaltung  
430 ist auch eine naturverträgliche Tierhaltung. Daher müssen **Landwirt\*innen**  
431 **beim Schutz von Wasser und Umwelt stärker unterstützt** und so nachhaltige  
432 Formen der Landnutzung und Tierhaltung gefördert werden.
- 433 • Wir fordern eine konsequente Anwendung des **Vorsorgeprinzips und der**  
434 **Herstellerverantwortung für den gesamten Zufluss von Produkten**: Die  
435 Einleitung von Schadstoffen muss, wo immer möglich, bereits an der Quelle  
436 verhindert werden, da ein nachträgliches Entfernen grundsätzlich  
437 aufwändig, kostspielig und in der Regel nicht umfassend möglich ist. Die  
438 bereits heute in dem Zusammenhang anfallenden zusätzlichen Kosten werden  
439 von den Wasserversorgern getragen, die diese über die Preise an die  
440 Kund\*innen weitergeben - das ist unfair und setzt keinen Anreiz, die  
441 Schadstoffe zu reduzieren. Daher müssen wirksame Maßnahmen zur Vermeidung  
442 von Verunreinigungen direkt beim Verursacher ansetzen und durch diesen  
443 mitfinanziert werden.
- 444 • Zusätzlich fehlt bisher eine konkrete **Vermeidungsstrategie** zur Reduzierung  
445 von Arzneimittelinträgen, sowie eine regelmäßige Untersuchung von  
446 Gewässern bzw. Badegewässern auf multiresistente Keime. Aufgrund des  
447 steigenden Pro-Kopf-Verbrauchs von Medikamenten ist von einer Zunahme der  
448 Rückstände im Abwasser in den nächsten Jahren auszugehen. Um unsere  
449 Gewässer und Böden als Lebensraum und Trinkwasserressource zu schützen,  
450 muss eine Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige  
451 Finanzierung sichergestellt werden.
- 452 • In den vergangenen Jahren haben die Erkenntnisse über das Vorkommen  
453 verschiedenster Mikropartikel in unseren Gewässern zugenommen. Das  
454 Vorkommen von **Mikroplastik** in unseren Gewässern hat Auswirkungen für  
455 Mensch und Umwelt, ist bislang jedoch noch nicht eingehend erforscht.  
456 Risiken für Umwelt und Lebewesen müssen deshalb etwa bei der Herstellung  
457 von Autoreifen und Kunststofftextilien verstärkt berücksichtigt und mit  
458 Hilfe von Wirkungsdaten genauer eingeschätzt werden. Wenn nötig, muss auch  
459 ein Verbot bestimmter Nutzungen aus Vorsorgegründen erfolgen können.
- 460 • Die Änderungen des Landeswassergesetzes (LWG NRW) durch die schwarz-gelbe  
461 Landesregierung bringt in zahlreichen Bereichen des Wasserschutzes  
462 erhebliche Rückschritte mit sich. Allein das Außerkraftsetzen des  
463 Abgrabungsverbots in Wasserschutzgebieten trägt zu einer massiven  
464 Untergrabung des Wasserschutzes bei. **Wo Wasserschutzgebiet drauf steht,**

465 **muss auch Wasserschutz drin sein.** Zum Schutz unserer Gewässer und Böden  
466 brauchen wir eine nachhaltige Rohstoffpolitik in NRW.

- 467 • Die Umsetzung der **europäischen Wasserrahmenrichtlinie** muss so schnell wie  
468 möglich abgeschlossen werden. Lebendige, durchgängige und naturnah  
469 fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume für  
470 verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum  
471 Erhalt der Biodiversität. Doch auch im Sinne des ökologischen  
472 Hochwasserschutzes sowie der durch den Klimakrise bedingten Zunahme an  
473 Starkregenereignissen, muss das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung  
474 stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung verankert werden.
- 475 • Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit unserem  
476 Grundwasserhaushalt, mit Feuchtgebieten, Mooren und Oberflächengewässern.  
477 Schon jetzt steigen die Nutzungskonflikte um das Wasser und das  
478 Trockenfallen von feuchten Lebensräumen verschärft das Artensterben.  
479 Anstatt die Landschaft weiter auszutrocknen, müssen wir das Wasser in der  
480 Landschaft speichern. Das geht, wenn wir Moore, Auwälder und Feuchtwiesen  
481 renaturieren, weniger Flächen versiegeln, landwirtschaftlich genutzt  
482 Flächen weniger stark entwässern und die Speicherkapazitäten des Bodens  
483 erhöhen, etwa durch eine Waldwende. Durch die Klimakrise werden Hochwasser  
484 häufiger und heftiger. Wir fördern natürliche Rückhalteräume.
- 485 • Die überschaubaren Potenziale der **Kleinen Wasserkraft** in Nordrhein-  
486 Westfalen müssen unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden und  
487 mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang gebracht  
488 werden.

## 489 **Das Ende der Verschwendung**

490 Eine gesunde Umwelt und Natur kann es nur geben, wenn unsere Wirtschaft nicht  
491 nur eine Richtung, von der Fabrik auf die Müllkippe kennt. Eine Wirtschaft  
492 innerhalb der planetaren Grenzen ist eine Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen  
493 wieder zurück in neue Produkte geführt werden, anstatt sie als Abfall ungenutzt  
494 zu lassen oder zu verbrennen. Eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich  
495 regional verankert ist, schont die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und  
496 reduziert die Belastung von Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und  
497 Schadstoffe. In einer Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über  
498 das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei,  
499 wiederverwendbar und leicht recyclebar.

- 500 • In NRW machen sich schon viele Unternehmen selbst auf den Weg in eine  
501 Kreislaufwirtschaft. **Wir GRÜNE fördern den Umbau in die**  
502 **Kreislaufwirtschaft durch Mittel des Landes und aus europäischen**  
503 **Fördertöpfen.** Zudem stärken wir die **Grundlagen- und anwendungsbezogene**  
504 **Forschung zur Kreislaufwirtschaft**, u.a. durch ein NRW-Forschungsinstitut  
505 für Kunststoffrecycling und einen NRW-Pakt für Batterierecycling. Unser  
506 Ziel ist, dass NRW Vorreiter in der Kreislaufwirtschaft wird, so wie das  
507 Land einst durch Kohle und Stahl zur industriellen Herzkammer des  
508 Kontinents wurde.
- 509 • Das Bauen ist beides, extrem ressourcenintensiv und ein Musterbeispiel für  
510 erfolgreiche Kreislaufwirtschaft. **In der GRÜNEN Bauwende wird Cradle-to-**  
511 **Cradle zum Leitprinzip, werden Recyclingmaterialien von Beton bis**

512 **Kunststoffen zur Norm.** Wo immer möglich, ist Holz das Material der Wahl,  
513 und bindet damit CO<sub>2</sub> dauerhaft aus der Atmosphäre.

- 514 • Wir fordern eine **Ressourcengebäudeausweis**, der transparent macht, mit  
515 welchen Stoffen gebaut wurde und wie beim Lebensende des Gebäudes diese  
516 wieder genutzt werden können.
- 517 • Beim Übergang in eine Kreislaufwirtschaft sollten **die landeseigenen**  
518 **Unternehmen zugleich Vorbild als auch Innovationstreiber sein.** Durch  
519 verbindliche Zielvereinbarungen zur Kreislaufwirtschaft für den Betrieb  
520 und Quoten z.B. für Recyclingmaterial und Holzbau bei bestehenden und  
521 neuen Gebäuden wollen wir Leuchttürme der Kreislaufwirtschaft und der  
522 Bauwende überall in NRW aufleuchten lassen. **In öffentlichen Bauten**  
523 **schreiben wir z.B. die Verwendung von Holz und Recyclingbeton vor**, wo  
524 immer dies möglich ist.
- 525 • Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der der Restmülltonne und wird  
526 dann verbrannt. Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung. Die Pflicht  
527 zur getrennten Erfassung von Bioabfällen muss endlich konsequent umgesetzt  
528 werden. Wir wollen, dass die kostenlose Biotonne überall in NRW zum  
529 Standard wird.

### 530 **Ehrenamt stärken**

531 Natur- und Umweltschutz in NRW wird ganz wesentlich von ehrenamtlich Engagierten  
532 getragen – ob bei Bildungsprogrammen, Müllsammelaktionen, Vogelzählungen,  
533 Demonstrationen oder Volksinitiativen. Viele Engagierte ergänzen und ersetzen  
534 Leistungen öffentlicher Stellen. Diese Engagierten verdienen, dass ihre Arbeit  
535 von öffentlicher Seite Wertschätzung erfährt, pragmatisch und schnell  
536 unterstützt wird und dass ihre Expertise in Entscheidungen eingebunden wird. Wir  
537 wollen zudem die Ehrenamts pauschale erhöhen und dafür sorgen, dass  
538 Ehrenamtler\*innen Fördergelder ohne hohen Verwaltungsaufwand beantragen können.

### 539 **Eine starke und moderne Verwaltung für Umwelt- 540 und Naturschutz**

541 Ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, wenn der Schutz der  
542 natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die weitere Entwicklung unter  
543 ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten nachhaltig gestaltet wird. Es  
544 muss klar sein, dass Europa-, Bundes- und Landesrecht gilt und konsequent  
545 angewendet wird. Denn dieses Recht schützt berechnigte Interessen der Menschen,  
546 der Umwelt und der Wirtschaft. Die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen  
547 leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zum  
548 Erhalt öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt zur Sicherung des Industrie-  
549 und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie ist elementarer Bestandteil  
550 der Daseinsvorsorge. Eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung ist  
551 entscheidend um dies sicherzustellen und zu steuern.

552 Die Beratung und Verfahrensbegleitung von Vorhabenträgern, Antragstellern,  
553 Verbänden und Politik ist ein wichtiges Element moderner Verwaltung. Dabei muss  
554 sie ihrer Rolle als unabhängiger Anwalt der Umwelt gerecht werden.

555 Wir halten die Struktur der nordrhein-westfälischen Umweltverwaltung in ihren  
556 Grundzügen für zukunftsfähig, allerdings besteht an verschiedenen Stellen  
557 Optimierungsbedarf:

- 558 • Die Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Kommunalebene muss weiter  
559 verbessert werden. Ein **gemeinsames Verständnis als "Umweltverwaltung NRW"**  
560 ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von umweltpolitischen  
561 Zielen im Vollzug.
  
- 562 • Auf allen drei Ebenen der Umweltverwaltung werden verpflichtend  
563 **unabhängige Umweltbeschwerdestellen** für interne und externe Hinweise auf  
564 Missstände im Natur- und Umweltschutz eingerichtet (Grüne Telefone).
  
- 565 • Der Umweltbereich gehört in NRW – wie in allen Bundesländern – zu den  
566 Bereichen der Landesverwaltung, die stellenmäßig kaum ins Gewicht fallen.  
567 Über **nachvollziehbare Schlüssel zur Personalbemessung** muss der Bedarf für  
568 die einzelnen Behörden ermittelt werden und die nötigen Haushaltsmittel  
569 zur Einrichtung von adäquat dotierten Stellen bereitgestellt werden.
  
- 570 • Durch **innovative Formen der Personalgewinnung** stellen wir sicher, dass der  
571 öffentliche Dienst in der Konkurrenz mit der Wirtschaft um Fachkräfte  
572 nicht noch mehr ins Hintertreffen gerät. Hierzu soll eine  
573 Öffentlichkeitskampagne beitragen, die Anforderungen, Bedeutung und  
574 Selbstverständnis der Umweltverwaltung darstellt. Wir werden bestehende  
575 Laufbahnausbildungen beibehalten und eigens für den Naturschutz eine  
576 Laufbahnausbildung einrichten. Zusätzlich wollen wir Möglichkeiten der  
577 dualen Ausbildung schaffen.
  
- 578 • Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen konsequent ausgeschöpft  
579 werden zur Erhöhung der Effizienz, Datentransparenz und  
580 Wirtschaftlichkeit. Dabei müssen **landesweit gültige Standards** gelten.
  
- 581 • Gerade im technischen Umweltschutz und im Naturschutz ist eine  
582 **interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Behörden sowohl**  
583 **bei Genehmigungen als auch Überwachung** unerlässlich. Dies führt zu  
584 qualitativ besseren Ergebnissen und zu einem effizienteren Umgang mit  
585 Ressourcen nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den  
586 Wirtschaftsunternehmen.
  
- 587 • Die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Strafverfolgungsbehörden muss  
588 gestärkt werden. Im Umweltministerium führen wir die **Stabsstelle**  
589 **Umweltkriminalität** wieder ein und statten sie finanziell und personell so  
590 aus, dass sie Umweltkriminalität wirksam aufdecken und verfolgen kann.

## **Beschluss**

Sichern wir unsere Lebensgrundlagen - Natur und Umwelt konsequent schützen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 21.08.2021  
Tagesordnungspunkt: 3. Natur und Umwelt konsequent schützen

### **Antragstext**

1 *Unsere Umwelt und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere*  
2 *Lebensversicherung und die unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Wir*  
3 *müssen erhalten, was uns erhält: reine Luft zum Atmen und sauberes Wasser,*  
4 *gesunde Böden für gesunde Nahrung, Wälder und Stadtnatur, das Netz der Arten und*  
5 *die natürlichen Ressourcen, auf denen unser Wohlstand beruht.*

6 *Der Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist keine rein ökologische, sondern auch*  
7 *eine soziale und wirtschaftliche Frage, die Auswirkungen auf die Gesundheit*  
8 *jedes Einzelnen und auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens hat. Gerade*  
9 *Menschen mit geringen Einkommen können sich Wohnungen oft nur in Gebieten*  
10 *leisten, in denen schlechte Luftqualität und hohe Lärmbelastung vorherrschen und*  
11 *der Zugang zu wohnortnahe Grün nicht gegeben ist. Entschlossene Umweltpolitik*  
12 *bedeutet für uns: entschlossene Gesundheits- und Sozialpolitik.*

13 *Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Grundlage unserer Politik. Die*  
14 *ökologischen Belastungsgrenzen sind in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen*  
15 *bereits überschritten. Wetterextreme treffen uns auch in NRW immer häufiger und*  
16 *zeigen das Voranschreiten der Klimakrise vor unserer Haustür. Naturkatastrophen*  
17 *wie das extreme Hochwasser im Juli 2021 werden Mensch und Umwelt immer häufiger*  
18 *gefährden. Klimakrise, Flächenversiegelung, industrielle Landwirtschaft,*  
19 *Rohstoffabbau und globalisierter Konsum hinterlassen immer mehr Spuren in*  
20 *unserer Natur. So sind etwa bereits ein Drittel aller Bäume in NRW deutlich*  
21 *geschädigt. Fast die Hälfte aller Pflanzen-, Pilz- und Tierarten stehen auf der*  
22 *Roten Liste, sind also gefährdet. Und unsere Verantwortung geht noch weit über*  
23 *die heimische Natur hinaus, denn der Verlust der Biodiversität ist ein globales*  
24 *Problem. Wie wir hier wirtschaften und leben hat gravierende Auswirkungen auf*  
25 *anderen Teilen der Welt.*

26 *Zuversichtlich stimmt uns, dass zahlreiche Umweltprobleme wie die*  
27 *Rheinverschmutzung oder das Ozonloch in der Vergangenheit mit klarer*  
28 *Regulierung, neuen Technologien und im gesellschaftlichen Konsens gelindert*  
29 *werden konnten. Gerade in NRW sind so im Bereich der Umweltwirtschaft zahlreiche*  
30 *Innovationen und Arbeitsplätze geschaffen worden. Artensterben, Klimakrise oder*  
31 *die Vermüllung der Ozeane erfordern heute komplexere und intelligente Lösungen -*  
32 *diese Lösungen liegen aber bereits auf dem Tisch und es braucht eine politische*  
33 *Kraft, sie umzusetzen.*

34 *Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der*  
35 *anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige*  
36 *Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können*  
37 *nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von*



38 Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO<sub>2</sub>-Senken wie Wälder, Moore,  
39 Fließgewässer und sowie Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und  
40 unwiederbringlichen Umbau dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen,  
41 Klimaschutz und Biodiversitätsschutz gleichzeitig gemeinsam voranzubringen.  
42 Dort, wo es Zielkonflikte zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE  
43 in der Verantwortung, Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte  
44 Natur, ohne Naturschutz kein stabiles Klima.

45 Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der  
46 anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige  
47 Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können  
48 nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von  
49 Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO<sub>2</sub>-Senken wie Wälder, Moore und  
50 Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und unwiederbringlichen Umbau  
51 dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen, Klimaschutz und  
52 Biodiversitätsschutz gemeinsam voranzubringen. Dort, wo es Zielkonflikte  
53 zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE in der Verantwortung,  
54 neue Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte Natur, ohne  
55 Naturschutz kein gutes Klima.

56 Aktuell steckt NRW fest in einem Deregulierungs-Mantra, in dem  
57 Wirtschaftswachstum auf Kosten von Artenvielfalt, Natur, Klima und  
58 gesundheitlicher Folgen für die Menschen in NRW gefördert werden soll. Dabei  
59 sind die Bürger\*innen, Teile der Wirtschaft und viele Kommunen längst weiter und  
60 fordern: Nur wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, sichern wir  
61 mittel- und langfristige Wohlstand in unserem Industrieland und garantieren die  
62 Grundlagen für ein Leben in Freiheit und Würde. Anstatt Wirtschaft und Umwelt  
63 gegeneinander auszuspielen, benennen wir GRÜNE Wege, damit sich Umwelt-, Natur-  
64 und Klimaschutz für alle auszahlt und wirksam wird. Wir wollen, dass unsere  
65 Industrie und Landwirtschaft mit der Natur wirtschaften und dass unsere  
66 Wirtschaft zu einem Kreislauf wird, in dem Ressourcen wiederverwendet werden.

67 Neue Technologien und die Digitalisierung können uns ebenfalls helfen  
68 nachhaltiger und gesünder zu leben und zu wirtschaften, wenn sie von klaren  
69 gesetzlichen Leitplanken gelenkt werden. Technologien werden grundlegende  
70 Veränderungen und schnelles Handeln aber nicht ersetzen, sondern nur ergänzen  
71 können. Lange war NRW Vorreiterin in Sachen Umwelttechnologien. Wir sind  
72 überzeugt: Es ist ein Standortvorteil, die sauberste Industrie zu haben.

73 Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die der Natur mehr Raum gibt – in der Stadt  
74 und auf dem Land. Und wir geben dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz in  
75 Nordrhein-Westfalen den Wert, der ihm gebührt: Politische Aufmerksamkeit,  
76 wirksamen gesetzlichen Schutz, ausreichend finanzielle Mittel, wirksame  
77 Strukturen und ausreichend qualifiziertes Personal für die Umweltverwaltung  
78 sowie Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Klima- und Naturschützer\*innen in  
79 unserem Land.

## 80 **Weitsichtige Politik für Natur- und Artenschutz**

81 Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten und an naturnahen Lebensräumen spitzt  
82 sich jedes Jahr global wie in Nordrhein-Westfalen weiter zu. Wir stehen weltweit  
83 mitten im sechsten großen Massenaussterben der Erdgeschichte - diesmal vom  
84 Menschen verursacht. Selbst in den meisten Schutzgebieten, in denen Natur  
85 Vorrang haben soll, geht die Artenvielfalt dramatisch zurück. Viele Arten  
86 sterben zudem unerkannt, weil sie schlicht noch nicht entdeckt wurden.

87 Mit dem dramatischen Rückgang der Insekten gehen Arten in den Nahrungsnetzen für  
88 Vögel, Frösche, Eidechsen und Säugetiere unwiederbringlich verloren. Gewachsene  
89 Ökosysteme brechen zusammen. Flächenverbrauch, intensive Land- und  
90 Forstwirtschaft sowie ungenügender Schutz in Schutzgebieten setzen Vögeln,  
91 Amphibien, Säugetieren und Pflanzen zudem direkt zu.

92 Intakte Ökosysteme verhindern die Ausbreitung von Schädlingen und  
93 Krankheitserregern. Die aktuelle Corona-Pandemie ist ein besonders  
94 schwerwiegendes Beispiel für die Bedeutung von Zoonosen, die inzwischen für ca.  
95 3/4 der Infektionskrankheiten bei Menschen verantwortlich sind. Wir fordern den  
96 one-health-Ansatz (die systematische Zusammenarbeit von Human-, Veterinärmedizin  
97 und Umweltwissenschaft) in NRW zu stärken.

98 Für uns GRÜNE ist der Natur- und Artenschutz Teil grundlegend. Deswegen  
99 unterstützen wir von Anfang an mit voller Überzeugung die Volksinitiative  
100 Artenvielfalt NRW. Denn anders als bei früheren Massenaussterben der  
101 Erdgeschichte haben wir Menschen es selbst in der Hand unsere Ökosysteme zu  
102 schützen. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir GRÜNE arbeiten mit den vielen  
103 Verbündeten in den Umwelt- und Naturschutzorganisation gemeinsam daran, unsere  
104 Artenvielfalt und unsere natürlichen Lebensräume zu bewahren:

- 105 • **Flächenfraß** ist eine wesentliche Ursache des Artensterbens. Jeden Tag  
106 gehen in NRW ca. zehn Hektar Fläche unter Beton und durch Abgrabungen im  
107 Tage- und Kiesabbau verloren. Gerade auch landwirtschaftlich nutzbare  
108 Flächen gehen verloren, und sorgen damit für steigende Pachtpreise für die  
109 Landwirt\*innen und verschlimmern so das Höfesterben. Wir GRÜNE setzen uns  
110 **kurzfristig für die Wiederaufnahme des 5-Hektar-Ziels** ein, das von  
111 Schwarz-Gelb aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen wurde. Bis  
112 spätestens **2035 wollen wir den Flächenverbrauch auf netto null** absenken  
113 und dafür eine wirksame Strategie, inklusive einer  
114 Flächenversiegelungsabgabe, operative Ziele und konkrete Maßnahmen  
115 erarbeiten. Wir setzen uns für ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in  
116 der die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren  
117 Stellenwert enthält. Mit einem "Kies-Euro" und einer  
118 Flächenversiegelungsabgabe schaffen wir finanzielle Anreize zur  
119 Verringerung von Flächen- und Rohstoffverbrauch.
- 120 • Wir schaffen einen **übergreifenden Biotopverbund für NRW**. Grünland, Wälder,  
121 ausreichend breite Gewässerrandstreifen und andere Strukturen sollen die  
122 blau-grünen Verbindungsachsen zur Verbreitung vieler Tier- und  
123 Pflanzenarten bilden.
- 124 • **Durch einen Nationalpark in der Senne und neue Schutzgebiete schaffen wir**  
125 **zusätzliche Schutzräume für gefährdete Arten**. Wo immer möglich, müssen  
126 Schutzgebiete verbunden und größere Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir  
127 wollen mit Förderprogrammen Anreize und Vorgaben für den Erhalt  
128 unterschiedlicher Lebensraumtypen schaffen. Mit der Wiedereinführung des  
129 Landschaftsprogramms werden wir eine landesweite Konzeption für Biotop-  
130 und Artenschutz mit verbindlichen Vorgaben für die Regionalpläne schaffen.  
131 Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für Naturschutzverbände muss  
132 endlich umgesetzt werden.
- 133 • **Die Biodiversitätsstrategie NRW** ist ein wichtiges Instrument für den  
134 Naturschutz in NRW. Wir führen sie fort und überarbeiten sie. Dabei

135 aktualisieren wir ihre Ziele vor dem Hintergrund neuer  
136 naturwissenschaftlicher Daten. Gleichzeitig müssen erste Maßnahmen  
137 umgesetzt und die Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten  
138 Maßnahmenprogramm „**Landesprogramm Biologische Vielfalt**“ unterlegt werden.

- 139 • **Das Wolfsmanagement muss auf gleicher Augenhöhe von Ökologie und**  
140 **Weidetierhaltung verbessert werden.** Die Wiederbesiedlung unseres  
141 Bundeslandes durch den Wolf kann als ökologischer Erfolg verbucht werden.  
142 Gleichzeitig gehen mit der Rückkehr dieser Art wachsende Gefahren für  
143 Weidetiere und Tiere der Hobbytierhaltung als potenzielle Beutetiere  
144 einher. Die bislang getroffenen Regelungen zum Wolfsmanagement in NRW  
145 müssen vor diesem Hintergrund als unzureichend bewertet werden. Ziel allen  
146 Handelns muss ein möglichst konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von  
147 Wolf und Mensch sein. Weidetierhaltung muss nach Meinung der GRÜNEN auch  
148 in Zukunft möglich sein. Sie darf weder an Ängsten noch an fehlenden  
149 finanziellen oder personellen Ressourcen scheitern.
- 150 • **Bestehende Schutzgebiete wollen wir besser schützen.** Das gelingt durch ein  
151 Verbot chemisch-synthetischer Pestizide und Mineraldünger in  
152 Schutzgebieten, durch ausgedehnte Pufferstreifen und eine artenfreundliche  
153 Bewirtschaftung. Wir fördern gezielt eine vielfältige Landschaftsstruktur  
154 von Hecken, Säumen, Brachen oder Kleingewässern und schaffen so eine  
155 artenreiche Landschaft mit vielfältigen Lebensräumen.
- 156 • **Auch in den Dörfern und Städten gilt es die Artenvielfalt zu schützen und**  
157 **zu stärken.** Dafür setzen wir u.a. auf Nachverdichtung und  
158 Flächenrecycling, auf begrünte Fassaden und Dächer, starke kommunale  
159 Baumschutzsatzungen und einen wirksamen Ausschluss von sogenannten  
160 Schottergärten in der Landesbauordnung. Die unsachgemäße Anwendung von  
161 Pestiziden im Privatbereich ist ein großes Problem. Daher wollen wir den  
162 Einsatz auf ein absolutes Minimum beschränken. Den Herbizideinsatz wollen  
163 wir sowohl im privaten nicht-landwirtschaftlichen als auch im öffentlichen  
164 Bereich vollständig beenden.
- 165 • Neben dem Flächenfraß befeuern auch extrem intensive Formen der  
166 Bewirtschaftung das Artensterben – und hier insbesondere der übermäßige  
167 Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden und Düngemitteln sowie  
168 Eintönigkeit auf dem Acker durch viel zu enge Fruchtfolgen. **Wir fordern**  
169 **vom Bund ein verbindliches und kurzfristig wirkendes**  
170 **Pestizidreduktionsprogramm, mit dem der Pestizideinsatz in einem ersten**  
171 **Schritt schnell halbiert werden kann.** Die Anwendung von für die  
172 Artenvielfalt kritischen Pestiziden werden wir beenden. Wo Mehrkosten  
173 anfallen, wollen wir die Landwirt\*innen mit Förder- und  
174 Ausgleichskonzepten unterstützen. NRW muss sich auf Bundesebene für ein  
175 Exportverbot von in der EU nicht zugelassenen Pestiziden einsetzen. Die  
176 NRW-Politik muss sich zudem endlich auf Bundes- und EU-Ebene für  
177 veränderte Zulassungsverfahren für chemisch-synthetische Pestizide stark  
178 machen, die die Auswirkungen auf die Natur und Gesundheit stärker  
179 berücksichtigen. Unser Ziel ist eine strukturreichen und bäuerliche  
180 Landwirtschaft, die ressourcenschonend, naturverträglich und am Leitbild  
181 der ökologischen Landwirtschaft orientiert ist mit ihren Prinzipien der  
182 Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und dem Verzicht auf chemisch-  
183 synthetische Pestizide.

- 184 • **Wir unterstützen gesunde Ernährung und den Absatz regionaler und**  
185 **ökologisch erzeugter Produkte mit dem Gesunde-Kantinen-Programm** für  
186 öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten  
187 und Verwaltung. Damit wollen wir die Verwendung ökologisch produzierter  
188 Lebensmittel auf mindestens 20 Prozent steigern. Klar ist für uns: Eine  
189 naturverträgliche Landwirtschaft hat ihren Preis – wir wollen deshalb über  
190 den Absatz in öffentlichen Einrichtungen Bäuerinnen und Bauern auch fair  
191 dafür entlohnen, dass sie Rücksicht auf Umwelt und Natur nehmen.
- 192 • **Öffentliches Geld für öffentliche Güter:** Wir setzen auf Förderung und  
193 konkrete Anreizsysteme für den **Umstieg in eine insekten- und**  
194 **vogelfreundliche und naturverträgliche Landwirtschaft** mit  
195 stickstoffreduzierter Bewirtschaftung und artenfreundlichen Anbaumethoden.  
196 Gerade kleine Feldeinheiten sind gut für die Artenvielfalt. Deswegen ist  
197 es umso wichtiger, dass wir das Sterben der kleinen Höfe stoppen. Dafür  
198 setzen wir uns auch bei den Verhandlungen zur EU-Agrarreform ein. Auch die  
199 Forschung für naturverträgliche landwirtschaftliche Methoden braucht mehr  
200 Unterstützung.
- 201 • Um entstandene Monokulturen bei Mais und anderen Energiepflanzen  
202 abzubauen, muss deren Einsatz in **Biogasanlagen** durch Wildpflanzen,  
203 Reststoffe und Landschaftspflegematerial ersetzt werden. Hierfür müssen  
204 die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen und  
205 Fördermaßnahmen aufgesetzt werden.
- 206 • Bei regenerativen Energieformen geraten Artenschutz und Klimaschutz unter  
207 Umständen in Konflikt. Beide Ziele sind jedoch eng miteinander verbunden,  
208 die Klimakrise heizt das Artensterben an, intakte Ökosysteme dienen als  
209 natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen.  
210 Klima- und Artenschutz gelingen nur gemeinsam. Die Umsetzung der  
211 Energiewende gelingt dann gut, wenn der Naturschutz frühzeitig beteiligt  
212 und artenschutzrechtliche Belange transparent, gründlich geprüft und  
213 berücksichtigt werden. Die Instrumente sind so weiterzuentwickeln, dass  
214 der Prüfaufwand und die Prüfzeit einem ausreichenden Kapazitätsaufbau von  
215 erneuerbaren Energien nicht strukturell im Wege steht.
- 216 • Wir halten Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen  
217 dort für sinnvoll, wo bei der Pflanzenproduktion, z.B. bei Sonderkulturen,  
218 oder der Tierhaltung signifikante Vorteile durch den Mehrfachnutzen der  
219 Überdachung (Beschattung, Wind- und Regenschutz) erzielt werden und wenn  
220 dabei Natur und Landschaftsbild nur wenig beeinträchtigt werden.
- 221 • Nicht zuletzt braucht es für den Artenschutz die Unterstützung jedes\*r  
222 Einzelnen. Daher setzen wir uns für eine **zielgerichtete**  
223 **Aufklärungskampagne zum Artenschutz** und den Möglichkeiten jedes\*r  
224 Einzelnen ein. Die Volksinitiative Artenvielfalt NRW bietet dafür einen  
225 hervorragenden Anknüpfungspunkt. Auch in der Schule müssen ökologische  
226 Zusammenhänge und Wissen über die Natur und ihres Schutzwertes breiter,  
227 intensiver und praktischer gelernt werden - im Sinne der Bildung für  
228 nachhaltige Entwicklung.
- 229 • Die Biodiversitätsstrategie lässt sich nur mithilfe eines systematischen  
230 Monitorings der Arten und deren Lebensräume umsetzen. Mit dem Netzwerk  
231 von rund 40 Biologischen Stationen besitzt NRW dafür kompetente

232 Einrichtungen, die landesweite Koordination erfolgt durch das LANUV. Diese  
233 Struktur benötigt eine bessere finanzielle Ausstattung. Gleichzeitig  
234 wollen wir  
235 die Vernetzung mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn  
236 stärken.

## 237 **Klima- UND Naturschutz - mit besserer** 238 **Beteiligung und Planung und klarer Raumzuweisung**

239 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt  
240 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an; intakte Ökosysteme  
241 wiederum dienen als natürliche CO<sub>2</sub>-Senken und sind widerstandsfähiger gegen  
242 Klimaänderungen. NRW kann seine Klimaziele nur dann erreichen, wenn wir Tempo  
243 machen beim Ausbau erneuerbaren Energien und der Mobilitätswende. Das wollen wir  
244 mit schnellerer, besserer und verlässlicher Planung voranbringen. Wir wollen  
245 eine Planungskultur erreichen, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt  
246 sowie Bürger\*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet,  
247 sondern als Ideengeber wertschätzt. Und wir sind überzeugt: Konflikte zwischen  
248 dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und  
249 Artenschutz auf der anderen Seite sind kein Naturgesetz. Sie können durch  
250 vorausschauende, klare und verbindliche Vorgaben und Maßnahmen auf Bundes- und  
251 Landesebene miteinander versöhnt werden.

- 252 • mit einer **Personal- und Nachwuchsoffensive für Planungs- und**  
253 **Genehmigungsbehörden sowie Gerichte** sorgen wir dafür, dass Verfahren  
254 messbar schneller werden. Wir wirken dem Fachkräftemangel in diesen  
255 Behörden entgegen: mit ausreichend Möglichkeiten der Weiterqualifikation,  
256 neuen Ausbildungswegen und mehr finanziellen Ressourcen.
- 257 • wir schaffen **verbindliche, frühzeitige, echte und durchgängige**  
258 **Bürger\*innenbeteiligung** für Infrastrukturprojekte. Zu wichtigen  
259 Grundsatzentscheidungen setzen wir auf das Instrument der  
260 Bürger\*innenräte. Entscheidungen über Konflikte können durch  
261 parlamentarische Beteiligung aufgewertet und beschleunigt werden. Wir  
262 setzen auf verbindliche Bürger\*innenbeteiligung nach einheitlichen  
263 Qualitätsstandards und ausreichend finanzielle Bundes- und Landesmittel  
264 für Beteiligungsverfahren.
- 265 • Wir wollen eine **Aufwertung statt einer Aufweichung von**  
266 **Umweltverträglichkeitsprüfungen**: Umwelt- und insbesondere auch  
267 Klimaverträglichkeit von Planungsvorhaben müssen früher im Verfahren, etwa  
268 bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans, geprüft werden. Dann  
269 können auch im folgenden Verfahren im Sinne der „Abschichtung“ einzelne  
270 Umweltuntersuchungen entfallen. Die Erfahrungen und die Expertise von  
271 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine  
272 Nutzung vertraglich regeln.
- 273 • Starre Abstandsregelungen für Windenergie, wie die der schwarz-gelbe  
274 Landesregierung, lähmen die Energiewende und befrieden Zielkonflikte  
275 nicht. Bürgerwindkraft kann ein Instrument sein, Konflikte vor Ort  
276 aufzulösen. **Wir setzen auf Vorranggebiete von bis zu 2 Prozent der**  
277 **Landesfläche für Windenergie und andere regenerative Energien**, basierend  
278 auf einer Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung. Dabei sind  
279 Schwerpunktorkommen („Dichtezentren“) besonders konfliktträchtiger,

280 windenergiesensibler Arten von vornherein aus die Vorranggebieten  
281 auszuschließen. Es braucht koordinierte Schutzprogramme, damit sich  
282 Erhaltungszustand der Population der betroffenen Tierarten insgesamt (also  
283 auch außerhalb des Ausbaugesbietes) nicht verschlechtert. So können z.B.  
284 durch eine Stärkung der Population in frei gehaltenen Dichtezentren die  
285 negative Auswirkung von Einzelvorhaben in Windeignungsgebieten vor dem  
286 Eingriff kompensiert werden. Hinzu kommen weitere planungsrechtliche und  
287 technische Verbesserungen, um die Umsetzung dieses Grundprinzips zu  
288 ermöglichen.

- 289 • Repowering von Windkraftanlagen muss genutzt werden, um eine gewisse  
290 Anlagenneuordnung zu gestalten. Anlagen, die aus naturschutzrechtlicher  
291 Sicht an besonders kritischen Standorten stehen, werden stillgelegt, im  
292 Gegenzug werden andere Anlagen an weniger kritischen Standorten  
293 begünstigt.
- 294 • Auch technische Lösungen sollen dabei helfen, den Natur- und Klimaschutz  
295 gemeinsam zu erreichen. Vorbild sind hier u.a. das Realtime-Monitoring mit  
296 Abschaltautomatik bei Greifvögeln oder Fledermäusen in USA und Frankreich
- 297 • Wir wollen Solar sowie bei zu renovierenden Altbauten als Standard  
298 verankern, um durch die Nutzung vorhandener Gebäude-Potenziale auch den  
299 Druck auf die Freiflächen zu senken. Die Nutzung von Solarenergie soll  
300 dabei, wo möglich, mit Gründächern kombiniert werden.
- 301 • Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO<sub>2</sub>-  
302 Minderung. Wir wollen daher den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich  
303 verbessern. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein  
304 wichtiger CO<sub>2</sub>-Speicher.

## 305 **Wir brauchen eine Waldwende!**

306 Die Auswirkungen der Klimakrise sind in unseren Wäldern besonders sichtbar.  
307 Ansteigende Durchschnittstemperaturen, mehr Sturmereignisse und immer länger  
308 anhaltende Trockenphasen sorgen für Klima-Dauerstress. Klimaschutz ist somit  
309 auch Waldschutz!

310 Wir wollen gemeinsam mit den Waldbesitzer\*innen unsere Wälder wieder zukunftsfit  
311 machen. Dafür braucht es eine Waldwende hin zu einer naturnahen  
312 Waldbewirtschaftung und klimaresistenten, v.a. natürlich entwickelten Wäldern.

313 Wälder sind als CO<sub>2</sub>-Senke unerlässlich, auch um zu erreichen, dass die  
314 Erderwärmung 1,5 Grad nicht übersteigt. Deshalb verdienen Wälder unseren  
315 besonderen Schutz. Auch für den Gewässer- und Trinkwasserschutz, das Mikroklima  
316 und die Luftreinhaltung, zur Förderung der Biodiversität sowie als Lebens- und  
317 Erholungsraum ist der Wald unentbehrlich. Um zu erhalten was uns erhält, braucht  
318 es daher eine Stärkung des **Waldnaturschutzes**.

- 319 • Das aktuelle Waldbaukonzept wird den Herausforderungen in keiner Weise  
320 gerecht und steuert die Waldbesitzer\*innen weiter in die Krise. Wir wollen  
321 es durch ein Waldentwicklungskonzept ersetzen, in dem die natürliche  
322 Waldentwicklung, statt einer flächendeckenden Wiederaufforstung, Vorrang  
323 hat. Das Belassen von Totholz und die Wiedervernässung entwässerter  
324 Standorte wird zum Standard. Dieses Konzept wird für landeseigene Wälder  
325 sofort umgesetzt und Maßstab für die zukünftige Förderkulisse – nach dem  
326 Prinzip öffentliche Gelder für öffentliche Güter. Zusätzlich braucht es

327 mehr Konzepte und Unterstützungen, um Waldbesitzer\*innen bei dieser Wende  
328 nicht alleine zu lassen. Eine Sicherung naturnaher Waldlandschaften durch  
329 Stärkung des Vertragsnaturschutzes im Wald ist hier nur eine Möglichkeit.

- 330 • Wir unterstützen die Forderung der Volksinitiative Artenschutz, dass das  
331 Land Nordrhein-Westfalen in seinen Staatswäldern Vorreiter für eine  
332 natürliche Waldentwicklung und Artenvielfalt wird. Mit geeigneten  
333 Landesprogrammen für kommunale und private Waldbesitzer\*innen setzen wir  
334 zudem Anreize, bis zum Jahr 2030 10 Prozent der Gesamtwaldfläche des  
335 Landes aus der forstlichen Nutzung zu nehmen.
- 336 • Viele Forstämter und Forstbetriebe arbeiten mittlerweile erfolgreich  
337 entlang von Leitlinien, die den Aufbau eines klimaresilienten Dauerwaldes  
338 zum Ziel haben. Diese Leitlinien zur „guten fachlichen Praxis“ im Wald zu  
339 entwickeln und entsprechend in Waldgesetzgebung und Förderprogramme  
340 aufzunehmen, ist unser Ziel. Damit einhergehend ist eine Bewertung der  
341 Ökosystemleistungen der Wälder vorzunehmen, um die Leistungen der Wälder  
342 angemessen honorieren zu können.
- 343 • Im Zuge der klimatischen Veränderungen kam es in NRW zuletzt zu einer  
344 vergleichsweise hohen Anzahl an **Waldbränden**. Im Zuge der Klimakrise wird  
345 sich dieses Risiko weiter erhöhen. Auch im Sinne der Waldbrandprävention  
346 muss die Waldwende hin zu naturnahen sowie arten- und strukturreichen  
347 Wäldern deshalb Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft sein. Um  
348 das Brandrisiko einschätzen und reduzieren zu können, braucht es  
349 zusätzlich ein **Waldbrandkonzept für NRW**, das die besonders gefährdete  
350 Waldflächen erfasst und die ergriffenen Schutzmaßnahmen prüft.
- 351 • Dürre, Trockenheit und den Borkenkäferbefall haben bereits riesige  
352 Kahlflecken in den Forsten verursacht. Wir fordern ein **nachhaltig**  
353 **aufgestelltes Konzept, in dem die Naturverjüngung und natürliche**  
354 **Waldentwicklung im Vordergrund stehen**. Dieses muss entsprechend mit den  
355 Ökolog\*innen sowie Waldfachleuten in NRW abgestimmt werden. Schließlich  
356 sind inzwischen auch Baumarten von der Klimakrise betroffen, denen  
357 hinsichtlich des Waldumbaus hin zu mehr Klimaresilienz bisher eine große  
358 Rolle zugesprochen wurde. Daher braucht es diese Konzepte mit  
359 Vorbildcharakter, bei deren Umsetzung auch der Privatwald mit einbezogen  
360 werden sollte. Um die Irrtümer der Vergangenheit nicht zu wiederholen,  
361 sollten Alternativ-Baumarten nur sehr vorsichtig und anteilmäßig sehr  
362 begrenzt eingesetzt werden. Weiterhin sind Strukturen zu schaffen, um  
363 Waldeigentümer\*innen unter Berücksichtigung der jeweiligen  
364 Standortbedingungen qualifiziert zu beraten. Bildung, Ausbildung und  
365 Beratung zu walddökologischen und waldbaulichen Themen müssen einen höheren  
366 Stellenwert bekommen.
- 367 • Der **Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer\*innen** zusammen. Wir  
368 wollen geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den  
369 Waldumbau zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben.  
370 Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie  
371 Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner  
372 privater Waldflächen besser zu erschließen und die Waldbesitzer\*innen  
373 fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen

- 374 • Für die Zukunft gilt es auch, dem Waldboden mehr Aufmerksamkeit zu widmen.  
375 Je weniger der Boden von Menschen und schwerem Gerät beeinflusst ist, umso  
376 widerstandsfähiger und stabiler wird das sich entwickelnde Waldökosystem  
377 sein. So sollte beispielsweise auf Kahlschläge verzichtet werden.
- 378 • Wir wollen Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände stärker reguliert und  
379 an ein waldverträgliches Maß angepasst werden.
- 380 • Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Im Gegensatz zu vielen anderen Bau- und  
381 Werkstoffen, die wir nutzen, wächst er nach. Gleichzeitig kann Holz über  
382 Jahrzehnte CO<sub>2</sub> binden und so zum Klimaschutz beitragen. Deshalb wollen  
383 wir in Zukunft auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern  
384 setzen. Öffentliche Gebäude können eine Vorreiterrolle einnehmen und  
385 anstatt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz erbaut  
386 werden. Wir wollen hier entsprechende Anreize setzen und auch die  
387 Erforschung der Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.
- 388 • Auf die Verbrennung des wertvollen Rohstoffs Holz in Kraftwerken ist zu  
389 verzichten.

## 390 Saubere Luft zum Atmen

391 Saubere Luft zum Atmen ist Grundlage für unsere Gesundheit. Doch tatsächlich  
392 enthält unsere Luft vielerorts mehr Stickoxide, Treibhausgase oder Feinstaub als  
393 gesundheitlich vertretbar und gesetzlich erlaubt. Saubere Luft ist nicht zuletzt  
394 eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – denn viele Menschen können aus  
395 finanziellen Gründen schlicht nichts daran ändern, dass sie an einer  
396 vielbefahrenen Straße oder in der Nähe von ammoniakbelasteten  
397 Tierhaltungsanlagen leben. Jedes Jahr sterben in Deutschland allein mehr als  
398 70.000 Menschen vorzeitig an den gesundheitlichen Folgen der Luftverschmutzung.  
399 Die Wissenschaft ist eindeutig: Wer dauernd Luftverschmutzung ausgesetzt ist,  
400 ist durch die Belastung der Atemwege und Blutgefäße besonders anfällig für  
401 schwere Atemwegserkrankungen. Immer mehr Studien zeigen auch: Wer tagtäglich  
402 unter schlechter Luft leidet, erkrankt schwerer an Covid-19 und hat somit ein  
403 höheres Risiko daran zu versterben..

404 Wo die schmutzige Luft herkommt, wissen wir: der Verkehr, die industrielle  
405 Landwirtschaft und Kohlekraftwerke sind unter anderem die Hauptquellen für  
406 gesundheitsschädliche Emissionen – und es gibt Wege, diese Emissionen zu senken.  
407 Für uns GRÜNE ist klar: Gesundheit für Mensch und Natur hat Vorrang. Die  
408 Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern erfordert, dass wir  
409 gegensteuern – denn die Mittel dazu haben wir in der Hand:

- 410 • Wir setzen auf **schadstofffreien, emissionsfreien Verkehr**: Busse, Bahnen,  
411 Fuß- und Radverkehr erhalten Vorrang. Wir schaffen eine Mobilitätsgarantie  
412 für jedes Dorf und setzen auf geteilte und emissionsarme Mobilität. Auf  
413 Bundesebene setzen wir uns weiterhin für Tempo 120, die Nachrüstung von  
414 Diesel-Hardware, die blaue Plakette und das Ende des Verbrennungsmotors  
415 ein. Mit mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen wirken wir der  
416 Luftverschmutzung entgegen.
- 417 • Wir **senken die Emissionen aus der intensiven Landwirtschaft**, indem wir die  
418 bäuerliche Landwirtschaft stärken und naturverträglicher machen. Wir  
419 wollen eine Düngeverordnung, die den Schutz von Wasser, Boden und Luft  
420 sicherstellt und sorgen dafür, dass das Düngerecht konsequent vollzogen



421 wird. Wir setzen die Nachrüstung mit Filtertechnik in großen Ställen durch  
422 und stellen uns gegen den Bau weiterer überdimensionierter Mastanlagen.  
423 Mittelfristig reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und  
424 tierverträgliches Maß von maximal 2 Großvieheinheiten pro Hektar.

- 425 • Wir setzen auf einen schnellen **Kohleausstieg bis spätestens 2030 und den**  
426 **Ausbau der emissionsfreien erneuerbaren Energien**. Nicht nur aus  
427 Klimaschutzgründen ist ein schnelleres Abschalten der Kohlekraftwerke in  
428 NRW geboten – sie stoßen auch Quecksilber und weitere  
429 gesundheitsbelastende Stoffe aus. Bis die letzten Kohlekraftwerke vom Netz  
430 gehen, werden wir uns weiter dafür einsetzen, die technischen  
431 Möglichkeiten durch Filteranlagen voll auszuschöpfen. Deutschland leistet  
432 sich derzeit im EU-Vergleich völlig unzureichende Grenzwerte beim  
433 Quecksilberausstoß und verspielt damit auch die Chance, Technologieführer  
434 für Umwelttechnik zu werden.
- 435 • **Noch immer wissen wir zu wenig über die tatsächliche Belastung dort, wo**  
436 **Menschen wohnen. Daher fordern wir mehr Messstellen und häufigere**  
437 **Messungen in direkter Nähe zu Wohnbebauung**. Um die tatsächliche  
438 Verschmutzung durch den Flugverkehr und Schifffahrt zu erfassen, setzen  
439 wir ein Programm zum stärkeren Monitoring an Häfen und Flughäfen auf, das  
440 insbesondere die Verschmutzung durch hochgefährliche Ultrafeinstäube eng  
441 überwachen soll. Pilotstudien auch an Flughäfen in NRW zeigen, dass die  
442 Belastung durch Ultrafeinstäube, die anders als bisher systematisch  
443 gemessene Feinstäube (PM2.5, PM10) bis in die tiefsten Lungenregionen  
444 eindringen, systematisch unterschätzt wird. Wir wollen die Zusammenhänge  
445 zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage deutlich machen. Dafür  
446 streben wir eine ganzheitliche Berichterstattung an, die bereits  
447 vorhandenen Berichte in diesen drei Bereichen miteinander kombiniert und  
448 Kommunen als Hilfestellung für Entscheidungsfindungen dient.

## 449 **Grüner Plan gegen Lärm**

450 Lärm erzeugt Stress und macht langfristig krank. 1,4 Mio. Menschen sind in NRW  
451 gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt. Die Hauptquelle des Lärms in NRW ist der  
452 Verkehr. Dabei geht es auch leiser. Bei allen Einschränkungen hat uns der  
453 Corona-Lockdown kurzzeitig gezeigt, wie lebenswert eine Welt mit viel weniger  
454 Verkehrslärm sein kann.

- 455 • Lärm lässt sich schnell und wirksam durch **Geschwindigkeitsbeschränkungen**  
456 reduzieren. Wir drängen die Landesregierung, ein Tempolimit im Bund  
457 anzustoßen und zu unterstützen und bis zur flächendeckenden Einführung  
458 entsprechende Modellversuche auf Autobahnen in NRW zu starten. Innerorts  
459 setzen wir uns für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit ein und auf  
460 Landstraßen für Tempo 80, um Anwohner\*innen zu schützen
- 461 • Wir fordern **klare Lärm-Grenzwerte für Autos und Motorräder**. Verstöße  
462 müssen geahndet und mit effektiven Bußgeldern belegt werden.
- 463 • Noch immer ist im Bundesverkehrswegeplan der Neu- und Ausbau von  
464 Autobahnen und Bundesstraßen geplant – die Folge wäre noch mehr Lärm. Wir  
465 wollen ein **Klima-Moratorium** für diese Projekte, die in Zukunft auch mehr  
466 Lärm bedeuten.

- 467 • Lärmschutz ist ein Recht, das allen Bürger\*innen zusteht. Deshalb gewähren  
468 wir Anwohner\*innen bestehender Straßen- und Schienenwege denselben  
469 Anspruch wie den Bürger\*innen an Neubaustrecken.
- 470 • Wir **reduzieren Fluglärm**: Je lauter ein Flugzeug, desto höher das  
471 Flughafen-Entgelt. Das setzt Anreize für lärmarme Technologien. Wir  
472 drängen auf eine strengere Handhabe bei den bestehenden **Nachtrandzeiten**  
473 **und Nachtflugverboten**. Wir wollen keine neu zugelassenen nächtlichen  
474 Fracht- und Passagierflüge. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer  
475 Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Wir  
476 werden Alternativen zum Fliegen fördern und lehnen öffentliche Förderungen  
477 von unwirtschaftlichen Flughäfen ab.

## 478 **Gutes Licht für Mensch und Natur**

479 In unseren Städten und Dörfern wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese  
480 Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren gesunden Schlaf,  
481 sondern auch für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit  
482 verlieren die nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir werden dafür sorgen, dass  
483 Aussenbeleuchtungen so gestaltet werden, dass sie den notwendigen Schutz bieten  
484 und negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt minimieren.

## 486 **Sauberes Wasser ist Leben**

487 Sauberes und in ausreichender Menge vorhandenes Wasser ist die Grundlage  
488 jeglichen Lebens auf der Erde. Die Herausforderungen für rückstandsfreie und  
489 unbelastetes Gewässer im bevölkerungsreichen NRW sind groß. Hinzu kommt die  
490 starke industrielle wie auch landwirtschaftliche Nutzung, die sich längst auch  
491 in unseren Gewässern niederschlägt. Für uns hat es höchste Priorität, unser  
492 Lebensmittel Nummer eins besser zu schützen.

493 Neben der Herausforderung, Gewässer vor Einträgen zu schützen und somit eine  
494 hohe Qualität zu gewährleisten, werden auch die Auswirkungen der Klimakrise  
495 zunehmend spürbar. Die zurückliegenden Hitzesommer haben gezeigt, welche Folgen  
496 extreme, langanhaltende Trockenperioden auch auf die Gewässer in NRW haben  
497 können. Wir GRÜNE wollen eine „**Zukunftsstrategie Wasser**“. Damit können wir  
498 Wasser-Verfügbarkeiten ermitteln und besser auf die Auswirkungen der  
499 klimatischen Veränderungen reagieren. Auch Maßnahmen zur Verteilung der  
500 Wasserressourcen gilt es, hier festzuschreiben.

- 501 • Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von  
502 der hohen Belastung durch Nitrat aus, aber auch der Einsatz von Pestiziden  
503 setzt unseren Gewässern zu. Jeder Meter mehr an **Gewässerrandstreifen** ist  
504 ein Gewinn, um die Gewässer wirksamer vor diesen Eintragungen von Dünger,  
505 Pestiziden und Co. zu schützen. Eine Reduzierung der Düngemittel kann das  
506 natürliche Gleichgewicht und die Selbstreinigungskraft unserer Gewässer  
507 wiederherstellen.
- 508 • Neben den stärker eingesetzten Mineraldüngern dominieren heute besonders  
509 Dünger tierischer Herkunft in Form der aus strohlosen Haltungssystemen  
510 stammenden Gülle. Der Stickstoff aus mineralischer Düngung und aus Gülle  
511 ist leicht löslich und wandert schneller ins Grundwasser ab als der im  
512 Festmist enthaltene Stickstoff. Für uns Grüne gehen Tierschutz und  
513 Wasserschutz an dieser Stelle zusammen, denn nur artgerechte Tierhaltung  
514 ist auch eine naturverträgliche Tierhaltung. Daher müssen **Landwirt\*innen**

515 **beim Schutz von Wasser und Umwelt stärker unterstützt** und so nachhaltige  
516 Formen der Landnutzung und Tierhaltung gefördert werden.

- 517 • Wir fordern eine konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips und der  
518 Herstellerverantwortung für den gesamten Zufluss von Produkten. In der  
519 Produktion sind Schadstoffe zu vermeiden und, soweit technisch und  
520 wirtschaftlich möglich durch weniger schädliche Stoffe oder Verfahren zu  
521 ersetzen. Der Eintrag von Schadstoffen in das Abwasser muss bereits an der  
522 jeweiligen Quelle verhindert werden, wenn dies ökologisch und  
523 gesamtwirtschaftlich vertretbar ist. Ein nachträgliches Entfernen aus dem  
524 kommunalen Abwasser ist häufig, wenn auch nicht immer, aufwendiger,  
525 kostspieliger und in der Regel nicht umfassend möglich. Auch das  
526 Freisetzen umweltschädlicher Stoffe aus Produkten ist so weit wie möglich  
527 zu unterbinden – idealerweise durch Verzicht auf derartige Substanzen. Die  
528 bereits heute bei der Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung anfallenden  
529 Kosten werden bislang vollständig auf die Allgemeinheit der  
530 Abwassererzeuger\*innen und Trinkwassernutzer\*innen umgelegt. Das ist  
531 unfair und setzt keinen Anreiz, Schadstoffe zu reduzieren. Daher müssen  
532 die Kosten in geeigneter und sozial verträglicher Weise den jeweiligen  
533 Verursacher\*innen zugeordnet werden, um Vermeidungsanreize zu schaffen.  
534 Darüber hinaus sind die schon bestehenden Möglichkeiten des  
535 Chemikalienrechts auszuschöpfen und die Verwendung besonders  
536 besorgniserregender Substanzen perspektivisch zu beenden
  
- 537 • Zusätzlich fehlt bisher eine konkrete **Vermeidungsstrategie** zur Reduzierung  
538 von Arzneimittelinträgen **und anderen Mikroschadstoffen**. Aufgrund des  
539 steigenden Pro-Kopf-Verbrauchs von Medikamenten ist von einer Zunahme der  
540 **Arzneimittelrückstände** im Abwasser in den nächsten Jahren auszugehen.  
541 Industriechemikalien und andere Mikroschadstoffe können nur langfristig  
542 durch das Chemikalienrecht reduziert werden. Um unsere Gewässer und Böden  
543 schon heute als Lebensraum und Trinkwasserressource zu schützen, muss eine  
544 Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige Finanzierung  
545 sichergestellt werden. Als Grundlage zur Entwicklung einer Strategie zum  
546 besseren Schutz vor multiresistenten Keimen sind die bestehenden  
547 Monitoringprogramme entsprechend zu erweitern.
  
- 548 • In den vergangenen Jahren haben die Erkenntnisse über das Vorkommen  
549 verschiedenster Mikropartikel in unseren Gewässern zugenommen. Das  
550 Vorkommen von **Mikroplastik** und den darin enthalten oder daran gebundenen  
551 zahllosen Stoffen in unseren Gewässern hat Auswirkungen auf Mensch und  
552 Umwelt, ist bislang jedoch noch nicht eingehend erforscht. Risiken für  
553 Umwelt und Lebewesen müssen deshalb etwa bei der Herstellung von  
554 Autoreifen und Kunststofftextilien verstärkt berücksichtigt werden. **Wir  
555 wollen die bestehenden chemikalienrechtlichen Möglichkeiten zur  
556 Einschränkung von problematischen Stoffen konsequent durchsetzen und die  
557 gezielte Verbreitung von Mikroplastik, z. B. in Kosmetika, Körperpflege-  
558 oder Reinigungsmitteln unterbinden.**
  
- 559 • Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das Landeswassergesetz (LWG NRW)  
560 geändert und damit den Gewässerschutz um Jahre zurückgeworfen. Allein das  
561 Außerkraftsetzen des Abgrabungsverbots in Wasserschutzgebieten trägt zu  
562 einer massiven Untergrabung des Wasserschutzes bei. **Wo Wasserschutzgebiet**

563 **drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein.** Zum Schutz unserer Gewässer  
564 und Böden brauchen wir eine nachhaltige Rohstoffpolitik in NRW.

## 565 Flüsse natürlicher fließen lassen

- 567 • Wir wollen die Gewässer in NRW entfesseln. Derzeit blockieren viele  
568 tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Die  
569 unnatürlichen Rückstaubereiche hinter vielen dieser Bauwerken erwärmen  
570 sich, Sediment und Schlamm lagern sich ab, klimaschädliches Methan wird  
571 produziert, Artenvielfalt und Lebensraum gehen verloren. Fische und andere  
572 Wassertiere werden an ihrer Wanderung gehindert und zum Teil verletzt oder  
573 sogar getötet.
- 574 • Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie  
575 in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen  
576 unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und  
577 fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und  
578 können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig  
579 einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten.
- 580 • Die Umsetzung der **europäischen Wasserrahmenrichtlinie** muss so schnell wie  
581 möglich abgeschlossen werden. Lebendige, durchgängige und naturnah  
582 fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume für  
583 verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum  
584 Erhalt der Biodiversität. Doch auch im Sinne des ökologischen  
585 Hochwasserschutzes sowie der durch den Klimakrise bedingten Zunahme an  
586 Starkregenereignissen, muss das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung  
587 stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung verankert werden.
- 588 • Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit Wasser. Das haben  
589 die Dürrejahre 2018-2020 und erst recht das Extremhochwasser im Juli 2021  
590 eindringlich gezeigt. Eine umfassende Neubewertung der  
591 wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regelwerke auf allen  
592 Ebenen ist erforderlich. Schon jetzt steigen die Nutzungskonflikte um das  
593 Wasser und das Trockenfallen von feuchten Lebensräumen verschärft das  
594 Artensterben. Anstatt die Landschaft weiter auszutrocknen, müssen wir das  
595 Wasser in der Landschaft speichern. Das geht, wenn wir Moore, Auenwälder  
596 und Feuchtwiesen renaturieren, weniger Flächen versiegeln,  
597 landwirtschaftlich genutzte Flächen weniger stark entwässern und die  
598 Speicherkapazitäten des Bodens erhöhen, etwa durch eine Waldwende. Durch  
599 die Klimakrise werden Hochwasser wie im Sommer 2021 gesehen häufiger und  
600 heftiger. Wir müssen den Gewässern mehr Raum geben und fördern dies durch  
601 Entwicklung natürlicher Rückhalteräume.

## 602 Bildung für nachhaltige Entwicklung

603 Wir wollen eine breite Mehrheit der Bevölkerung für die international  
604 vereinbarten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (sustainable development  
605 goals, SDGs) und die zu ihrer Umsetzung notwendigen Schritte zu gewinnen. Dazu  
606 ist die konsequente Implementierung und strukturelle Verankerung der Bildung für  
607 nachhaltige Entwicklung (BNE) entlang der gesamten Bildungskette erforderlich.  
608 Eine der Voraussetzung für die notwendige sozial-ökologische Transformation der  
609 Gesellschaft ist es, Menschen aller Altersgruppen und aus allen sozialen Milieus  
610 zu erreichen und zur Gestaltung zu befähigen.

- 611 • BNE muss durch die gesamte Bildungskette von den Kindertageseinrichtungen.  
612 Schulen, außerschulische Bildung, Hochschulen bis zur Weiterbildung  
613 hindurch gestärkt werden: Die Ziele der BNE müssen in den didaktischen  
614 Konzeptionen der Trägern und bei den Bildungsverantwortlichen und  
615 Bildungsakteur\*innen sowie in Aus- und Fortbildung der pädagogischen  
616 Kräfte stärker verankert werden. Gerade im schulischen Bereich muss die  
617 vorliegende Leitlinie konsequent umgesetzt werden.
- 618 • BNE muss verpflichtend zu einer inhaltlichen Säule der **Regionalen**  
619 **Bildungsnetzwerke** gemacht werden.
- 620 • Die **Mittel für außerschulische Kooperationspartner** im Bereich BNE sind  
621 deutlich zu erhöhen. Die Zahl der Regionalzentren im BNE-Landesnetzwerk  
622 soll vergrößert, mehr Projekte, Netzwerke und kommunale Aktivitäten  
623 gefördert werden.

## 624 **Das Ende der Verschwendung**

625 Eine gesunde Umwelt und Natur kann es nur geben, wenn unsere Wirtschaft nicht  
626 nur eine Richtung, von der Fabrik auf die Müllkippe kennt. Eine Wirtschaft  
627 innerhalb der planetaren Grenzen ist eine Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen  
628 wieder zurück in neue Produkte geführt werden, anstatt sie als Abfall ungenutzt  
629 zu lassen oder zu verbrennen. Eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich  
630 regional verankert ist, schon die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und  
631 reduziert die Belastung von Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und  
632 Schadstoffe. In einer Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über  
633 das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei,  
634 wiederverwendbar und leicht recyclebar.

- 635 • In NRW machen sich schon viele Unternehmen selbst auf den Weg in eine  
636 Kreislaufwirtschaft. **Wir GRÜNE fördern den Umbau in die**  
637 **Kreislaufwirtschaft durch Mittel des Landes und aus europäischen**  
638 **Fördertöpfen.** Zudem stärken wir die **Grundlagen- und anwendungsbezogene**  
639 **Forschung zur Kreislaufwirtschaft**, u.a. durch ein NRW-Forschungsinstitut  
640 für Kunststoffrecycling und einen NRW-Pakt für Batterierecycling sowie  
641 Recycling-Baustoffe. Unser Ziel ist, dass NRW Vorreiter in der  
642 Kreislaufwirtschaft wird, so wie das Land einst durch Kohle und Stahl zur  
643 industriellen Herzkammer des Kontinents wurde.
- 644 • Gerade die ressourcenintensive Baubranche muss zu einem Musterbeispiel für  
645 Kreislaufwirtschaft werden. In der GRÜNEN Bauwende werden geschlossene und  
646 giftfreie Stoffkreisläufe zum Leitprinzip, werden Recyclingmaterialien von  
647 Beton bis Kunststoffen zur Norm. Wo immer möglich, wird mit  
648 Recyclingmaterialien und Holz gebaut, das langfristig CO<sub>2</sub> aus der  
649 Atmosphäre bindet.
- 650 • Wir fordern eine **Ressourcengebäudeausweis**, der transparent macht, mit  
651 welchen Stoffen gebaut wurde und wie beim Lebensende des Gebäudes diese  
652 wieder genutzt werden können.
- 653 • Beim Übergang in eine Kreislaufwirtschaft sollten **die landeseigenen**  
654 **Unternehmen zugleich Vorbild als auch Innovationstreiber sein.** Durch  
655 verbindliche Zielvereinbarungen zur Kreislaufwirtschaft für den Betrieb  
656 und Quoten z.B. für Recyclingmaterial und Holzbau bei bestehenden und  
657 neuen Gebäuden wollen wir Leuchttürme der Kreislaufwirtschaft und der

658 Bauwende überall in NRW aufleuchten lassen. **In öffentlichen Bauten**  
659 **schreiben wir z.B. die Verwendung von Holz und Recyclingbeton vor**, wo  
660 immer dies möglich ist.

- 661 • Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der der Restmülltonne und wird  
662 dann verbrannt. Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung. Die Pflicht  
663 zur getrennten Erfassung von Bioabfällen muss endlich konsequent umgesetzt  
664 werden. Wir wollen, dass die kostenlose Biotonne überall in NRW zum  
665 Standard wird.

## 666 **Ehrenamt stärken**

667 Natur- und Umweltschutz in NRW wird ganz wesentlich von ehrenamtlich Engagierten  
668 getragen – ob bei Bildungsprogrammen, Müllsammelaktionen, Vogelzählungen,  
669 Demonstrationen oder Volksinitiativen. Viele Engagierte ergänzen und ersetzen  
670 Leistungen öffentlicher Stellen. Diese Engagierten verdienen, dass ihre Arbeit  
671 von öffentlicher Seite Wertschätzung erfährt, pragmatisch und schnell  
672 unterstützt wird und dass ihre Expertise in Entscheidungen eingebunden wird. Wir  
673 wollen zudem die Ehrenamtszuschale erhöhen und dafür sorgen, dass  
674 Ehrenamtler\*innen Fördergelder ohne hohen Verwaltungsaufwand beantragen können.

## 675 **Eine starke und moderne Verwaltung für Umwelt-** 676 **und Naturschutz**

677 Ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, wenn der Schutz der  
678 natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die weitere Entwicklung unter  
679 ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten nachhaltig gestaltet wird. Es  
680 muss klar sein, dass Europa-, Bundes- und Landesrecht gilt und konsequent  
681 angewendet wird. Denn dieses Recht schützt berechnigte Interessen der Menschen,  
682 der Umwelt und der Wirtschaft. Die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen  
683 leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zum  
684 Erhalt öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt zur Sicherung des Industrie-  
685 und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie ist elementarer Bestandteil  
686 der Daseinsvorsorge. Eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung ist  
687 entscheidend um dies sicherzustellen und zu steuern.

688 Die Beratung und Verfahrensbegleitung von Vorhabenträgern, Antragstellern,  
689 Verbänden und Politik ist ein wichtiges Element moderner Verwaltung. Dabei muss  
690 sie ihrer Rolle als unabhängiger Anwalt der Umwelt gerecht werden.

691 Wir halten die Struktur der nordrhein-westfälischen Umweltverwaltung in ihren  
692 Grundzügen für zukunftsfähig, allerdings besteht an verschiedenen Stellen  
693 Optimierungsbedarf:

- 694 • Die Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Kommunalebene muss weiter  
695 verbessert werden. Ein **gemeinsames Verständnis als "Umweltverwaltung NRW"**  
696 ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von umweltpolitischen  
697 Zielen im Vollzug.
- 698 • Auf allen drei Ebenen der Umweltverwaltung werden verpflichtend  
699 **unabhängige Umweltbeschwerdestellen** für interne und externe Hinweise auf  
700 Missstände im Natur- und Umweltschutz eingerichtet (Grüne Telefone).
- 701 • Der Umweltbereich gehört in NRW – wie in allen Bundesländern – zu den  
702 Bereichen der Landesverwaltung, die stellenmäßig kaum ins Gewicht fallen.  
703 Über **nachvollziehbare Schlüssel zur Personalbemessung** muss der Bedarf für

- 704 die einzelnen Behörden ermittelt werden und die nötigen Haushaltsmittel  
705 zur Einrichtung von adäquat dotierten Stellen bereitgestellt werden.
- 706 • Durch **innovative Formen der Personalgewinnung** stellen wir sicher, dass der  
707 öffentliche Dienst in der Konkurrenz mit der Wirtschaft um Fachkräfte  
708 nicht noch mehr ins Hintertreffen gerät. Hierzu soll eine  
709 Öffentlichkeitskampagne beitragen, die Anforderungen, Bedeutung und  
710 Selbstverständnis der Umweltverwaltung darstellt. Wir werden bestehende  
711 Laufbahnausbildungen beibehalten und eigens für den Naturschutz eine  
712 Laufbahnausbildung einrichten. Zusätzlich wollen wir Möglichkeiten der  
713 dualen Ausbildung schaffen. Die für die Aufgabenwahrnehmung in der  
714 Umweltverwaltung erforderlichen fachlichen Qualifikationen müssen an  
715 unseren Hochschulen weiterhin erworben werden können.
  - 716 • Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen konsequent ausgeschöpft  
717 werden zur Erhöhung der Effizienz, Datentransparenz und  
718 Wirtschaftlichkeit. Dabei müssen **landesweit gültige Standards** gelten.
  - 719 • Gerade im technischen Umweltschutz und im Naturschutz ist eine  
720 **interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Behörden sowohl  
721 bei Genehmigungen als auch Überwachung** unerlässlich. Dies führt zu  
722 qualitativ besseren Ergebnissen und zu einem effizienteren Umgang mit  
723 Ressourcen nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den  
724 Wirtschaftsunternehmen.
  - 725 • Die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Strafverfolgungsbehörden muss  
726 gestärkt werden. Im Umweltministerium führen wir die **Stabsstelle  
727 Umweltkriminalität** wieder ein und statten sie finanziell und personell so  
728 aus, dass sie Umweltkriminalität wirksam aufdecken und verfolgen kann.

## **G-1** Vorsorge, Verlässlichkeit und gute Arbeit: Das Gesundheitssystem von morgen gestalten

Gremium: Landesvorstand, Maria Klein-Schmeink, Janosch Dahmen, Mehrdad Mostofizadeh, Barbara Steffens  
Beschlussdatum: 21.05.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Das Gesundheitssystem von morgen gestalten

### **Antragstext**

1 *Deutschland und NRW haben nach wie vor eines der besten Gesundheitssysteme der*  
2 *Welt. Doch schon vor der Corona-Krise war deutlich, dass wir vieles ändern*  
3 *müssen, damit alle Menschen in unserem Land gut versorgt sind und gleichen*  
4 *Zugang zu Gesundheitsleistungen haben - in allen Wohnorten und Lebenslagen,*  
5 *unabhängig vom Geldbeutel, Alter, sexueller Identität oder Herkunft. Wir müssen*  
6 *entschieden handeln, damit diejenigen, die tagtäglich für unser aller Gesundheit*  
7 *sorgen, bei ihrer Arbeit selbst dauerhaft gesund und zufrieden bleiben und*  
8 *angemessen entlohnt werden. Deshalb streiten wir für gute Arbeit für alle, die*  
9 *im Gesundheitssektor arbeiten - von der Reinigungskraft über den Altenpfleger*  
10 *bis zur Ärztin im Gesundheitsamt.*

11 *Gesundheit ist ein hohes Gut und mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Wir*  
12 *GRÜNE wollen die gesundheitspolitischen Weichen neu stellen. Wir setzen uns für*  
13 *das Ende der Zwei-Klassen-Medizin und eine solidarische Bürger\*innenversicherung*  
14 *ein. Ökonomischen Druck zu Lasten des Patient\*innenwohls und des Personals*  
15 *wollen wir aus dem Weg räumen. Finanzielle Anreize müssen das belohnen, was sich*  
16 *für die Gesundheit auszahlt. Wir streiten für eine Aufwertung und faire*  
17 *Entlohnung aller Gesundheitsberufe. Und wir setzen für eine neue,*  
18 *bedarfsorientierte Planung mit Strukturen jenseits der starren Trennung von*  
19 *stationärer und ambulanter Versorgung ein, damit die Menschen überall in NRW gut*  
20 *versorgt sind.*

21 *Die Pandemie führt uns vor Augen, dass weitsichtige Gesundheitspolitik schon*  
22 *weit vor der Versorgung ansetzt. Sie hat gezeigt, wie wichtig Vorsorge und*  
23 *Prävention sind. Damit wir möglichst gar nicht krank werden, braucht es einen*  
24 *Staat, der die Ursachen von Krankheiten - etwa Armut, schlechte*  
25 *Arbeitsbedingungen und krankmachende Umweltbedingungen - bekämpft und*  
26 *vorausschauend handelt. Ein funktionierender Gesundheitsschutz ist - wie die*  
27 *Gesundheitsversorgung - eine der zentralen Aufgaben öffentlicher*  
28 *Daseinsvorsorge. Doch schon vor der Pandemie waren die Strukturen von Kommune*  
29 *über Land und Bund in erster Linie auf das Verwalten und viel zu sehr auf*  
30 *reaktive und reparierende Muster angelegt. Wir brauchen stattdessen einen aktiv*  
31 *handelnden Staat, der die Vielfältigkeit des Föderalismus nutzt, aktiven*  
32 *Gesundheitsschutz betreibt, Krisen vorbeugt und auch aktiv Einfluss auf alle*  
33 *politischen Bereiche nimmt.*

#### **Lehren aus der Pandemie ziehen**

35 *Entscheidend für eine gute Versorgung in Krisen wie der Corona-Pandemie sind*  
36 *eine abgestimmte, gestufte regionale Versorgung, eine gute Strukturqualität*  
37 *sowie spezielle Kenntnisse zum Beispiel bei der Behandlung und Pflege*



38 *beatmungspflichtiger Patient\*innen. Um in Krisenzeiten auf besondere Bedarfe*  
39 *reagieren zu können, müssen deshalb zusätzliche Kapazitäten sowohl räumlich,*  
40 *aber vor allem auch personell vorgehalten werden, die aktuell nicht in die Logik*  
41 *passgenauer Abrechnung nach Fallzahlen passen.*

42 *Die Corona-Krise verdeutlicht vor allem die Notwendigkeit einer stärkeren*  
43 *Bündelung von Kapazitäten und Kompetenzen und einer besseren Erfassung von*  
44 *Gesundheitsdaten, um Behandlungspfade zu optimieren oder Behandlungserfolge*  
45 *schneller zu teilen. Erforderlich ist auch die Stärkung von Gesundheitskompetenz*  
46 *und Gesundheitsförderung und bessere Prävention. Gemäß dem „Health in All*  
47 *Policies“-Ansatz müssen Gesundheitsaspekte in allen Politikbereichen*  
48 *berücksichtigt werden.*

## 49 **Gesundheit schützen, Prävention stärken**

50 Prävention hält gesund und entlastet damit das Gesundheitssystem, wenn sie  
51 umfassend in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Stadtentwicklung  
52 und Verkehrsplanung gestalten wir deshalb so, dass Kinder sich frei bewegen  
53 können. In Kindergärten und Schule geben wir Sport, Ernährung und  
54 Gesundheitswissen in allen Bereichen einen größeren Stellenwert. Mit einem  
55 Gesunde-Kantinen-Programm machen wir regionale Ernährung, möglichst Bio, zum  
56 Standard in Kantinen und Mensen. In unseren Städten und Dörfern entwickeln wir  
57 Quartiere für Menschen im Alter, die in einer Stadtteilgemeinschaft statt in  
58 Isolation leben wollen.

59 Wir machen uns für eine Arbeitswelt stark, die Arbeitsschutz sichert und in der  
60 Freizeit, Familie, Pflege und Beruf miteinander vereinbar sind. Wir fördern die  
61 Vermittlung von Gesundheitsinformationen, unterstützen weiterhin  
62 niedrigschwellige Angebote und offene Selbsthilfestrukturen in NRW und sorgen  
63 dafür, dass sie mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens Schritt halten.

64 Nicht zuletzt muss Prävention auch bei Krankheit, Rehabilitation und Pflege  
65 fester und vorrangiger Bestandteil der Versorgung sein. So können  
66 Multimorbidität reduziert und schwerere Krankheitsverläufe verzögert oder  
67 abgeschwächt werden. Pflegebedürftigkeit kann bei guten Konzepten zu  
68 Rehabilitation und Prävention reduziert und Eigenständigkeit sowie  
69 Lebensqualität zurückgewonnen werden. Dies wollen wir in der Pflegepolitik des  
70 Landes stärker als bisher verankern.

## 71 **Regionale Versorgung ausbauen - Vorfahrt für** 72 **Gesundheitsregionen**

73 Um die Versorgung in Stadt und Land zu stärken, wollen wir, dass ambulante und  
74 stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant und organisiert werden und  
75 Gesundheitsregionen mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden können.  
76 Vor allem für unterversorgte Regionen wollen wir die Möglichkeiten zur  
77 Sicherstellung einer sektorenübergreifenden Versorgung ausbauen, zum Beispiel  
78 auch durch verbindliche Entscheidungen des 90a-Gremiums auf Landesebene.

79 Durch Gesundheitsregion wollen wir die starre Trennung zwischen den Sektoren  
80 aufbrechen, Kooperation und gute Versorgung belohnen. In NRW wollen wir  
81 gemeinsam mit allen Akteur\*innen auf der Grundlage des Konzeptes der Grünen  
82 Bundestagsfraktion ein Konzept zur Förderung von Gesundheitsregionen entwickeln.  
83 Die Etablierung von Gesundheitsregionen ist ein Angebot an die Regionen,  
84 Kommunen und Kreise.

85 Wir setzen dabei auf das Engagement und die Kreativität der Akteure vor Ort und  
86 werden dieses in geeigneter Weise unterstützen.

87 Denn die bisherige Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung verengt  
88 den Blick der Leistungserbringer\*innen auf das jeweils eigene wirtschaftliche  
89 Ergebnis. Das schadet vor allem chronisch kranken Patient\*innen. Durch die  
90 regionale Verankerung entstehen mehr Möglichkeiten, die Versorgung abseits  
91 starrer Regelungen von der Bundesebene vor Ort zu gestalten und in  
92 Quartierskonzepte zu integrieren. Besonders wichtig ist dies bei der Versorgung  
93 hochbetagter Menschen, die zumeist neben der medizinischen Versorgung Pflege und  
94 alltagsunterstützende Leistungen brauchen. Auch das Entlassmanagement nach einem  
95 Krankenhausaufenthalt sowie die Unterstützung bei der Wiederaufnahme der  
96 selbstständigen Lebensführung in der häuslichen Umgebung können so weitaus  
97 passgenauer und zielgerichteter organisiert werden. Dabei muss schrittweise auch  
98 die engere Vernetzung mit anderen Leistungen etwa der Pflege, der  
99 Eingliederungshilfe oder der Rehabilitation in den Blick genommen werden. Auch  
100 eine engere Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst ist notwendig.

101 Die Vernetzung von Praxen, Ärztenetzen, Krankenhäusern, Krankenkassen,  
102 Gesundheits- und Pflegezentren, Apotheken, Reha-Einrichtungen und weiteren  
103 Gesundheitsbereichen wollen wir aktiv unterstützen und das Interesse am  
104 gemeinsamen Handeln für die Gesundheit der Menschen fördern. Die Patient\*innen  
105 haben Anspruch auf eine verlässliche, qualitativ hochwertige und möglichst  
106 wohnortnahe Versorgung – ganz gleich ob diese in Krankenhäusern,  
107 Gesundheitszentren oder Arztpraxen stattfindet. Mithilfe von Versorgungszentren  
108 gerade in von Unterversorgung bedrohten oder betroffenen Regionen und anderen  
109 Gesundheitseinrichtungen auch in eigener Trägerschaft können Kommunen zudem  
110 direkten Einfluss auf die Daseinsvorsorge vor Ort nehmen.

## 111 **Für eine verlässliche Krankenhausversorgung** 112 **überall sorgen**

113 Nur eine verlässliche und leistungsstarke Krankenhausstruktur kann ihrer Rolle  
114 als eine der drei Säulen des Gesundheitssystems - neben der ambulanten  
115 Versorgung und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst - gerecht werden. Wir wollen,  
116 dass Krankenhäuser weiterhin gut erreichbar sind und überall in NRW über eine  
117 hohe Qualität und ausreichend Personal verfügen. Die Finanzierung der  
118 Krankenhäuser muss sich in Zukunft an diesem gesellschaftlichen Auftrag  
119 orientieren, nicht mehr vorrangig an der Fallzahl.

120 Die Corona-Krise hat bestehende Defizite in der Gesundheitsversorgung im  
121 Allgemeinen und der Krankenhausversorgung im Speziellen aufgezeigt. In einigen  
122 Regionen gibt es echte Versorgungslücken in bestimmten Disziplinen, in anderen  
123 eine Über- und Fehlversorgung mit einer nicht bedarfsgerechten Anzahl und  
124 Verteilung von Krankenhausstandorten und -betten sowie im internationalen  
125 Vergleich sehr vielen medizinisch nicht notwendigen stationären  
126 Behandlungsfällen.

127 Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass wir Krankenhausplanung und -finanzierung  
128 grundlegend reformieren müssen. Wir wollen die stationäre Versorgung reformieren  
129 und orientieren uns dabei an den Bedürfnissen der Patient\*innen, an einer guten  
130 Erreichbarkeit für jede\*n, an Qualität und Verlässlichkeit. Qualität fördern wir  
131 gezielt durch klare Vorgaben zur bedarfsgerechten Personalausstattung im  
132 Krankenhausgesetz, durch Anreize in der Vergütung sowie durch mehr  
133 Qualitätstransparenz.

134 Darüber hinaus ist eine stärkere Spezialisierung und Stufung der  
135 Krankenhausversorgung nötig. Nicht jedes Krankenhaus kann und muss alle  
136 Leistungen anbieten. Aber jedes bedarfsnotwendige Krankenhaus muss seinen  
137 jeweiligen Versorgungsauftrag qualitativ gut und angemessen finanziert erfüllen  
138 können. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn versorgungsrelevante Bereiche auch  
139 tatsächlich angeboten werden können. Viele Krankenhäuser in ländlichen Räumen  
140 haben daher nur dann eine Zukunft, wenn sie Bestandteil einer  
141 sektorübergreifenden und stärker regional verankerten Versorgung werden und  
142 sowohl mit ambulanten Einrichtungen, als auch mit Krankenhäusern anderer  
143 Versorgungsstufen sowie mit der Reha und der Pflege eng zusammenarbeiten.  
144 Kennzeichen solcher Versorgungsverbünde muss die Zusammenarbeit aller  
145 Gesundheitsberufe auf Augenhöhe und in abgestimmten Behandlungspfaden sein. Aber  
146 auch die Anbindung an das komplexe Wissen und die Erfahrung von  
147 Universitätskliniken und hoch spezialisierten Maximalversorgern oder  
148 Fachkliniken durch telemedizinische Unterstützungsangebote (Stichwort  
149 "Virtuelles Krankenhaus") muss auf- und ausgebaut werden. So können kleine  
150 Häuser im ländlichen Raum das geballte Fachwissen in ihre Behandlungen  
151 integrieren und somit auf qualitativ höherem Niveau Menschen versorgen.

152 Eine grundlegende Reform des Krankenhausentgeltsystems ist ebenfalls  
153 unausweichlich. Es braucht eine starke Komponente einer fallzahlunabhängigen  
154 Absicherung der notwendigen Vorhaltekosten für kleine Häuser der  
155 Grundversorgung. Dies dient gerade der Sicherstellung der Grundversorgung  
156 ländlicher Räume, der Notfallversorgung und der pädiatrischen Versorgung in  
157 besonderer Weise

### 158 **Krankenhausplanung an Bedürfnissen der Patient\*innen** 159 **ausrichten**

160 Damit die Menschen überall in NRW und Deutschland verlässlich, bedarfsgerecht  
161 und qualitativ hochwertig versorgt werden, braucht es bundesweit gültige  
162 Grundsätze für die Versorgungs- und Krankenhausplanung. Dies erfordert, den  
163 Versorgungsbedarf fortlaufend zu analysieren, neue ambulante und  
164 sektorübergreifende Strukturen zu entwickeln, das Angebot regional aufeinander  
165 abzustimmen und Doppelstrukturen, insbesondere in den urbanen Zentren, zu  
166 vermeiden.

167 Leistungen der Grundversorgung - etwa eine Abteilung für innere Medizin sowie  
168 für allgemeine Chirurgie - müssen jederzeit für alle gut erreichbar sein. Sollte  
169 kein Grundversorger mehr vor Ort sein, braucht es zumindest ein  
170 sektorübergreifendes Zentrum mit einem verpflichtend vorhandenen internistischen  
171 Bereich, IMC-Betten zur Notfallversorgung und ggf. zur Vorbereitung der  
172 Weiterverlegung. Für fachärztliche und spezialisierte Angebote bzw.  
173 Schwerpunktleistungen der stationären Versorgung durch Maximalversorger oder  
174 Universitätskliniken soll hingegen großräumiger geplant werden. Die  
175 Sektorentrennung bei der Planung wollen wir überwinden.

### 176 **Investitionsfinanzierung auf eine stabile Basis stellen**

177 Eine Reform der Investitionsfinanzierung ist zwingend notwendig. Der Bund muss  
178 dauerhaft die Hälfte der Krankenhausinvestitionen finanzieren. Hierzu sollte der  
179 Bund auch eine Mindestinvestitionsquote bestimmen. Die Finanzierung von  
180 Investitionen soll überdies künftig über fallzahlunabhängige und nach  
181 Versorgungsstufen differenzierte Pauschalen erfolgen.

182 Nur so verhindern wir, dass Krankenhäuser wegen fehlender Investitionsförderung  
183 weiter Defizite machen und Kommunen zur Privatisierung ihrer Krankenhäuser  
184 gezwungen werden. Wir wollen weitere Privatisierungen abwenden und Krankenhäuser  
185 in kommunaler Trägerschaft erhalten, da diese auch im Sinne der Daseinsvorsorge  
186 nicht profitable Fachabteilungen und Versorgungsaufgaben im Interesse ihrer  
187 Bevölkerung erbringen.

### 188 **In Digitalisierung und Smart Green Hospitals investieren**

189 Wir wollen Krankenhäuser in die Lage versetzen, ihre IT zu modernisieren und die  
190 Anbindung an Breitbandnetze zu investieren. Wir setzen auf langfristige  
191 Finanzierungsvereinbarungen, damit die Systeme laufend an den neuesten Stand der  
192 Technik angepasst werden.

193 Das Krankenhaus der Zukunft ist grün und barrierefrei. Öffentliche Fördermittel  
194 wollen wir gezielt für nachhaltige Konzepte bereitstellen. Ein tiefgreifende  
195 Systemwandel hin zu "Smart Green Hospitals" ist im Angesicht der Klimakrise  
196 notwendig und muss sich in der Investitionsfinanzierung und der  
197 Krankenhausplanung widerspiegeln.

### 198 **Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung 199 gewährleisten**

#### 200 **Geburtshilfe und Hebammen stärken**

201 Eine gute Schwangerschaftsbegleitung und Geburtshilfe sind für den Start ins  
202 Leben und für selbstbestimmte Entscheidungen von Frauen und Familien  
203 unerlässlich. Deshalb setzen uns für eine bessere Vergütung der  
204 verantwortungsvollen Tätigkeiten von Hebammen ein und wollen, dass die hohe  
205 Berufshaftpflichtversicherung reformiert wird und die Beiträge deutlich  
206 reduziert werden. Die Förderung von selbstständigen Hebammen ist ein adäquates  
207 Mittel, um insbesondere im ländlichen Raum Lücken in der Geburtshilfe zu  
208 schließen. Die Reform der Hebammenausbildung muss mit einer Aufwertung des  
209 Berufs einhergehen.

210 Bei der Krankenhausplanung muss die Möglichkeit, Patientinnen jederzeit an gut  
211 erreichbare Krankenhäuser verweisen zu können ebenso berücksichtigt werden wie  
212 die Tatsache, dass gute Qualität in der stationären Geburtshilfe eine  
213 hinreichende Zahl von jährlichen Geburten voraussetzt. Mit dem Ziel der  
214 Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe sollten deshalb  
215 Tarifsteigerungen für in Geburtskliniken mit hoher Auslastung angestellte  
216 Hebammen refinanziert werden, gebunden an verbindliche Qualitätskriterien wie  
217 etwa eine 1:1-Betreuung in den wesentlichen Phasen der Geburt. Aber auch neue  
218 Strukturen, wie der hebammengeführte Kreißaal, sollen in NRW ausgebaut und  
219 refinanziert werden.

#### 220 **Selbstbestimmung garantieren**

221 Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, haben das Recht auf Selbstbestimmung  
222 über ihren Körper und ihr Leben. Dazu gehört auch die Entscheidung, ob eine Frau  
223 eine Schwangerschaft abbricht. Dies gehört zu den schwierigsten Lebenssituation  
224 und erfordert zwingend eine gute Unterstützung. Schwangere müssen schnell an  
225 gesicherte Informationen gelangen - auch von Ärzt\*innen, die den Eingriff  
226 durchführen. Deshalb wollen wir § 219a endlich aus dem Strafgesetzbuch  
227 streichen. Auch in NRW muss der flächendeckende Zugang zu  
228 Schwangerschaftsabbrüchen und eine generelle Kostenübernahme überall  
229 gewährleistet sein. Der Schwangerschaftsabbruch muss in die Ausbildung von

230 Ärzt\*innen nach international anerkannten Standards integriert werden.  
231 Freiwillige Beratungsangebote müssen abgesichert und ausgebaut werden.

### 232 **Geschlechtsspezifische und diskriminierungsfreie Medizin** 233 **fördern**

234 Fehlt im Gesundheitssystem und in der Gesundheitspolitik der Blick auf das  
235 biologische und soziale Geschlecht, kommt unterm Strich eine  
236 Gesundheitsversorgung heraus, die niemandem gerecht wird. Schon 2000 gab es im  
237 Landtag NRW auf Initiative der Grünen Landtagsfraktion eine Enquetekommission  
238 zum Thema "Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW". Seitdem  
239 liegen zahlreiche Erkenntnisse auf dem Tisch, bei der Implementierung im  
240 Gesundheitssystem geht es aber nach wie vor zu langsam voran. Noch immer haben  
241 Frauen bei einem Herzinfarkt je nach Klinik eine schlechtere Überlebenschance,  
242 weil dort Diagnostik und Therapie immer noch auf den männlichen "Normkörper"  
243 ausgerichtet sind. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine Stärkung der  
244 Geschlechterperspektive im Gesundheitswesen und der Ausbildung ein, etwa bei der  
245 Entwicklung von Medikamenten, Ermittlung geschlechtsspezifischer  
246 Gesundheitsrisiken oder bei Präventionsangeboten. Förderungen des Landes im  
247 Gesundheitsbereich sollen grundsätzlich die Geschlechterperspektive  
248 berücksichtigen müssen, Daten geschlechterdifferenziert erfasst und ausgewertet  
249 werden und Projekte und Initiativen des Landes dies durchgängig berücksichtigen.

250 Gerade die Zukunftsbereiche der Telemedizin und Digitalisierung dürfen die  
251 Fehler der analogen Vergangenheit nicht in die Gegenwart übertragen. Denn mit  
252 der Digitalisierung des Gesundheitssystems besteht nicht nur die Gefahr, die  
253 Erkenntnisse geschlechterdifferenzierter Bedarfe bei Prävention, Diagnose,  
254 Kuration, Rehabilitation und Pharmakologie auf dem Weg der Entwicklung und  
255 Programmierung von Anwendungen wie Apps oder Algorithmen/KI wieder aus dem Blick  
256 zu verlieren. Der „Gender Bias“ könnte sogar noch größer werden. Denn KI-Systeme  
257 bilden die Vergangenheit und Gegenwart auf rückblickenden Datenbasen ab, um in  
258 die Gegenwart und Zukunft Diagnosen und Prognosen zu erstellen. Das bedeutet,  
259 sie bilden alle bestehenden Ungleichheiten der Vergangenheit ab und  
260 reproduzieren sie. Deswegen braucht es auch eine entsprechende Sensibilisierung  
261 der Unternehmen, die im Gesundheitsbereich Anwendungen entwickeln.

262 Die systematische Diskriminierung queerer Menschen im Gesundheitssystem müssen  
263 wir abbauen. So müssen Ärzt\*innen und anderes medizinischer Personal  
264 sensibilisiert werden für die Belange von LGBTIQ\*, hier muss es sowohl in der  
265 Ausbildung als auch in Fortbildungen ein verpflichtendes Angebot geben. Der  
266 Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für queere Menschen verbessert werden. Ob  
267 somatische, psychosomatische, psychotherapeutische und psychiatrische  
268 Versorgung: sie muss niedrigschwellig erreichbar sein und den individuellen  
269 Bedarfen gerecht werden.

### 270 **Psychische Gesundheit verbessern**

271 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise  
272 brauchen schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit ihr Leid sich nicht  
273 verschlimmert. Doch unser Gesundheitssystem wird dem individuellen Bedarf von  
274 Menschen in einer psychischen Krise sehr häufig nicht gerecht. Das wollen wir  
275 ändern! Dafür braucht es ausreichend niedrigschwellige Krisenangebote und mehr  
276 ambulante Psychotherapieplätze ohne lange Wartezeiten durch mehr  
277 Kassenzulassungen von Psychotherapeut\*innen. Ambulante Angebote der, auch von  
278 Selbsthilfestruckturen und gemeindenaher Psychiatrie, können eine zusätzliche  
279 Säule sein.

280 Wir setzen uns für eine gemeindenahе und personenzentrierte Versorgung und eine  
281 verbesserte sektorübergreifende Zusammenarbeit ein. Dabei müssen auch die  
282 Besonderheiten der Versorgung von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt  
283 werden. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer und  
284 stationsäquivalenter Behandlung müssen flexibler werden und die verschiedenen  
285 Berufsgruppen im Team eine miteinander abgestimmte Behandlung übernehmen können.  
286 Ergänzt werden müssen die bestehenden Angebote durch digitale Bausteine sowie  
287 Videosprechstunden als Einzel- und Gruppenangebote. Digitale  
288 Gesundheitsanwendungen (DiGAs) für Menschen mit psychischen Erkrankungen  
289 brauchen einen hohen Qualitätsstandard und sollten in bestehende Therapien  
290 integriert werden.

291 Wir treten für Behandlungsformen ein, die auf Freiwilligkeit statt auf Zwang  
292 setzen. Psychiatrische Einrichtungen sollen deshalb flächendeckend Patient\*innen  
293 mit wiederkehrenden Krisen Behandlungsvereinbarungen anbieten.

294 Therapieerfolge hängen oftmals von der Zeit und der Beziehung ab, die das  
295 Personal zu den Patientinnen und Patienten aufgebaut hat. Wir setzen uns deshalb  
296 dafür ein, dass ausreichend Personal und ein Personalmix in der stationären  
297 Versorgung durch verbindliche und qualitätsorientierte Standards ermöglicht  
298 werden.

299 Wir wollen eine gute Prävention, Versorgung und Nachsorge von Kindern und  
300 Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen und von Kindern, deren Eltern  
301 psychisch erkrankt sind, gewährleisten. Damit die notwendige Zusammenarbeit der  
302 beteiligten Hilfesysteme gelingt, wollen wir berufsübergreifende Kooperations-  
303 und Vernetzungsstrukturen etablieren und Möglichkeiten der Mischfinanzierung von  
304 komplexen Hilfebedarfen in psychisch belasteten Familien fördern. Schule,  
305 Jugendhilfe, Sozialamt und das Gesundheitssystem müssen wie Zahnräder  
306 ineinandergreifen und jeweils dort Finanzierung und Hilfen anbieten, wo die  
307 Systeme der anderen Sozialgesetzbücher nicht greifen.

308 Wir setzen uns für eine psychiatrische Behandlung und psychosoziale  
309 Unterstützung auf Augenhöhe und unter Einbeziehung der Betroffenen und ihrer  
310 Angehörigen ein. Dafür soll der Dialog zwischen Psychiatriferfahrenen,  
311 Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ausgebaut werden. Ein  
312 vielversprechender Weg zur Begleitung und Stärkung von Patient\*innen sind zudem  
313 Peer-to-Peer-Ansätze, die wir stärken wollen.

### 314 **Gesundheitsversorgung Geflüchteter verbessern**

315 Eine gute und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für Menschen, die  
316 Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, ist ein Menschenrecht.

317 Deshalb wollen wir in NRW einen niedrigschwelligen Zugang zum Gesundheitssystem  
318 für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz erhalten, für Menschen  
319 ohne Papiere oder Menschen ohne geklärten Versicherungsschutz. Die  
320 Clearingstellen in NRW müssen ausgebaut und dauerhaft finanziert werden. Sie  
321 müssen die Menschen perspektivisch nicht nur bei der Frage des  
322 Versicherungsschutzes sondern auch beim Zugang zu medizinischen und  
323 psychotherapeutischen Angeboten mit Sprach- und Kulturmittler\*innen  
324 unterstützen. Gerade die Pandemie zeigt, wie langsam Aufklärung und  
325 Informationen Menschen erreichen, die nicht mit unserem Gesundheitssystem  
326 aufgewachsen sind. Deshalb wollen wir für NRW gemeinsam mit den Kommunen,  
327 Leistungserbringern und Kostenträgern eine App "Gesundheitssystem für  
328 Einsteiger\*innen" entwickeln, die die zentralen in den Fragen in den am

329 häufigsten in NRW gesprochenen Fremdsprachen beantwortet, etwa: "Wohin gehe ich  
330 mit welchen Symptomen?"; "Wer zahlt was?"; "Wie kann ich im Gesundheitssystem  
331 arbeiten?"

332 Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen und das  
333 allgemeine Sozialleistungssystem öffnen. Die psychosoziale Unterstützung von  
334 Geflüchteten muss zudem verbessert und ausgebaut werden. Damit alle  
335 Patient\*innen angemessen aufgeklärt und behandelt werden können, wollen wir,  
336 dass professionelle Sprach- und Kulturmittler\*innen künftig mitfinanziert  
337 werden.

### 338 **Notfallversorgung reformieren**

339 Jeder Mensch muss darauf vertrauen können, im Notfall bestmöglich versorgt zu  
340 sein - unabhängig vom Wohnort. Doch dafür muss sich einiges ändern. Wir müssen  
341 ran an schlecht funktionierende Strukturen, die Menschen auf der Suche nach  
342 medizinischer Hilfe rat- und orientierungslos lassen. Die Devise muss sein: Wer  
343 Hilfe braucht, wird schnell und qualifiziert versorgt und nicht in einen  
344 Zuständigkeitsdschungel des Gesundheitswesens geschickt, in dem Durchschnitt und  
345 nicht Exzellenz das Maß der Dinge darstellt.

346 Darum wollen wir eine konsequente Verzahnung der ambulanten und der stationären  
347 Notfallversorgung. In einem strukturell vielfältigen Land wie NRW mit  
348 städtischen Ballungsgebieten und ländlichem Raum kann es nicht ein Modell für  
349 alle geben. Aber durch einheitliche Stufen, konkrete Strukturvorgaben zur  
350 Notfallversorgung, wollen wir erreichen, dass Menschen in Not, stets die  
351 erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

352 Das heißt konkret: Wenn sich Menschen mit einem medizinischen Hilfeersuchen an  
353 eine Notaufnahme wenden, müssen sie dort kompetente und zuverlässige Hilfe  
354 bekommen. An zentralen Klinikstandorten soll in weiterentwickelten  
355 Notfallzentren unter anderem durch gemeinsame Tresen eine nahtlose Verzahnung  
356 der bislang getrennten ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der  
357 Notfallversorgung erfolgen. Auch wollen wir, dass diese Notfallzentren gerade  
358 nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente Hausärzt\*innen so  
359 unterstützt werden, dass geeignete Fälle gut ambulant versorgt werden können. In  
360 kleineren Krankenhäusern, die die Versorgung vor Ort sicherstellen und in denen  
361 nicht für jede Notsituation Spezialist\*innen vorgehalten werden können, muss die  
362 Beurteilung von Notfällen mit Hilfe einer telemedizinischen Anbindung aus dem  
363 virtuellen Krankenhaus sichergestellt werden. Eine gute digitale Infrastruktur  
364 zeigt hier ganz konkreten Nutzen für Menschen in gesundheitlichen Notlagen,  
365 gerade auch im ländlichen Raum.

366 Für die meisten Menschen sind gesundheitliche Notfälle nichts Alltägliches. Sie  
367 brauchen Klarheit, wohin sie sich unkompliziert und schnell wenden können und wo  
368 ihnen verlässlich geholfen wird. Darum sollten die Notrufleitstellen der Nummern  
369 112 und 116117 organisatorisch zusammengeführt werden. Wir wollen in allen  
370 Leitstellen eine Software zur standardisierten Notrufabfrage einführen und uns  
371 dafür einsetzen, dass Vernetzung, Kooperation und Harmonisierung der  
372 Einsatzleitsysteme zwischen den Leitstellen vorangetrieben werden. Es darf keine  
373 Rolle spielen, wo die Menschen anrufen. Wichtig ist, dass sie immer die passende  
374 Hilfe bekommen. Und zwar rund um die Uhr. Einem medizinischen Notfall sind  
375 Öffnungs- und Dienstzeiten egal. Darum muss auch sichergestellt sein, dass der  
376 ärztliche Bereitschaftsdienst rund um die Uhr verfügbar ist.

377 Auch der Rettungsdienst kann Menschen in Not umfassend medizinisch behandeln.  
378 Doch dafür müssen die rechtlichen Grundlagen stimmen. Wir wollen das  
379 Rettungsdienstgesetz weiterentwickeln und flächendeckend die Vollzeit-Funktion  
380 der „Ärztlichen Leitung Rettungsdienst“ einführen, welche die medizinische und  
381 organisatorische Gesamtverantwortung sowie die Aufgabe der Qualitätssicherung in  
382 ihrem jeweiligen Zuständigkeitsgebiet trägt. Sie sollen zuständig sein für die  
383 Festlegung medizinischer Behandlungsstandards und die Delegation heilkundlicher  
384 Maßnahmen die auch von Notfallsanitäter\*innen im Einklang mit ihrer Befähigung  
385 im Einsatz durchgeführt werden sollen. Zudem soll die „Ärztliche Leitung  
386 Rettungsdienst“ Anforderungen an Aus und Fortbildung des in der Notfallrettung  
387 eingesetzten Personals festlegen und überwachen. Der Telenotarzt in NRW - also  
388 die flächendeckende telemedizinische Unterstützung durch die Leitstellen des  
389 Rettungsdienstes und der Feuerwehr - ist für die flächendeckende Versorgung ein  
390 wichtiger Baustein, den wir ausbauen wollen.

391 Um den Rettungsdienst im Sinne der Betroffenen auch strukturell zu stärken soll  
392 NRW sich im Bund dafür einsetzen, die medizinische Notfallversorgung der  
393 Rettungsdienste als eigenständigen Leistungsbereich im Sozialgesetzbuch V  
394 auszugestalten.

395 In manchen Notsituationen reicht es für die betroffenen Menschen nicht aus,  
396 allein die medizinische Erstversorgung abzusichern. Dann wird auch eine  
397 psychosoziale Notfallversorgung benötigt, um belastende und traumatisierende  
398 Erfahrungen zu verarbeiten. Wir wollen die psychosoziale Notfallversorgung auch  
399 in NRW gesetzlich absichern.

## 400 **Bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen** 401 **schaffen**

402 Menschen, die krank sind und wieder gesund werden sollen, brauchen andere  
403 Menschen, die sich gut und qualifiziert um sie kümmern. Voraussetzung dafür ist,  
404 dass Pflegekräfte, Hebammen, Physiotherapeut\*innen oder Ärzt\*innen im  
405 Gesundheitssystem Arbeitsbedingungen vorfinden, die sie auf Dauer nicht selbst  
406 als „Kümmerer“ krank werden lassen. Das medizinische Fachpersonal leistet, egal  
407 ob im Krankenhaus, in der ambulanten Versorgung, im Rettungsdienst oder in der  
408 Altenpflege einen enormen gesellschaftlichen Beitrag. Andere Menschen gesund zu  
409 machen, ist gelebte Daseinsvorsorge. Angesichts eines immer stärkeren  
410 ökonomischen Drucks und weiterer Faktoren wie insbesondere dem Fachkräftemangel  
411 haben sich einerseits die Arbeitsbedingungen in fast allen Bereichen des  
412 Gesundheitswesens in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Gleichzeitig ist  
413 Geld im System überproportional stark zugunsten teurerer Apparate oder teurer  
414 Medikamente und weg von den Menschen verschoben worden. Was durch den immensen  
415 Einsatz der Menschen im Gesundheitswesen während der Corona-SARS-CoV-2-Pandemie  
416 für die breite Öffentlichkeit sichtbar geworden ist, hätte schon viel früher  
417 dazu führen müssen, dass ihnen deutlich mehr gesellschaftliche und finanzielle  
418 Anerkennung zukommt.

419 Gute Gesundheitsversorgung mit ausreichend Personal gibt es nur, wenn die  
420 Arbeitsbedingungen stimmen. Überstunden, Überlastung, starre Dienstpläne und das  
421 große Maß an Fremdbestimmung machen das Berufsfeld unattraktiv, obwohl gerade  
422 hier ein großer Fachkräftemangel besteht. Es reicht nicht aus, viel Geld in  
423 innovative Forschung, Geräte oder Medikamente zu stecken, es muss auch gezielt  
424 das medizinische Personal gefördert werden. Die Politik muss endlich die  
425 richtigen Arbeits- und Rahmenbedingungen schaffen, um Gesundheitsberufe  
426 aufzuwerten.



427 Dafür müssen die Personalschlüssel – nicht nur, aber insbesondere in der Pflege  
428 - dem tatsächlichen Bedarf entsprechend weiter deutlich verbessert werden, damit  
429 Menschen im Pflegeheim, im Krankenhaus oder in der ambulanten Versorgung mehr  
430 Zeit für die Patient\*innen haben. Die Personaluntergrenzen lösen wir so schnell  
431 wie möglich durch Regelungen ab, die sich am tatsächlichen Pflegebedarf der  
432 Patientinnen und Patienten orientieren.

433 Außerdem muss die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe gestärkt werden. Die  
434 Pflege muss ihre Expertise im Gesundheitswesen einbringen und es mitgestalten  
435 können. Um diese Mitbestimmung auch politisch zu erreichen und die  
436 professionellen Perspektiven der Pflege nachhaltig zu verbessern, benötigt  
437 unsere Gesellschaft eine starke Selbstverwaltung der Pflege in Form von  
438 Pflegeberufekammern auf Landes- und Bundesebene.

439 Auch Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterbildungsmöglichkeiten  
440 und flexiblere Arbeitszeitmodelle spielen bei Arbeitnehmer\*innen eine immer  
441 wichtigere Rolle. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich  
442 wollen wir beschränken. Mit anhaltender Dauer der Pandemie und einer großen  
443 Auslastung des Gesundheitswesens hat der Druck auf alle Gesundheitsberufe  
444 zuletzt noch einmal massiv zugenommen. Gerade die Menschen, die sich um andere  
445 kümmern, müssen wir besser schützen, damit sie nicht selber krank werden.

446 Eine große Baustelle, um die Attraktivität der Gesundheitsfachberufe wirklich  
447 steigern zu können, ist weiterhin die Ausbildung. Obwohl das Interesse  
448 beispielsweise an Logopädie, Podologie, Ergo- und Physiotherapie vorhanden ist,  
449 werden viele interessierte junge Menschen von den Schulgebühren abgeschreckt.  
450 Wir GRÜNEN wollen die Ausbildung aufwerten und das Schulgeld durch eine faire  
451 Ausbildungsvergütung für alle Heilberufe ersetzen. Auch das Recht auf  
452 Weiterbildung werden wir stärken und gleichwertige ausländische Fachabschlüsse  
453 schneller anerkennen, um auch damit mehr Fachkräfte gewinnen zu können.

454 Die Teil-Akademisierung der Pflege muss endlich auch eine andere Bezahlung und  
455 Tätigkeitsbeschreibung der akademisierten Pflegefachkräfte zur Folge haben. Auch  
456 die Pflegefinanzierung muss stärker als bisher die Bedürfnisse der Patient\*innen  
457 und den notwendigen Aufwand berücksichtigen. So sollte die erbrachte Fachpflege  
458 deutlich als qualitative Leistung hervorgehen und honoriert werden.

## 459 **Den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken**

460 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist neben dem ambulanten und dem  
461 stationären Sektor die dritte Säule des Gesundheitswesens in Deutschland. Seine  
462 Aufgaben sind vor allem der Gesundheitsschutz der Bevölkerung, die  
463 Gesundheitsförderung und das Gesundheitsmanagement. So übernimmt der ÖGD unter  
464 anderem Schuleingangsuntersuchungen, macht Impfangebote und ist verantwortlich  
465 für den Infektionsschutz inklusive Meldewesen, Kontaktnachverfolgung und  
466 Anordnungen von Hygienemaßnahmen, aber auch die Trinkwasserüberwachung und die  
467 Beratung zu Lebensmittelhygiene. Wir wollen, dass der ÖGD viel stärker als  
468 Impulsgeber für eine aktive Gesundheitspolitik auftritt und damit Einfluss auf  
469 eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik nimmt, aber  
470 auch auf alle anderen Bereiche, wie z.B. die Pflege, die Bildungs- und  
471 Betreuungspolitik.

472 Während der Corona-Pandemie ist besonders deutlich geworden, wie wichtig diese  
473 Aufgaben sind. Offensichtlich geworden sind aber auch der langjährige  
474 Verwaltungsabbau, die chronische Unterfinanzierung und der große Personalmangel  
475 im ÖGD. In der Vergangenheit sind immer mehr Aufgaben hinzugekommen, ohne dass

476 der ÖGD entsprechend mehr finanziellen Mittel und Personal bekam. Wir wollen das  
477 ändern. Langfristig wollen wir, dass ein Prozent der gesamten  
478 Gesundheitsausgaben in den Öffentlichen Gesundheitsdienst fließen, damit er  
479 seinen Aufgaben angemessen nachkommen kann.

480 Der Personalmangel im ÖGD lässt sich nur durch einen Strauß an Maßnahmen  
481 beheben. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und die Vergütung der Ärzt\*innen  
482 durch einen eigenständigen Tarifvertrag deutlich verbessern. Bisher liegt die  
483 Vergütung oftmals deutlich niedriger als in kommunalen Krankenhäusern oder im  
484 Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Um den Nachwuchsmangel zu bekämpfen, der  
485 durch die Verrentung vieler Ärzt\*innen entsteht, wollen wir Nachwuchsprogramme  
486 in Kooperation mit Hochschulen und Ärztekammern fördern. Bisher lernen angehende  
487 Ärzt\*innen Public Health und den ÖGD als Einsatzgebiet während ihres Studiums  
488 kaum kennen. Das muss sich ändern, zum Beispiel durch eine Änderung der  
489 Approbationsordnung in NRW. Auch eine Erweiterung der "Landärzt\*inquote" im  
490 Medizinstudium für Studierende, die sich für den ÖGD verpflichten sowie ein  
491 Medizin-Bachelor/Master für den ÖGD muss diskutiert werden.

492 Wir wollen, dass vermehrt Absolvent\*innen aus anderen Fachrichtungen rekrutiert  
493 werden (Sozialpädagogik, Gesundheitswissenschaft, Stadt- und Raumplanung etc.)  
494 und in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. Dieser interdisziplinäre  
495 Ansatz in multiprofessionellen Teams bietet die Chance, die  
496 Gesundheitsprävention noch stärker in den Fokus zu nehmen und insbesondere  
497 benachteiligten Gruppen dazu zu verhelfen, ihre Chance auf ein gesundes Leben zu  
498 erhöhen.

499 Der ÖGD - wie die Verwaltung insgesamt - braucht eine Digitalisierungsoffensive  
500 um Arbeitsprozesse zu beschleunigen und die Kommunikation zwischen den  
501 kommunalen Gesundheitsämtern in NRW einerseits und dem Landeszentrum für  
502 Gesundheit andererseits, aber auch zu Instituten wie dem Robert Koch-Institut,  
503 den Laboren und anderen Akteuren verbessern.

504 Im Moment sind die kommunalen Gesundheitsämter digital sehr unterschiedlich  
505 aufgestellt. Auch die Anforderungen an das einzelne Amt variieren. Klar ist  
506 aber, dass der ÖGD eine gute Ausstattung und einheitliche Standards braucht. Die  
507 Schnittstellenkompatibilität soll auch zur elektronischen Patientenakte  
508 ausbaubar sein um Versicherten z.B. in epidemischen Lagen, zu ermöglichen auch  
509 ihre Daten des ÖGDs sichern zu können. Die IT sollte aber auch die  
510 Gesundheitsberichterstattung verbessern und Planungsprozesse unterstützen. Das  
511 LGZ muss als kommunikative Schnittstelle, mit dem Ministerium im Rücken und im  
512 Austausch mit der Wissenschaft, Treiber für konzeptionelle Entwicklungen sein.

513 In der Pandemie wurde deutlich, dass von Seiten des Landes klare und  
514 koordinierende Kommunikationsstrukturen fehlen und auch die Informationen vom  
515 ÖGD zum Land weder regelhaft noch strukturiert fließen. Der ÖGD wurde weder bei  
516 der Entwicklung der Corona-Warn-App als Schnittstelle und zentraler Bestandteil  
517 mitgedacht, noch wurde er frühzeitig in mögliche Konzepte zum Umgang mit einer  
518 der Corona-Wellen einbezogen.

519 Die Landesregierung setzt vor allem auf ad-hoc-Entscheidungen, ohne klare Linie  
520 und ohne ausreichende Rücksprache und Kommunikation mit der kommunalen Ebene.

521 Wir setzen im Gegensatz dazu auf einen strukturierten Prozess und wollen den ÖGD  
522 in die Beratungen der Konzepte, die Zuständigkeiten von Land und Kommunen  
523 beinhalten, regelhaft einbeziehen.

524 Das Landeszentrum für Gesundheit muss endlich – anders als bisher – dafür  
525 sorgen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in alle Bereiche des  
526 Gesundheitswesens kommuniziert werden und dass ein Austausch über deren  
527 gelungene Umsetzung stattfindet. Gleichzeitig muss die Landesregierung auf der  
528 Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und klarer politischer Abwägungen  
529 politische Leitlinien entwickeln.

530 Gleichzeitig müssen alle kommunalen Einheiten mit durchdachten Konzepten des  
531 Landes unterstützt werden. Das LZG muss in zentralen Fragen der  
532 Pandemiebekämpfung die Sicherung notwendiger Standards und Verfahren  
533 verantworten. Diese Linie ist dann Ausgangspunkt für alle kommunalen Strategien.  
534 Hierdurch vermeiden wir auch eine dem Gesundheitsschutz zuwiderlaufende  
535 interkommunale Konkurrenz. Zusätzliche kommunale Gestaltungsoptionen bleiben  
536 innerhalb dieses Rahmens weiterhin möglich.

537 Das LZG muss den Kommunen in Krisensituationen Informations- und  
538 Aufklärungsmaterialien in den Hauptsprachen der hier lebenden Menschen zur  
539 Verfügung stellen, um schnell die gesamte Bevölkerung informieren und aufklären  
540 zu können.

541 Kommunen müssen gerade bezogen auf den Infektionsschutz auch die Möglichkeit  
542 haben interkommunale Personalpools zu schaffen. Infektionen kennen keine Grenzen  
543 und eine konsequente Bekämpfung an Hot-Spots hilft am Ende allen Menschen.

544 Auch außerhalb von Krisensituationen setzen wir auf eine klare Stärkung der  
545 öffentlichen Strukturen im Sinne eines Gesundheitsschutzes und der Prävention.  
546 Hierzu bedarf es der dauerhaften Kommunikation in der kommunalen Familie und mit  
547 dem Land. Gerade innerhalb einer Kommune können andere Fachbereiche die Daten  
548 des ÖGD gewinnbringend nutzen, so zum Beispiel zur Unterstützung von Familien in  
549 benachteiligten Stadtteilen. Auch Gesundheitskooperationen im Sinne einer  
550 Arbeitsteilung zwischen mehreren Kommunen oder zwischen dem LZG und  
551 verschiedenen Kommunen können sinnvoll sein, beispielsweise in der  
552 Apothekenaufsicht. Hierbei müssen inhaltliche Impulse immer wieder vom Land  
553 aufgegriffen und durch weitere Konzepte hinterlegt werden. Wir wollen Daten der  
554 Gesundheitsberichterstattung verbindlich in gesundheitspolitischen  
555 Entscheidungen berücksichtigen. Gesundheitliche Folgeabschätzungen soll auch in  
556 anderen Politikfeldern als „Gesundheitscheck“ ganz selbstverständlich verankert  
557 werden – etwa bei verkehrs-, sozial- oder klimapolitischen Entscheidungen

558 Neben Defiziten beim Infektionsschutz sehen wir als eine unmittelbare Auswirkung  
559 der Corona Pandemie eine Zunahme psychischer Belastungen, Problemen und  
560 Erkrankungen. Auch hier muss der ÖGD weiter gestärkt werden um präventive  
561 Konzepte und niedrigschwellige Angebote den kommunalen Bedarfen entsprechend zu  
562 entwickeln und aufzubauen. Das Vernetzen von Trägern der unterschiedlichen  
563 Sozialgesetzbüchern Psychosoziale Dienste, Gemeindenahe Psychiatrie,  
564 Jugendhilfe, Sozialverwaltung, etc. sind ein wesentlicher Faktor für eine  
565 wirksame Struktur.

566 Wir wissen schon jetzt: Kinder und Jugendliche haben durch die Corona-Krise eine  
567 enorme gesundheitliche Belastung zu tragen. Bewegungsmangel und fehlende  
568 Sozialkontakte können unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit haben.  
569 Deswegen wird die Kinder- und Jugendgesundheit eine der zentralen  
570 Herausforderungen des ÖGDs nach der akuten Phase der Pandemie sein.

## 571 **Mit Digitalisierung die Gesundheitsversorgung** 572 **verbessern**

573 Wir GRÜNE stehen für eine Digitalisierung, die dem Menschen dient - nicht  
574 umgekehrt. Telemedizin, Telematik, Künstliche Intelligenz und Roboter sollen  
575 helfen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern sowie Ärzt\*innen, Pflege und  
576 Hebammen zu entlasten. Sie ersetzen aber nicht menschliche Zuwendung und  
577 fachliche Kompetenz. Nicht das technisch Machbare bestimmt, sondern das, was den  
578 Menschen hilft, selbstbestimmt gesund zu sein und zu leben.

579 Eine hochwertige technische wie digitale Ausstattung kann gerade im häuslichen  
580 Umfeld die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens deutlich erhöhen und die  
581 Pflege systematisch unterstützen und entlasten. Dabei ist der Bereich der  
582 digitalen Dokumentation wichtig und als mobiles System entlastend. Hier kann  
583 Digitalisierung aber weit mehr, als bisher die elektronische Patientenakte (ePA)  
584 oder die elektronische Gesundheitsakte (eGA) können. Die von den Patient\*innen  
585 selbst verwalteten Daten können ihre Versorgung verbessern und Lebensqualität  
586 steigern - so fallen etwa unnötige Doppeluntersuchungen weg, Polymedikation  
587 fällt schneller auf und Wechselwirkungen können sichtbar werden.

588 Die Risiken durch große Datenkraken, die Gesundheitsdaten als neue „Währung“ im  
589 System entdeckt haben, sind durch klare Datenschutzregelungen weiterhin zu  
590 minimieren. Patient\*innen brauchen die entsprechende Information, Befähigung und  
591 Unterstützungsangebote, um ihre Eigenverantwortung auch leben zu können.

592 Das gleiche gilt für behandlungsunterstützende wie begleitende Angebote. Mit den  
593 digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGAs) und bald auch mit den digitalen  
594 Pflegeanwendungen (DiPAs) haben die Versicherten einen Anspruch auf  
595 Kostenübernahme für diese Apps oder digitalen Anwendungen. Hier brauchen wir in  
596 NRW unabhängige Beratung und Schulung, die in bestehende Strukturen integriert  
597 wird. Selbsthilfestrukturen könnten DiGAs testen und mit Fachärzten oder  
598 Fachgesellschaften gemeinsam Informationen dazu erstellen und beraten. Aber auch  
599 die Verordnenden oder begleitenden Pflegekräfte brauchen Informationen über die  
600 angebotenen DiGAs.

601 Auch die Heilberufe brauchen Grundlagen und spezifische Kenntnisse und müssen  
602 entsprechend in digitalen und telemedizinischen Kompetenzen geschult werden.  
603 Statt nur die heute Beschäftigten nachträglich zu qualifizieren, muss dies in  
604 die Ausbildungsinhalte integriert werden. Auch in das Medizinstudium gehören  
605 diese Inhalte. Algorithmen, KI-gestützte Systeme werden in wenigen Jahren Regel  
606 und nicht mehr Seltenheit im System, um Ärzt\*innen bei Diagnosen zu  
607 unterstützen.

608 Die Art der sektorübergreifenden und innersektoralen Kommunikation verändert  
609 sich durch die Digitalisierung. Das Virtuelle Krankenhaus NRW ist dafür ein  
610 gutes Beispiel. Es hat mit einer Finanzierung durch den Europäischen  
611 Regionalfonds (EFRE) begonnen, ist über den Innovationsfonds weiterentwickelt  
612 worden und soll jetzt schrittweise in die Regelfinanzierung überführt werden.  
613 Zentren mit großer Fachkompetenz, hohen Fallzahlen und Erfahrungen mit  
614 ungewöhnlichen Verläufen, unterstützen kleinere Krankenhäuser bei der Versorgung  
615 komplexer und komplikationsgefährdeter Patient\*innen via telemedizinischer  
616 Visite, Fallbesprechung und Begleitung. Mit fünf Fachbereichen zu Beginn soll  
617 das System auf weitere Gebiete erweitert und perspektivisch auch der Bereich der  
618 niedergelassenen Ärzt\*innen hierüber Unterstützung erhalten können.

619 Wir brauchen für NRW auch weiterhin Geld und Mut, um in Innovationen zu  
620 investieren, die den Menschen egal auf welcher Seite im Gesundheitssystem  
621 nutzen. Neben den zahlreichen Projekten die aus Mitteln des Innovationsfonds bei  
622 jeder neuen Ausschreibung nach NRW geholt werden, brauchen wir einen  
623 strukturierten Prozess um NRW zu innovativen Gesundheitsstandort zu machen.

## Beschluss

Vorsorge, Verlässlichkeit und gute Arbeit: Das Gesundheitssystem von morgen gestalten

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.08.2021  
Tagesordnungspunkt: 4. Das Gesundheitssystem von morgen gestalten

### Antragstext

1 *Deutschland und NRW haben nach wie vor eines der besten Gesundheitssysteme der*  
2 *Welt. Doch schon vor der Corona-Krise war deutlich, dass wir vieles ändern*  
3 *müssen, damit alle Menschen in unserem Land gut versorgt sind und gleichen*  
4 *Zugang zu Gesundheitsleistungen haben - in allen Wohnorten und Lebenslagen,*  
5 *unabhängig vom Geldbeutel, Alter, sexueller Identität oder Herkunft, auch*  
6 *Menschen mit Behinderung, Obdachlose und Suchtkranke.*  
7 *Auch die fortschreitende Klimakrise stellt das Gesundheitssystem vor neue*  
8 *Herausforderungen und erhöht durch mehr Hitzetage und neue Krankheitserreger*  
9 *gesundheitliche Risiken und hitzebedingte Erkrankungen.*  
10 *Wir müssen entschieden handeln, damit diejenigen, die tagtäglich für unser aller*  
11 *Gesundheit sorgen, bei ihrer Arbeit selbst dauerhaft gesund und zufrieden*  
12 *bleiben und angemessen entlohnt werden. Deshalb streiten wir für gute Arbeit für*  
13 *alle, die im Gesundheitssektor arbeiten - von der Reinigungskraft über die*  
14 *Altenpfleger\*innen und Sozialpädagog\*innen bis zu den Ärzt\*innen im*  
15 *Gesundheitsamt.*

16 *Gesundheit ist ein hohes Gut und ein Zustand vollständigen körperlichen,*  
17 *seelischen und sozialen Wohlbefindens. Damit ist Gesundheit mehr als nur die*  
18 *Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen, ganz nach Definition der WHO. Wir*  
19 *GRÜNE wollen die gesundheitspolitischen Weichen neu stellen. Wir setzen uns für*  
20 *das Ende der Zwei-Klassen-Medizin und eine solidarische Bürger\*innenversicherung*  
21 *ein. Ökonomischen Druck zu Lasten des Patient\*innenwohls und des Personals*  
22 *wollen wir aus dem Weg räumen. Finanzielle Anreize müssen das belohnen, was sich*  
23 *für die Gesundheit auszahlt. Wir streiten für eine Aufwertung und faire*  
24 *Entlohnung aller Gesundheitsberufe. Und wir setzen für eine neue,*  
25 *bedarfsorientierte Planung mit Strukturen jenseits der starren Trennung von*  
26 *stationärer und ambulanter Versorgung ein, damit die Menschen überall in NRW gut*  
27 *versorgt sind.*

28 *Die Pandemie führt uns vor Augen, dass weitsichtige Gesundheitspolitik schon*  
29 *weit vor der Versorgung ansetzt. Sie hat gezeigt, wie wichtig Vorsorge und*  
30 *Prävention sind. Damit wir möglichst gar nicht krank werden, braucht es einen*  
31 *Staat, der die Ursachen von Krankheiten - etwa Armut, schlechte*  
32 *Arbeitsbedingungen und krankmachende Umweltbedingungen - bekämpft und*  
33 *vorausschauend handelt. Ein funktionierender Gesundheitsschutz ist - wie die*  
34 *Gesundheitsversorgung - eine der zentralen Aufgaben öffentlicher*  
35 *Daseinsvorsorge. Doch schon vor der Pandemie waren die Strukturen von Kommune*  
36 *über Land und Bund in erster Linie auf das Verwalten und viel zu sehr auf*  
37 *reaktive und reparierende Muster angelegt. Wir brauchen stattdessen einen aktiv*  
38 *handelnden Staat, der die Vielfältigkeit des Föderalismus nutzt, aktiven*

39 *Gesundheitsschutz betreibt, Krisen vorbeugt und auch aktiv Einfluss auf alle*  
40 *politischen Bereiche nimmt.*

#### 41 **Lehren aus der Pandemie ziehen**

42 *Entscheidend für eine gute Versorgung in Krisen wie der Corona-Pandemie sind*  
43 *eine abgestimmte, gestufte regionale Versorgung, eine bedarfsorientierte*  
44 *Strukturqualität sowie spezielle Kenntnisse zum Beispiel bei der Behandlung und*  
45 *Pflege beatmungspflichtiger Patient\*innen. Um in Krisenzeiten auf besondere*  
46 *Bedarfe reagieren zu können, müssen deshalb zusätzliche Kapazitäten sowohl*  
47 *räumlich, aber vor allem auch personell vorgehalten werden, die aktuell nicht in*  
48 *die Logik passgenauer Abrechnung nach Fallzahlen passen. Besonders der ländliche*  
49 *Raum muss hier explizit bedacht werden.*

50 *Die Corona-Krise verdeutlicht vor allem die Notwendigkeit einer stärkeren*  
51 *Bündelung von Kapazitäten und Kompetenzen beim Öffentlichen Gesundheitsdienst*  
52 *und einer besseren Erfassung von Gesundheitsdaten, um Behandlungspfade zu*  
53 *optimieren oder Behandlungserfolge schneller zu teilen. Erforderlich ist auch*  
54 *die Stärkung von Gesundheitskompetenz und Gesundheitsförderung und bessere*  
55 *Prävention. Gemäß des „Health in All Policies“-Ansatzes müssen*  
56 *Gesundheitsaspekte in allen Politikbereichen berücksichtigt werden.*

#### 57 **Gesundheit schützen, Prävention stärken**

58 *Prävention hält gesund und entlastet damit das Gesundheitssystem, wenn sie*  
59 *umfassend in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Stadtentwicklung*  
60 *und Verkehrsplanung gestalten wir deshalb so, dass auch Kinder sich frei bewegen*  
61 *können. In Kindergärten und Schule geben wir Sport, guter Ernährung und*  
62 *Gesundheitswissen in allen Bereichen einen größeren Stellenwert. Außerdem sorgen*  
63 *wir für ein Klima der Inklusion und Angstfreiheit. Dazu gehört der konsequente*  
64 *Einsatz gegen Mobbing. Mit einem Gesunde-Kantinen-Programm machen wir regionale*  
65 *Ernährung, möglichst bio, zum Standard in Kantinen und Mensen. In unseren*  
66 *Städten und Dörfern entwickeln wir Quartiere für Menschen im Alter, die in einer*  
67 *Stadtteilgemeinschaft statt in Isolation leben wollen.*

68 *Wir machen uns für eine Arbeitswelt stark, die Arbeitsschutz sichert und in der*  
69 *Freizeit, Familie, Pflege und Beruf miteinander vereinbar sind. Wir fördern die*  
70 *Vermittlung von Gesundheitsinformationen, unterstützen weiterhin*  
71 *niedrigschwellige Angebote und offene Selbsthilfestrukturen in NRW und sorgen*  
72 *dafür, dass sie mit der Digitalisierung des Gesundheitswesens Schritt halten.*

73 *Außerdem muss Prävention auch bei Krankheit, Rehabilitation und Pflege fester*  
74 *und vorrangiger Bestandteil der Versorgung sein. So können Multimorbidität*  
75 *reduziert und schwerere Krankheitsverläufe verzögert oder abgeschwächt werden.*  
76 *Mit aktivierenden Konzepten können wir akute Pflegebedürftigkeit reduzieren und*  
77 *unterstützen, dass Menschen Eigenständigkeit und Lebensqualität zurück gewinnen.*  
78 *Dies wollen wir in der Pflegepolitik des Landes stärker als bisher verankern.*

79 *Auch in NRW leiden 10-20 Prozent der Menschen unter chronischer Einsamkeit, ihre*  
80 *Zahl hat während der Corona-Pandemie stark zugenommen. Einsamkeit ist nicht auf*  
81 *das hohe Alter beschränkt, sondern tritt in allen Altersgruppen auf. Besonders*  
82 *betroffen von diesem Anstieg sind Jugendliche und junge Erwachsene, Eltern*  
83 *kleiner Kinder und Alleinlebende. Einsamkeit macht krank und kostet Geld, da*  
84 *einsame Menschen ein erhöhtes Risiko für verschiedene psychische und körperliche*  
85 *Erkrankungen haben.*

86 *Wir machen uns deshalb für eine landesweite Kampagne gegen Einsamkeit stark, die*  
87 *Bewusstsein schafft, entstigmatisiert und die schon früh mit der Vermittlung von*

88 psychischer Gesundheitskompetenz einhergeht. Wir wollen mit einem  
89 wissenschaftlich evaluierten Präventionsprogramm für verschiedene Alters- und  
90 Zielgruppen Einsamkeit bekämpfen.

## 91 **Regionale Versorgung ausbauen - Vorfahrt für** 92 **Gesundheitsregionen**

93 Um die Versorgung in Stadt und Land zu stärken, wollen wir, dass ambulante und  
94 stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant und organisiert werden und  
95 Gesundheitsregionen mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden können.  
96 Vor allem für unterversorgte Regionen wollen wir die Möglichkeiten zur  
97 Sicherstellung einer sektorenübergreifenden Versorgung ausbauen, zum Beispiel  
98 auch durch verbindliche Entscheidungen des 90a-Gremiums auf Landesebene.

99 Durch Gesundheitsregion wollen wir die starre Trennung zwischen den Sektoren  
100 aufbrechen, Kooperation und gute Versorgung belohnen. In NRW wollen wir  
101 gemeinsam mit allen Akteur\*innen auf der Grundlage des Konzeptes der Grünen  
102 Bundestagsfraktion ein Konzept zur Förderung von Gesundheitsregionen entwickeln.  
103 Die Etablierung von Gesundheitsregionen ist ein Angebot an die Regionen,  
104 Kommunen und Kreise.

105 Wir setzen dabei auf das Engagement und die Kreativität der Akteure vor Ort und  
106 werden dieses in geeigneter Weise unterstützen.

107 Durch die bisherige Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung sind die  
108 Leistungserbringer\*innen auf die eigene Fachrichtung fokussiert, eine  
109 interdisziplinäre Versorgung findet aufgrund der aktuellen Gegebenheiten nicht  
110 in dem Maße statt, wie es für eine gute Versorgung notwendig ist. Das schadet  
111 vor allem chronisch kranken Patient\*innen. Durch die regionale Verankerung  
112 entstehen mehr Möglichkeiten, die Versorgung abseits starrer Regelungen von der  
113 Bundesebene vor Ort zu gestalten und in Quartierskonzepte zu integrieren.  
114 Besonders wichtig ist dies bei der Versorgung hochbetagter Menschen, die zumeist  
115 neben der medizinischen Versorgung Pflege, Therapie und alltagsunterstützende  
116 Leistungen brauchen. Auch das Entlassmanagement nach einem Krankenhausaufenthalt  
117 sowie die Unterstützung bei der Wiederaufnahme der selbstständigen Lebensführung  
118 in der häuslichen Umgebung können so weitaus passgenauer und zielgerichteter  
119 organisiert werden. Die Bedeutung des Sozialen Dienstes muss als Lotse für  
120 Patient\*innen hier gestärkt werden und die besonderen Bedarfe von Menschen mit  
121 Behinderungen in diesem Feld besser bedacht werden, wie zum Beispiel der Umgang  
122 mit erhöhtem Pflegebedarf durch die akute Erkrankung. Dabei muss schrittweise  
123 auch die engere Vernetzung mit anderen Leistungen etwa der Pflege, der  
124 Eingliederungshilfe oder der Rehabilitation in den Blick genommen werden. Auch  
125 eine engere Zusammenarbeit mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst ist notwendig.

126 Die Vernetzung von Praxen, Ärzt\*innennetzen, Krankenhäusern, Krankenkassen,  
127 Gesundheits- und Pflegezentren, Apotheken, Reha-Einrichtungen und weiteren  
128 Gesundheitsbereichen wollen wir aktiv unterstützen und das Interesse am  
129 gemeinsamen Handeln für die Gesundheit der Menschen fördern. Die Patient\*innen  
130 haben Anspruch auf eine verlässliche, qualitativ hochwertige und möglichst  
131 wohnortnahe Versorgung – ganz gleich ob diese in Krankenhäusern,  
132 Gesundheitszentren oder Arztpraxen stattfindet. Weiterhin sollen die Vernetzung  
133 und klare Konzepte dazu beitragen, dass die derzeit häufigen  
134 Zuständigkeitskonflikte -zum Beispiel zwischen Kostenträgern -schneller geklärt  
135 und entbürokratisiert werden. Bei nicht eindeutigen Kompetenzen oder  
136 Zuständigkeiten dürfen Patient\*innen keine Nachteile haben. Mithilfe von



137 Versorgungszentren gerade in von Unterversorgung bedrohten oder betroffenen  
138 Regionen und anderen Gesundheitseinrichtungen auch in eigener Trägerschaft  
139 können Kommunen zudem direkten Einfluss auf die Daseinsvorsorge vor Ort nehmen.  
140 Uns ist eine gute Erreichbarkeit für alle Menschen im Einzugsgebiet wichtig.

## 141 **Für eine verlässliche Krankenhausversorgung** 142 **überall sorgen**

143 Nur eine verlässliche und leistungsstarke Krankenhausstruktur kann ihrer Rolle  
144 als eine der drei Säulen des Gesundheitssystems - neben der ambulanten  
145 Versorgung und dem Öffentlichen Gesundheitsdienst - gerecht werden. Wir wollen,  
146 dass Krankenhäuser weiterhin gut erreichbar sind und überall in NRW über eine  
147 hohe Qualität und ausreichend Personal verfügen. Die Finanzierung der  
148 Krankenhäuser muss sich in Zukunft an diesem gesellschaftlichen Auftrag  
149 orientieren, nicht mehr vorrangig an der Fallzahl.

150 Die Corona-Krise hat bestehende Defizite in der Gesundheitsversorgung im  
151 Allgemeinen und der Krankenhausversorgung im Speziellen aufgezeigt. In einigen  
152 Regionen gibt es echte Versorgungslücken in bestimmten Disziplinen, in anderen  
153 eine Über- und Fehlversorgung mit einer nicht bedarfsgerechten Anzahl und  
154 Verteilung von Krankenhausstandorten und -betten sowie im internationalen  
155 Vergleich sehr vielen medizinisch nicht notwendigen stationären  
156 Behandlungsfällen.

157 Wir GRÜNE sind der Auffassung, dass wir Krankenhausplanung und -finanzierung  
158 grundlegend reformieren müssen. Wir wollen die stationäre Versorgung reformieren  
159 und orientieren uns dabei an den Bedürfnissen der Patient\*innen, an einer guten  
160 Erreichbarkeit für jede\*n, an Qualität und Verlässlichkeit. Wir wollen  
161 sichergehen, dass die Gesundheitsversorgung von Menschen mit geringem Einkommen  
162 nicht an den Anfahrtskosten scheitert. Deshalb sorgen wir mit bedarfsgerechten  
163 Regelungen zur Fahrtkostenübernahme dafür, dass die Versorgung für alle Menschen  
164 gesichert ist. Qualität fördern wir gezielt durch klare Vorgaben zur  
165 bedarfsgerechten Personalausstattung im Krankenhausgesetz, durch Anreize in der  
166 Vergütung sowie durch mehr Qualitätstransparenz.

167 Darüber hinaus ist eine stärkere Spezialisierung und Stufung der  
168 Krankenhausversorgung nötig. Nicht jedes Krankenhaus kann und muss alle  
169 Leistungen anbieten. Aber jedes bedarfsnotwendige Krankenhaus muss seinen  
170 jeweiligen Versorgungsauftrag qualitativ gut und angemessen finanziert erfüllen  
171 können. Dies ist aber nur dann der Fall, wenn versorgungsrelevante Bereiche auch  
172 tatsächlich angeboten werden können. Viele Krankenhäuser in ländlichen Räumen  
173 haben daher nur dann eine Zukunft, wenn sie Bestandteil einer  
174 sektorübergreifenden und stärker regional verankerten Versorgung werden und  
175 sowohl mit ambulanten Einrichtungen, als auch mit Krankenhäusern anderer  
176 Versorgungsstufen sowie mit der Reha und der Pflege eng zusammenarbeiten.  
177 Kennzeichen solcher Versorgungsverbünde muss die verbindliche Zusammenarbeit  
178 aller Gesundheitsberufe auf Augenhöhe und in abgestimmten Behandlungspfaden  
179 sein. Aber auch die Anbindung an das komplexe Wissen und die Erfahrung von  
180 Universitätskliniken und hoch spezialisierten Maximalversorgern oder  
181 Fachkliniken durch telemedizinische Unterstützungsangebote (Stichwort  
182 "Virtuelles Krankenhaus") muss auf- und ausgebaut werden. So können kleine  
183 Häuser im ländlichen Raum das geballte Fachwissen in ihre Behandlungen  
184 integrieren und somit auf qualitativ höherem Niveau Menschen versorgen.

185 Eine grundlegende Reform des Krankenhausentgeltsystems ist ebenfalls  
186 unausweichlich. Es braucht eine starke Komponente einer fallzahlunabhängigen  
187 Absicherung der notwendigen Vorhaltekosten für kleine Häuser der  
188 Grundversorgung. Dies dient gerade der Sicherstellung der Grundversorgung  
189 ländlicher Räume, der Notfallversorgung und der pädiatrischen Versorgung in  
190 besonderer Weise

### 191 **Krankenhausplanung an Bedürfnissen der Patient\*innen** 192 **ausrichten**

193 Damit die Menschen überall in NRW und Deutschland verlässlich, bedarfsgerecht  
194 und qualitativ hochwertig versorgt werden, braucht es bundesweit gültige  
195 Grundsätze für die Versorgungs- und Krankenhausplanung. Dies erfordert, den  
196 Versorgungsbedarf fortlaufend zu analysieren, neue ambulante und  
197 sektorübergreifende Strukturen zu entwickeln, das Angebot regional aufeinander  
198 abzustimmen und Doppelstrukturen, insbesondere in den urbanen Zentren, zu  
199 vermeiden.

200 Leistungen der Grundversorgung - etwa eine Abteilung für innere Medizin sowie  
201 für allgemeine Chirurgie - müssen jederzeit für alle gut erreichbar sein. Sollte  
202 kein Grundversorger mehr vor Ort sein, braucht es zumindest ein  
203 sektorübergreifendes Zentrum mit einem verpflichtend vorhandenen internistischen  
204 Bereich, IMC-Betten zur Notfallversorgung und ggf. zur Vorbereitung der  
205 Weiterverlegung. Für fachärztliche und spezialisierte Angebote bzw.  
206 Schwerpunktleistungen der stationären Versorgung durch Maximalversorger oder  
207 Universitätskliniken soll hingegen großräumiger geplant werden. Die  
208 Sektorentrennung bei der Planung wollen wir überwinden.

### 209 **Investitionsfinanzierung auf eine stabile Basis stellen**

210 Eine Reform der Investitionsfinanzierung ist zwingend notwendig. Der Bund muss  
211 dauerhaft die Hälfte der Krankenhausinvestitionen finanzieren. Hierzu sollte der  
212 Bund auch eine Mindestinvestitionsquote bestimmen. Die Finanzierung von  
213 Investitionen soll überdies künftig über fallzahlunabhängige und nach  
214 Versorgungsstufen differenzierte Pauschalen erfolgen.

215 Nur so verhindern wir, dass Krankenhäuser wegen fehlender Investitionsförderung  
216 weiter Defizite machen und Kommunen zur Privatisierung ihrer Krankenhäuser  
217 gezwungen werden. Wir wollen weitere Privatisierungen abwenden und Krankenhäuser  
218 in kommunaler Trägerschaft erhalten sowie, wenn möglich, vermehrt Krankenhäuser  
219 in die öffentliche Hand überführen. Öffentlich getragene Krankenhäuser sind  
220 erstrebenswert, da diese auch im Sinne der Daseinsvorsorge nicht profitable  
221 Fachabteilungen und Versorgungsaufgaben im Interesse ihrer Bevölkerung  
222 erbringen. Auch konfessionell und weiteren freigemeinnützig getragenen  
223 Krankenhäuser sind für uns ein wichtiger Bestandteil der Öffentlichen  
224 Daseinsvorsorge.

### 225 **In Digitalisierung und Smart Green Hospitals investieren**

226 Wir wollen Krankenhäuser in die Lage versetzen, ihre IT zu modernisieren und in  
227 die Anbindung an Breitbandnetze zu investieren. Wir setzen auf langfristige  
228 Finanzierungsvereinbarungen, damit die Systeme laufend an den neuesten Stand der  
229 Technik angepasst werden.

230 Das Krankenhaus der Zukunft ist grün und barrierefrei. Öffentliche Fördermittel  
231 wollen wir gezielt für nachhaltige Konzepte bereitstellen. Ein tiefgreifende  
232 Systemwandel hin zu "Smart Green Hospitals" ist im Angesicht der Klimakrise

233 notwendig und muss sich in der Investitionsfinanzierung und der  
234 Krankenhausplanung widerspiegeln.

## 235 **Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung** 236 **gewährleisten**

### 237 **Geburtshilfe und Hebammen stärken**

238 Eine gute Schwangerschaftsbegleitung und Geburtshilfe sind für den Start ins  
239 Leben und für selbstbestimmte Entscheidungen von Frauen und Familien  
240 unerlässlich. Deshalb setzen uns für eine bessere Vergütung der  
241 verantwortungsvollen Tätigkeiten von Hebammen ein und wollen, dass die hohe  
242 Berufshaftpflichtversicherung reformiert wird und die Beiträge deutlich  
243 reduziert werden. Die Förderung von selbstständigen Hebammen ist ein adäquates  
244 Mittel, um insbesondere im ländlichen Raum Lücken in der Geburtshilfe zu  
245 schließen. Die Reform der Hebammenausbildung muss mit einer Aufwertung des  
246 Berufs einhergehen.

247 Bei der Krankenhausplanung muss die Möglichkeit, Patientinnen jederzeit an gut  
248 erreichbare Krankenhäuser verweisen zu können ebenso berücksichtigt werden wie  
249 die Tatsache, dass gute Qualität in der stationären Geburtshilfe eine  
250 hinreichende Zahl von jährlichen Geburten voraussetzt. Mit dem Ziel der  
251 Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe sollten deshalb  
252 Tarifsteigerungen für in Geburtskliniken mit hoher Auslastung angestellte  
253 Hebammen refinanziert werden, gebunden an verbindliche Qualitätskriterien wie  
254 etwa eine 1:1-Betreuung in den wesentlichen Phasen der Geburt. Aber auch neue  
255 Strukturen, wie der hebammengeführte Kreißsaal, sollen in NRW ausgebaut und  
256 refinanziert werden.

257  
258 Das oft tabuisierte Thema der Gewalt unter der Geburt ist in den letzten Jahren  
259 immer mehr in die Öffentlichkeit gerückt worden. Das Thema umfasst dabei  
260 physische, psychische und strukturelle Gewalt in der Geburtshilfe.

261 Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit und Ziele der Aktion „Roses Revolution“  
262 und der 2018 im Bundestag eingereichten Petition zur Geburtshilfereform. Die  
263 WHO-Empfehlungen sind hier erklärter Leitfaden.

264 Wir machen uns stark für eine gesellschaftliche Sensibilisierung für Gewalt  
265 unter der Geburt und wollen das Thema in der Ausbildung aller mit der  
266 Geburtshilfe befassten Berufe verankern.

### 267 **Selbstbestimmung garantieren**

268 Alle Menschen, auch Mädchen und Frauen, haben das Recht auf Selbstbestimmung  
269 über ihren Körper und ihr Leben. Dazu gehört auch die Entscheidung, ob eine Frau  
270 eine Schwangerschaft abbricht. Dies gehört zu den schwierigsten Lebenssituation  
271 und erfordert zwingend eine gute Unterstützung. Schwangere müssen schnell an  
272 gesicherte Informationen gelangen - auch von Ärzt\*innen, die den Eingriff  
273 durchführen. Deshalb wollen wir § 219a endlich aus dem Strafgesetzbuch  
274 streichen. Auch in NRW muss der flächendeckende Zugang zu  
275 Schwangerschaftsabbrüchen und eine generelle Kostenübernahme überall  
276 gewährleistet sein. Der Schwangerschaftsabbruch muss in die Ausbildung von  
277 Ärzt\*innen nach international anerkannten Standards integriert werden.  
278 Freiwillige Beratungsangebote müssen abgesichert und ausgebaut werden.

### 279 **Geschlechtsspezifische Medizin fördern**

280 Fehlt im Gesundheitssystem und in der Gesundheitspolitik der Blick auf das  
281 biologische und soziale Geschlecht, kommt unterm Strich eine  
282 Gesundheitsversorgung heraus, die niemandem gerecht wird. Schon 2000 gab es im

283 Landtag NRW auf Initiative der Grünen Landtagsfraktion eine Enquetekommission  
284 zum Thema "Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW". Seitdem  
285 liegen zahlreiche Erkenntnisse auf dem Tisch, bei der Implementierung im  
286 Gesundheitssystem geht es aber nach wie vor zu langsam voran. Noch immer haben  
287 Frauen bei einem Herzinfarkt je nach Klinik eine schlechtere Überlebenschance,  
288 weil dort Diagnostik und Therapie immer noch auf den männlichen "Normkörper"  
289 ausgerichtet sind. Deshalb setzen wir uns weiterhin für eine Stärkung der  
290 Geschlechterperspektive im Gesundheitswesen und der Ausbildung ein, etwa bei der  
291 Entwicklung von Medikamenten, Ermittlung geschlechtsspezifischer  
292 Gesundheitsrisiken oder bei Präventionsangeboten. Förderungen des Landes im  
293 Gesundheitsbereich sollen grundsätzlich die Geschlechterperspektive  
294 berücksichtigen müssen, Daten geschlechterdifferenziert erfasst und ausgewertet  
295 werden und Projekte und Initiativen des Landes dies durchgängig berücksichtigen.  
296 Wir fördern geschlechterspezifische Medizin und sorgen so dafür, dass auch  
297 trans\*, inter\* und genderqueere Personen sich darauf verlassen können, in der  
298 Medizin die Hilfe zu bekommen, die ihnen zusteht.

299 Gerade die Zukunftsbereiche der Telemedizin und Digitalisierung dürfen die  
300 Fehler der analogen Vergangenheit nicht in die Gegenwart übertragen. Denn mit  
301 der Digitalisierung des Gesundheitssystems besteht nicht nur die Gefahr, die  
302 Erkenntnisse geschlechterdifferenzierter Bedarfe bei Prävention, Diagnose,  
303 Kuration, Rehabilitation und Pharmakologie auf dem Weg der Entwicklung und  
304 Programmierung von Anwendungen wie Apps oder Algorithmen/KI wieder aus dem Blick  
305 zu verlieren. Der „Gender Bias“ könnte sogar noch größer werden. Denn KI-Systeme  
306 bilden die Vergangenheit und Gegenwart auf rückblickenden Datenbasen ab, um in  
307 die Gegenwart und Zukunft Diagnosen und Prognosen zu erstellen. Das bedeutet,  
308 sie bilden alle bestehenden Ungleichheiten der Vergangenheit ab und  
309 reproduzieren sie. Deswegen braucht es auch eine entsprechende Sensibilisierung  
310 der Unternehmen, die im Gesundheitsbereich Anwendungen entwickeln.

### 311 **Diskriminierung und Benachteiligung abbauen**

#### 312 **Inklusive Gesundheitsversorgung**

313 Einer Benachteiligung einzelner gesellschaftlicher Gruppen in unserem  
314 Gesundheitssystem werden wir weiterhin entschlossen entgegenwirken. Zum Beispiel  
315 erhalten Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle benötigten  
316 Gesundheitsleistungen, Hilfsmittel oder häuslichen Pflegedienste und werden so  
317 in ihrer Lebensqualität und Teilhabe beschränkt. Gerade in Krisenzeiten hat sich  
318 gezeigt, dass Hilfsstrukturen resilienter werden müssen. Der zeitweise  
319 Zusammenbruch der ambulanten Versorgung während der Pandemie hat viele Menschen  
320 mit Behinderung und ihre Angehörigen in akute Not gebracht und für  
321 Vereinsamungseffekte gesorgt. Die strukturellen Defizite in der Verhinderungs-,  
322 Tages- und Kurzzeitpflege wollen wir abbauen, um die Vereinbarkeit von Beruf und  
323 häuslicher Care-Arbeit zu verbessern.

324 Wir wollen einen ressortübergreifenden Inklusionsplan entwickeln, der Hürden im  
325 Gesundheitswesen abbaut. Gesundheitsleistungen und Therapieziele sind stärker  
326 auf die jeweiligen Bedarfe von Menschen mit Behinderung auszurichten, mit dem  
327 vorrangigen Ziel, eine selbstbestimmte Lebensgestaltung zu ermöglichen. Hierzu  
328 müssen Krankenkassen und Rentenversicherung enger zusammenarbeiten. Wir brauchen  
329 zudem verbindliche Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und mehr  
330 Flexibilität und Patient\*innenorientierung bei Therapie- und  
331 Heilmittelversorgung. Hilfe muss umgehend auf veränderte Gegebenheiten  
332 reagieren, um Einschränkungen von Mobilität und Eigenständigkeit zu vermeiden.  
333 Nicht nur Krankenhäuser und Arztpraxen sind inklusiv auszugestalten, auch die

334 Aus- und Fortbildung des Personals im Gesundheitswesen. Die konsequente  
335 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unsere Leitlinie sein.

### 336 **Behandlung unabhängig von sexueller Orientierung**

337 Die systematische Diskriminierung queerer Menschen im Gesundheitssystem müssen  
338 wir abbauen. So müssen Ärzt\*innen und anderes medizinischer Personal  
339 sensibilisiert werden für die Belange von LGBTIQ\*, hier muss es sowohl in der  
340 Ausbildung als auch in Fortbildungen ein verpflichtendes Angebot geben. Der  
341 Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für queere Menschen verbessert werden.  
342 Besonders queere Kinder und Jugendliche sind in der Gesellschaft noch immer  
343 Druck und Ausgrenzung ausgesetzt. Durch die Förderung von queerfreundlichen  
344 Aufklärungsprogrammen zu sexueller Gesundheit und auch therapeutischen Angeboten  
345 zu sexualisierter Gewalt, kann präventiv gegen Ausgrenzung und für Akzeptanz  
346 gesorgt werden. Ob somatische, psychosomatische, psychotherapeutische und  
347 psychiatrische Versorgung: sie muss niedrigschwellig erreichbar sein und den  
348 individuellen Bedarfen gerecht werden. Denn besonders AIDS, aber auch andere  
349 STIs (sexually transmitted infections) sind in der Gesellschaft noch immer mit  
350 einer Stigmatisierung und queerfeindlichen Narrativen verknüpft. Gerade für  
351 vulnerable Gruppen wie Sexarbeiter\*innen ist der Staat hier in der Pflicht.  
352 Aktuell gibt es qualifizierte und anonyme Angebote zu "sexuell übertragbaren  
353 Erkrankungen" nur vereinzelt in Gesundheitsämtern. Wir setzen uns dafür ein,  
354 dass dieses Angebot zu einem flächendeckenden Netz von Beratungs- und  
355 Untersuchungsangeboten ausgebaut wird.  
356 Das Verbot der Blutspende für bisexuelle und schwule Männer und trans\* Menschen  
357 muss endlich abgeschafft werden.

### 358 **Psychische Gesundheit verbessern**

359 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise  
360 brauchen schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit ihr Leid sich nicht  
361 verschlimmert. Doch unser Gesundheitssystem wird dem individuellen Bedarf von  
362 Menschen in einer psychischen Krise sehr häufig nicht gerecht. Das wollen wir  
363 ändern! Dafür braucht es ausreichend niedrigschwellige Krisenangebote und mehr  
364 ambulante Psychotherapieplätze ohne lange Wartezeiten durch mehr  
365 Kassenzulassungen von Psychotherapeut\*innen. Ambulante Angebote der, auch von  
366 Selbsthilfstrukturen und gemeindenaher Psychiatrie, können eine zusätzliche  
367 Säule sein. Dabei kommt Hausärzt\*innen eine wichtige Lenkungsfunktion zu, um  
368 kompetent durch den Dschungel an Angeboten und Therapiemöglichkeiten zu lotsen

369 Wir wollen das Angebot der Suchtberatung und -hilfe vor Ort ausbauen und  
370 auskömmlich finanzieren, um Prävention, Beratung und Therapie besser  
371 auszustatten.

372

373 Wir setzen uns für eine gemeindenahere und personenzentrierte Versorgung und eine  
374 verbesserte sektorübergreifende Zusammenarbeit ein. Dabei müssen auch die  
375 Besonderheiten der Versorgung von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt  
376 werden. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer und  
377 stationsäquivalenter Behandlung müssen flexibler werden und die verschiedenen  
378 Berufsgruppen im Team eine miteinander abgestimmte Behandlung übernehmen können.  
379 Ergänzt werden müssen die bestehenden Angebote durch digitale Bausteine sowie  
380 Videosprechstunden als Einzel- und Gruppenangebote. Digitale  
381 Gesundheitsanwendungen (DiGAs) für Menschen mit psychischen Erkrankungen  
382 brauchen einen hohen Qualitätsstandard und sollten in bestehende Therapien  
383 integriert werden. Darüber hinaus muss es genügend barrierefreie Hilfsangebote

384 geben, die sowohl die besonderen Belange von Menschen mit Behinderung mitdenken  
385 als auch ihre häufige behinderungsbedingte Multi-, bzw. Komorbidität.

386 Wir treten für Behandlungsformen ein, die auf Freiwilligkeit statt auf Zwang  
387 setzen. Psychiatrische Einrichtungen sollen deshalb flächendeckend Patient\*innen  
388 mit wiederkehrenden Krisen Behandlungsvereinbarungen anbieten.

389  
390 Wir setzen uns gegen eine Stigmatisierung von Menschen mit  
391 Abhängigkeitserkrankungen und Süchten ein, zu denen auch die nicht-stofflichen  
392 (z.B. Mediensucht) gehören. Hierzu braucht es mehr Thematisierung, Prävention  
393 und Hilfsangebote.

394 Therapieerfolge hängen oftmals von der Zeit und der Beziehung ab, die das  
395 Personal zu den Patient\*innen aufgebaut hat. Wir setzen uns deshalb dafür ein,  
396 dass ausreichend Personal und ein Personalmix in der stationären Versorgung  
397 durch verbindliche und qualitätsorientierte Standards ermöglicht werden.  
398 Patient\*innen wollen wir die Übersicht über vorhandene Therapie- und  
399 Hilfsangebote durch eine Informationsplattform in Kooperation mit Kommunen und  
400 Kassenärztlichen Vereinigungen erleichtern.

401 Die Corona-Pandemie hat viele Familien an ihre Belastungsgrenzen gebracht. In  
402 Ausnahmezeiten wie diesen darf die Prävention für Familien nicht vergessen  
403 werden, damit aufkommende Erschöpfungserscheinungen sich nicht in physischen und  
404 psychischen Krankheitsbildern manifestieren. Hier müssen so schnell wie möglich  
405 Entlastungsangebote geschaffen werden.

406 Eine frühe Familienpflege ist wichtig, um ernsthafte Krankheiten als Folge von  
407 Überlastung zu verhindern. Bei der Prävention für Familien müssen Eltern und  
408 Kinder gleichermaßen bedacht werden. Mütter, die immer noch die Hauptlast der  
409 Care-Arbeit tragen, gehören stärker in den Mittelpunkt. Für diese  
410 gesundheitspräventiven Angebote für Familien ist uns eine auskömmliche  
411 Finanzierung wichtig.

412  
413 Wir wollen eine gute Prävention, Versorgung und Nachsorge von Kindern und  
414 Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen und von Kindern, deren Eltern  
415 psychisch erkrankt sind, gewährleisten. Erhebungen zufolge werden ein Großteil  
416 aller psychischen Störungen bei Kindern bis zum Zeitpunkt des Schuleintritts  
417 durch die bestehenden Vorsorgeuntersuchungen nicht erkannt bzw. die Betroffenen  
418 nicht einer notwendigen Behandlung zugeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass das  
419 gesetzliche Kinderfrüherkennungsprogramm (U-Untersuchungen) um die Aspekte der  
420 psychischen Gesundheit erweitert wird und die Beratung der Eltern stärker  
421 miteinschließt. Damit die notwendige Zusammenarbeit der beteiligten Hilfesysteme  
422 gelingt, wollen wir berufsübergreifende Kooperations- und Vernetzungsstrukturen  
423 etablieren und Möglichkeiten der Mischfinanzierung von komplexen Hilfebedarfen  
424 in psychisch belasteten Familien fördern. Schule, Jugendhilfe, Sozialamt und das  
425 Gesundheitssystem müssen wie Zahnräder ineinandergreifen und jeweils dort  
426 Finanzierung und Hilfen anbieten, wo die Systeme der anderen Sozialgesetzbücher  
427 nicht greifen.

428 Wir setzen uns für eine psychiatrische Behandlung und psychosoziale  
429 Unterstützung auf Augenhöhe und unter Einbeziehung der Betroffenen und ihrer  
430 Angehörigen ein. Dafür soll der Dialog zwischen Psychiatrerieferanten,  
431 Angehörigen und professionell in der Psychiatrie Tätigen ausgebaut werden. Ein  
432 vielversprechender Weg zur Begleitung und Stärkung von Patient\*innen sind zudem  
433 Peer-to-Peer-Ansätze, die wir stärken wollen.

434

435 Psychotherapeut\*innen stellen eine der wichtigsten Gruppen der Versorger\*innen  
436 für Menschen mit erheblichem Einsamkeitsempfinden dar. An ihnen liegt es somit  
437 primär, das oftmals indirekt vorliegende Einsamkeitsproblem zu lokalisieren und  
438 in der Therapie zu berücksichtigen. Hier wird das mit dem Erleben von Einsamkeit  
439 assoziierte psychische Leid jedoch noch zu wenig von der (Fach-)Öffentlichkeit  
440 wahrgenommen.

441 Neben Psychotherapeut\*innen sollten auch andere mit Risikogruppen für Einsamkeit  
442 arbeitende Berufsgruppen, beispielsweise pädagogische Fachkräfte und  
443 Pflegekräfte in Aus- und Weiterbildung, stärker für das Thema Einsamkeit  
444 sensibilisiert werden. Auch hier wollen wir ergänzende präventiv orientierte  
445 Angebote einführen, um psychische Störungen frühzeitig zu diagnostizieren und zu  
446 erfassen.

447 Hausärzt\*innen stellen immer häufiger aufgrund der Auflösung anderer Strukturen  
448 die einzige verbliebene Ansprechperson für vereinsamte Menschen dar. Wir setzen  
449 uns deshalb dafür ein, die Aspekte der Einsamkeit tiefergehend in die  
450 Ausbildung von medizinischem Fachpersonal, insbesondere in der Pflege, aber auch  
451 bei Ärzt\*innen, einzubauen.

### 452 **Gesundheitsversorgung Geflüchteter verbessern**

453 Eine gute und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für Menschen, die  
454 Schutz vor Krieg und Verfolgung suchen, ist ein Menschenrecht.

455 Deshalb wollen wir in NRW einen niedrigschwelligen Zugang zum Gesundheitssystem  
456 für Menschen, die Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz erhalten, für Menschen  
457 ohne Papiere oder Menschen ohne geklärten Versicherungsschutz. Die  
458 Clearingstellen in NRW müssen ausgebaut und dauerhaft finanziert werden. Für  
459 Menschen ohne Papiere und Menschen mit ungeklärtem Versicherungsschutz wollen  
460 wir niedrigschwellige Verfahren und Instrumente wie etwa den „Anonymen  
461 Krankenschein“ in Anlehnung an das Thüringer Modell, welcher in Zusammenarbeit  
462 mit Vertrauensärzt\*innen ausgegeben wird, etablieren. Clearingstellen müssen die  
463 Menschen perspektivisch nicht nur bei der Frage des Versicherungsschutzes  
464 sondern auch beim Zugang zu medizinischen und psychotherapeutischen Angeboten  
465 mit Sprach- und Kulturmittler\*innen unterstützen. Gerade die Pandemie zeigt, wie  
466 langsam Aufklärung und Informationen Menschen erreichen, die nicht mit unserem  
467 Gesundheitssystem aufgewachsen sind. Deshalb wollen wir für NRW gemeinsam mit  
468 den Kommunen, Leistungserbringern und Kostenträgern eine App „Gesundheitssystem  
469 für Einsteiger\*innen“ entwickeln, die die zentralen in den Fragen in den am  
470 häufigsten in NRW gesprochenen Fremdsprachen beantwortet, etwa: „Wohin gehe ich  
471 mit welchen Symptomen?“, „Wer zahlt was?“, „Wie kann ich im Gesundheitssystem  
472 arbeiten?“.

473 Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir abschaffen und das  
474 allgemeine Sozialleistungssystem öffnen. Die psychosoziale Unterstützung von  
475 Geflüchteten muss zudem verbessert und ausgebaut werden. Damit alle  
476 Patient\*innen angemessen aufgeklärt und behandelt werden können, wollen wir,  
477 dass professionelle Sprach- und Kulturmittler\*innen künftig mitfinanziert  
478 werden.

### 479 **Gesundheit fördern: Wohnungslosigkeit bekämpfen**

480 Das Leben auf der Straße stellt ein enormes Gesundheitsrisiko dar. Deshalb  
481 wollen wir alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, aus der Obdachlosigkeit  
482 holen. Hierfür gilt es zuallererst, Zwangsräumungen zu vermeiden und niemanden  
483 aus dem Krankenhaus oder Strafvollzug zu entlassen, ohne dass angemessener

484 Wohnraum bereitsteht. Die Pandemie hat gezeigt, dass Obdachlose oft nicht  
485 mitgedacht werden. Als besonders vulnerable Gruppe von häufig vorerkrankten  
486 Menschen benötigen sie besondere Ansprache, besonderen Schutz und die  
487 Möglichkeit zur physischen Distanzierung bei der Unterbringung. Ebenfalls ist  
488 eine dauerhafte Unterbringung Voraussetzung für eine nachhaltige  
489 Gesundheitsversorgung.

## 490 **Notfallversorgung reformieren**

491 Jeder Mensch muss darauf vertrauen können, im Notfall bestmöglich versorgt zu  
492 sein - unabhängig vom Wohnort. Doch dafür muss sich einiges ändern. Wir müssen  
493 ran an schlecht funktionierende Strukturen, die Menschen auf der Suche nach  
494 medizinischer Hilfe rat- und orientierungslos lassen. Die Devise muss sein: Wer  
495 Hilfe braucht, wird schnell und qualifiziert versorgt und nicht in einen  
496 Zuständigkeitsdschungel des Gesundheitswesens geschickt, in dem Durchschnitt und  
497 nicht Exzellenz das Maß der Dinge darstellt.

498 Darum wollen wir eine konsequente Verzahnung der ambulanten und der stationären  
499 Notfallversorgung. In einem strukturell vielfältigen Land wie NRW mit  
500 städtischen Ballungsgebieten und ländlichem Raum kann es nicht ein Modell für  
501 alle geben. Aber durch einheitliche Stufen, konkrete Strukturvorgaben zur  
502 Notfallversorgung, wollen wir erreichen, dass Menschen in Not stets die  
503 erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

504 Das heißt konkret: Wenn sich Menschen mit einem medizinischen Hilfeersuchen an  
505 eine Notaufnahme wenden, müssen sie dort kompetente und zuverlässige Hilfe  
506 bekommen. An zentralen Klinikstandorten soll in weiterentwickelten  
507 Notfallzentren unter anderem durch gemeinsame Tresen eine nahtlose Verzahnung  
508 der bislang getrennten ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der  
509 Notfallversorgung erfolgen. Auch wollen wir, dass diese Notfallzentren gerade  
510 nachts und am Wochenende beispielsweise durch kompetente Hausärzt\*innen so  
511 unterstützt werden, dass geeignete Fälle gut ambulant versorgt werden können. In  
512 kleineren Krankenhäusern, die die Versorgung vor Ort sicherstellen und in denen  
513 nicht für jede Notsituation Spezialist\*innen vorgehalten werden können, muss die  
514 Beurteilung von Notfällen mit Hilfe einer telemedizinischen Anbindung aus dem  
515 virtuellen Krankenhaus sichergestellt werden. Eine gute digitale Infrastruktur  
516 zeigt hier ganz konkreten Nutzen für Menschen in gesundheitlichen Notlagen,  
517 gerade auch im ländlichen Raum.

518 Für die meisten Menschen sind gesundheitliche Notfälle nichts Alltägliches. Sie  
519 brauchen Klarheit, wohin sie sich unkompliziert und schnell wenden können und wo  
520 ihnen verlässlich geholfen wird. Darum sollten die Notrufleitstellen der Nummern  
521 112 und 116117 organisatorisch zusammengeführt werden. Wir wollen in allen  
522 Leitstellen eine Software zur standardisierten Notrufabfrage einführen und uns  
523 dafür einsetzen, dass Vernetzung, Kooperation und Harmonisierung der  
524 Einsatzleitysteme zwischen den Leitstellen vorangetrieben werden. Es darf keine  
525 Rolle spielen, wo die Menschen anrufen. Wichtig ist, dass sie immer die passende  
526 Hilfe bekommen. Und zwar rund um die Uhr. Einem medizinischen Notfall sind  
527 Öffnungs- und Dienstzeiten egal. Darum muss auch sichergestellt sein, dass der  
528 ärztliche Bereitschaftsdienst rund um die Uhr verfügbar ist.

529 Auch der Rettungsdienst kann Menschen in Not umfassend medizinisch behandeln.  
530 Doch dafür müssen die rechtlichen Grundlagen stimmen. Wir wollen das  
531 Rettungsdienstgesetz weiterentwickeln und flächendeckend die Vollzeit-Funktion  
532 der „Ärztlichen Leitung Rettungsdienst“ einführen, welche die medizinische und



533 organisatorische Gesamtverantwortung sowie die Aufgabe der Qualitätssicherung in  
534 ihrem jeweiligen Zuständigkeitsgebiet trägt. Sie sollen zuständig sein für die  
535 Festlegung medizinischer Behandlungsstandards und die Delegation heilkundlicher  
536 Maßnahmen die auch von Notfallsanitäter\*innen im Einklang mit ihrer Befähigung  
537 im Einsatz durchgeführt werden sollen. Zudem soll die „Ärztliche Leitung  
538 Rettungsdienst“ Anforderungen an Aus und Fortbildung des in der Notfallrettung  
539 eingesetzten Personals festlegen und überwachen. Der Telenotarzt in NRW - also  
540 die flächendeckende telemedizinische Unterstützung durch die Leitstellen des  
541 Rettungsdienstes und der Feuerwehr - ist für die flächendeckende Versorgung ein  
542 wichtiger Baustein, den wir ausbauen wollen.

543 Ebenfalls Nachholbedarf hat die Sensibilisierung und Schulung des Personals in  
544 der Notfallversorgung beim Umgang mit Menschen mit Behinderung bezüglich Ihrer  
545 besonderen Bedarfe und häufigen behinderungsbedingteren Mehrbedarfe.

546 Um den Rettungsdienst im Sinne der Betroffenen auch strukturell zu stärken soll  
547 NRW sich im Bund dafür einsetzen, die medizinische Notfallversorgung der  
548 Rettungsdienste als eigenständigen Leistungsbereich im Sozialgesetzbuch V  
549 auszugestalten.

550 In manchen Notsituationen reicht es für die betroffenen Menschen nicht aus,  
551 allein die medizinische Erstversorgung abzusichern. Dann wird auch eine  
552 psychosoziale Notfallversorgung benötigt, um belastende und traumatisierende  
553 Erfahrungen zu verarbeiten. Wir wollen die psychosoziale Notfallversorgung auch  
554 in NRW gesetzlich absichern.

## 555 **Bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen** 556 **schaffen**

557 Menschen, die krank sind und wieder gesund werden sollen, brauchen andere  
558 Menschen, die sich gut und qualifiziert um sie kümmern. Voraussetzung dafür ist,  
559 dass Pflegekräfte, Ärzt\*innen, Hebammen, Sozialarbeiter\*innen, Physio- und  
560 Ergotherapeut\*innen oder Logopäd\*innen im Gesundheitssystem Arbeitsbedingungen  
561 vorfinden, die sie auf Dauer nicht selbst als „Kümmerer“ krank werden lassen.  
562 Das medizinische Fachpersonal leistet, egal ob im Krankenhaus, in der ambulanten  
563 Versorgung, im Rettungsdienst oder in der Altenpflege einen enormen  
564 gesellschaftlichen Beitrag. Andere Menschen gesund zu machen, ist gelebte  
565 Daseinsvorsorge. Angesichts eines immer stärkeren ökonomischen Drucks und  
566 weiterer Faktoren wie insbesondere dem Fachkräftemangel, haben sich einerseits  
567 die Arbeitsbedingungen in fast allen Bereichen des Gesundheitswesens in den  
568 letzten Jahren massiv verschlechtert. Gleichzeitig ist Geld im System  
569 überproportional stark zugunsten teurerer Apparate oder teurerer Medikamente und  
570 weg von den Menschen verschoben worden. Was durch den immensen Einsatz der  
571 Menschen im Gesundheitswesen während der Corona-SARS-CoV-2-Pandemie für die  
572 breite Öffentlichkeit sichtbar geworden ist, hätte schon viel früher dazu führen  
573 müssen, dass ihnen deutlich mehr gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung  
574 zukommt.

575 Gute Gesundheitsversorgung mit ausreichend Personal gibt es nur, wenn die  
576 Arbeitsbedingungen stimmen. Überstunden, Überlastung, starre Dienstpläne und das  
577 große Maß an Fremdbestimmung machen das Berufsfeld unattraktiv, obwohl gerade  
578 hier ein großer Fachkräftemangel besteht. Es reicht nicht aus, viel Geld in  
579 innovative Forschung, Geräte oder Medikamente zu stecken, es muss auch gezielt  
580 das medizinische Personal gefördert werden. Die Politik muss endlich die  
581 richtigen Arbeits- und Rahmenbedingungen schaffen, um Gesundheitsberufe  
582 aufzuwerten.

583 Dafür müssen die Personalschlüssel – nicht nur, aber insbesondere in der Pflege  
584 - dem tatsächlichen Bedarf entsprechend weiter deutlich verbessert werden, damit  
585 Menschen im Pflegeheim, im Krankenhaus oder in der ambulanten Versorgung mehr  
586 Zeit für die Patient\*innen haben. Die Personaluntergrenzen lösen wir so schnell  
587 wie möglich durch Regelungen ab, die sich am tatsächlichen Pflegebedarf der  
588 Patient\*innen orientieren. Wir setzen uns dafür ein, dass ausreichende  
589 finanzielle Ressourcen für die Erprobung von wissenschaftlich fundierten  
590 Personalbedarfbemessungsinstrumenten zur Verfügung stehen. Die Ergebnisse müssen  
591 anschließend schnellstmöglich in das Leistungsrecht überführt werden.

592 Außerdem muss die Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe gestärkt werden. Die  
593 Pflege muss ihre Expertise im Gesundheitswesen einbringen und es mitgestalten  
594 können. Um diese Mitbestimmung auch politisch zu erreichen und die  
595 professionellen Perspektiven der Pflege nachhaltig zu verbessern, benötigt  
596 unsere Gesellschaft eine starke Selbstverwaltung der Pflege in Form von  
597 Pflegeberufekammern auf Landes- und Bundesebene. Diese benötigen gerade in ihrer  
598 Startphase eine staatliche Anschubfinanzierung, um Handlungsfähigkeit und  
599 Akzeptanz bei ihren Mitgliedern sicherzustellen.

600 Auch die Soziale Arbeit sollte ihre Expertise einbringen: Sozialarbeiter\*innen  
601 decken den größten Teil des Beratungssektors ab. Deshalb wollen wir neben  
602 Pflegekräften und medizinischem Personal in den politischen Diskussionen die  
603 soziale Komponente und damit die ganzheitliche Betrachtungsweise hervorheben.

604  
605 Auch Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Weiterbildungsmöglichkeiten  
606 und flexiblere Arbeitszeitmodelle spielen bei Arbeitnehmer\*innen eine immer  
607 wichtigere Rolle. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich  
608 wollen wir beschränken. Mit anhaltender Dauer der Pandemie und einer großen  
609 Auslastung des Gesundheitswesens hat der Druck auf alle Gesundheitsberufe  
610 zuletzt noch einmal massiv zugenommen. Gerade die Menschen, die sich um andere  
611 kümmern, müssen wir besser schützen, damit sie nicht selber krank werden.

612 Eine große Baustelle, um die Attraktivität der Gesundheitsfachberufe wirklich  
613 steigern zu können, ist weiterhin die Ausbildung. Wir GRÜNE wollen die  
614 Ausbildung aufwerten und das Schulgeld durch eine faire Ausbildungsvergütung für  
615 alle Heilberufe ersetzen. Auch das Recht auf Weiterbildung werden wir stärken  
616 und gleichwertige ausländische Fachabschlüsse schneller anerkennen, um auch  
617 damit mehr Fachkräfte gewinnen zu können.

618 Wir setzen uns weiter für eine Akademisierung der Gesundheitsberufe ein. Es  
619 braucht einen konkreten und verbindlichen Bund-Länder-Fahrplan, um aus den  
620 bestehenden Modell-Studiengängen reguläre Studienangebote zu machen. Für die  
621 Fachkräfte in Pflege- und Therapieberufen muss sich die akademisierte Ausbildung  
622 in einer höheren Bezahlung und in ihrer Tätigkeitsbeschreibung niederschlagen.  
623 Gute Forschung ist grundlegend, um die Qualität der Studiengänge und der  
624 Versorgung mithilfe neuesten wissenschaftlicher Erkenntnisse kontinuierlich zu  
625 verbessern. Auch die Pflegefinanzierung muss stärker als bisher die Bedürfnisse  
626 der Patient\*innen und den notwendigen Aufwand berücksichtigen. So sollte die  
627 erbrachte Fachpflege deutlich als qualitative Leistung hervorgehen und honoriert  
628 werden.

## 629 **Den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken**

630 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist neben dem ambulanten und dem  
631 stationären Sektor die dritte Säule des Gesundheitswesens in Deutschland. Seine

632 Aufgaben sind vor allem der Gesundheitsschutz der Bevölkerung, die  
633 Gesundheitsförderung und das Gesundheitsmanagement. So übernimmt der ÖGD unter  
634 anderem Schuleingangsuntersuchungen, macht Impfangebote und ist verantwortlich  
635 für den Infektionsschutz inklusive Meldewesen, Kontaktnachverfolgung und  
636 Anordnungen von Hygienemaßnahmen, aber auch für die Trinkwasserüberwachung und  
637 die Beratung zu Lebensmittelhygiene. Wir wollen, dass der ÖGD viel stärker als  
638 Impulsgeber für eine aktive Gesundheitspolitik auftritt und damit Einfluss auf  
639 eine gesundheitsfördernde Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik nimmt, aber  
640 auch auf alle anderen Bereiche, wie z.B. die Pflege, die Bildungs- und  
641 Betreuungspolitik.

642 Während der Corona-Pandemie ist besonders deutlich geworden, wie wichtig diese  
643 Aufgaben sind. Offensichtlich geworden sind aber auch der langjährige  
644 Verwaltungsabbau, die chronische Unterfinanzierung und der große Personalmangel  
645 im ÖGD. In der Vergangenheit sind immer mehr Aufgaben hinzugekommen, ohne dass  
646 der ÖGD entsprechend mehr finanziellen Mittel und Personal bekam. Wir wollen das  
647 ändern. Langfristig wollen wir, dass ein Prozent der gesamten  
648 Gesundheitsausgaben in den Öffentlichen Gesundheitsdienst fließen, damit er  
649 seinen Aufgaben angemessen nachkommen kann.

650 Der Personalmangel im ÖGD lässt sich nur durch einen Strauß an Maßnahmen  
651 beheben. Wir wollen den ÖGD attraktiver machen und die Vergütung der Ärzt\*innen  
652 durch einen eigenständigen Tarifvertrag deutlich verbessern. Bisher liegt die  
653 Vergütung oftmals deutlich niedriger als in kommunalen Krankenhäusern oder im  
654 Medizinischen Dienst der Krankenkassen. Um den Nachwuchsmangel zu bekämpfen, der  
655 durch die Verrentung vieler Ärzt\*innen entsteht, wollen wir Nachwuchsprogramme  
656 in Kooperation mit Hochschulen und Ärztekammern fördern. Bisher lernen angehende  
657 Ärzt\*innen Public Health und den ÖGD als Einsatzgebiet während ihres Studiums  
658 kaum kennen. Das muss sich ändern, zum Beispiel durch eine Änderung der  
659 Approbationsordnung in NRW. Auch eine Erweiterung der "Landärzt\*innenquote" im  
660 Medizinstudium für Studierende, die sich für den ÖGD verpflichten sowie ein  
661 Medizin-Bachelor/Master für den ÖGD muss diskutiert werden.

662 Wir wollen, dass vermehrt Absolvent\*innen aus anderen Fachrichtungen rekrutiert  
663 werden (Sozialpädagogik, Gesundheitswissenschaft, Stadt- und Raumplanung etc.)  
664 und in multiprofessionellen Teams zusammenarbeiten. Dieser interdisziplinäre  
665 Ansatz in multiprofessionellen Teams bietet die Chance, die  
666 Gesundheitsprävention noch stärker in den Fokus zu nehmen und insbesondere  
667 benachteiligten Gruppen dazu zu verhelfen, ihre Chance auf ein gesundes Leben zu  
668 erhöhen.

669 Der ÖGD - wie die Verwaltung insgesamt - braucht eine Digitalisierungsoffensive,  
670 um Arbeitsprozesse zu beschleunigen und die Kommunikation zwischen den  
671 kommunalen Gesundheitsämtern in NRW einerseits und dem Landeszentrum für  
672 Gesundheit andererseits, aber auch zu Instituten wie dem Robert Koch-Institut,  
673 den Laboren und anderen Akteuren verbessern.

674 Im Moment sind die kommunalen Gesundheitsämter digital sehr unterschiedlich  
675 aufgestellt. Auch die Anforderungen an das einzelne Amt variieren. Klar ist  
676 aber, dass der ÖGD eine gute Ausstattung und einheitliche Standards braucht. Die  
677 Schnittstellenkompatibilität soll auch zur elektronischen Patientenakte  
678 ausbaubar sein um Versicherten z.B. in epidemischen Lagen, zu ermöglichen auch  
679 ihre Daten des ÖGDs sichern zu können. Die IT sollte aber auch die  
680 Gesundheitsberichterstattung verbessern und Planungsprozesse unterstützen. Das

681 LGZ muss als kommunikative Schnittstelle, mit dem Ministerium im Rücken und im  
682 Austausch mit der Wissenschaft, Treiber für konzeptionelle Entwicklungen sein.

683 In der Pandemie wurde deutlich, dass von Seiten des Landes klare und  
684 koordinierende Kommunikationsstrukturen fehlen und auch die Informationen vom  
685 ÖGD zum Land weder regelhaft noch strukturiert fließen. Der ÖGD wurde weder bei  
686 der Entwicklung der Corona-Warn-App als Schnittstelle und zentraler Bestandteil  
687 mitgedacht, noch wurde er frühzeitig in mögliche Konzepte zum Umgang mit einer  
688 der Corona-Wellen einbezogen.

689 Die Landesregierung setzt vor allem auf ad-hoc-Entscheidungen, ohne klare Linie  
690 und ohne ausreichende Rücksprache und Kommunikation mit der kommunalen Ebene.

691 Wir setzen im Gegensatz dazu auf einen strukturierten Prozess und wollen den ÖGD  
692 in die Beratungen der Konzepte, die Zuständigkeiten von Land und Kommunen  
693 beinhalten, regelhaft einbeziehen.

694 Das Landeszentrum für Gesundheit muss endlich – anders als bisher – dafür  
695 sorgen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse in alle Bereiche des  
696 Gesundheitswesens kommuniziert werden und dass ein Austausch über deren  
697 gelungene Umsetzung stattfindet. Gleichzeitig muss die Landesregierung auf der  
698 Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse und klarer politischer Abwägungen  
699 politische Leitlinien entwickeln.

700 Gleichzeitig müssen alle kommunalen Einheiten mit durchdachten Konzepten des  
701 Landes unterstützt werden. Das LZG muss in zentralen Fragen der  
702 Pandemiebekämpfung die Sicherung notwendiger Standards und Verfahren  
703 verantworten und gerade in einer pandemischen Lage die hochqualifizierte  
704 Beratung der Gesundheitsämter übernehmen. Diese Linie ist dann Ausgangspunkt für  
705 alle kommunalen Strategien. Hierdurch vermeiden wir auch eine dem  
706 Gesundheitsschutz zuwiderlaufende interkommunale Konkurrenz. Zusätzliche  
707 kommunale Gestaltungsoptionen bleiben innerhalb dieses Rahmens weiterhin  
708 möglich.

709 Das LZG muss den Kommunen in Krisensituationen Informations- und  
710 Aufklärungsmaterialien in den Hauptsprachen der hier lebenden Menschen zur  
711 Verfügung stellen, um schnell die gesamte Bevölkerung informieren und aufklären  
712 zu können.

713 Kommunen müssen gerade bezogen auf den Infektionsschutz auch die Möglichkeit  
714 haben, interkommunale Personalpools zu schaffen. Infektionen kennen keine  
715 Grenzen und eine konsequente Bekämpfung an Hot-Spots hilft am Ende allen  
716 Menschen.

717 Auch außerhalb von Krisensituationen setzen wir auf eine klare Stärkung der  
718 öffentlichen Strukturen im Sinne eines Gesundheitsschutzes und der Prävention.  
719 Hierzu bedarf es der dauerhaften Kommunikation in der kommunalen Familie und mit  
720 dem Land. Gerade innerhalb einer Kommune können andere Fachbereiche die Daten  
721 des ÖGD gewinnbringend nutzen, so zum Beispiel zur Unterstützung von Familien in  
722 benachteiligten Stadtteilen. Auch Gesundheitskooperationen im Sinne einer  
723 Arbeitsteilung zwischen mehreren Kommunen oder zwischen dem LZG und  
724 verschiedenen Kommunen können sinnvoll sein, beispielsweise in der  
725 Apothekenaufsicht. Hierbei müssen inhaltliche Impulse immer wieder vom Land  
726 aufgegriffen und durch weitere Konzepte hinterlegt werden. Wir wollen Daten der  
727 Gesundheitsberichterstattung verbindlich in gesundheitspolitischen  
728 Entscheidungen berücksichtigen. Gesundheitliche Folgeabschätzungen soll auch in

729 anderen Politikfeldern als „Gesundheitscheck“ ganz selbstverständlich verankert  
730 werden – etwa bei verkehrs-, sozial- oder klimapolitischen Entscheidungen.

731 Neben Defiziten beim Infektionsschutz sehen wir als unmittelbare Auswirkung der  
732 Corona Pandemie eine Zunahme psychischer Belastungen, Problemen und  
733 Erkrankungen. Auch hier muss der ÖGD weiter gestärkt werden, um präventive  
734 Konzepte und niedrigschwellige Angebote, den kommunalen Bedarfen entsprechend,  
735 zu entwickeln und aufzubauen. Das Vernetzen von Trägern der unterschiedlichen  
736 Sozialgesetzbüchern Psychosoziale Dienste, Gemeindenahe Psychiatrie,  
737 Jugendhilfe, Sozialverwaltung, etc. ist ein wesentlicher Faktor für eine  
738 wirksame Struktur. Neben diesen Feldern sollte der ÖGD auch im Bereich der  
739 Beratung zu sexueller Gesundheit stärker tätig werden. Aktuell gibt es  
740 qualifizierte und anonyme Angebote zu "sexuell übertragbaren Erkrankungen" nur  
741 vereinzelt in Gesundheitsämtern. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Angebot  
742 zu einem flächendeckenden Netz von Beratungs- und Untersuchungsangeboten  
743 ausgebaut wird."

744 Wir wissen schon jetzt: Kinder und Jugendliche haben durch die Corona-Krise eine  
745 enorme gesundheitliche Belastung zu tragen. Bewegungsmangel und fehlende  
746 Sozialkontakte können unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit haben.  
747 Deswegen wird die Kinder- und Jugendgesundheit eine der zentralen  
748 Herausforderungen des ÖGDs nach der akuten Phase der Pandemie sein.

## 749 **Mit Digitalisierung die Gesundheitsversorgung** 750 **verbessern**

751 Wir GRÜNE stehen für eine Digitalisierung, die dem Menschen dient - nicht  
752 umgekehrt. Telemedizin, Telematik, Künstliche Intelligenz und Roboter sollen  
753 helfen, die Gesundheitsversorgung zu verbessern sowie Ärzt\*innen, Pfleger\*innen  
754 und Hebammen zu entlasten. Sie ersetzen aber nicht menschliche Zuwendung und  
755 fachliche Kompetenz. Nicht das technisch Machbare bestimmt, sondern das, was den  
756 Menschen hilft, selbstbestimmt gesund zu sein und zu leben.

757 Eine hochwertige technische wie digitale Ausstattung kann gerade im häuslichen  
758 Umfeld die Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens deutlich erhöhen und die  
759 Pflege systematisch unterstützen und entlasten. Dabei ist der Bereich der  
760 digitalen Dokumentation wichtig und als mobiles System entlastend. Hier kann  
761 Digitalisierung aber weit mehr, als bisher die elektronische Patientenakte (ePA)  
762 oder die elektronische Gesundheitsakte (eGA) können. Die von den Patient\*innen  
763 selbst verwalteten Daten können ihre Versorgung verbessern und Lebensqualität  
764 steigern - so fallen etwa unnötige Doppeluntersuchungen weg, Polymedikation  
765 fällt schneller auf und Wechselwirkungen können sichtbar werden.

766 Die Risiken durch große Datenkraken, die Gesundheitsdaten als neue „Währung“ im  
767 System entdeckt haben, sind durch klare Datenschutzregelungen weiterhin zu  
768 minimieren. Patient\*innen brauchen die entsprechende Information, Befähigung und  
769 Unterstützungsangebote, um ihre Eigenverantwortung auch leben zu können.

770 Das gleiche gilt für behandlungsunterstützende wie begleitende Angebote. Mit den  
771 digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGAs) und bald auch mit den digitalen  
772 Pflegeanwendungen (DiPAs) haben die Versicherten einen Anspruch auf  
773 Kostenübernahme für diese Apps oder digitalen Anwendungen. Hier brauchen wir in  
774 NRW unabhängige Beratung und Schulung, die in bestehende Strukturen integriert  
775 werden. Selbsthilfestrukturen könnten DiGAs testen und mit Fachärzt\*innen oder  
776 Fachgesellschaften gemeinsam Informationen dazu erstellen und beraten. Aber auch  
777 die Verordnenden oder begleitenden Pflegekräfte brauchen Informationen über die

778 angebotenen DiGAs. Wir brauchen auch eine evidenzbasierte Qualitätskontrolle  
779 bzw. Zertifizierung derartiger Anwendungen.

780 Auch die Heilberufe brauchen Grundlagen und spezifische Kenntnisse und müssen  
781 entsprechend in digitalen und telemedizinischen Kompetenzen geschult werden.  
782 Statt nur die heute Beschäftigten nachträglich zu qualifizieren, muss dies in  
783 die Ausbildungsinhalte integriert werden. Auch in das Medizinstudium gehören  
784 diese Inhalte. Algorithmen und KI-gestützte Systeme werden in wenigen Jahren  
785 Regel und nicht mehr Seltenheit im System sein, um Ärzt\*innen bei Diagnosen zu  
786 unterstützen.

787 Die Art der sektorübergreifenden und innersektoralen Kommunikation verändert  
788 sich durch die Digitalisierung. Das Virtuelle Krankenhaus NRW ist dafür ein  
789 gutes Beispiel. Es hat mit einer Finanzierung durch den Europäischen  
790 Regionalfonds (EFRE) begonnen, ist über den Innovationsfonds weiterentwickelt  
791 worden und soll jetzt schrittweise in die Regelfinanzierung überführt werden.  
792 Zentren mit großer Fachkompetenz, hohen Fallzahlen und Erfahrungen mit  
793 ungewöhnlichen Verläufen, unterstützen kleinere Krankenhäuser bei der Versorgung  
794 komplexer und komplikationsgefährdeter Patient\*innen via telemedizinischer  
795 Visite, Fallbesprechung und Begleitung. Mit fünf Fachbereichen zu Beginn soll  
796 das System auf weitere Gebiete erweitert und perspektivisch auch der Bereich der  
797 niedergelassenen Ärzt\*innen hierüber Unterstützung erhalten können.

798 Wir brauchen für NRW auch weiterhin Geld und Mut, um in Innovationen zu  
799 investieren, die den Menschen egal auf welcher Seite im Gesundheitssystem  
800 nutzen. Neben den zahlreichen Projekten die aus Mitteln des Innovationsfonds bei  
801 jeder neuen Ausschreibung nach NRW geholt werden, brauchen wir einen  
802 strukturierten Prozess um NRW zu innovativen Gesundheitsstandort zu machen.

## **V-1** Faire Bedingungen für kleine Unternehmen und Selbständige

Gremium: LAG Wirtschaft  
Beschlussdatum: 22.05.2021  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### **Antragstext**

#### **1 Faire Bedingungen für kleine Unternehmen und Selbständige**

##### **2 Ausgangssituation**

3 Im „Kleinen“ – im Handwerk, Handel, Dienstleistungsbereich oder in der  
4 Landwirtschaft – liegt eine große Stärke der Wirtschaft in Deutschland. Rund 97%  
5 aller Unternehmen waren 2018 Kleinunter-nehmen (KU < 50 Beschäftigte und/oder <  
6 EUR 10 Mio. Umsatz), rund 88% sogar Kleinstunternehmen (<10 Beschäftigte  
7 und/oder < EUR 2 Mio. Umsatz). 97% aller Unternehmen in Deutschland sind kleiner  
8 Unternehmen (KU) und beschäftigen ca. 31% aller sozialversicherungspflichtigen  
9 Beschäftigten. [1] Hier entsteht Innovation, Wettbewerb und Wandel. Das sichert  
10 uns Vielfalt, Flexibilität, Unabhängigkeit, Machtverteilung und demokratische  
11 Prozesse. Die Krisenfestigkeit der KU hat sich auch während der Finanzkrise in  
12 2009 bewährt.

13 Doch kleine Unternehmen und Selbständige haben es in Deutschland oft schwer,  
14 denn die Rahmenbedingungen sind nicht immer fair. Eine große Rolle spielt dabei,  
15 dass ihre Interessen in politischen Entscheidungsprozessen häufig nicht  
16 ausreichend berücksichtigt werden. Zu oft vertreten die Kammern eher die  
17 Interessen von größeren Unternehmen und in Mittelstandsstrategien werden KU in  
18 einen „Topf“ mit Unternehmen bis 499 Beschäftigten und 50 Mio. Umsatz geworfen  
19 (KMU-Definition des IfM Bonn seit 01.01.2016). Dabei ist klar, dass die  
20 Strategien, die für ein großes mittelständisches Unternehmen passgenau sind,  
21 noch lange nicht für eine kleine Handwerks-Bäckerei oder einen Kioskbetreiber  
22 angemessen sind. Erschwerend kommt hinzu, dass im Zuge der Corona-Pandemie viele  
23 Kleinstunternehmen nun in ihrer Existenz bedroht sind.

24 Die Corona-Krise zeigt uns wie durch ein Brennglas die Probleme der  
25 Kleinbetriebe und Selbständigen auf, die alle vorher schon existierten, von der  
26 Politik aber nicht gesehen und angepackt wurden: Wenig soziale Absicherung für  
27 die Unternehmer\*innen, die Liquidität auf Kante genäht, eine überbordende  
28 Bürokratie, wenig Zugang zu Kapital, das Schwinden von privaten Rücklagen, die  
29 ins Unternehmen investiert wurden sowie eine übermächtige Konkurrenz durch die  
30 großen Konzerne bspw. im Online-Handel, die von der Corona-Krise sogar massiv  
31 profitieren konnten. Denn während manch großes Unternehmen wie Starbucks, IKEA  
32 oder Amazon das Steueraufkommen kreativ gestalten können, tragen kleine  
33 Unternehmen vor Ort die volle Steuerverantwortung. Dazu kommt ein hoher Mangel  
34 an Fachkräften und Nachfolger\*innen.

35 Die Corona-Pandemie machte uns auch noch einmal deutlich, wie wichtig eine  
36 dezentrale Wirtschaftsstruktur mit regionalen Wertschöpfungsketten für den  
37 Erhalt einer krisensicheren Nahversorgung und im Kampf gegen die Klimakrise ist

38 (short distance economy). So stieg die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln  
39 in 2020 stark an. Doch viele Betriebe hatten wir schon vor der Corona-Pandemie  
40 verloren. Seit 1989 haben in Deutschland (ähnl. NRW) rund die Hälfte aller  
41 kleineren Nahversorgungsbetriebe (kleine Bauernhöfe, „Tante-Emma Läden“,  
42 Handwerks-Bäckereien, Fleischereien, Mühlen, Gaststätten etc.) aufgegeben. Und  
43 auch die Preissteigerungen auf vielen Immobilienmärkten gerade in den  
44 Ballungsgebieten führt vermehrt bei Gewerbemietern, etwa dem kleinen  
45 inhabergeführten Einzelhandel, dem Handwerksbetrieb und bei sozialen oder  
46 kulturellen Einrichtungen, zu Verdrängungseffekten. War das Innenstadtsterben  
47 durch Baumärkte und Lebensmitteleinzelhandelsketten am Stadtrand schon vor der  
48 Corona-Krise ein großes Thema, so droht nun in vielen Kommunen eine weitere  
49 Verödung und der Verlust wichtiger Kommunikationsorte.

## 50 **Zielsetzung**

51 Wir Grüne wollen die Vielfalt der Betriebe in der Wirtschaft sichern, dezentrale  
52 Strukturen und regionale Wertschöpfungsketten stärken sowie lebendige  
53 Innenstädte erhalten. Für die kleinen Betriebe und Selbständigen wollen wir  
54 faire Rahmenbedingungen schaffen, fairen Wettbewerb und eine gute soziale  
55 Absicherung gewährleisten. Gründungen und Unternehmensnachfolgen wollen wir  
56 erleichtern. Ziel ist es, eine Entlastung von KU zu erreichen und  
57 Skalierungsnachteile stärker zu berücksichtigen. Hierfür wollen wir eine  
58 Mittelstandsstrategie für KU – eine KU-Strategie – implementieren:

## 59 **KU-Strategie**

- 60 1. **Krisen-Schutzkonzept für KU aufsetzen**
- 61 2. **KU in politischen Prozessen angemessen beteiligen**
- 62 3. **KU von übermäßiger Bürokratie befreien**
- 63 4. **KU für regionale Nahversorgung fördern**
- 64 5. **Faire Rahmenbedingungen international / national schaffen**
- 65 6. **Liquidität erhalten / Kapitalausstattung verbessern**
- 66 7. **Soziale Absicherung gewährleisten**

- 67 1. Krisen-Schutzkonzept für KU aufsetzen

68 Von der Corona-Krise sind gerade kleine Unternehmen und Selbständige schwer  
69 getroffen. Einnahmen brachen durch die Lock-down-Maßnahmen ein, teils durch die  
70 direkten Vorgaben für Geschäftsschließungen oder auch indirekt, weil einfach die  
71 Kunden fehlten. Dennoch laufen Gewerbemietern weiter. Auch eine mögliche Stundung  
72 hilft den Betrieben nicht wirklich, sondern verschiebt das Problem nur. Während  
73 einzelne große Unternehmen immer wieder mit viel Steuergeld gerettet werden  
74 (z.B. Abwrackprämie, Rettungsgelder), setzen viele Kleinunternehmer\*innen ihr  
75 privates Vermögen und angesparte Renten ein, um Betrieb und Arbeitsplätze zu  
76 erhalten.



- **Krisen-Schutzkonzept:** In einem Konzept muss in Eckwerten festgelegt werden, unter welchen Bedingungen welches Unternehmen (Kategorie) vom Staat wieviel Unterstützung erhält, wenn durch staatliches Handeln Betriebe geschlossen werden müssen oder sie auf Grund von starken Einschränkungen nicht mehr genug Einnahmen erzielen können. Ziel ist es, dass KU genauso unterstützt werden wie Fluggesellschaften, die Autoindustrie oder große Kaufhäuser. Zudem müssen Rettungsgelder an sozial-ökologische Transformationsprozesse geknüpft werden. Solange die Arbeitslosenversicherung für die Selbständigen nicht frei zugänglich ist, muss auch eine Art Kurzarbeitergeld als fiktiver Unternehmer\*innenlohn für Selbständige gezahlt werden. Dazu brauchen wir eine klar definierte Risikoverteilung zwischen Vermieter und Mieter bei staatlichen Schließungsanordnungen oder erheblichen Beschränkungen z.B. in Form einer gesetzlichen Verpflichtung zur Aufteilung von Mietverpflichtungen zwischen Mieter und Vermieter (vgl. Schweiz [2]). Krisen-Gewinner müssen solidarisch zur Finanzierung der Krisenkosten beitragen.
- **Schnelle zweite Gründungschance schaffen:** Je länger Wirtschaftskrisen andauern, desto mehr KU und Selbständige werden ihren Betrieb aufgeben müssen. Oft sind dann alle persönlichen finanziellen Reserven aufgebraucht. Diesen Unternehmer\*innen wollen wir mit einem Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro pro Kopf unter die Arme greifen und neuen Mut zur Selbständigkeit machen. Das Gründungskapital soll im Insolvenzverfahren genutzt werden können, um dem Unternehmen wieder auf die Beine zu helfen. Voraussetzung ist, dass das Unternehmen nur durch die Krise in Schwierigkeiten geraten ist.

## 2. KU in politischen Prozessen angemessen beteiligen

Wesentliche Ursache für viele Schwierigkeiten von KUs und Selbständigen ist die mangelnde Sichtbarkeit und Relevanz in politischen Entscheidungsprozessen.

- **Runder Tisch KU / Beirat KU:** Wir wollen, dass kleine Unternehmen und Selbständige in den relevanten Entscheidungsgremien besser beteiligt werden. Hierfür wollen wir einen Runden Tisch KU und einen Beirat der Bundesregierung speziell für die Themen der kleineren Unternehmen und Selbständigen einrichten. In Mittelstandsausschüssen (bspw. Staatssekretärsausschuss Mittelstand) sollen sie gleichrangig zu großen Unternehmen vertreten sein. In Gesetzgebungsprozessen sollen auch KU verstärkt die Gelegenheit erhalten, Stellung zu beziehen.
- **Kammern neu organisieren:** Wir brauchen dringend eine Reform des Kammerwesens, denn die Kammern vertreten heutzutage vor allem finanzstarke große Betriebe. Wir wollen, dass diese Institutionen in Zukunft einen echten Mehrwert für die KUs bieten. Dazu sind intensive Gespräche über neue Konzepte notwendig. Wir wollen, dass es in den Kammern/Verbänden spezielle KU-Vertreter/Botschafter gibt. Die Repräsentation von KU in den Kammergremien wollen wir erhöhen und die Kammerpflichtmitgliedschaft überprüfen - bspw. besteht in der Schweiz gar keine HK- oder IHK-Zwangsmitgliedschaft. Auch wollen wir prüfen, ob die Organisation von Betriebshilfsdiensten ähnlich der Landwirtschaft möglich ist.
- **KU-Check:** Verordnungen und Erlasse wollen wir mit Blick auf KU auf Verhältnismäßigkeit überprüfen. Bei Bedarf müssen pragmatische Lösungen

oder Bagatellgrenzen definiert werden oder es werden entsprechende Förder- oder Unterstützungsprogramme aufgesetzt. Falls neue Anforderungen zwingend umgesetzt werden müssen, die aber für KU unverhältnismäßig hohe Ausgaben nach sich ziehen würden, muss es für sie auch entsprechende Fördermaßnahmen geben (Bspw. für ein neues Kassensystem. Eine Gegenfinanzierung könnte durch die Steuermehreinnahmen wegen Betrugswegfall erfolgen.).

### 3. KU von übermäßiger Bürokratie befreien

- **Bürokratieentlastungskonzept / Task Force Bürokratie:** Wir wollen den Bürokratieaufwand für KU deutlich reduzieren, denn es kann nicht sein, dass gut ausgebildete Fachkräfte gerade in KU ihre eigentliche Arbeit kaum nachgehen können, weil tägliche Bürokratie sie an der produktiven Arbeit hindert. Hierfür wollen wir eine Studie in Auftrag geben, die den Bürokratienschwung durchforstet. Es muss untersucht werden, für welche Vorgaben Bagatellgrenzen eingeführt werden können, für welche Vereinfachungen möglich sind, wann die Digitalisierung Erleichterung schaffen kann und für welche Anforderungen Unterstützung notwendig sind. Hierbei wollen wir die bestehenden Initiativen im Handwerk (z.B. Initiative „Wirtschaftsmacht Handwerk – Werkbank statt Schreibtisch“, „Rettet das Handwerk“) und in anderen Organisationen einbinden. Zu prüfen ist, inwieweit das Ausmaß der Regulierung noch stärker an der Unternehmensgröße orientiert werden kann, so dass insbesondere kleinere Betriebe entlastet werden können.
- **Regionale Runde Tische zum Bürokratieabbau:** Wir wollen einen runden Tisch mit Vertreter\*innen aus der Praxis initiieren, um Möglichkeiten für Bürokratieabbau mit den Praktikern vor Ort zu ermitteln. Aufzeichnungspflichten aus dem Arbeitsschutz, Brandschutz und der Lebensmittelinformationsverordnung stellen KU vor große Herausforderungen. Unnötige Vorschriften gilt es zu vermeiden.
- **Aufzeichnungspflichten minimieren:** Wir wollen uns bei Vorschriften, Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten an Betriebsgrößen angepassten Maßstäben orientieren. Hierfür bieten auch EU-Verordnungen oft Spielraum. So macht es zum Beispiel vor allem für KU einen großen Unterschied, ob bestimmte Aufzeichnungspflichten immer durchgeführt werden müssen oder nur bei Abweichungen von der Norm. Auf Supermärkte gemünzte Vorschriften, wie z.B. unterschiedliche Kennzeichnungspflichten, je nachdem, ob eine Ware verpackt wurde oder nicht, sollten bei kleinen handwerklichen Betrieben abgeschafft oder angepasst werden. Auch eine abgeschlossene, gut verständliche und praxisnahe Zusammenstellung aller einzuhaltenden Vorschriften würde KU helfen. Aufzeichnungspflichten müssen regelmäßig überprüft werden. Zukünftig könnten vermehrt über Technikeinsatz/Fotodokumentation etc. die bisherigen Verfahrensdokumentationen entfallen (z.B. nach Inkrafttreten der Kassensicherungsverordnung). Wir wollen, dass bei Betriebsprüfungen verstärkt ein Fokus auf Sauberkeit und Hygiene anstatt auf die Einhaltung von Dokumentationspflichten gelegt wird.
- **Meldewesen vereinfachen:** Statt vieler einzelner Gänge, z.B. bei der Personalanstellung, wollen wir die Möglichkeit einführen, dass Nachweise

173 und Unterlagen, über welche die Behörden bereits verfügen, nicht erneut  
 174 verlangt werden können. Dafür soll eine freiwillige Möglichkeit der  
 175 automatischen Weitergabe von Daten zur Vermeidung von Doppelmeldungen  
 176 angeboten werden. Zudem wollen wir Statistikmeldepflichten terminlich an  
 177 andere Meldepflichten anpassen.

- 178 • **Bundesweit einheitliche Bauvorschriften:** Wir wollen den Dschungel an  
 179 Bauvorschriften lichten, der insbesondere KU häufig überfordert. Dafür  
 180 braucht es einen gemeinsamen Einsatz der Bundesregierung und der Länder  
 181 für bundesweit einheitliche Bauvorschriften, damit z. B. bei Brandschutz  
 182 und der Höhe von Treppengeländern überall die gleichen Vorschriften  
 183 gelten.
- 184 • **Servicestellen Bürokratie:** Wir fordern mehr Unterstützung für KU  
 185 insbesondere für Fragen der Förderung, Finanzierung und bei bürokratischen  
 186 Vorgängen. Über One-Stop-Shops / Dienstleistungszentren mit einer  
 187 Servicestelle Bürokratie wollen wir für alle kleinen Unternehmen und nicht  
 188 nur für Gründer eine Unterstützung sicherstellen sowie einen  
 189 Ansprechpartner für den Kontakt zur Verwaltung anbieten.

#### 190 4. KU für regionale Nahversorgung erhalten

- 191 • **Nahversorgungs-KU fördern:** Seit Jahrzehnten ist der  
 192 Lebensmitteleinzelhandel von einem Strukturwandel hin zu weniger und  
 193 größeren Geschäften gekennzeichnet. Gerade in kleineren Orten bestehen  
 194 daher Probleme, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in  
 195 fußläufiger Entfernung, das heißt die Nahversorgung, sicherzustellen. Wir  
 196 Grüne wollen ein Nahversorgungsförderprogramm für kleine  
 197 Nahversorgungsunternehmen auflegen, mit dem die Ansiedlung, die  
 198 Entwicklung und die Erhaltung von Kleinstunternehmen  
 199 (Lebensmitteleinzelhandel mit Grundsortiment / Bäcker / Fleischer)  
 200 gefördert werden kann. Dazu wollen wir die Einführung einer  
 201 Nahversorgungsprämie wie in Tirol [3] prüfen. Wir wollen Neuansiedlungen  
 202 von KU der Grundversorgung in Dörfern und Mittelzentren über bspw.  
 203 multifunktionale auch genossenschaftliche „Dorfladenprogramme“ fördern und  
 204 dabei über erfolgreiche Modelle (z.B. Markttreffs in Schleswig-Holstein)  
 205 Kriterien für Folgeförderungen definieren. Auch ist zu prüfen, ob nicht  
 206 auch Bäckereien über weitere Funktionen der Nahversorgung (letzte Meile  
 207 Station, Post, Bank, o.ä.) wieder angesiedelt werden können. Dazu wollen  
 208 wir auch steuerliche Anreize prüfen, z.B. für eine Kategorie: Tante Emma  
 209 Läden/Dorfläden (bspw. bis qm Ladenfläche, etc.) oder für mobile  
 210 Nahversorgung. Dazu fordern wir einen rechtlichen Schutz von Begriffen wie  
 211 „Bäckerei“ und eine Art Handwerkssiegel. Wir wollen einen  
 212 ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, damit der Wildwuchs von  
 213 Lebensmitteleinzel-/Handelsunternehmen auf der grünen Wiese gestoppt wird.
- 214 • **Digitale Transformation im stationären Handel sinnvoll unterstützen:**  
 215 Gerade der inhabergeführte Einzelhandel wurde von der Corona-Krise mit am  
 216 stärksten getroffen. Ein Sterben vieler kleiner Geschäfte deutet sich an,  
 217 dabei sind sie für lebendige Innenstädte existenziell, denn sie leisten  
 218 durch ihre individuelle Kundenbindung einen Beitrag zum guten Leben in der  
 219 Stadt. Digitalisierungsförderprogramme sind daher ein wichtiger Baustein.  
 220 Dabei wollen wir „Hilfe zur Selbsthilfe“ fördern und auch die

221 Verantwortung für die notwendige digitale Infrastruktur übernehmen.  
222 Marktregeln werden wir so setzen, dass es für digitale und analoge  
223 Geschäftsmodelle Chancengleichheit gibt. Wo es gute Erfahrungen mit neuen  
224 Geschäftsmodellen gibt, können andere davon profitieren. So wollen wir  
225 Grüne den inhabergeführten stationären Einzelhandel unterstützen.

226 • **Programm regionale Wertschöpfung:** Zur Stärkung der kleineren regional  
227 agierenden Unternehmen wollen wir ein Programm „regionale Wertschöpfung“  
228 aufsetzen. Neben sofort wirksamen Direktvermarktungs-Förderprogrammen  
229 müssen regionale Versorgungsstrategien entwickelt werden, die regionale  
230 Wertschöpfungsketten und Versorgungssysteme (regionale  
231 Verarbeitungsstrukturen wie Mühlen, Molkereien, Küchen für die  
232 Gemeinschaftsverpflegung aber auch mobile Schlachtungen, mobile Käsereien,  
233 etc.) wieder in Funktion setzen. Eine gesunde regionale  
234 Ernährungsstrategie insbesondere für Gemeinschaftskantinen (Schulen,  
235 Kitas, etc.) ist dazu der erste Schritt. Zentral dabei ist der Aufbau  
236 einer Organisationstruktur (Wertschöpfungszentren bspw. auf Bezirksebene;  
237 Servicestellen Regionalität auf kommunaler Ebene). Regionalsiegel mit  
238 Nachhaltigkeitskriterien und regionale Vermarktungskonzepte wie bspw.  
239 Marktschwärmer wollen wir fördern. Dazu brauchen wir eine landesweite und  
240 app-basierte Regio-Plattform. Auf EU-Ebene wollen wir uns für Regeln  
241 einsetzen, die regionale Wertschöpfungsketten unterstützen. Lokale  
242 Handwerker geraten heute unter Druck, da Kommunen gezwungen werden,  
243 Handwerksleistungen ab einer bestimmten Auftragssumme EU-weit  
244 auszuschreiben. Deshalb sollten Kommunen dazu angehalten werden, kleinere  
245 Lose auszuschreiben. Vergabe von Aufträgen muss an  
246 Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden.

247 • **Bestehende Förderinstrumente ausbauen:** Eine übersichtliche, zugängliche  
248 und effektive Förderlandschaft ist notwendig, um regionale  
249 Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Hierfür sollten die bestehenden  
250 Fördermöglichkeiten innerhalb der GRW (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung  
251 der regionalen Wirtschaftsstruktur") und der GAK (Gemeinschaftsaufgabe  
252 Agrarstruktur und Küstenschutz) in einem Bundesprogramm „Regionale  
253 Wertschöpfung“ gebündelt und erweitert werden. Um gerade kleinen und  
254 Kleinstunternehmen den Zugang zu erleichtern, müssen Unterstützungs- und  
255 Beratungsstrukturen ausgebaut und durch Förderscouts ergänzt werden.

256 • **Handwerk / berufliche Bildung aufwerten:** Das Handwerk ist überwiegend in  
257 Kleinst- und Kleinbetrieben organisiert. Doch handwerkliche Kompetenzen  
258 und Fähigkeiten gehen zunehmend verloren, die nur schwer wieder aufgebaut  
259 werden können. Dabei macht uns die Klimakrise deutlich, dass nicht Masse  
260 und Billig sondern Klasse, Nachhaltigkeit und Reparierbarkeit die  
261 wichtigsten Produkteigenschaften für die Zukunft sind. Hier wird das  
262 Handwerk für unsere regionalen Kreisläufe wieder an Bedeutung gewinnen.  
263 Doch dem Handwerk fehlen zunehmend Auszubildende, auch weil eine  
264 universitäre Ausbildung in der Gesellschaft eine höhere Anerkennung  
265 erfährt. Deshalb wollen wir mehr Themen von Handwerk, Ausbildungsberufen  
266 und Unternehmertum in die Bildungsarbeit der Schulen insbesondere der  
267 Gymnasien integrieren. Durch Gleichstellung von betrieblicher und  
268 akademischer Bildung sowie durch Angleichung der Rahmenbedingungen für  
269 Azubis und Studenten (z.B. Sozialabgaben für Azubis angleichen zu  
270 studentischen Praktika, Azubi-Bafög, Azubi-Ticket, Azubi-Wohnungen,

Erasmus für Azubis, etc.) wollen wir Ausbildung attraktiver machen. Das duale Berufsausbildungssystem ist ein deutsches Erfolgsmodell mit internationaler Anerkennung. Wir wollen dieses Ausbildungssystem deutlich stärken. Kern ist hier die parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule. Beim "Lernen im Arbeitsprozess" spielen die Praktiker aus den Unternehmen die Hauptrolle und übernehmen damit eine große soziale und gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Ausbildungsleistung des Betriebes durch eine Art staatliche Ausbildervergütung entsprechend dem gesellschaftlichen Wert dargestellt wird. Möglich wäre das bspw. über einen staatlichen Ausbildungsfond, in den alle Unternehmen einzahlen. Denn heute werden gut ausgebildete Fachkräfte von der Industrie häufig abgeworben und profitieren so von der quasi „kostenlosen“ Ausbildungsleistung des Betriebs. Die Selbstverwaltung der betrieblichen Ausbildung ist wesentlich für die Qualität und wird garantiert. Die Finanzierung überbetrieblicher Lehrgänge für Auszubildende sollte staatlich gesichert sein. Wir wollen die Meisterausbildung dem Bachelor gleichstellen und fordern, dass sie zukünftig analog nahezu kostenlos ist. Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden, setzen wir auf eine stärkere Tarifbindung und branchenspezifische Mindestvergütungen. Die Handwerksbetriebe wollen wir bei der Gewinnung und Ausbildung von Auszubildenden stärker unterstützen.

- **Unternehmensgründung und -nachfolge erleichtern:** Die Unternehmensnachfolge ist neben der Digitalisierung und der Fachkräftesicherung derzeit wohl die größte Herausforderung für KU. Viele Förderprogramme sind auf Gründungen aber nicht auf Übernahmen ausgelegt. Hier braucht es neue Programme oder eine breitere Auslegung der bestehenden Förderkriterien. Wir Grüne wollen für die Unternehmensübernahmen spezielle Förderprogramme entwickeln, die potenzielle Nachfolger\*innen ähnlich wie Gründer\*innen bei der Unternehmensübernahme unterstützen. Neugründungen wollen wir erleichtern, denn die Hürden sind mittlerweile so hoch, dass junge Menschen immer mehr die zeitlichen und finanziellen Belastungen und Risiken scheuen. Bei den flächendeckenden Anlaufstellen („One-Stop-Shops“) für Gründungsberatung und -förderung soll auch immer die Nachfolge durch Förderscouts kompetent beraten sowie die Vernetzung zwischen Nachfolgesuchenden und Nachfolgewilligen gefördert werden.

## 5. Faire Rahmenbedingungen international/national schaffen

- **Faire Handelsabkommen:** Wir wollen faire Handelsabkommen mit durchsetzbaren Schutzstandards für die Umwelt, Klima und Arbeitnehmer\*innen. KU sollten nicht durch unfairen Handel im Wettbewerb verdrängt werden. Wir fordern deshalb eine standardmäßige Risikofolgenabschätzung für den Mittelstand insbesondere KU. Wir setzen uns für die Einführung eines deutschen und perspektivisch eines europäischen Lieferkettengesetzes ein. Dabei müssen praktikable Ausnahmen für KU geschaffen werden.
- **Faire Rahmenbedingungen für die ökologische Transformation:** Wir brauchen eine tiefgreifende ökologische Transformation, mit fairen Rahmenbedingungen, die KU nicht überproportional belasten. Anstatt die Kosten der Energiewende fair zu verteilen, verteuert die Bundesregierung seit Jahren, mit Ausnahmen für große, energieintensive Unternehmen, die EEG-Umlage für die kleinen Unternehmen. Wir hingegen wollen, dass

320 nachweislich nur Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen,  
321 Vergünstigungen erhalten. Gleichzeitig planen wir die Absenkung der  
322 Stromsteuer im Rahmen einer fairen CO2-Bepreisung. Dies würde vor allem KU  
323 helfen, die bisher nicht von Stromsteuer-Gutschriften profitieren. [4] Wer  
324 sich für die Energiewende engagiert und eigenen Strom erneuerbar erzeugt –  
325 zum Beispiel über die Photovoltaikanlage auf dem Dach –, soll dafür keine  
326 EEG-Umlage mehr zahlen müssen. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung  
327 wollen wir mit Fördermaßnahmen für energieeffiziente Anlagen unterstützen.

- 328 • **Faire Bedingungen bei der digitalen Transformation:** Die Digitalisierung  
329 kann eine Chance für KU sein und Arbeitserleichterung sowie mehr Einkommen  
330 schaffen. Doch nach Studien zählen zu den Digitalisierungsgewinnern vor  
331 allem Großunternehmen [5]. Wir wollen die kleineren Betriebe darin  
332 unterstützen, sich mit innovativen digitalen / semidigitalen  
333 Geschäftsmodellen eine Zukunft zu sichern. Wir wollen einen Rechtsrahmen  
334 für digitale Plattformen schaffen, der einen fairen Zugang für alle  
335 gewährleistet. Dafür muss die Marktmacht von Unternehmen wie Amazon,  
336 Google und Co durch wirksame Regeln klar begrenzt werden. So dürfen  
337 beispielsweise die Angebote kleiner Händler von Amazon nicht länger  
338 gegenüber den eigenen Angeboten benachteiligt werden. Damit Geräte  
339 verschiedener Anbieter miteinander funktionieren, setzen wir uns in allen  
340 Sektoren für offene Standards ein. So können die Wechselkosten für KU  
341 zwischen verschiedenen Anbietern gesenkt und neues Innovationspotential  
342 geschaffen werden.
- 343 • **Faire Bedingungen im Bereich Kontrollen, Gebühren:** Wir Grüne setzen uns  
344 ein für faire Gebühren für kleine Betriebe. Das Prinzip der Kostendeckung  
345 wollen wir aufheben und eine soziale Abfederung ermöglichen. Bei den  
346 Schlachtgebühren bspw. zahlen kleine Betriebe mit wenig Schlachtungen  
347 i.d.R. erheblich mehr je Tier als Große. Konkret fordern wir hier  
348 mindestens einheitliche Schlachtgebühren für alle Betriebe. Genauso  
349 fordern wir eine Reform bei den Kontrollgebühren in der Lebens- und die  
350 Futtermittelwirtschaft gestaffelt nach Betriebsgröße und nicht nach Dauer  
351 der Kontrolle. Kontrollgebühren sollten (z.B. analog Fahrzeugkontrollen)  
352 nur bei Verstößen und nicht vollumfänglich pauschal fällig werden. Dazu  
353 sollten sämtliche Kontrollen mehr Beratungsfunktion als eine bloße  
354 Überwachungsfunktion übernehmen. Kontrollintervalle sollten  
355 risikoorientiert angepasst werden. Problembetriebe könnten so häufiger  
356 kontrolliert werden. Denn es ergibt wenig Sinn, einen unauffälligen  
357 Betrieb, der vorbildliche Eigenkontrollen und Qualitätsmechanismen  
358 besitzt, ständig wiederkehrend in kurzen Intervallen zu kontrollieren.  
359 Eine einheitliche Auslegung von Richtlinien in Kreisen und Ländern ist zu  
360 gewährleisten.
- 361 • **Faire Bedingungen für Kleingewerbemieten:** Kleingewerbemieten müssen vor  
362 explosionsartigen Mietenanstieg und der Verdrängung aus den Innenstädten  
363 geschützt werden. Nach aktueller Rechtslage wird angenommen, dass  
364 Gewerbemieten, anders als Mieten von Wohnraum, als Marktteilnehmer mit dem  
365 Vermieter „auf Augenhöhe“ agieren und verhandeln können. Diese Annahme ist  
366 jedenfalls in angespannten Gewerbemietmärkten, etwa in gentrifizierten  
367 Stadtgebieten, nicht mehr zeitgemäß. Um dies zu ändern, wollen wir die  
368 Landesregierungen ermächtigen, „Gebiete mit angespannten  
369 Gewerbemietmärkten“ nach festgelegten Kriterien zu bestimmen. Für diese

370 Gebiete erhalten Kleingewerbemietler Sonderrechte: Kündigungsschutz,  
371 Verlängerungsansprüche, Mietpreisbremse. Daneben wollen wir Instrumente  
372 schaffen, die dazu beitragen, die ortsübliche Vergleichsmiete auch mit  
373 Blick auf Gewerbemietereinheiten bestimmen zu können. Den Neubau wollen wir  
374 von der Anwendbarkeit der „Mietpreisbremse“ auch im Gewerbebereich  
375 ausnehmen, sodass Investitionen in Neubau insoweit nicht behindert werden.

- 376 • **Faire Bedingungen im Rechtstreit:** Wir wollen, dass sich die Aufteilung der  
377 Kosten des Verfahrens stärker an der Leistungsfähigkeit der Streitparteien  
378 orientiert. Es darf nicht möglich sein, kleine Unternehmen durch die  
379 Forderung unangemessen hoher Streitwerte oder immerwährenden  
380 Verlängerungen des Verfahrens "auszuhungern".
  
- 381 • **Ein faires Steuer- und Abgabensystem:** Gemäß unseres Grundsatzprogrammes  
382 muss ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, neue  
383 Aktivitäten und Investitionen begünstigen sowie Vermögen und leistungslose  
384 Einkommen gleichermaßen besteuern. Darüber hinaus soll die Besteuerung  
385 progressiver werden. Unser heutiges Steuer- und Abgabensystem  
386 benachteiligt KUs in unfairer Weise. Die Basis beruht zum Großteil auf dem  
387 für KUs entscheidendem Faktor Arbeit, während "arbeitsfreie" Einkommen,  
388 insbesondere Kapitaleinkommen, privilegiert werden. Darüber hinaus können  
389 multinationale Konzerne ihre Gewinne steueroptimiert international  
390 verlagern, jedoch müssen kleine Unternehmen ihren Steuerbeitrag vor Ort  
391 entrichten. So zeigen Studien, dass Großkonzerne in Deutschland durch  
392 Steuervermeidungsmodelle effektiv nur 20% statt der üblichen ca. 30% in  
393 Deutschland versteuern. Außerdem ist unser Steuersystem außerordentlich  
394 komplex und während sich Konzerne Steuerexperten zur Optimierung leisten  
395 können, haben KUs hier einen erheblichen Skalierungsnachteil. Wir Grüne  
396 setzen uns für eine nationale und globale Steuergerechtigkeit ein und  
397 fordern, dass Digitalkonzerne entsprechend ihres Umsatzes im Land ihre  
398 Steuern abführen müssen. Um dem Unterbietungswettbewerb einzelner Staaten  
399 Einhalt zu gebieten, setzen wir uns für einen europäischen  
400 Mindeststeuersatz ein. Steuerschlupflöcher müssen schnellstmöglich  
401 geschlossen werden. Auch das Thema der Umsatzsteuergerechtigkeit im  
402 Online-Handel muss endlich angegangen werden. Wir brauchen dringend eine  
403 grundlegendere Reform im Steuer- und Abgabensystem in Deutschland,  
404 konsequent progressiv und mit einer deutlichen Verlagerung der Steuern und  
405 Abgaben vom Faktor Arbeit auf "arbeitsfreie" Einkommen (z.B. Kapital und  
406 Ressourcen).
  
- 407 • **Vereinheitlichung und Vereinfachung von Regeln und Begriffen:** Wir fordern  
408 die Schaffung einheitlicher vereinfachter Bilanzierungsregeln unter  
409 Beachtung des Konzepts der Wesentlichkeit analog zu den „IFRS for SME“  
410 sowie eine Absenkung des Mindestgebührensatzes der Bilanz in der StBGebV  
411 auf das Niveau des Satzes für die EÜR (Einnahme-Überschuss-Rechnung) um  
412 den zeitlichen und monetären Aufwand für kleine Bilanzen auf den Aufwand  
413 einer EÜR zu begrenzen. Durch die Schaffung einer Option hinsichtlich der  
414 Anwendung eines einheitlichen vereinfachten Bilanzierungsrahmens inklusive  
415 Berichtspflichten können größenklassenbedingte Wechsel von der EÜR zur  
416 Bilanzierung weitgehend vermieden werden. Ebenfalls brauchen wir eine  
417 gesetzübergreifende Vereinheitlichung von Rechtsbegriffen und  
418 Grenzwerten, z. B. Berechnung der Anzahl der Beschäftigten nach  
419 Handelsrecht und Sozialversicherungsrecht, Festlegung der Größenklassen

420 von Unternehmen nach Handelsrecht und Umsatzsteuerrecht oder Grenzwerte  
421 und Regeln für Geschenke, Sachbezüge für Arbeitnehmer, Bewirtungen und  
422 Betriebsveranstaltungen. Gesetze sollen klar und verständlich formuliert  
423 sein und nicht die häufig notwendige Einschaltung eines Rechtsanwaltes  
424 oder Steuerberaters voraussetzen.

## 425 6. Liquidität erhalten / Kapitalausstattung verbessern

426 Wir Grüne wollen eine spürbare Entlastung und Verbesserung der Liquidität von  
427 kleinen Betrieben und Selbständigen erreichen. Dazu wollen wir steuerliche  
428 Regelungen und Verwaltungsprozesse so ausgestalten, dass sie einfacher befolgt  
429 werden können. Wir wollen wirksame Unterstützungsmaßnahmen aufsetzen, um  
430 Kapitalaufzehrungen und Umsatzverluste aus Corona-Zeiten in den Betrieben jetzt  
431 auffangen zu können und einen guten Neustart zu ermöglichen.

- 432 • **Erhöhung Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer:** Wir wollen kleine und  
433 mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags bis auf die  
434 Pfändungsfreigrenze entlasten sowie eine Verlängerung der Progression zur  
435 Gegenfinanzierung.
- 436 • **Erhöhung der Ist-Versteigerungsgrenze (Umsatzsteuer):** Wir wollen eine  
437 Vervierfachung der Ist-Versteigerungsgrenze auf 2 Mio. Euro umsetzen, so  
438 dass Unternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Jahresumsatz die Umsatzsteuer  
439 erst entrichten müssen, wenn ihr Kunde bezahlt hat. Wir wollen eine  
440 Überprüfung des Konzeptes der Sollversteuerung insb. im Hinblick auf  
441 übermäßige Liquiditätsbelastungen beim Wechsel von der Ist- zur  
442 Sollversteuerung.
- 443 • **Abschreibungen erleichtern:** Wir wollen die Abschreibungsgrenze für  
444 geringwertige Wirtschaftsgüter auf mindestens 1.000 Euro erhöhen und uns  
445 für eine Sofortabschreibung für die Ausstattung von Büroarbeitsplätzen  
446 sowie andere kurzlebige Wirtschaftsgüter auch nach der Corona-Krise  
447 einsetzen.
- 448 • **Betriebskostenpauschale:** Bei Selbständigen von KU sind Betriebskosten oft  
449 zu großen Teilen identisch mit ihren Lebenskosten, da sie ihren Beruf  
450 „leben“. Dies gilt vor allem für Selbständige, die von zuhause arbeiten.  
451 Eine Trennung von privaten und beruflich veranlassten Ausgaben ist oft  
452 schwierig, was zu Problemen bei der steuerlichen Abgrenzung und zu einem  
453 hohen Bürokratieaufwand führt. Wir plädieren daher für die Einführung  
454 eines angemessenen Pauschbetrages für Selbständige für Betriebskosten  
455 analog zur Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer. Doppelnutzen müssen  
456 vermieden werden.
- 457 • **Freibeträgen für KSt und GewSt:** Eine deutliche Entlastung der KU kann  
458 erzielt werden, indem steuerliche Freibeträge bei der Berechnung der KSt  
459 und/oder GewSt eingeführt bzw. erhöht werden. Zur Vermeidung von  
460 Gestaltungsmissbräuchen sind entsprechende Regelungen aufzunehmen, die  
461 eine lediglich steuergetriebene Betriebsaufspaltung verhindern. Die Regeln  
462 zur Organshaft sollen hier Anwendung finden.
- 463 • **Ansparabschreibungen nach Unternehmensgrößen:** Wir wollen die Regelungen  
464 des § 7g EStG gestaffelt nach Unternehmensgrößen anpassen. Demnach würde  
465 man kleinen Unternehmen mit einem Gewinn von bis zu 60.000 Euro einen 75 -



466 100 %igen Investitionsabzug ermöglichen, mit dem diese Unternehmen die  
 467 zukünftigen Anschaffungskosten bereits vor der eigentlichen Investition  
 468 gelten machen und die daraus freigewordene Liquidität zur Finanzierung der  
 469 Anschaffungen nutzen könnten.

- 470 • **Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge:** Wir wollen  
 471 die besonders stark von der Corona-Krise getroffenen kleinen Unternehmen  
 472 jetzt unterstützen, indem die Sozialbeiträge erst im Folgemonat und nicht  
 473 schon im laufenden Monat abgeführt werden müssen. So bekämen die KUs  
 474 gerade dann nochmal eine Liquiditätshilfe, wenn andere Rettungsmaßnahmen  
 475 auslaufen. Seit 2005 müssen Unternehmen ihre Sozialabgaben für die  
 476 Mitarbeiter nicht mehr im Folgemonat, sondern im laufenden Monat zahlen.  
 477 Dies war als vorübergehende Liquiditätshilfe für die Sozialkassen zulasten  
 478 der Unternehmen gedacht. Die Maßnahme wurde nie zurückgenommen, belastet  
 479 die Liquidität der KU aber sehr. Darüber hinaus reduzieren wir den  
 480 organisatorischen Aufwand bei vielen Unternehmen, da für Mitarbeiter, die  
 481 kein festes Entgelt, sondern Überstunden, Zuschläge etc. ausgezahlt  
 482 bekommen, ein doppelter Aufwand vermieden wird. Aktuell müssen Unternehmer  
 483 zunächst die Sozialversicherungsbeiträge schätzen um dann im folgenden  
 484 Monat die Fehler der Schätzung zu korrigieren und mit der Schätzung des  
 485 aktuellen Monats zu verrechnen.
- 486 • **Gründungs-/Nachfolgedarlehen:** Zu oft scheitern Gründung und Übernahme  
 487 bestehender kleinerer Betriebe an fehlendem Eigenkapital. Wir Grüne wollen  
 488 Gründungen und Übernahmen erleichtern und fordern, dass der Bund / Land  
 489 einen wesentlichen Teil der nicht durch Sicherheiten abgedeckten  
 490 Kreditsumme verbürgt (Haftungsfreistellung). Ein entsprechendes  
 491 Wirtschaftlichkeitskonzept ist durch die lokale Hausbank zu prüfen. Um  
 492 Missbrauch vorzubeugen, dürfen Personen diese Kredite nur einmal  
 493 beantragen.
- 494 • Wir wollen alle Kosten für Forschung und Entwicklung in KMU mit einem  
 495 mindestens 15%igen steuerlichen **Forschungsbonus** unbürokratisch zu fördern;
- 496 • **Zur Verbesserung der Kapitalausstattung von KUs wollen wir die**  
 497 **Gewinnthesaurierungsoptionen weiterentwickeln:** Wir wollen das Eigenkapital  
 498 von Unternehmen allgemein und insbesondere für KU stärken. Eine gute  
 499 Eigenkapitalbasis macht Unternehmen krisenfester und ist eine wichtige  
 500 Basis zur Stärkung von Innovationen und Investitionen. Die  
 501 Thesaurierungsmöglichkeiten für Einzelunternehmen und  
 502 Personengesellschaften, d.h. die Steuerbegünstigung für nicht entnommene  
 503 Gewinne, wird aktuell von kleinen und mittleren Unternehmen kaum genutzt.  
 504 Dies liegt vor allem an der sogenannten Verwendungsreihenfolge „last in,  
 505 first out“, das heißt bereits vollversteuerte Gewinne können erst  
 506 entnommen werden, wenn alle thesaurierten Gewinne, die noch nachversteuert  
 507 werden müssen, aufgebraucht sind. Der Anreiz die  
 508 Thesaurierungsbegünstigung zu nutzen ist durch diesen „lock-in“ Effekt  
 509 jedoch gering. Wir wollen deshalb für KUs die Verwendungsreihenfolge mit  
 510 einer Begrenzung auf 100.000 Euro pro Jahr aussetzen. Dabei müssen  
 511 Regelungen vorgesehen werden, die eine missbräuchliche Nutzung dieser  
 512 Regelung verhindern und eine Mindestnachversteuerung gewährleisten. So  
 513 könnte bspw. die Pflicht zur unmittelbaren Nachversteuerung thesaurierter  
 514 Gewinne nach Paragraph 34a Absatz 4 EStG auf die Höhe der thesaurierten

515 Gewinne zuzüglich einer angemessenen Steuerrückstellung beschränkt werden.  
516 So dass die Entnahmemöglichkeit für bereits vollversteuerte Gewinne nur um  
517 die Steuerrückstellung für die thesaurierten Gewinne gemindert ist. Mit  
518 diesen Maßnahmen machen wir das Instrument der Gewinnthesaurierung für KUs  
519 nutzbar und fördern damit Innovationen und Investitionen für kleinere  
520 Unternehmen.

## 521 7. Soziale Absicherung gewährleisten

522 Vergleicht man die Steuer- und Abgabenanteile der drei Produktionsfaktoren  
523 Arbeit, Kapital und Umwelt wird deutlich, dass der Anteil der Steuern und  
524 Abgaben auf den Faktor Arbeit in den letzten Jahrzehnten am stärksten gestiegen  
525 ist. Der Anteil von Steuern und Abgaben auf Einkünfte aus Kapital lag 2017 bei  
526 13,2 %, demgegenüber lag der Anteil auf Einkünfte aus Arbeit bei 63,3%. [6]

527 Aktuell liegen die gesetzlichen Sozialabgaben bei rund 39 Prozent. Die hohen  
528 Sozialausgaben stellen eine große finanzielle Last für Selbständige mit geringem  
529 Einkommen sowie für kleine personalintensive Unternehmen dar. Viele  
530 Selbständige/Solo-Selbständige treffen keine oder eine nur unzureichende  
531 Altersvorsorge. Die Gefahr der Altersarmut ist sehr groß. Frauen sind davon  
532 überproportional betroffen. Und je größer der Anteil Arbeit an der Wertschöpfung  
533 im Unternehmen ist, desto höher sind prozentual die Kosten zur SV  
534 (Sozialversicherung) an den Stückkosten. Dies ist ein erheblicher  
535 Wettbewerbsnachteil im Vergleich zur kapitalintensiv produzierenden Industrie.

536 **Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung:** Wir Grüne wollen die soziale  
537 Absicherung über die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in der  
538 Kranken- und der Rentenversicherung für alle Selbständige gewährleisten. Indem  
539 alle Bevölkerungsgruppen über alle Einkunftsarten in die Finanzierung einbezogen  
540 werden, können wir die Belastungen fair und für alle tragfähig ausgestalten.  
541 Weil wir den Faktor Kapital in die solidarische Finanzierung mit einbeziehen,  
542 kann der Faktor Arbeit entlastet werden. Davon würden vor allem Selbständige mit  
543 geringem Einkommen und kleinere personalintensive Unternehmen profitieren.  
544 Ebenso würden die geringer verdienenden Mitarbeitenden entlastet. Die  
545 Mindestbeitragsbemessungsgrenze für Selbständige wollen wir weiter absenken,  
546 damit kleinere Einkommen nicht überproportional belastet werden.

547 **Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung:** Die Arbeitslosenversicherung  
548 (AV) soll allen Selbständigen offenstehen sowie bezahlbar und flexibel  
549 ausgestaltet werden. Heute können sich Selbständige in der AV nur freiwillig  
550 versichern, wenn sie innerhalb der letzten 24 Monate 12 Monate pflichtversichert  
551 waren. Im ersten Schritt fordern wir eine Arbeitslosenversicherung für  
552 Selbständige unabhängig davon, ob sie vorher pflichtversichert waren oder nicht.  
553 Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Künftig  
554 sollte es Selbständigen deshalb möglich sein, Beiträge anhand der halben  
555 Bezugsgröße zu zahlen. Im Falle der Arbeitslosigkeit haben sie Anspruch auf  
556 Arbeitslosengeld entsprechend ihrer gezahlten Beiträge. Entscheiden sie sich,  
557 die vollen Beiträge zu zahlen, haben sie Anspruch auf ein entsprechend höheres  
558 Arbeitslosengeld. Dabei sollen die besonderen Bedingungen des jeweiligen  
559 Berufsbildes und der gestaffelten Beiträge Auswirkungen sowohl auf den Anspruch  
560 wie auch auf die Auszahlung der Ersatzleistungen haben. Ebenso bringt ein Zugang  
561 zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung insbesondere für Solo-Selbständige  
562 eine höhere soziale Gleichheit. Langfristig sollte auch die

563 Arbeitslosenversicherung in das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung  
564 integriert werden.

565 Perspektivisch müssen im Rahmen einer steuerlichen Umschichtung die Faktoren  
566 Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Umweltbelastungen stärker in die  
567 Finanzierung der gesamten Sozialversicherung einbezogen werden.

568 [1] IfM, Bonn: <https://www.ifm-bonn.org/statistiken/unternehmensbestand/kmu->  
569 [insgesamt/deutschland](https://www.ifm-bonn.org/statistiken/unternehmensbestand/kmu-)

570 [2]<https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/mietrecht/coronavirus.html#471806746>

571 [3][https://www.tirol.gv.at/arbeits-](https://www.tirol.gv.at/arbeitswirtschaft/wirtschaftsfoerderung/wirtschaftsfoerderungsprogramm/nahversorgung/)  
572 [wirtschaft/wirtschaftsfoerderung/wirtschaftsfoerderungsprogramm/nahversorgung/](https://www.tirol.gv.at/arbeitswirtschaft/wirtschaftsfoerderung/wirtschaftsfoerderungsprogramm/nahversorgung/)

573 [4][https://www.gruene-](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/laendliche_raeume/pdf/-)  
574 [bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\\_de/themen\\_az/laendliche\\_raeume/pdf/-](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/laendliche_raeume/pdf/-)  
575 [autorenpapier-lebensmittelhandwerk.pdf](https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/laendliche_raeume/pdf/-)

576 [5]<https://www.netzoeconom.de/2018/05/08/grossunternehmen-profitieren-am->  
577 [staerksten-von-digitalisierung/](https://www.netzoeconom.de/2018/05/08/grossunternehmen-profitieren-am-)

578 [6]<https://foes.de/pdf/2017-06-Hintergrundpapier-Steuerstruktur.pdf>

# Beschluss

Faire Bedingungen für kleine Unternehmen und Selbständige

Gremium: Landesdeligiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.08.2021  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

## Antragstext

### 1 Faire Bedingungen für kleine Unternehmen und Selbständige

#### 2 Ausgangssituation

3 Im „Kleinen“ – im Handwerk, Handel, Dienstleistungsbereich oder in der  
4 Landwirtschaft – liegt eine große Stärke der Wirtschaft in Deutschland. Rund 97%  
5 aller Unternehmen waren 2018 Kleinunter-nehmen (KU < 50 Beschäftigte und/oder <  
6 EUR 10 Mio. Umsatz), rund 88% sogar Kleinstunternehmen (<10 Beschäftigte  
7 und/oder < EUR 2 Mio. Umsatz). 97% aller Unternehmen in Deutschland sind kleiner  
8 Unternehmen (KU) und beschäftigen ca. 31% aller sozialversicherungspflichtigen  
9 Beschäftigten. Hier entsteht Innovation, Wettbewerb und Wandel. Das sichert uns  
10 Vielfalt, Flexibilität, Unabhängigkeit, Machtverteilung und demokratische  
11 Prozesse. Die Krisenfestigkeit der KU hat sich auch während der Finanzkrise in  
12 2009 bewährt.

13 Doch kleine Unternehmen und Selbständige haben es in Deutschland oft schwer,  
14 denn die Rahmenbedingungen sind nicht immer fair. Eine große Rolle spielt dabei,  
15 dass ihre Interessen in politischen Entscheidungsprozessen häufig nicht  
16 ausreichend berücksichtigt werden. Zu oft vertreten die Kammern eher die  
17 Interessen von größeren Unternehmen und in Mittelstandsstrategien werden KU in  
18 einen „Topf“ mit Unternehmen bis 499 Beschäftigten und 50 Mio. Umsatz geworfen  
19 (KMU-Definition des IfM Bonn seit 01.01.2016). Dabei ist klar, dass die  
20 Strategien, die für ein großes mittelständisches Unternehmen passgenau sind,  
21 noch lange nicht für eine kleine Handwerks-Bäckerei oder eine\*n  
22 Kioskbetreiber\*in angemessen sind. Erschwerend kommt hinzu, dass im Zuge der  
23 Corona-Pandemie viele Kleinstunternehmen nun in ihrer Existenz bedroht sind.

24 Die Corona-Krise zeigt uns wie durch ein Brennglas die Probleme der  
25 Kleinbetriebe und Selbständigen auf, die alle vorher schon existierten, von der  
26 Politik aber nicht gesehen und angepackt wurden: Wenig soziale Absicherung für  
27 die Unternehmer\*innen, die Liquidität auf Kante genäht, eine überbordende  
28 Bürokratie, wenig Zugang zu Kapital, das Schwinden von privaten Rücklagen, die  
29 ins Unternehmen investiert wurden sowie eine übermächtige Konkurrenz durch die  
30 großen Konzerne bspw. im Online-Handel, die von der Corona-Krise sogar massiv  
31 profitieren konnten. Denn während manch großes Unternehmen wie Starbucks, IKEA  
32 oder Amazon das Steueraufkommen kreativ gestalten können, tragen kleine  
33 Unternehmen vor Ort die volle Steuerverantwortung. Dazu kommt ein hoher Mangel  
34 an Fachkräften und Nachfolger\*innen.

35  
36 Auch bei den Corona-Hilfsgeldern wurden Kleinunternehmen und Selbständige  
37 abgehängt. Während sie verzweifelt versucht haben, dringend benötigte

38 Unterstützung anzufordern und lange Wartezeiten überbrücken mussten, haben  
39 größere Unternehmen, die durchaus eine gute Auftragslage zu verzeichnen hatten,  
40 mittels einzelner Kurzarbeitstage Hilfgelder für sich beansprucht. Natürlich  
41 sehen sich große Unternehmen in solch einer Ausnahmesituation auch ungewissen  
42 Zeiten gegenüber, dennoch wird eine Regelung von der Rückzahlung dieser  
43 Hilfgelder benötigt, um zu vermeiden, dass Gewinnausschüttungen aus ebendiesem  
44 Zeitraum anschließend an Unternehmer und Aktionären ausgezahlt werden, statt sie  
45 zurück in die Corona-Hilfsfonds fließen zu lassen und so wiederum  
46 Kleinunternehmen und Selbstständige zur Verfügung stehen können.

47 Die Corona-Pandemie machte uns auch noch einmal deutlich, wie wichtig eine  
48 dezentrale Wirtschaftsstruktur mit regionalen Wertschöpfungsketten für den  
49 Erhalt einer krisensicheren Nahversorgung und im Kampf gegen die Klimakrise ist  
50 (short distance economy). So stieg die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln  
51 in 2020 stark an. Doch viele Betriebe hatten wir schon vor der Corona-Pandemie  
52 verloren. Seit 1989 haben in Deutschland (ähnl. NRW) rund die Hälfte aller  
53 kleineren Nahversorgungsbetriebe (kleine Bauernhöfe, „Tante-Emma Läden“,  
54 Handwerks-Bäckereien, Fleischereien, Mühlen, Gaststätten etc.) aufgegeben. Und  
55 auch die Preissteigerungen auf vielen Immobilienmärkten gerade in den  
56 Ballungsgebieten führt vermehrt bei Gewerbemiet\*innen, etwa dem kleinen  
57 inhaber\*ingeführten Einzelhandel, dem Handwerksbetrieb und bei sozialen oder  
58 kulturellen Einrichtungen, zu Verdrängungseffekten. War das Innenstadtsterben  
59 durch Baumärkte und Lebensmitteleinzelhandelsketten am Stadtrand schon vor der  
60 Corona-Krise ein großes Thema, so droht nun in vielen Kommunen eine weitere  
61 Verödung und der Verlust wichtiger Kommunikationsorte.

## 62 **Zielsetzung**

63 Wir Grüne wollen die Vielfalt der Betriebe in der Wirtschaft sichern,  
64 demokratische Wirtschaftsstrukturen fördern, dezentrale Strukturen und regionale  
65 Wertschöpfungsketten stärken sowie lebendige Innenstädte erhalten. Für die  
66 kleinen Betriebe und Selbständigen wollen wir faire Rahmenbedingungen schaffen,  
67 fairen Wettbewerb und eine gute soziale Absicherung gewährleisten. Gründungen  
68 und Unternehmensnachfolgen wollen wir erleichtern. Ziel ist es, eine Entlastung  
69 von KU zu erreichen und Skalierungsnachteile stärker zu berücksichtigen. Hierfür  
70 wollen wir eine Mittelstandsstrategie für KU – eine KU-Strategie –  
71 implementieren:

## 72 **KU-Strategie**

- 73 1. **Krisen-Schutzkonzept für KU aufsetzen**
- 74 2. **KU in politischen Prozessen angemessen beteiligen**
- 75 3. **KU von übermäßiger Bürokratie befreien**
- 76 4. **KU für regionale Nahversorgung fördern**
- 77 5. **Faire Rahmenbedingungen international / national schaffen**
- 78 6. **Liquidität erhalten / Kapitalausstattung verbessern**
- 79 7. **Soziale Absicherung gewährleisten**

80 1. Krisen-Schutzkonzept für KU aufsetzen

81 Von der Corona-Krise sind gerade kleine Unternehmen und Selbständige schwer  
82 getroffen. Einnahmen brachen durch die Lockdown-Maßnahmen ein, teils durch die  
83 direkten Vorgaben für Geschäftsschließungen oder auch indirekt, weil einfach die  
84 Kunden fehlten. Dennoch laufen Gewerbetriebe weiter. Auch eine mögliche Stundung  
85 hilft den Betrieben nicht wirklich, sondern verschiebt das Problem nur. Während  
86 einzelne große Unternehmen immer wieder mit viel Steuergeld gerettet werden  
87 (z.B. Abwrackprämie, Rettungsgelder), setzen viele Kleinunternehmer\*innen ihr  
88 privates Vermögen und angesparte Renten ein, um Betrieb und Arbeitsplätze zu  
89 erhalten.

- 90 • **Krisen-Schutzkonzept:** In einem Konzept muss in Eckwerten festgelegt  
91 werden, unter welchen Bedingungen welches Unternehmen (Kategorie) vom  
92 Staat wieviel Unterstützung erhält, wenn durch staatliches Handeln  
93 Betriebe geschlossen werden müssen oder sie auf Grund von starken  
94 Einschränkungen nicht mehr genug Einnahmen erzielen können. Dabei ist  
95 sicherzustellen, dass Hilfgelder unbürokratisch und zeitnah fließen. Ziel  
96 ist es, dass KU stärker unterstützt werden im Vergleich zu  
97 Großunternehmen, wie die Autoindustrie oder große Kaufhäuser. Im Falle der  
98 Gewährung von Hilfgeldern ist, bis zu einer vollständigen Rückzahlung,  
99 eine Dividendensperre zu vereinbaren. Zudem müssen Rettungsgelder an  
100 sozial-ökologische Transformationsprozesse geknüpft werden. Darüber hinaus  
101 sind nicht benötigte Hilfgelder zeitnah abzurechnen und zurückzuzahlen.  
102 Solange die Arbeitslosenversicherung für die Selbständigen nicht frei  
103 zugänglich ist, muss auch eine Art Kurzarbeitergeld als fiktiver  
104 Unternehmer\*innenlohn für Selbständige gezahlt werden. Dazu brauchen wir  
105 eine klar definierte Risikoverteilung zwischen Vermieter\*in und Mieter\*in  
106 bei staatlichen Schließungsanordnungen oder erheblichen Beschränkungen  
107 z.B. in Form einer gesetzlichen Verpflichtung zur Aufteilung von  
108 Mietverpflichtungen zwischen Mieter und Vermieter (vgl. Schweiz). Krisen-  
109 Gewinner müssen solidarisch zur Finanzierung der Krisenkosten beitragen.
- 110 • **Schnelle zweite Gründungschance schaffen:** Je länger Wirtschaftskrisen  
111 andauern, desto mehr KU und Selbständige werden ihren Betrieb aufgeben  
112 müssen. Oft sind dann alle persönlichen finanziellen Reserven  
113 aufgebraucht. Diesen Unternehmer\*innen wollen wir mit einem  
114 Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro pro Kopf unter die Arme greifen  
115 und neuen Mut zur Selbständigkeit machen. Das Gründungskapital soll im  
116 Insolvenzverfahren genutzt werden können, um dem Unternehmen wieder auf  
117 die Beine zu helfen. Voraussetzung ist, dass das Unternehmen nur durch die  
118 Krise in Schwierigkeiten geraten ist.

119 2. KU in politischen Prozessen angemessen beteiligen

120 Wesentliche Ursache für viele Schwierigkeiten von KUs und Selbständigen ist die  
121 mangelnde Sichtbarkeit und Relevanz in politischen Entscheidungsprozessen.

- 122 • **Runder Tisch KU / Beirat KU:** Wir wollen, dass kleine Unternehmen und  
123 Selbständige in den relevanten Entscheidungsgremien besser beteiligt  
124 werden. Hierfür wollen wir einen Runden Tisch KU und einen Beirat der  
125 Bundesregierung speziell für die Themen der kleineren Unternehmen und  
126 Selbständigen einrichten. In Mittelstandsausschüssen (bspw.  
127 Staatssekretärsausschuss Mittelstand) sollen sie gleichrangig zu großen

128 Unternehmen vertreten sein. In Gesetzgebungsprozessen sollen auch KU  
129 verstärkt die Gelegenheit erhalten, Stellung zu beziehen.

- 130 • **Kleine Unternehmen in den Kammern stärken:** Wir brauchen eine Reform des  
131 Kammerwesens, insbesondere der Industrie- und Handelskammern, denn sie  
132 vertreten heutzutage vor allem finanzstarke große Betriebe. Wir wollen,  
133 dass diese Institutionen in Zukunft einen echten Mehrwert für die KUs  
134 bieten. Dazu sind intensive Gespräche über neue Konzepte notwendig. Wir  
135 wollen, dass es in den Kammern/Verbänden spezielle KU-  
136 Vertreter/Botschafter gibt. Die Repräsentation von KU in den Kammergremien  
137 wollen wir erhöhen. Auch wollen wir prüfen, ob die Organisation von  
138 Betriebshilfsdiensten ähnlich der Landwirtschaft möglich ist.
- 139 • **KU-Check:** Verordnungen und Erlasse wollen wir mit Blick auf KU auf  
140 Verhältnismäßigkeit überprüfen. Bei Bedarf müssen pragmatische Lösungen  
141 oder Bagatellgrenzen definiert werden oder es werden entsprechende Förder-  
142 oder Unterstützungsprogramme aufgesetzt. Falls neue Anforderungen zwingend  
143 umgesetzt werden müssen, die aber für KU unverhältnismäßig hohe Ausgaben  
144 nach sich ziehen würden, muss es für sie auch entsprechende  
145 Fördermaßnahmen geben (Bspw. für ein neues Kassensystem. Eine  
146 Gegenfinanzierung könnte durch die Steuermehreinnahmen wegen  
147 Betrugswegfall erfolgen.).

### 148 3. KU von übermäßiger Bürokratie befreien

- 149 • **Bürokratieentlastungskonzept / Task Force Bürokratie:** Wir wollen den  
150 Bürokratieaufwand für KU deutlich reduzieren, denn es kann nicht sein,  
151 dass gut ausgebildete Fachkräfte gerade in KU ihre eigentliche Arbeit kaum  
152 nachgehen können, weil tägliche Bürokratie sie an der produktiven Arbeit  
153 hindert. Hierfür wollen wir eine Studie in Auftrag geben, die den  
154 Bürokratienschwungel durchforstet. Es muss untersucht werden, für welche  
155 Vorgaben Bagatellgrenzen eingeführt werden können, für welche  
156 Vereinfachungen möglich sind, wann die Digitalisierung Erleichterung  
157 schaffen kann und für welche Anforderungen Unterstützung notwendig sind.  
158 Hierbei wollen wir die bestehenden Initiativen im Handwerk (z.B.  
159 Initiative „Wirtschaftsmacht Handwerk – Werkbank statt Schreibtisch“,  
160 „Rettet das Handwerk“) und in anderen Organisationen einbinden. Zu prüfen  
161 ist, inwieweit das Ausmaß der Regulierung noch stärker an der  
162 Unternehmensgröße orientiert werden kann, so dass insbesondere kleinere  
163 Betriebe entlastet werden können.
- 164 • **Regionale Runde Tische zum Bürokratieabbau:** Wir wollen einen runden Tisch  
165 mit Vertreter\*innen aus der Praxis initiieren, um Möglichkeiten für  
166 Bürokratieabbau mit den Praktikern vor Ort zu ermitteln.  
167 Aufzeichnungspflichten aus dem Arbeitsschutz, Brandschutz und der  
168 Lebensmittelinformationsverordnung stellen KU vor große Herausforderungen.  
169 Unnötige Vorschriften gilt es zu vermeiden.
- 170 • **Aufzeichnungspflichten minimieren:** Wir wollen uns bei Vorschriften,  
171 Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten an Betriebsgrößen angepassten  
172 Maßstäben orientieren. Hierfür bieten auch EU-Verordnungen oft Spielraum.  
173 So macht es zum Beispiel vor allem für KU einen großen Unterschied, ob  
174 bestimmte Aufzeichnungspflichten immer durchgeführt werden müssen oder nur  
175 bei Abweichungen von der Norm. Auf Supermärkte gemünzte Vorschriften, wie

176 z.B. unterschiedliche Kennzeichnungspflichten, je nachdem, ob eine Ware  
177 vorverpackt wurde oder nicht, sollten bei kleinen handwerklichen Betrieben  
178 abgeschafft oder angepasst werden. Auch eine abgeschlossene, gut  
179 verständliche und praxisnahe Zusammenstellung aller einzuhaltenden  
180 Vorschriften würde KU helfen. Aufzeichnungspflichten müssen regelmäßig  
181 überprüft werden. Zukünftig könnten vermehrt über  
182 Technikeinsatz/Fotodokumentation etc. die bisherigen  
183 Verfahrensdokumentationen entfallen (z.B. nach Inkrafttreten der  
184 Kassensicherungsverordnung). Wir wollen, dass bei Betriebsprüfungen  
185 verstärkt ein Fokus auf Sauberkeit und Hygiene anstatt auf die Einhaltung  
186 von Dokumentationspflichten gelegt wird.

- 187 • **Meldewesen vereinfachen:** Statt vieler einzelner Gänge, z.B. bei der  
188 Personalanstellung, wollen wir die Möglichkeit einführen, dass Nachweise  
189 und Unterlagen, über welche die Behörden bereits verfügen, nicht erneut  
190 verlangt werden können. Dafür soll eine freiwillige Möglichkeit der  
191 automatischen Weitergabe von Daten zur Vermeidung von Doppelmeldungen  
192 angeboten werden. Zudem wollen wir Statistikmeldepflichten terminlich an  
193 andere Meldepflichten anpassen.
- 194 • **Bundesweit einheitliche Bauvorschriften:** Wir wollen den Dschungel an  
195 Bauvorschriften lichten, der insbesondere KU häufig überfordert. Dafür  
196 braucht es einen gemeinsamen Einsatz der Bundesregierung und der Länder  
197 für bundesweit einheitliche Bauvorschriften, damit z. B. bei Brandschutz  
198 und der Höhe von Treppengeländern überall die gleichen Vorschriften  
199 gelten.
- 200 • **Servicestellen Bürokratie:** Wir fordern mehr Unterstützung für KU  
201 insbesondere für Fragen der Förderung, Finanzierung und bei bürokratischen  
202 Vorgängen. Über One-Stop-Shops / Dienstleistungszentren mit einer  
203 Servicestelle Bürokratie wollen wir für alle kleinen Unternehmen und nicht  
204 nur für Gründer eine Unterstützung sicherstellen sowie einen  
205 Ansprechpartner für den Kontakt zur Verwaltung anbieten.

#### 206 4. KU für regionale Nahversorgung erhalten

- 207 • **Nahversorgungs-KU fördern:** Seit Jahrzehnten ist der  
208 Lebensmitteleinzelhandel von einem Strukturwandel hin zu weniger und  
209 größeren Geschäften gekennzeichnet. Gerade in kleineren Orten bestehen  
210 daher Probleme, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in  
211 fußläufiger Entfernung, das heißt die Nahversorgung, sicherzustellen. Wir  
212 Grüne wollen ein Nahversorgungsförderprogramm für kleine  
213 Nahversorgungsunternehmen auflegen, mit dem die Ansiedlung, die  
214 Entwicklung und die Erhaltung von Kleinstunternehmen  
215 (Lebensmitteleinzelhandel mit Grundsortiment / Bäcker / Fleischer)  
216 gefördert werden kann. Dazu wollen wir die Einführung einer  
217 Nahversorgungsprämie wie in Tirol prüfen. Wir wollen Neuansiedlungen von  
218 KU der Grundversorgung in Dörfern und Mittelzentren über bspw.  
219 multifunktionale auch genossenschaftliche „Dorfladenprogramme“ fördern und  
220 dabei über erfolgreiche Modelle (z.B. Markttreffs in Schleswig-Holstein)  
221 Kriterien für Folgeförderungen definieren. Auch ist zu prüfen, ob nicht  
222 auch Bäckereien über weitere Funktionen der Nahversorgung (letzte Meile  
223 Station, Post, Bank, o.ä.) wieder angesiedelt werden können. Dazu wollen



224 wir auch steuerliche Anreize prüfen, z.B. für eine Kategorie: Tante Emma  
225 Läden/Dorfläden (bspw. bis qm Ladenfläche, etc.) oder für mobile  
226 Nahversorgung. Dazu fordern wir einen rechtlichen Schutz von Begriffen wie  
227 „Bäckerei“ und eine Art Handwerkssiegel. Wir wollen einen  
228 ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, damit der Wildwuchs von  
229 Lebensmitteleinzel-/Handelsunternehmen auf der grünen Wiese gestoppt wird.

- 230 • **Digitale Transformation im stationären Handel sinnvoll unterstützen:**  
231 Gerade der inhaber\*ingeführte Einzelhandel wurde von der Corona-Krise mit  
232 am stärksten getroffen. Ein Sterben vieler kleiner Geschäfte deutet sich  
233 an, dabei sind sie für lebendige Innenstädte existenziell, denn sie  
234 leisten durch ihre individuelle Kundenbindung einen Beitrag zum guten  
235 Leben in der Stadt. Digitalisierungsförderprogramme sind daher ein  
236 wichtiger Baustein. Dabei wollen wir „Hilfe zur Selbsthilfe“ fördern und  
237 auch die Verantwortung für die notwendige digitale Infrastruktur  
238 übernehmen. Marktregeln werden wir so setzen, dass es für digitale und  
239 analoge Geschäftsmodelle Chancengleichheit gibt. Wo es gute Erfahrungen  
240 mit neuen Geschäftsmodellen gibt, können andere davon profitieren. So  
241 wollen wir Grüne den inhaber\*ingeführten stationären Einzelhandel  
242 unterstützen.
- 243 • **Programm regionale Wertschöpfung:** Zur Stärkung der kleineren regional  
244 agierenden Unternehmen wollen wir ein Programm „regionale Wertschöpfung“  
245 aufsetzen. Neben sofort wirksamen Direktvermarktungs-Förderprogrammen  
246 müssen regionale Versorgungsstrategien entwickelt werden, die regionale  
247 Wertschöpfungsketten und Versorgungssysteme (regionale  
248 Verarbeitungsstrukturen wie Mühlen, Molkereien, Küchen für die  
249 Gemeinschaftsverpflegung aber auch mobile Schlachtungen, mobile Käsereien,  
250 etc.) wieder in Funktion setzen. Eine gesunde regionale  
251 Ernährungsstrategie insbesondere für Gemeinschaftskantinen (Schulen,  
252 Kitas, etc.) ist dazu der erste Schritt. Zentral dabei ist der Aufbau  
253 einer Organisationstruktur (Wertschöpfungszentren bspw. auf Bezirksebene;  
254 Servicestellen Regionalität auf kommunaler Ebene). Regionalsiegel mit  
255 Nachhaltigkeitskriterien und regionale Vermarktungskonzepte wie bspw.  
256 Marktschwärmer\*in wollen wir fördern. Dazu brauchen wir eine landesweite  
257 und app-basierte Regio-Plattform. Auf EU-Ebene wollen wir uns für Regeln  
258 einsetzen, die regionale Wertschöpfungsketten unterstützen. Lokale  
259 Handwerker geraten heute unter Druck, da Kommunen gezwungen werden,  
260 Handwerksleistungen ab einer bestimmten Auftragssumme EU-weit  
261 auszuschreiben. Deshalb sollten Kommunen dazu angehalten werden, kleinere  
262 Lose auszuschreiben. Vergabe von Aufträgen muss an  
263 Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden.
- 264 • **Bestehende Förderinstrumente ausbauen:** Eine übersichtliche, zugängliche  
265 und effektive Förderlandschaft ist notwendig, um regionale  
266 Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Hierfür sollten die bestehenden  
267 Fördermöglichkeiten innerhalb der GRW (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung  
268 der regionalen Wirtschaftsstruktur“) und der GAK (Gemeinschaftsaufgabe  
269 Agrarstruktur und Küstenschutz) in einem Bundesprogramm „Regionale  
270 Wertschöpfung“ gebündelt und erweitert werden. Um gerade kleinen und  
271 Kleinstunternehmen den Zugang zu erleichtern, müssen Unterstützungs- und  
272 Beratungsstrukturen ausgebaut und durch Förderscouts ergänzt werden.

273 • **Handwerk / berufliche Bildung aufwerten:** Das Handwerk ist überwiegend in  
274 Kleinst- und Kleinbetrieben organisiert. Doch handwerkliche Kompetenzen  
275 und Fähigkeiten gehen zunehmend verloren, die nur schwer wieder aufgebaut  
276 werden können. Dabei macht uns die Klimakrise deutlich, dass nicht Masse  
277 und Billig sondern Klasse, Nachhaltigkeit und Reparierbarkeit die  
278 wichtigsten Produkteigenschaften für die Zukunft sind. Hier wird das  
279 Handwerk für unsere regionalen Kreisläufe wieder an Bedeutung gewinnen.  
280 Doch dem Handwerk fehlen zunehmend Auszubildende, auch weil eine  
281 universitäre Ausbildung in der Gesellschaft eine höhere Anerkennung  
282 erfährt. Deshalb wollen wir mehr Themen von Handwerk, Ausbildungsberufen  
283 und Unternehmertum in die Bildungsarbeit der Schulen insbesondere der  
284 Gymnasien integrieren. Durch Gleichstellung von betrieblicher und  
285 akademischer Bildung sowie durch Angleichung der Rahmenbedingungen für  
286 Azubis und Studenten (z.B. Sozialabgaben für Azubis angleichen zu  
287 studentischen Praktika, Azubi-Bafög, Azubi-Ticket, Azubi-Wohnungen,  
288 Erasmus für Azubis, etc.) wollen wir Ausbildung attraktiver machen. Das  
289 duale Berufsausbildungssystem ist ein deutsches Erfolgsmodell mit  
290 internationaler Anerkennung. Wir wollen dieses Ausbildungssystem deutlich  
291 stärken. Kern ist hier die parallele Ausbildung in Betrieb und  
292 Berufsschule. Beim "Lernen im Arbeitsprozess" spielen die Praktiker aus  
293 den Unternehmen die Hauptrolle und übernehmen damit eine große soziale und  
294 gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen,  
295 dass die Ausbildungsleistung des Betriebes durch eine Art staatliche  
296 Ausbildervergütung entsprechend dem gesellschaftlichen Wert dargestellt  
297 wird. Möglich wäre das bspw. über einen staatlichen Ausbildungsfond, in  
298 den alle Unternehmen einzahlen. Denn heute werden gut ausgebildete  
299 Fachkräfte von der Industrie häufig abgeworben und profitieren so von der  
300 quasi „kostenlosen“ Ausbildungsleistung des Betriebs. Die Selbstverwaltung  
301 der betrieblichen Ausbildung ist wesentlich für die Qualität und wird  
302 garantiert. Die Finanzierung überbetrieblicher Lehrgänge für Auszubildende  
303 sollte staatlich gesichert sein. Wir wollen die Meisterausbildung dem  
304 Bachelor gleichstellen und fordern, dass sie zukünftig analog nahezu  
305 kostenlos ist. Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden, setzen wir  
306 auf eine stärkere Tarifbindung und branchenspezifische Mindestvergütungen.  
307 Die Handwerksbetriebe wollen wir bei der Gewinnung und Ausbildung von  
308 Auszubildenden stärker unterstützen.

309 • **Unternehmensgründung und -nachfolge erleichtern:** Die Unternehmensnachfolge  
310 ist neben der Digitalisierung und der Fachkräftesicherung derzeit wohl die  
311 größte Herausforderung für KU. Viele Förderprogramme sind auf Gründungen  
312 aber nicht auf Übernahmen ausgelegt. Hier braucht es neue Programme oder  
313 eine breitere Auslegung der bestehenden Förderkriterien. Wir Grüne wollen  
314 für Mitarbeitende frühe Beteiligungsmöglichkeiten sowie für eine  
315 eventuelle spätere Unternehmensübernahmen spezielle Förderprogramme  
316 entwickeln, die potenzielle Nachfolger\*innen ähnlich wie Gründer\*innen bei  
317 der Unternehmensübernahme unterstützen. Neugründungen wollen wir  
318 erleichtern, denn die Hürden sind mittlerweile so hoch, dass junge  
319 Menschen immer mehr die zeitlichen und finanziellen Belastungen und  
320 Risiken scheuen. Bei den flächendeckenden Anlaufstellen („One-Stop-Shops“)  
321 für Gründungsberatung und -förderung soll auch immer die Nachfolge durch  
322 Förderscouts kompetent beraten sowie die Vernetzung zwischen  
323 Nachfolgesuchenden und Nachfolgewilligen gefördert werden.

5. Faire Rahmenbedingungen international/national schaffen

- 324  
325 • **Faire Handelsabkommen:** Wir wollen faire Handelsabkommen mit durchsetzbaren  
326 Schutzstandards für die Umwelt, Klima und Arbeitnehmer\*innen. KU sollten  
327 nicht durch unfairen Handel im Wettbewerb verdrängt werden. Wir fordern  
328 deshalb eine standardmäßige Risikofolgenabschätzung für den Mittelstand  
329 insbesondere KU. Wir setzen uns für die Einführung eines deutschen und  
330 perspektivisch eines europäischen Lieferkettengesetzes ein. Dabei müssen  
331 praktikable Ausnahmen für KU geschaffen werden.
- 332 • **Faire Rahmenbedingungen für die ökologische Transformation:** Wir brauchen  
333 eine tiefgreifende ökologische Transformation, mit fairen  
334 Rahmenbedingungen, die KU nicht überproportional belasten. Anstatt die  
335 Kosten der Energiewende fair zu verteilen, verteuert die Bundesregierung  
336 seit Jahren, mit Ausnahmen für große, energieintensive Unternehmen, die  
337 EEG-Umlage für die kleinen Unternehmen. Wir hingegen wollen, dass  
338 nachweislich nur Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen,  
339 Vergünstigungen erhalten. Gleichzeitig planen wir die Absenkung der  
340 Stromsteuer im Rahmen einer fairen CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Dies würde vor allem KU  
341 helfen, die bisher nicht von Stromsteuer-Gutschriften profitieren. Wer  
342 sich für die Energiewende engagiert und eigenen Strom erneuerbar erzeugt –  
343 zum Beispiel über die Photovoltaikanlage auf dem Dach –, soll dafür keine  
344 EEG-Umlage mehr zahlen müssen. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung  
345 wollen wir mit Fördermaßnahmen für energieeffiziente Anlagen unterstützen.
- 346 • **Faire Bedingungen bei der digitalen Transformation:** Die Digitalisierung  
347 kann eine Chance für KU sein und Arbeitserleichterung sowie mehr Einkommen  
348 schaffen. Doch nach Studien zählen zu den Digitalisierungsgewinnern vor  
349 allem Großunternehmen. Wir wollen die kleineren Betriebe darin  
350 unterstützen, sich mit innovativen digitalen / semidigitalen  
351 Geschäftsmodellen eine Zukunft zu sichern. Wir wollen einen Rechtsrahmen  
352 für digitale Plattformen schaffen, der einen fairen Zugang für alle  
353 gewährleistet. Dafür muss die Marktmacht von Unternehmen wie Amazon,  
354 Google und Co durch wirksame Regeln klar begrenzt werden. So dürfen  
355 beispielsweise die Angebote kleiner Händler von Amazon nicht länger  
356 gegenüber den eigenen Angeboten benachteiligt werden. Damit Geräte  
357 verschiedener Anbieter miteinander funktionieren, setzen wir uns in allen  
358 Sektoren für offene Standards ein. So können die Wechselkosten für KU  
359 zwischen verschiedenen Anbieter\*innen gesenkt und neues  
360 Innovationspotential geschaffen werden.
- 361 • **Faire Bedingungen im Bereich Kontrollen, Gebühren:** Wir Grüne setzen uns  
362 ein für faire Gebühren für kleine Betriebe. Das Prinzip der Kostendeckung  
363 wollen wir aufheben und eine soziale Abfederung ermöglichen. Bei den  
364 Schlachtgebühren bspw. zahlen kleine Betriebe mit wenig Schlachtungen  
365 i.d.R. erheblich mehr je Tier als Große. Konkret fordern wir hier  
366 mindestens einheitliche Schlachtgebühren für alle Betriebe. Genauso  
367 fordern wir eine Reform bei den Kontrollgebühren in der Lebens- und die  
368 Futtermittelwirtschaft gestaffelt nach Betriebsgröße und nicht nach Dauer  
369 der Kontrolle. Kontrollgebühren sollten (z.B. analog Fahrzeugkontrollen)  
370 nur bei Verstößen und nicht vollumfänglich pauschal fällig werden. Dazu  
371 sollten sämtliche Kontrollen mehr Beratungsfunktion als eine bloße  
372 Überwachungsfunktion übernehmen. Kontrollintervalle sollten

373 risikoorientiert angepasst werden. Problembetriebe könnten so häufiger  
374 kontrolliert werden. Denn es ergibt wenig Sinn, einen unauffälligen  
375 Betrieb, der vorbildliche Eigenkontrollen und Qualitätsmechanismen  
376 besitzt, ständig wiederkehrend in kurzen Intervallen zu kontrollieren.  
377 Eine einheitliche Auslegung von Richtlinien in Kreisen und Ländern ist zu  
378 gewährleisten.

- 379 • **Faire Bedingungen für Kleingewerbemiet\*innen:** Kleingewerbemiet\*innen  
380 müssen vor explosionsartigen Mietenanstieg und der Verdrängung aus den  
381 Innenstädten geschützt werden. Nach aktueller Rechtslage wird angenommen,  
382 dass Gewerbemiet\*innen, anders als Mietende von Wohnraum, als  
383 Marktteilnehmer\*innen mit den Vermieter\*innen „auf Augenhöhe“ agieren und  
384 verhandeln können. Diese Annahme ist jedenfalls in angespannten  
385 Gewerbemietmärkten, etwa in gentrifizierten Stadtgebieten, nicht mehr  
386 zeitgemäß. Um dies zu ändern, wollen wir die Landesregierungen  
387 ermächtigen, „Gebiete mit angespannten Gewerbemietmärkten“ nach  
388 festgelegten Kriterien zu bestimmen. Für diese Gebiete erhalten  
389 Kleingewerbemiet\*innen Sonderrechte: Kündigungsschutz,  
390 Verlängerungsansprüche, Mietpreisbremse. Daneben wollen wir Instrumente  
391 schaffen, die dazu beitragen, die ortsübliche Vergleichsmiete auch mit  
392 Blick auf Gewerbemieteinheiten bestimmen zu können. Den Neubau wollen wir  
393 von der Anwendbarkeit der „Mietpreisbremse“ auch im Gewerbebereich  
394 ausnehmen, sodass Investitionen in Neubau insoweit nicht behindert werden.
- 395 • **Faire Bedingungen im Streit:** Wir wollen, dass sich die Aufteilung der  
396 Kosten des Verfahrens stärker an der Leistungsfähigkeit der Streitparteien  
397 orientiert. Es darf nicht möglich sein, kleine Unternehmen durch die  
398 Forderung unangemessen hoher Streitwerte oder immerwährenden  
399 Verlängerungen des Verfahrens „auszuhungern“.
- 400 • **Ein faires Steuer- und Abgabensystem:** Gemäß unseres Grundsatzprogrammes  
401 muss ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, neue  
402 Aktivitäten und Investitionen begünstigen sowie Vermögen und leistungslose  
403 Einkommen gleichermaßen besteuern. Darüber hinaus soll die Besteuerung  
404 progressiver werden. Unser heutiges Steuer- und Abgabensystem  
405 benachteiligt KUs in unfairer Weise. Die Basis beruht zum Großteil auf dem  
406 für KUs entscheidendem Faktor Arbeit, während „arbeitsfreie“ Einkommen,  
407 insbesondere Kapitaleinkommen, privilegiert werden. Darüber hinaus können  
408 multinationale Konzerne ihre Gewinne steueroptimiert international  
409 verlagern, jedoch müssen kleine Unternehmen ihren Steuerbeitrag vor Ort  
410 entrichten. So zeigen Studien, dass Großkonzerne in Deutschland durch  
411 Steuervermeidungsmodelle effektiv nur 20% statt der üblichen ca. 30% in  
412 Deutschland versteuern. Außerdem ist unser Steuersystem außerordentlich  
413 komplex und während sich Konzerne Steuerexperten zur Optimierung leisten  
414 können, haben KUs hier einen erheblichen Skalierungsnachteil. Wir Grüne  
415 setzen uns für eine nationale und globale Steuergerechtigkeit ein und  
416 fordern, dass Digitalkonzerne entsprechend ihres Umsatzes im Land ihre  
417 Steuern abführen müssen. Um dem Unterbietungswettbewerb einzelner Staaten  
418 Einhalt zu gebieten, setzen wir uns für einen europäischen  
419 Mindeststeuersatz ein. Steuerschlupflöcher müssen schnellstmöglich  
420 geschlossen werden. Auch das Thema der Umsatzsteuergerechtigkeit im  
421 Online-Handel muss endlich angegangen werden. Wir brauchen dringend eine  
422 grundlegendere Reform im Steuer- und Abgabensystem in Deutschland,

423 konsequent progressiv und mit einer deutlichen Verlagerung der Steuern und  
424 Abgaben vom Faktor Arbeit auf "arbeitsfreie" Einkommen (z.B. Kapital und  
425 Ressourcen).

- 426 • **Vereinheitlichung und Vereinfachung von Regeln und Begriffen:** Wir fordern  
427 die Schaffung einheitlicher vereinfachter Bilanzierungsregeln unter  
428 Beachtung des Konzepts der Wesentlichkeit analog zu den „IFRS for SME“  
429 sowie eine Absenkung des Mindestgebührensatzes der Bilanz in der StBGebV  
430 auf das Niveau des Satzes für die EÜR (Einnahme-Überschuss-Rechnung) um  
431 den zeitlichen und monetären Aufwand für kleine Bilanzen auf den Aufwand  
432 einer EÜR zu begrenzen. Durch die Schaffung einer Option hinsichtlich der  
433 Anwendung eines einheitlichen vereinfachten Bilanzierungsrahmens inklusive  
434 Berichtspflichten können größenklassenbedingte Wechsel von der EÜR zur  
435 Bilanzierung weitgehend vermieden werden. Ebenfalls brauchen wir eine  
436 gesetzessübergreifende Vereinheitlichung von Rechtsbegriffen und  
437 Grenzwerten, z. B. Berechnung der Anzahl der Beschäftigten nach  
438 Handelsrecht und Sozialversicherungsrecht, Festlegung der Größenklassen  
439 von Unternehmen nach Handelsrecht und Umsatzsteuerrecht oder Grenzwerte  
440 und Regeln für Geschenke, Sachbezüge für Arbeitnehmer, Bewirtungen und  
441 Betriebsveranstaltungen. Gesetze sollen klar und verständlich formuliert  
442 sein und nicht die häufig notwendige Einschaltung eines Rechtsanwaltes  
443 oder Steuerberaters voraussetzen.

#### 444 6. Liquidität erhalten / Kapitalausstattung verbessern

445 Wir Grüne wollen eine spürbare Entlastung und Verbesserung der Liquidität von  
446 kleinen Betrieben und Selbständigen erreichen. Dazu wollen wir steuerliche  
447 Regelungen und Verwaltungsprozesse so ausgestalten, dass sie einfacher befolgt  
448 werden können. Wir wollen wirksame Unterstützungsmaßnahmen aufsetzen, um  
449 Kapitalaufzehrungen und Umsatzverluste aus Corona-Zeiten in den Betrieben jetzt  
450 auffangen zu können und einen guten Neustart zu ermöglichen.

- 451 • **Erhöhung Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer:** Wir wollen kleine und  
452 mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags bis auf die  
453 Pfändungsfreigrenze entlasten sowie eine Verlängerung der Progression zur  
454 Gegenfinanzierung.
- 455 • **Erhöhung der Ist-Versteuergrenze (Umsatzsteuer):** Wir wollen eine  
456 Vervierfachung der Ist-Versteuergrenze auf 2 Mio. Euro umsetzen, so  
457 dass Unternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Jahresumsatz die Umsatzsteuer  
458 erst entrichten müssen, wenn ihr Kunde bezahlt hat. Wir wollen eine  
459 Überprüfung des Konzeptes der Sollversteuerung insb. im Hinblick auf  
460 übermäßige Liquiditätsbelastungen beim Wechsel von der Ist- zur  
461 Sollversteuerung.
- 462 • **Abschreibungen erleichtern:** Wir wollen die Abschreibungsgrenze für  
463 geringwertige Wirtschaftsgüter auf mindestens 1.000 Euro erhöhen und uns  
464 für eine Sofortabschreibung für die Ausstattung von Büroarbeitsplätzen  
465 sowie andere kurzlebige Wirtschaftsgüter auch nach der Corona-Krise  
466 einsetzen.
- 467 • **Betriebskostenpauschale:** Bei Selbständigen von KU sind Betriebskosten oft  
468 zu großen Teilen identisch mit ihren Lebenskosten, da sie ihren Beruf  
469 „leben“. Dies gilt vor allem für Selbständige, die von zuhause arbeiten.

470 Eine Trennung von privaten und beruflich veranlassten Ausgaben ist oft  
471 schwierig, was zu Problemen bei der steuerlichen Abgrenzung und zu einem  
472 hohen Bürokratieaufwand führt. Wir plädieren daher für die Einführung  
473 eines angemessenen Pauschbetrages für Selbständige für Betriebskosten  
474 analog zur Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer. Doppelnutzen müssen  
475 vermieden werden.

- 476 • **Freibeträgen für KSt und GewSt:** Eine deutliche Entlastung der KU kann  
477 erzielt werden, indem steuerliche Freibeträge bei der Berechnung der KSt  
478 und/oder GewSt eingeführt bzw. erhöht werden. Zur Vermeidung von  
479 Gestaltungsmissbräuchen sind entsprechende Regelungen aufzunehmen, die  
480 eine lediglich steuergetriebene Betriebsaufspaltung verhindern. Die Regeln  
481 zur Organschaft sollen hier Anwendung finden.
  
- 482 • **Ansparabschreibungen nach Unternehmensgrößen:** Wir wollen die Regelungen  
483 des § 7g EStG gestaffelt nach Unternehmensgrößen anpassen. Demnach würde  
484 man kleinen Unternehmen mit einem Gewinn von bis zu 60.000 Euro einen 75 -  
485 100 %igen Investitionsabzug ermöglichen, mit dem diese Unternehmen die  
486 zukünftigen Anschaffungskosten bereits vor der eigentlichen Investition  
487 gelten machen und die daraus freigewordene Liquidität zur Finanzierung der  
488 Anschaffungen nutzen könnten.
  
- 489 • **Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge:** Wir wollen  
490 die besonders stark von der Corona-Krise getroffenen kleinen Unternehmen  
491 jetzt unterstützen, indem die Sozialbeiträge erst im Folgemonat und nicht  
492 schon im laufenden Monat abgeführt werden müssen. So bekämen die KUs  
493 gerade dann nochmal eine Liquiditätshilfe, wenn andere Rettungsmaßnahmen  
494 auslaufen. Seit 2005 müssen Unternehmen ihre Sozialabgaben für die  
495 Mitarbeitenden nicht mehr im Folgemonat, sondern im laufenden Monat  
496 zahlen. Dies war als vorübergehende Liquiditätshilfe für die Sozialkassen  
497 zulasten der Unternehmen gedacht. Die Maßnahme wurde nie zurückgenommen,  
498 belastet die Liquidität der KU aber sehr. Darüber hinaus reduzieren wir  
499 den organisatorischen Aufwand bei vielen Unternehmen, da für Mitarbeiter,  
500 die kein festes Entgelt, sondern Überstunden, Zuschläge etc. ausgezahlt  
501 bekommen, ein doppelter Aufwand vermieden wird. Aktuell müssen Unternehmer  
502 zunächst die Sozialversicherungsbeiträge schätzen um dann im folgenden  
503 Monat die Fehler der Schätzung zu korrigieren und mit der Schätzung des  
504 aktuellen Monats zu verrechnen.
  
- 505 • **Gründungs-/Nachfolgedarlehen:** Zu oft scheitern Gründung und Übernahme  
506 bestehender kleinerer Betriebe an fehlendem Eigenkapital. Wir Grüne wollen  
507 Gründungen und Übernahmen erleichtern und fordern, dass der Bund / Land  
508 einen wesentlichen Teil der nicht durch Sicherheiten abgedeckten  
509 Kreditsumme verbürgt (Haftungsfreistellung). Ein entsprechendes  
510 Wirtschaftlichkeitskonzept ist durch die lokale Hausbank zu prüfen. Um  
511 Missbrauch vorzubeugen, dürfen Personen diese Kredite nur einmal  
512 beantragen.
  
- 513 • Wir wollen alle Kosten für Forschung und Entwicklung in KMU mit einem  
514 mindestens 15%igen steuerlichen **Forschungsbonus** unbürokratisch zu fördern;
  
- 515 • **Zur Verbesserung der Kapitalausstattung von KUs wollen wir die**  
516 **Gewinnthesaurierungsoptionen weiterentwickeln:** Wir wollen das Eigenkapital  
517 von Unternehmen allgemein und insbesondere für KU stärken. Eine gute

518 Eigenkapitalbasis macht Unternehmen krisenfester und ist eine wichtige  
519 Basis zur Stärkung von Innovationen und Investitionen. Die  
520 Thesaurierungsmöglichkeiten für Einzelunternehmen und  
521 Personengesellschaften, d.h. die Steuerbegünstigung für nicht entnommene  
522 Gewinne, wird aktuell von kleinen und mittleren Unternehmen kaum genutzt.  
523 Dies liegt vor allem an der sogenannten Verwendungsreihenfolge „last in,  
524 first out“, das heißt bereits vollversteuerte Gewinne können erst  
525 entnommen werden, wenn alle thesaurierten Gewinne, die noch nachversteuert  
526 werden müssen, aufgebraucht sind. Der Anreiz die  
527 Thesaurierungsbegünstigung zu nutzen ist durch diesen „lock-in“ Effekt  
528 jedoch gering. Wir wollen deshalb für KUs die Verwendungsreihenfolge mit  
529 einer Begrenzung auf 100.000 Euro pro Jahr aussetzen. Dabei müssen  
530 Regelungen vorgesehen werden, die eine missbräuchliche Nutzung dieser  
531 Regelung verhindern und eine Mindestnachversteuerung gewährleisten. So  
532 könnte bspw. die Pflicht zur unmittelbaren Nachversteuerung thesaurierter  
533 Gewinne nach Paragraph 34a Absatz 4 EStG auf die Höhe der thesaurierten  
534 Gewinne zuzüglich einer angemessenen Steuerrückstellung beschränkt werden.  
535 So dass die Entnahmemöglichkeit für bereits vollversteuerte Gewinne nur um  
536 die Steuerrückstellung für die thesaurierten Gewinne gemindert ist. Mit  
537 diesen Maßnahmen machen wir das Instrument der Gewinnthesaurierung für KUs  
538 nutzbar und fördern damit Innovationen und Investitionen für kleinere  
539 Unternehmen.

#### 540 7. Soziale Absicherung gewährleisten

541 Vergleicht man die Steuer- und Abgabenanteile der drei Produktionsfaktoren  
542 Arbeit, Kapital und Umwelt wird deutlich, dass der Anteil der Steuern und  
543 Abgaben auf den Faktor Arbeit in den letzten Jahrzehnten am stärksten gestiegen  
544 ist. Der Anteil von Steuern und Abgaben auf Einkünfte aus Kapital lag 2017 bei  
545 13,2 %, demgegenüber lag der Anteil auf Einkünfte aus Arbeit bei 63,3%.

546 Aktuell liegen die gesetzlichen Sozialabgaben bei rund 39 Prozent. Die hohen  
547 Sozialausgaben stellen eine große finanzielle Last für Selbständige mit geringem  
548 Einkommen sowie für kleine personalintensive Unternehmen dar. Viele  
549 Selbständige/Solo-Selbständige treffen keine oder eine nur unzureichende  
550 Altersvorsorge. Die Gefahr der Altersarmut ist sehr groß. Frauen sind davon  
551 überproportional betroffen. Und je größer der Anteil Arbeit an der Wertschöpfung  
552 im Unternehmen ist, desto höher sind prozentual die Kosten zur SV  
553 (Sozialversicherung) an den Stückkosten. Dies ist ein erheblicher  
554 Wettbewerbsnachteil im Vergleich zur kapitalintensiv produzierenden Industrie.

555 **Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung:** Wir Grüne wollen die soziale  
556 Absicherung über die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in der  
557 Kranken- und der Rentenversicherung für alle Selbständige gewährleisten. Indem  
558 alle Bevölkerungsgruppen über alle Einkunftsarten in die Finanzierung einbezogen  
559 werden, können wir die Belastungen fair und für alle tragfähig ausgestalten.  
560 Weil wir den Faktor Kapital in die solidarische Finanzierung mit einbeziehen,  
561 kann der Faktor Arbeit entlastet werden. Davon würden vor allem Selbständige mit  
562 geringem Einkommen und kleinere personalintensive Unternehmen profitieren.  
563 Ebenso würden die geringer verdienenden Mitarbeitenden entlastet. Die  
564 Mindestbeitragsbemessungsgrenze für Selbständige wollen wir weiter absenken,  
565 damit kleinere Einkommen nicht überproportional belastet werden.

566 **Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung:** Die Arbeitslosenversicherung  
567 (AV) soll allen Selbständigen offenstehen sowie bezahlbar und flexibel  
568 ausgestaltet werden. Heute können sich Selbständige in der AV nur freiwillig  
569 versichern, wenn sie innerhalb der letzten 24 Monate 12 Monate pflichtversichert  
570 waren. Im ersten Schritt fordern wir eine Arbeitslosenversicherung für  
571 Selbständige unabhängig davon, ob sie vorher pflichtversichert waren oder nicht.  
572 Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Künftig  
573 sollte es Selbständigen deshalb möglich sein, Beiträge anhand der halben  
574 Bezugsgröße zu zahlen. Im Falle der Arbeitslosigkeit haben sie Anspruch auf  
575 Arbeitslosengeld entsprechend ihrer gezahlten Beiträge. Entscheiden sie sich,  
576 die vollen Beiträge zu zahlen, haben sie Anspruch auf ein entsprechend höheres  
577 Arbeitslosengeld. Dabei sollen die besonderen Bedingungen des jeweiligen  
578 Berufsbildes und der gestaffelten Beiträge Auswirkungen sowohl auf den Anspruch  
579 wie auch auf die Auszahlung der Ersatzleistungen haben. Ebenso bringt ein Zugang  
580 zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung insbesondere für Solo-Selbständige  
581 eine höhere soziale Gleichheit. Langfristig sollte auch die  
582 Arbeitslosenversicherung in das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung  
583 integriert werden.

584 Perspektivisch müssen im Rahmen einer steuerlichen Umschichtung die Faktoren  
585 Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Umweltbelastungen stärker in die  
586 Finanzierung der gesamten Sozialversicherung einbezogen werden.



# Beschluss

Zukunft ländlicher Raum 4.0

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 21.08.2021

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

## Antragstext

### 1 **Ökologisch nachhaltig, sozial gerecht und zukunftsfähig!**

2 Ein ländlicher Raum, in dem die Menschen gut und gerne leben – dafür arbeiten  
3 wir Grüne. Uns geht es darum, das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse  
4 überall in unserem Land Realität werden zu lassen. Aber dafür braucht es aktive  
5 Politik anstelle eines Wegduckens vor den Herausforderungen auf dem Land.  
6 Während größere Städte in NRW wie Köln oder Münster weiter wachsen werden, sind  
7 die Aussichten im ländlichen Raum gemischt. Während einzelne Teilregionen –  
8 gerade auch im Umfeld von Großstädten boomen, sich Wirtschaft und Bevölkerung  
9 dynamisch entwickeln, werden andere Teilregionen Bevölkerung verlieren – laut  
10 Bevölkerungsprognosen vor allem in Südwestfalen und in Teilen von Ostwestfalen-  
11 Lippe. Denn zum demografischen Wandel noch die Landflucht dazu. Viele junge  
12 Menschen zieht es in die Metropolen, um dort die Vielfalt der Bildungs-, Berufs-  
13 , Freizeit- und Entwicklungsmöglichkeiten zu nutzen. Dies führt zwangsläufig zu  
14 einer allmählichen Überalterung der betroffenen ländlichen Gebiete. Schon bald  
15 könnte in einigen Regionen jede/r dritte Einwohner\*in älter als 65 Jahre sein.  
16 Den Unternehmen stehen dann nicht mehr genug Fachkräfte zur Verfügung.  
17 Steuereinnahmen würden sinken und damit wiederum die Investitionsmöglichkeit der  
18 Kommunen in die Infrastruktur. Dabei beklagen heute schon viele ländliche  
19 Regionen Mängel in der Infrastruktur: Unzureichende Angebote in der  
20 Nahversorgung und im ÖPNV, Funklöcher, niedrige Bandbreiten und auch die  
21 gesundheitliche Versorgung gerät immer mehr unter Druck - ein Mangel an  
22 Hausärzt\*innen und dezentralen Gesundheitsversorgungsstrukturen ist bereits  
23 jetzt schon vorhanden. Neben der demographischen Entwicklung stehen die  
24 ländlichen Regionen aber auch durch Klimakrise und Artensterben vor enormen  
25 Herausforderungen. Dürren und Wetterextreme bedrohen Ernten und Natur.

26 Die sozial-ökologische und digitale Transformation der Gesellschaft bietet große  
27 Entwicklungschancen für den ländlichen Raum. Gehen wir diesen Umbauprozess jetzt  
28 ganzheitlich und mit Weitblick an, so werden die ländlichen Regionen davon enorm  
29 profitieren.

30 Eine bürgerorientierte dezentrale Energiewende bietet große Chancen für mehr  
31 Wertschöpfung und zusammen mit klimaneutralem Tourismus wird die Klimawende auf  
32 dem Land eine Erfolgsgeschichte. Die Mobilitätswende ermöglicht eine gute  
33 Anbindung an die Metropolen und mehr Unabhängigkeit vom eigenen Auto. Die  
34 sozial-ökologische Transformation der Land- und Ernährungswirtschaft führt durch  
35 die Wiederbelebung regionaler Wirtschaftskreisläufe zu mehr Wertschöpfung. Und  
36 die Digitalisierung bewirkt, dass Büroarbeit, Bildung und Teilhabe von überall  
37 möglich ist – aus dem Homeoffice, Coworking-Space im Dorfkern oder direkt in  
38 der Natur. Mit digitalen Technologien können dann auch kleine Geschäfte im Dorf

39 große Einkaufserlebnisse schaffen. Das alles spart massiv Verkehr, CO2 und  
 40 Ressourcen und es wird auch die Landflucht stoppen und die Städte enorm  
 41 entlasten. Das ist unsere Grüne Vision für den ländlichen Raum. So können wir  
 42 gleichwertige Lebensverhältnisse und aus Stadt-Land-Regionen klimaneutrale  
 43 „Zukunftsräume“ schaffen.

44 Wir Grüne NRW wollen in einem großen Beteiligungsprozess gemeinsam mit den  
 45 Bürger\*innen der Stadt-Land-Regionen in NRW einen **Masterplan für den ländlichen**  
 46 **Raum 4.0** ähnlich wie Österreich erarbeiten:

47 **Unseren LOCAL GREEN DEAL.**

48 **Der ländliche Raum 4.0.braucht faire Grundbedingungen:**

49 **Digitalisierung ermöglichen:**

50 Ohne gleichberechtigte Breitband- und Mobilfunk-Versorgung werden ländliche  
 51 Regionen den Anschluss an die moderne Wirtschafts- und Arbeitswelt verlieren.  
 52 Dabei könnten gerade hier die Chancen der Digitalisierung genutzt werden, da die  
 53 Ortsgebundenheit an Bedeutung verliert. Stationäre Arbeitsplätze können vielfach  
 54 durch Teleheimarbeit (Home-Office), virtuelle Teams, temporäre und flexible  
 55 Arbeitsorte ersetzt werden. Das physische Vorortsein wird durch eine digitale  
 56 Präsenz abgelöst, aber nur dort, wo auch eine stabile Breitband- und Funk-  
 57 Versorgung gesichert sind. Mit digitalen Technologien könnten auch stationäre  
 58 Geschäfte im Dorf wieder aufgewertet werden und gegen die Konkurrenz durch E-  
 59 Commerce (elektronisch) und M-Commerce (mobil) bestehen. Produkte könnten im  
 60 Laden nicht nur „live“ sondern auch digital angeboten werden. So könnten auch in  
 61 Dörfern Einkaufserlebnisse wie in der Großstadt angeboten werden.

62 **Die Gemeinschaftsaufgabe regionale Daseinsvorsorge (GRD) einführen:**

63 Wie gut die Chancen und Möglichkeiten der Teilhabe vor Ort sind, hängt stark von  
 64 der Finanzausstattung und Infrastruktur der Kommunen ab. Besonders in  
 65 strukturschwachen Regionen muss hier nachgebessert werden. Wir setzen uns für  
 66 die Einführung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe ein, die von Bund und Ländern  
 67 gemeinsam getragen und geplant wird: Die Gemeinschaftsaufgabe Regionale  
 68 Daseinsvorsorge (GRD). Mittels eines Bund-Länder-Programms „Gleichwertige  
 69 Lebensverhältnisse für alle“ wollen wir eine räumliche Grundsicherung einführen.  
 70 Diese Grundsicherung umfasst insbesondere die drei Säulen: Regionale  
 71 Mobilitätsgarantie, regionale Gesundheitsnetzwerke und einen Rechtsanspruch auf  
 72 eine schnelle Breitband-und Mobilfunkversorgung. Wir Grüne NRW setzen uns ein  
 73 für einen Stärkungspakt öffentliche Infrastruktur und eine gesicherte  
 74 Finanzierung der Daseinsvorsorge.

75 **Nahversorgung sichern:**

76 In Frankreich hat jede/r Bürger\*in ein Recht darauf, dass es in der  
 77 unmittelbaren Nachbarschaft eine Bäckerei gibt. Wir wollen einen  
 78 ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, damit der Wildwuchs von Lebensmitteleinzel-  
 79 /Handelsunternehmen auf der grünen Wiese gestoppt wird. Zudem setzen wir uns für  
 80 die Erarbeitung von regionalen Nahversorgungsstrategien ein. Wir wollen  
 81 Dorfkerne revitalisieren und kleine Geschäfte sowie das örtliche Handwerk  
 82 fördern und so eine dezentrale Nahversorgung erhalten.

83 Wir setzen uns für eine **kontinuierliche Überprüfung des kommunalen**  
 84 **Finanzausgleichs** hinsichtlich einer ausgewogenen Verteilung zwischen

85 Ballungsräumen und ländlichen Räumen ein, die die jeweilige Wirtschaftskraft auf  
86 der einen Seite und die Bedarfe auf der Seite berücksichtigt.

87 Neben der Ausgleichsfunktion des Gemeindefinanzierungsgesetzes müssen die  
88 Kommunen stärker bei der Bewältigung der Klimafolgen und bei  
89 Klimaschutzmaßnahmen unterstützt werden.

90 **Umweltaufgaben der Zukunft gemeinschaftlich tragen:** Die ländlichen Räume  
91 übernehmen die Bereitstellung einer großen Vielfalt an Ökosystemleistungen,  
92 Regulationsleistungen und kulturellen Leistungen (Kulturlandschaftserhalt).  
93 Allerdings führen steigende Nutzungsansprüche (Zubau Straßen/Trassen, Wohn-  
94 /Gewerbegebiete, Erneuerbare Energien, etc.) und Konkurrenz um Arbeitsplätze und  
95 Einwohner\*innen unter den Kommunen zu einer zunehmenden Intensivierung der  
96 Flächennutzung. Unsere Lebensgrundlagen – Artenvielfalt und gesunde Ökosysteme –  
97 sind deshalb an vielen Stellen erheblich gefährdet. Um die langfristige  
98 Bereitstellung der vielfältigen Ökosystemleistungen zu sichern, benötigen wir  
99 endlich eine ökologische Politik. Die Bewahrung von Artenvielfalt, Boden,  
100 Flächen, Wasser ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das Leitbild „Green  
101 Regions“ – aus Australien und den USA stammend - erkennt an, dass die ländlichen  
102 Räume zahlreiche Ausgleichs- und Schutzfunktionen für eine dominant städtische  
103 Gesellschaft übernehmen und eine Vielzahl naturnaher Ökosysteme beherbergen und  
104 dass dies entsprechend honoriert werden muss. Für ein derartiges Leitbild wollen  
105 wir Grüne uns einsetzen. Der Erhalt von Kulturlandschaften ist als  
106 Kulturleistung zu bewerten und muss ähnlich wie Museen und Konzerthäuser  
107 gesamtgesellschaftlich getragen werden. Für die kommunalen Aufgabenbereiche, die  
108 mit der Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen (sustainable development goals) und  
109 Klimaschutzzielen einhergehen, braucht es auf kommunaler Ebene eine  
110 systematische Bereitstellung von Personalstellen.

111 **Bodenschutzstrategie, Flächenmanagement und Bauland-Monitoring:** Der Flächenfraß  
112 geht in NRW seit der Aufhebung des 5-ha-Grundsatzes im Landesentwicklungsplan  
113 (LEP) durch die CDU-FDP-Koalition ungesteuert weiter. Treiber des  
114 Flächenverbrauchs ist hier seit Jahren auch der ländliche Raum, bzw. die  
115 politischen Entscheidungsträger\*innen vor Ort. Die in Flächenkonkurrenz  
116 stehenden Kommunen beschleunigen den Verbrauch durch Überbietungswettbewerbe für  
117 neue Gewerbe- und Wohngebiete enorm. Wenn wir so weiter machen, würden wir in NRW  
118 in rund 200 Jahren über keinen Grund und Boden mehr als Ernährungsgrundlage  
119 verfügen. Wir Grüne wollen Instrumente für einensparsameren Flächenverbrauch  
120 (kurzfristig 5-ha-Ziel und mittelfristig – noch vor 2050 - 0 ha) und eine  
121 Flächenkreislaufwirtschaft entwickeln.

122 **Wir wollen den Aufschwung aktiv voranbringen**

### 123 1. **Dorfbüroprogramm 4.0:**

124 Immer mehr Menschen im ländlichen Raum arbeiten mittlerweile zumindest  
125 zeitweise im Home-Office. Doch oft sind die Möglichkeiten nicht optimal,  
126 im Home-Office berufliche Arbeit von Privatem klar abzugrenzen oder es  
127 gibt keine gute digitale Büro-Infrastruktur. Hier können Coworking Spaces  
128 bzw. anmietbare Einzelarbeitsplätze in den Dörfern eine gute Lösung sein.  
129 Wir Grüne wollen für den Aufbau solcher Büros in den Dorfzentren unter  
130 Nutzung von Leerständen ein spezielles Dorfbüroförderprogramm (ähnlich  
131 Rheinland-Pfalz) aufsetzen. So können wir die Dorfzentren aktiv beleben  
132 und Kaufkraft in die Dörfer bringen. Gaststätten und die kleinen Läden  
133 könnten davon sehr profitieren. Jeder ersparte Weg entlastet die

134 Ballungsräume, reduziert die Mobilitätsanforderungen und spart CO2-  
135 Emissionen. Gleichzeitig schaffen wir Anreize, im ländlichen Raum zu  
136 leben.

137 **2. Runder Tisch „Zukunft der Arbeit Land-Stadt“:**

138 Eine aktuelle Studie zeigt, im Mittel rechnen die Arbeitgeber\*innen mit  
139 einem langfristigen Anstieg der Homeoffice-Tage um 65 % zu vor der Corona-  
140 Krise und einem Abbau von Büroflächen von rd. 20%. Und auch viele  
141 Konferenzen werden nach Corona weiter digital oder zumindest hybrid  
142 stattfinden. Für den ländlichen Raum ist das eine zu begrüßende  
143 Entwicklung, denn so ist Arbeit und Teilhabe ohne lange Anfahrtswege bspw.  
144 mitten in der schönsten Natur möglich. Zusammen mit der Politik und den  
145 großen Arbeitgeber\*innen in den Städten und umliegenden Landkreisen wollen  
146 wir die Infrastrukturanforderungen für die Arbeits- und Teilhabemodelle  
147 4.0 definieren und passgenau aufsetzen. Denn egal ob Homeoffice,  
148 Coworking-Spaces oder Dorfbüros, das Thema des dezentralen Arbeitens muss  
149 zusammen mit dem Thema Mobilität und dem Ausbau der ÖPNV Infrastruktur  
150 gedacht werden. Damit eine klimafreundliche Transformation der Arbeit  
151 gelingt, brauchen wir Anreizsysteme für die Betriebe, auf gute dezentrale  
152 Arbeitsmodelle zu setzen (z.B. Neukonzeption der Pendler\*innenpauschale  
153 ggf. mit Unternehmensbeteiligung, ein Rechtsanspruch auf Homeoffice,  
154 etc.), in Dorfbüros zu investieren oder dort Arbeitsplätze anzumieten. Der  
155 nicht mehr benötigte Büroraum könnte dann zeitnah in Wohnraum umgebaut  
156 werden.

157 **3. Mobilität 4.0:** Die Wege im ländlichen Raum sind weit. Auch wenn wir durch  
158 digitale Arbeits-/Teilhabeformen und mobile Infrastrukturen Arbeit,  
159 Familie, Freizeit und Versorgung wieder näher zusammenbringen und dadurch  
160 den Zwang zu Mobilität reduzieren können, brauchen wir im ländlichen Raum  
161 eine neue Mobilitätspolitik, die bezahlbare, zuverlässige und  
162 klimafreundliche Mobilität für alle Menschen sicherstellt. Dafür braucht  
163 es mehr Alternativen zum individuellen Auto – wissend, dass es auch  
164 weiterhin von Bedeutung sein wird. Vergleichsweise schnell zu  
165 reaktivierende Bahntrassen, höhere Taktungen und Haltepunkte sind zeitnah  
166 umsetzbar. Buslinien müssen regional und nicht auf Stadtgrenzen begrenzt  
167 gedacht werden. Wir brauchen Schnellbuslinien von und zu wichtigen  
168 Knotenpunkten (z.B. von Park/Bike & Ride Plätzen zur Innenstadt) und  
169 hierfür ein einheitliches Verbundsystem. Dies erfordert auch den Ausbau  
170 von trockenen Wartebereichen. Der ÖPNV / SPNV muss in Kombinationen mit  
171 dem Radverkehrsnetz und weiteren alternativen Angeboten (z.B. Rufsysteme,  
172 Mitfahrbänke) so aufgewertet werden, dass Menschen gerne das Auto stehen  
173 lassen. Hierzu fordern wir eine erleichterte Mitnahmemöglichkeit von  
174 Fahrrädern in Bussen. Barrierefreiheit muss dabei mitgedacht werden. Für  
175 den ÖPNV als Teil der Daseinsvorsorge setzen wir uns dafür ein, dass auch  
176 der Bund mehr Verantwortung für die Finanzierung und Ausgleich von  
177 Defiziten übernimmt.

178 **4. Regionale Gesundheitsnetzwerke:**

179 Besonders der Zugang zu Ärzt\*innen und pflegerischen Einrichtungen muss  
180 gesichert sein. Allgemeine Versorgungszentren, Gemeinschaftspraxen von bei  
181 der Kommune angestellten Ärzt\*innen, telemedizinischer Notdienst oder auch  
182 Arztbusse/ mobile Fahrdienste können Schritte zur Lösung des Problems  
183 sein, Ziel sollte der Erhalt einer dezentralen Gesundheitsversorgung sein,

184 denn lange Wege zu zentren-orientierter Versorgung machen es insbesondere  
 185 für alte Menschen schwierig, diese aufzusuchen. Der Schlüssel für alle  
 186 dies sind regionale Gesundheitsnetzwerke (Gesundheitsregionen). Damit  
 187 können flexible Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort geschaffen, die  
 188 Sektorengrenzen und deren Fehlanreize überwunden und eine auf die  
 189 jeweiligen Bedürfnisse abgestimmte und vernetzte Versorgung ermöglicht  
 190 werden. Krankenkassen, ambulante Gesundheitseinrichtungen und  
 191 Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Hebammen, Apothekerinnen und Apotheker  
 192 sowie therapeutische Berufe arbeiten in Gesundheitsregionen Hand in Hand  
 193 zusammen. Mobilitätsangebote sind besser mit Angeboten von Gesundheits-  
 194 und Pflegeeinrichtungen zu verzahnen, damit Fahrpläne und Öffnungszeiten  
 195 aufeinander abgestimmt sind.

- 196 **5. Regionalisierungsstrategie und Landesprogramm „regionale Wertschöpfung“:**  
 197 Regionale Wertschöpfungsketten vom Acker bis zum Teller sind für eine  
 198 sichere Nahversorgung und im Kampf gegen die Klimakrise existenziell. Wir  
 199 wollen die regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung stärken und  
 200 so das Höfesterben stoppen und eine regionale möglichst nachhaltige und  
 201 gesunde Versorgung sichern. Dafür wollen wir ein Landesprogramm „regionale  
 202 Wertschöpfung“ aufsetzen. Wo regionale Strukturen (z.B. Metzgereien,  
 203 Bäckereien) fehlen, wollen wir den Aufbau unterstützen. In öffentlichen  
 204 Einrichtungen wollen wir verstärkt regionale und ökologische Produkte  
 205 verwenden. So schaffen wir Nachfrage und faire Preise. Eine landesweite  
 206 EinkaufsApp und Regionalsiegel unterstützen wir. Ziel ist es, die Städte  
 207 in NRW möglichst viel mit nachhaltig erzeugten Lebensmitteln aus den  
 208 ländlichen Regionen im Umland direkt versorgen zu können. Dafür brauchen  
 209 wir Förderprogramme für die Erstellung und Umsetzung von  
 210 Regionalisierungskonzepten in den Kommunen/Kreisen (analog  
 211 Klimaschutzkonzepte) und für den Aufbau von Wertschöpfungscentren sowie  
 212 regionalen Ernährungssystemen. Wir wollen Modellregionen „Regional Plus“  
 213 (regional und besonders artgerecht/umweltfreundlich[6]) und  
 214 Ökomodellregionen fördern und so den regionalen und ökologischen Landbau  
 215 ausbauen.

216 **6. Ambitionierte Ausbauziele für Erneuerbare Energien unter  
 217 Bürgerbeteiligung:**

218 Wir wollen, dass der Ausbau von Erneuerbaren Energien auch unter den  
 219 Bürger\*innen eine hohe Akzeptanz findet und aktiv vorangetrieben wird.  
 220 Dazu wollen wir eine angemessene Bürger\*innenbeteiligung an der  
 221 Wertschöpfung und an den Planverfahren sicherstellen. Es soll mehr  
 222 Wertschöpfung in den Kommunen bleiben und Landwirtschaft, Kommunen und  
 223 Bürger\*innen müssen davon unmittelbar profitieren können. Anwohner\*innen  
 224 sollten direkt vergünstigten Strom von regionalen Wind-, Biomasse- und  
 225 Solaranlagen beziehen können. Auch ein Bürger\*innen-Energiefonds kann  
 226 genossenschaftliche Projekte fördern. Damit Behörden vor Ort Genehmigungen  
 227 zügig erteilen können, müssen endlich bundesweite Standards für die  
 228 Koexistenz von Windenergie, Freiflächen-PV und Naturschutz aufgestellt  
 229 werden.

230 **7. Familienbetriebe stärken:**

231 Eine aktuelle Studie zeigt, dass in ländlichen Regionen, in denen es viele  
 232 Familienunternehmen gibt, die jungen Menschen weniger abwandern, der  
 233 Wohlstand und die Ausbildungsquote höher und die Arbeitslosigkeit

234 niedriger ist. Denn gegenüber Großkonzernen sind Familienunternehmen in  
 235 ihren Heimatregionen fest verwurzelt und übernehmen gesellschaftliche  
 236 Verantwortung vor Ort. Wir Grüne wollen Familienbetriebe und diese Kultur  
 237 der Selbständigkeit erhalten und stärken. Aber Familienbetriebe haben es  
 238 zunehmend schwer, ihren Grundsätzen trotz Wachstumszwängen in  
 239 globalisierten Märkten treu zu bleiben. Insbesondere in der Landwirtschaft  
 240 aber auch im Lebensmittelhandwerk bedingen Betriebsentwicklungen oft  
 241 Betriebsaufgaben in der Nachbarschaft und tragen so zu sozialen Konflikten  
 242 in den Familien und Dörfern bei. Die vielen Suizide und Burn-Out-Diagnosen  
 243 in der Landwirtschaft wollen wir ernst nehmen und hierzu vermehrt  
 244 Forschung ermöglichen. Unternehmenskrisen bspw. auf Grund von  
 245 Generationskonflikten wollen wir durch kostenlose sozioökonomische  
 246 Beratungen unterstützen. Dazu setzen wir uns für einen Lehrstuhl  
 247 Wirtschaftssoziologie / Agrarsoziologie ein. In der Ausbildung müssen auch  
 248 Themen der Sozioökonomie und Kommunikation Pflichtfach sein.

#### 249 **8. Anreize für die Wirtschaft und Menschen schaffen:**

250 Wir wollen Unternehmensgründungen und -nachfolge im ländlichen Raum  
 251 insbesondere durch Frauen speziell fördern und bessere Anreize für  
 252 Fachkräfte schaffen. Ziel ist, eine aktive Ansiedlung und Förderung von  
 253 grünen Start Up's, die Errichtung von Gründungszentren und die Einrichtung  
 254 von Innovationshubs in den ländlichen Räumen, in denen Unternehmen, Start-  
 255 ups und Wissenschaftseinrichtungen räumlich nah beieinander angesiedelt  
 256 sind, wodurch der Wissensaustausch gefördert wird. Wir wollen Coworking  
 257 Spaces und Wirtschaftscluster unter Nutzung der regionalen Ressourcen  
 258 (z.B. Holzcluster, Bioökonomie) im ländlichen Raum fördern. So wollen wir  
 259 Kompetenzzentren im ländlichen Raum mit guter ÖPNV-Anbindung schaffen, die  
 260 wiederum die Möglichkeit bieten, dass dort auch überregionale  
 261 Großveranstaltungen stattfinden können. Zusätzliche Arbeitsplätze in den  
 262 neu etablierten Einrichtungen schaffen attraktive Perspektiven für  
 263 HochschulabsolventInnen in der Region. Auch wollen wir fördern, dass  
 264 bäuerliche Familienbetriebe, Sozialträger und Institutionen mit Green  
 265 Care-Angeboten (z.B. tiergestützte Therapie, soziale Projekte auf dem  
 266 Bauernhof) zusammen neue innovative Wege gehen.

#### 267 **9. Ansiedelung von Behörden in strukturschwachen Regionen:**

268 Die Ansiedelung von Bundes- und Landeseinrichtungen sowie ausgelagerten  
 269 Organisationen in Regionen ist ein wirksames Instrument der  
 270 Strukturpolitik. Durch Dezentralisierung von Behörden Bildungs- und  
 271 Kulturstätten, Einrichtungen der Jugendhilfe, zentrale Klima- und  
 272 Umweltforschungseinrichtungen o.ä. wollen wir Impulse geben. Eine  
 273 Möglichkeit ist z.B. der Aufbau einer Fakultät zur ökologischen  
 274 Waldforschung und Weiterbildung von Waldarbeiter\*innen an der  
 275 Fachhochschule Südwestfalen – bei 1 Mio. Hektar Wald und über 200.000  
 276 Waldbesitzer\*innen verfügt NRW über kein Institut zur  
 277 waldbaulichen/forstlichen Forschung und Lehre. Dafür braucht es auch von  
 278 Bundes- und Landesseite eine klare und transparente Strategie für die  
 279 Verteilung neuer oder der Erweiterung bestehender Bundeseinrichtungen und  
 280 Institutionen.

#### 281 **10. Ökosoziale Transformation gerecht gestalten:**

282 Der Wandel zu einer klimagerechten Gesellschaft wird uns nur gelingen,  
 283 wenn alle Menschen auf diesem Weg mitgenommen werden, denn ein relevanter

284 Teil der Landbevölkerung lebt mit kleinen Einkommen in größerem  
285 Wohneigentum, heizt mit Öl oder Gas und ist fast vollständig auf das  
286 eigene Auto angewiesen, darunter überdurchschnittlich viele ältere  
287 Menschen. Die Anschaffung von emissionsfreien Autos, die energetische und  
288 barrierefreie Sanierung von Wohnhäusern und die Umstellung von alten  
289 Ölheizungen erfordern erhebliche Investitionen. Trotz hoher Förderungen  
290 ist das nicht für alle ohne weiteres zu stemmen. Deshalb muss Klimapolitik  
291 und Umweltschutz sozial ausgewogen sein und auf die Unterschiede zwischen  
292 Ballungsräumen und dem Land Rücksicht nehmen. Wir werden gezielte  
293 Programme für die Sanierung des Eigenheimbestands und Umbau zu  
294 Mehrgenerationenhäuser entwickeln, die neue Finanzierungsmodelle für  
295 Härtefälle und systematische Unterstützung bei der Umsetzung der Sanierung  
296 verbinden. Umweltgerechtigkeit ist das Maß unserer Politik: wir denken  
297 sozial gerechte und ökologisch zukunftsorientierte Maßnahmen zusammen und  
298 werden z.B. durch einen Masterplan Umwelt und Gesundheit diese  
299 Schnittstellen bearbeiten.

#### 300 11. **Mehr Teilhabe für die ländliche Bevölkerung:**

301 Für Menschen im ländlichen Raum ist mitunter es sehr aufwändig, politische  
302 Teilhabe auf Landesebene auszuüben. Dazu haben kleinere Kommunen und  
303 Menschen auf dem Land häufig keine ausreichenden Kapazitäten und  
304 Vernetzungen, um ihre Interessen anzumelden oder Förderungen wahrzunehmen.  
305 Wir wollen eine effektive gleichwertige Teilhabe der Landbevölkerung an  
306 politischen, gesellschaftlichen Prozessen über die Nutzung der digitalen  
307 Möglichkeiten ermöglichen. Das fördert die Interaktion zwischen Land und  
308 Stadt. Außerdem wollen wir mehr Austausch zur Meinungsbildung und eine  
309 neue Einladungskultur etablieren (Runde Tische, Partnerstädte Land/Stadt).  
310 Der aktuelle Zuwachs der städtischen Bevölkerung führt zunehmend zu  
311 veränderten Zuschnitten der Wahlkreise aufgrund veränderter  
312 Einwohner\*innenzahlen. Das lässt ländliche Räume noch mehr ins  
313 Hintertreffen geraten und auch hier entsteht ein Teufelskreislauf. Im  
314 ländlichen Raum sind Ehrenamt und Vereinswesen eine wesentliche Säule der  
315 Gesellschaft (z.B. Sport- und Musikvereine, Bürgerbusse). Damit dies auch  
316 in Zukunft trägt, setzen wir uns für eine deutliche Stärkung des  
317 Ehrenamtes ein. Das Vereinswesens wollen wir stärken und die Integration  
318 in Schule unterstützen. Auch die soziale Infrastruktur muss im ländlichen  
319 Raum gestärkt werden.

## **V-3** Weckruf aus der Wissenschaft: Wir sind Hanna!

Gremium: LAG Hochschule

Beschlussdatum: 05.07.2021

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

#### 1. Wissenschaft & Forschung brauchen gute Rahmenbedingungen

Ob bei der Erforschung des Klimawandels, der Entwicklung von Impfstoffen oder der Aufklärung von Verschwörungsmythen – Wissenschaft und Forschung sind von elementarer gesellschaftlicher Bedeutung!

Mit der höchsten Dichte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Europa, sollte der Forschungs- und Hochschulbereich für das Land NRW einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert haben und sich in guten Forschungs- und Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Doch die Hochschulpolitik der schwarz-gelben Landesregierung zeichnet ein anders Bild: In der Landespolitik und im Wissenschaftsalltag ist die Lage desaströs.

Unter dem Hashtag #IchBinHanna haben seit Juni 2021 zahlreiche wissenschaftliche und wissenschaftsassozierte Beschäftigte ihrem Ärger über die schlechten Arbeitsbedingungen mit unsicherer Zukunftsperspektive in Wissenschaft und Forschung Luft gemacht. Über 80 Prozent des wissenschaftlichen Personals in NRW sind befristet beschäftigt, dabei sind ungewollte Teilzeitverträge bei gleichzeitigen ungewollten Überstunden keine Seltenheit. Dieser digitale Protest verdeutlicht eine Schieflage innerhalb der föderalen Hochschullandschaft in Deutschland: Obwohl immer wieder beteuert wird, wie wichtig Bildung und Forschung sind, so wenig scheint die Politik bereit zu sein, in gute Bedingungen für die Wissenschaft zu investieren. Dabei wird scheinbar vergessen, dass gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen die Grundlage bilden für die präzise Analyse gesellschaftlicher Probleme, für zukunftsweisende Innovationen, sowie für die Lehrer\*innenausbildung und bildet damit auch die Basis guter Schulbildung.

Wenn sich Wissenschaftler\*innen von einem befristeten Vertrag zum nächsten hangeln müssen und oft nicht wissen, ob sie in einem halben Jahr noch die Miete zahlen können und wenn Professor\*innen regelmäßig ihre wertvollen Mitarbeiter\*innen verlieren, dann hat das zwangsläufig nicht nur, und das allein ist schlimm genug, Auswirkungen auf die einzelnen Menschen, sondern auch auf das System Hochschule, auf die Lehre, auf die Forschung und auch auf die Studienbedingungen.

Es geht jedoch nicht nur um befristete Verträge und schlechte Arbeitsbedingungen an deutschen Hochschulen, sondern im Grunde um die Zukunft des Forschungs- und Bildungsstandorts Deutschland. Es geht darum, Potentiale nicht zu verschleißen und kluge Köpfe nicht zu verlieren. Denn klar ist, dass gute Wissenschaft und Forschung in alle Bereiche der Gesellschaft, von Bildung bis Wirtschaft und Innovation, hineinwirken. Eine solide Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen schützt die thematische Vielfalt in Wissenschaft und



38 Forschung vor einer zu starken Ausrichtung an Drittmittelgebern. Eine  
39 angemessene Grundfinanzierung der Hochschulen ist also unerlässlich, um die im  
40 Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit zu sichern und die Unabhängigkeit  
41 zu gewährleisten. Anstatt in die Grundfinanzierung der Hochschulen zu  
42 investieren, standen aber zuletzt Budget-Kürzungen auf dem Plan.

43 Der Hashtag #IchBinHanna ist ein Weckruf und verdeutlicht die gravierenden  
44 Missstände der wissenschaftlichen Beschäftigten! Die gilt es zu beseitigen! Wir  
45 müssen dafür die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten an Hochschulen und  
46 Forschungseinrichtungen unter die Lupe nehmen, gute Beschäftigungsstrukturen  
47 etablieren und eine planbare Karriere in der Wissenschaft möglich machen.

## 48 **2. Wie wir Wissenschaft und Forschung nachhaltig stärken**

49 Für einen klugen rechtlichen Rahmen im Bund und mehr Unterstützung des Bundes  
50 für die Länder, treten wir am 26. September zur Bundestagswahl an. Wir wollen  
51 aber auch ganz besonders die landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um  
52 attraktive und zukunftsfähige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den  
53 Hochschulen und Forschungseinrichtungen in unserem Land zu schaffen. So wächst  
54 die Grundfinanzierung dank grüner Wissenschaftspolitik in Baden-Württemberg und  
55 Hamburg jährlich um durchschnittlich drei Prozent, in Hessen um vier Prozent.  
56 Für bessere Arbeitsbedingungen werden in Baden-Württemberg beispielsweise 2000  
57 unbefristete Stellen über alle Hochschulformen bis 2021 geschaffen und auch  
58 Hessen und Hamburg sorgen mit ihrem Hochschulpakt bzw. Zukunftsverträgen für  
59 mehr Planungssicherheit für Wissenschaftler\*innen. Das ist auch in NRW möglich –  
60 und nötig!

61 Wir wollen das System aus Kurzverträgen, Kettenbefristungen und Dauerüberlastung  
62 beenden. Dafür muss auf Bundesebene das Wissenschaftszeitvertragsgesetz  
63 grundlegend reformiert werden. Unser Ziel ist ein rechtlicher Rahmen, der hilft  
64 den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter\*innen-Stellen grundlegend zu erhöhen.  
65 Wir fordern mehr Dauerstellen für Daueraufgaben, um ein breites Fundament für  
66 gute Lehre und zukunftsweisende Forschung in NRW zu legen. Befristungen müssen  
67 mit entsprechenden Auflagen für Hochschulen und Perspektiven für die  
68 Beschäftigten verbunden sein und faire Vertragslaufzeiten schaffen. Das bedeutet  
69 etwa, dass die sechs Jahre vor und nach der Promotion den Beschäftigten auch  
70 tatsächlich zur Verfügung stehen und keine Qualifikation gefährdet ist, weil  
71 Stellen nicht verlängert werden.

72 Aber auch die Landesregierung hat Möglichkeiten unsachgemäße, kurze und  
73 Kettenbefristungen an Hochschulen einzudämmen. Deswegen setzen wir uns für einen  
74 deutlichen Ausbau der Grundfinanzierung für Hochschulen in NRW ein, um dieser  
75 Schieflage entgegenzutreten. Wir wollen die Hochschulen ausreichend ausstatten  
76 und die Umsetzung rechtlicher Regelungen sicherstellen, um einen hohen Standard  
77 und verlässliche Vereinbarungen bei der Betreuung aller Promovierenden und  
78 Postdocs zu gewährleisten. Ebenso wollen wir den Wiedereinstieg von  
79 Wissenschaftler\*innen ermöglichen, deren Laufbahn durch die Regelungen des  
80 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ungerechterweise beendet wurde. Damit nehmen  
81 wir auch allen Wissenschaftler\*innen den Druck eines jähen Karriereendes.

## 82 **Wir wollen planbare und transparente Karrierewege für Wissenschaftler\*innen**

83 Wir brauchen sichere und transparente Berufswege an Hochschulen und  
84 Forschungseinrichtungen in NRW, die von Beginn an Planungssicherheit  
85 ermöglichen. Alle Wissenschaftler\*innen müssen ihren Aufgaben in Forschung und

86 Lehre nachkommen können, ohne ständig von Existenzsorgen geplagt zu sein.  
87 Deswegen setzen wir uns für mehr Dauerstellen an den NRW-Hochschulen und  
88 Karrierewege abseits von Professuren ein. Bund und Land stehen gemeinsam in der  
89 Verantwortung, die dafür nötigen Finanzmittel bereit zu stellen. Insbesondere an  
90 Hochschulen für angewandte Wissenschaft gilt es, den Ausbau des  
91 wissenschaftlichen Mittelbaus mit guten Arbeitsbedingungen zu unterstützen, wie  
92 dies beispielsweise in Hessen derzeit passiert. Wir wollen in NRW jedem  
93 Lehrstuhl an einer Hochschule für angewandte Wissenschaft mindestens eine\*n  
94 wissenschaftliche\*n Beschäftigte\*n zur Seite stellen.

95 Chancengleichheit und Diversität sind zentral für Qualität, Leistungsfähigkeit  
96 und Gerechtigkeit im Wissenschaftssystem. Jedoch stellen sich für Frauen, People  
97 of Color, Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien, mit geringen ökonomischen  
98 Ressourcen oder mit internationaler Familiengeschichte, sowie Akademiker\*innen  
99 mit Behinderung oder chronischer Erkrankung nach wie vor besondere  
100 Herausforderungen beim Karriereweg innerhalb der Wissenschaft. Diese Chancen-  
101 und Geschlechtergerechtigkeit wollen wir durch gezielte Förderprogramme  
102 überwinden und durch eine Anpassung der Hochschulstatistik auch in ihrer Wirkung  
103 überprüfbar gestalten. Bei der Ausgestaltung der Programme sollen die  
104 spezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler\*innen stärker  
105 berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang können die gesetzlichen  
106 Interessenvertretungen, welche sich mit den Fragen der Geschlechtergerechtigkeit  
107 und Chancengleichheit an den Hochschulen auseinandersetzen, als wichtige  
108 Impulsgeber\*innen für positive Veränderungsprozesse agieren.

#### 109 **Arbeitsbedingungen studentischer Mitarbeiter\*innen verbessern**

110 Wir wollen die Arbeitsbedingungen auch für studentische und wissenschaftliche  
111 Hilfskräfte verbessern. Studentische Beschäftigte brauchen eine tarifliche  
112 Absicherung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen sowie eine garantierte  
113 Personalvertretung. Dafür müssen die Länder ihre Blockadehaltung aufgeben und  
114 einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte ermöglichen. Klar ist für uns,  
115 dass alle arbeitsrechtlichen Standards auch für studentische Beschäftigte gelten  
116 müssen. Das bedeutet insbesondere existenzsichernde Löhne und regelmäßige  
117 Lohnanpassungen, Planbarkeit durch klare Regeln zu Mindestvertragslaufzeiten und  
118 Urlaubsanspruch sowie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir wollen für alle  
119 studentischen Beschäftigten Personalvertretungen gewährleisten und eine gerechte  
120 Vertretung von Professor\*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden,  
121 Mitarbeitenden aus Verwaltung und Technik sowie Studierenden in allen Gremien  
122 der Hochschulen sicherstellen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das  
123 Hochschulgesetz in diesen und anderen Punkten aufgeweicht. Das müssen wir wieder  
124 ändern.

#### 125 **Mit einem Wissenschaftsmodernisierungsprogramm den Sanierungsstau beenden**

126 Gute Arbeitsbedingungen setzen eine gute Infrastruktur voraus. Diese Bedingungen  
127 sind in NRW derzeit nicht gegeben. Der Sanierungsbedarf bei den Hochschulen und  
128 Universitätskliniken liegt bei etwa zwölf Milliarden Euro. Wir wollen mit einem  
129 Wissenschaftsmodernisierungsprogramm den Sanierungsstau effektiv bekämpfen. Bei  
130 der Sanierung wollen wir höchste Standards anlegen, um möglichst klimaneutrale  
131 Gebäude zu erhalten, auch durch die Nutzung des enormen Potenzials für  
132 erneuerbare Energien. Für einen zukunftsfähigen Wissenschaftsstandort brauchen  
133 wir auch erhebliche Investitionen in die digitalen Infrastrukturen der  
134 Hochschulen.

135 **3. Wir GRÜNE setzen auf den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW**

136 Wissenschaft und Grundlagenforschung sind wichtige Pfeiler unserer Gesellschaft  
137 und unserer Innovationskraft. Die Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht,  
138 welche wichtige Rolle Wissenschaft in Deutschland und weltweit spielt. Bessere  
139 und verlässliche Karrierewege an unseren Hochschulen nützen Forschung, Lehre und  
140 der privaten Lebensplanung der Beschäftigten in der gesamten Gesellschaft.  
141 GRÜNE Bildungspolitik schließt Hochschul- und Wissenschaftspolitik mit ein.

142 Die Hochschulen und Wissenschaftler\*innen wirken mit ihrem Know-how direkt in  
143 unsere Gesellschaft, unsere Schulen oder unser Gesundheitswesen hinein. Auch aus  
144 diesem Grund wollen wir mehr Dauerstellen an den Hochschulen, mehr Karrierewege  
145 an Hochschulen abseits von Professuren und eine solidere Finanzierung von  
146 Hochschulen in NRW. Nur so können wir beste Forschungs- und Lehrbedingungen  
147 sowie beste Bedingungen für den Wissenschaftstransfer dauerhaft in NRW gestalten  
148 und so dafür sorgen, dass junge Wissenschaftler\*innen gleichberechtigte Chancen  
149 und transparente Karrierewege in der Wissenschaft vorfinden. Bund und Land  
150 stehen gemeinsam in der Verantwortung, die dafür nötigen Finanzmittel bereit zu  
151 stellen.

152 Dafür setzen wir GRÜNE uns auf Bundes- und Landesebene ein.

# Beschluss

Weckruf aus der Wissenschaft: Wir sind Hanna!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 22.08.2021  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

## Antragstext

### 1. Wissenschaft & Forschung brauchen gute Rahmenbedingungen

Ob bei der Erforschung des Klimawandels, der Entwicklung von Impfstoffen oder der Aufklärung von Verschwörungsmythen – Wissenschaft und Forschung sind von elementarer gesellschaftlicher Bedeutung!

Mit der höchsten Dichte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Europa, sollte der Forschungs- und Hochschulbereich für das Land NRW einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert haben und sich in guten Forschungs- und Arbeitsbedingungen widerspiegeln. Doch die Hochschulpolitik der schwarz-gelben Landesregierung zeichnet ein anders Bild: In der Landespolitik und im Wissenschaftsalltag ist die Lage desaströs.

Unter dem Hashtag #IchBinHanna haben seit Juni 2021 zahlreiche wissenschaftliche und wissenschaftsassoziierte Beschäftigte ihrem Ärger über die schlechten Arbeitsbedingungen mit unsicherer Zukunftsperspektive in Wissenschaft und Forschung Luft gemacht. Über 80 Prozent des wissenschaftlichen Personals in NRW sind befristet beschäftigt, dabei sind ungewollte Teilzeitverträge bei gleichzeitigen ungewollten Überstunden keine Seltenheit. Dieser digitale Protest verdeutlicht eine Schieflage innerhalb der föderalen Hochschullandschaft in Deutschland: Obwohl immer wieder beteuert wird, wie wichtig Bildung und Forschung sind, so wenig scheint die Politik bereit zu sein, in gute Bedingungen für die Wissenschaft zu investieren. Dabei wird scheinbar vergessen, dass gute Arbeitsbedingungen an Hochschulen die Grundlage bilden für die präzise Analyse gesellschaftlicher Probleme, für zukunftsweisende Innovationen, sowie für die Lehrer\*innenausbildung und bildet damit auch die Basis guter Schulbildung.

Wissenschaftler\*innen hangeln sich oft von einem Kurzvertrag zum nächsten und wissen nicht, ob sie in einem halben Jahr noch die Miete zahlen können. Gleichzeitig verlieren Professor\*innen regelmäßig ihre erfahrenen und wertvollen Mitarbeiter\*innen. Dieser Missstand hat nicht nur Auswirkungen auf die Lebenssituation einzelner Menschen, sondern auch auf die Leistungsfähigkeit der Hochschulen und die Qualität der Lehre und der Forschung. Zudem führen befristete Arbeitsverträge, schlechte Arbeitsbedingungen und vergleichsweise geringe Bezahlung dazu, dass den Hochschulen Wissenschaftler\*innen verloren gehen und Potentiale nicht ausgeschöpft werden.

Im Grunde geht es um die Zukunft des Forschungs- und Bildungsstandorts Deutschland. Denn eine solide Finanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen würde nicht nur zu mehr Planungssicherheit und besseren Arbeitsbedingungen führen, sondern auch die thematische Vielfalt in Wissenschaft

37 und Forschung vor einer zu starken Ausrichtung an Drittmittelgebern schützen.  
38 Die weit über eine an sich schon fatale Prekarisierung der  
39 Hochschulbeschäftigten hinausreichende gesamtgesellschaftliche Bedeutung kann  
40 dabei nicht genug betont werden: Entwicklungen wie die zwangsweise Entlassung  
41 qualifizierten Personals, die Zunahme von Teilzeit- und Fristverträgen und die  
42 ständige Jagd nach externen Drittmitteln und befristeter Projektfinanzierung  
43 zerbrechen nicht nur die persönlichen Lebensläufe von Forschenden und Lehrenden  
44 oder verunmöglichen längerfristige Hochschul-Infrastrukturplanung. Sie zwingen  
45 Forschung und Lehre überdies dazu, sich inhaltlich mehr und mehr an  
46 kurzfristigem Denken, an den Vorgaben externer Geldgeber und an unmittelbarer  
47 monetärer Verwertbarkeit auszurichten. Dies ist eine Gefährdung von  
48 Wissenschafts- und Forschungsfreiheit und unterminiert unter dem Deckmantel von  
49 Innovativität insbesondere die essentielle Grundlagenforschung, kritische  
50 Hinterfragung und langfristiges Denken - also ausgerechnet auch all jene  
51 Bereiche, die für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Gesellschaft  
52 unverzichtbar sind.

53 Eine angemessene Grundfinanzierung der Hochschulen ist also unerlässlich, um die  
54 im Grundgesetz verankerte Wissenschaftsfreiheit zu sichern und die  
55 Unabhängigkeit zu gewährleisten. Anstatt in die Grundfinanzierung der  
56 Hochschulen zu investieren, standen aber zuletzt Budget-Kürzungen auf dem Plan.

57 Der Hashtag #IchBinHanna ist ein Weckruf und verdeutlicht die gravierenden  
58 Missstände der wissenschaftlichen Beschäftigten! Die gilt es zu beseitigen! Wir  
59 müssen dafür die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten an Hochschulen und  
60 Forschungseinrichtungen unter die Lupe nehmen, gute Beschäftigungsstrukturen  
61 etablieren und eine planbare Karriere in der Wissenschaft möglich machen.

## 62 **2. Wie wir Wissenschaft und Forschung nachhaltig stärken**

63 Für einen klugen rechtlichen Rahmen im Bund und mehr Unterstützung des Bundes  
64 für die Länder, treten wir am 26. September zur Bundestagswahl an. Wir wollen  
65 aber auch ganz besonders die landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um  
66 attraktive und zukunftsfähige Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den  
67 Hochschulen und Forschungseinrichtungen in unserem Land zu schaffen. So wächst  
68 die Grundfinanzierung dank grüner Wissenschaftspolitik in Baden-Württemberg und  
69 Hamburg jährlich um durchschnittlich drei Prozent, in Hessen um vier Prozent.  
70 Für bessere Arbeitsbedingungen werden in Baden-Württemberg beispielsweise 2000  
71 unbefristete Stellen über alle Hochschulformen bis 2021 geschaffen und auch  
72 Hessen und Hamburg sorgen mit ihrem Hochschulpakt bzw. Zukunftsverträgen für  
73 mehr Planungssicherheit für Wissenschaftler\*innen. Das ist auch in NRW möglich –  
74 und nötig!

75 Wir wollen das System aus Kurzverträgen, Kettenbefristungen und Dauerüberlastung  
76 beenden. Dafür muss auf Bundesebene das Wissenschaftszeitvertragsgesetz  
77 grundlegend reformiert werden. Unser Ziel ist ein rechtlicher Rahmen, der hilft  
78 den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter\*innen-Stellen grundlegend zu erhöhen.  
79 Wir fordern mehr Dauerstellen für Daueraufgaben, um ein breites Fundament für  
80 gute Lehre und zukunftsweisende Forschung in NRW zu legen. Befristungen müssen  
81 mit entsprechenden Auflagen für Hochschulen und Perspektiven für die  
82 Beschäftigten verbunden sein und faire Vertragslaufzeiten schaffen. Das bedeutet  
83 etwa, dass die sechs Jahre vor und nach der Promotion den Beschäftigten auch  
84 tatsächlich zur Verfügung stehen und keine Qualifikation gefährdet ist, weil  
85 Stellen nicht verlängert werden.

86 Aber auch die Landesregierung hat Möglichkeiten unsachgemäße, kurze und  
87 Kettenbefristungen an Hochschulen einzudämmen.  
88 Dabei ist es besonders wichtig, dass diese Stellen Teil der Grundfinanzierung  
89 werden. Hierfür dürfen keine anderen Töpfe zweckentfremdet werden, insbesondere  
90 nicht die Qualitätsverbesserungsmittel, auch weil die Studierenden hier bei der  
91 Bestimmung der Ausgaben ein besonderes Mitspracherecht genießen.  
92 Wir wollen die Hochschulen ausreichend ausstatten und die Umsetzung rechtlicher  
93 Regelungen sicherstellen, um einen hohen Standard und verlässliche  
94 Vereinbarungen bei der Betreuung aller Promovierenden und Postdocs zu  
95 gewährleisten. Ebenso wollen wir den Wiedereinstieg von Wissenschaftler\*innen  
96 ermöglichen, deren Laufbahn durch die Regelungen des  
97 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ungerechterweise beendet wurde. Damit nehmen  
98 wir auch allen Wissenschaftler\*innen den Druck eines jähen Karriereendes.

### 99 **Wir wollen planbare und transparente Karrierewege für Wissenschaftler\*innen**

100 Wir brauchen sichere und transparente Berufswege an Hochschulen und  
101 Forschungseinrichtungen in NRW, die von Beginn an Planungssicherheit  
102 ermöglichen. Alle Wissenschaftler\*innen müssen ihren Aufgaben in Forschung und  
103 Lehre nachkommen können, ohne ständig von Existenzsorgen geplagt zu sein.  
104 Deswegen setzen wir uns für mehr Dauerstellen an den NRW-Hochschulen und  
105 Karrierewege abseits von Professuren ein. Bund und Land stehen gemeinsam in der  
106 Verantwortung, die dafür nötigen Finanzmittel bereit zu stellen. Insbesondere an  
107 Hochschulen für angewandte Wissenschaft gilt es, den Ausbau des  
108 wissenschaftlichen Mittelbaus mit guten Arbeitsbedingungen zu unterstützen, wie  
109 dies beispielsweise in Hessen derzeit passiert. Wir wollen in NRW jedem  
110 Lehrstuhl an einer Hochschule für angewandte Wissenschaft mindestens eine\*n  
111 wissenschaftliche\*n Beschäftigte\*n zur Seite stellen.

112 Chancengleichheit und Diversität sind zentral für Qualität, Leistungsfähigkeit  
113 und Gerechtigkeit im Wissenschaftssystem. Jedoch stellen sich für Frauen, People  
114 of Color, Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien, mit geringen ökonomischen  
115 Ressourcen oder mit internationaler Familiengeschichte, sowie Akademiker\*innen  
116 mit Behinderung oder chronischer Erkrankung nach wie vor besondere  
117 Herausforderungen beim Karriereweg innerhalb der Wissenschaft. Diese Chancen-  
118 und Geschlechterungerechtigkeit wollen wir durch gezielte Förderprogramme  
119 überwinden und durch eine Anpassung der Hochschulstatistik auch in ihrer Wirkung  
120 überprüfbar gestalten. Bei der Ausgestaltung der Programme sollen die  
121 spezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Wissenschaftler\*innen stärker  
122 berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang können die gesetzlichen  
123 Interessenvertretungen, welche sich mit den Fragen der Geschlechtergerechtigkeit  
124 und Chancengleichheit an den Hochschulen auseinandersetzen, als wichtige  
125 Impulsgeber\*innen für positive Veränderungsprozesse agieren.

### 126 **Arbeitsbedingungen studentischer Mitarbeiter\*innen verbessern**

127 Wir wollen die Arbeitsbedingungen auch für studentische und wissenschaftliche  
128 Hilfskräfte verbessern.  
129 Das fordert auch die studentisch initiierte, breit getragene und vor allem  
130 gewerkschaftlich unterstützte Kampagne „TVStud - Her mit den Tarifverträgen für  
131 Studentische Beschäftigte!“. Wir begrüßen und unterstützen diese  
132 Studentische Beschäftigte brauchen eine tarifliche Absicherung ihrer Löhne und  
133 Arbeitsbedingungen sowie eine garantierte Personalvertretung. Dafür müssen die  
134 Länder ihre Blockadehaltung aufgeben und einen Tarifvertrag für studentische

135 Beschäftigte ermöglichen. Klar ist für uns, dass alle arbeitsrechtlichen  
136 Standards auch für studentische Beschäftigte gelten müssen. Das bedeutet  
137 insbesondere angemessene Löhne und regelmäßige Lohnanpassungen, Planbarkeit  
138 durch klare Regeln zu Mindestvertragslaufzeiten und Urlaubsanspruch sowie  
139 Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wir wollen für alle studentischen  
140 Beschäftigten Personalvertretungen gewährleisten und eine gerechte Vertretung  
141 von Professor\*innen, wissenschaftlichen Mitarbeitenden, Mitarbeitenden aus  
142 Verwaltung und Technik sowie Studierenden in allen Gremien der Hochschulen  
143 sicherstellen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das Hochschulgesetz in  
144 diesen und anderen Punkten aufgeweicht. Das müssen wir wieder ändern.

#### 145 **Mit einem Wissenschaftsmodernisierungsprogramm den Sanierungsstau beenden**

146 Gute Arbeitsbedingungen setzen eine gute Infrastruktur voraus. Diese Bedingungen  
147 sind in NRW derzeit nicht gegeben. Der Sanierungsbedarf bei den Hochschulen und  
148 Universitätskliniken liegt bei etwa zwölf Milliarden Euro. Wir wollen mit einem  
149 Wissenschaftsmodernisierungsprogramm den Sanierungsstau effektiv bekämpfen. Bei  
150 der Sanierung wollen wir höchste Standards anlegen, um möglichst klimaneutrale  
151 Gebäude zu erhalten, auch durch die Nutzung des enormen Potenzials für  
152 erneuerbare Energien. Für einen zukunftsfähigen Wissenschaftsstandort brauchen  
153 wir auch erhebliche Investitionen in die digitalen Infrastrukturen der  
154 Hochschulen.

#### 155 **3. Wir GRÜNE setzen auf den Wissenschafts- und Forschungsstandort NRW**

156 Wissenschaft und Grundlagenforschung sind wichtige Pfeiler unserer Gesellschaft  
157 und unserer Innovationskraft. Die Pandemie hat noch einmal deutlich gemacht,  
158 welche wichtige Rolle Wissenschaft in Deutschland und weltweit spielt. Bessere  
159 und verlässliche Karrierewege an unseren Hochschulen nützen Forschung, Lehre und  
160 der privaten Lebensplanung der Beschäftigten in der gesamten Gesellschaft.  
161 GRÜNE Bildungspolitik schließt Hochschul- und Wissenschaftspolitik mit ein.

162 Die Hochschulen und Wissenschaftler\*innen wirken mit ihrem Know-how direkt in  
163 unsere Gesellschaft, unsere Schulen oder unser Gesundheitswesen hinein. Auch aus  
164 diesem Grund wollen wir mehr Dauerstellen an den Hochschulen, mehr Karrierewege  
165 an Hochschulen abseits von Professuren und eine solidere Finanzierung von  
166 Hochschulen in NRW. Nur so können wir beste Forschungs- und Lehrbedingungen  
167 sowie beste Bedingungen für den Wissenschaftstransfer dauerhaft in NRW gestalten  
168 und so dafür sorgen, dass junge Wissenschaftler\*innen gleichberechtigte Chancen  
169 und transparente Karrierewege in der Wissenschaft vorfinden. Bund und Land  
170 stehen gemeinsam in der Verantwortung, die dafür nötigen Finanzmittel bereit zu  
171 stellen.

172 Dafür setzen wir GRÜNE uns auf Bundes- und Landesebene ein.

## V-4 Schützen wir die Menschen in NRW vor der Klimakrise – vorsorgen, investieren, Katastrophenschutz verbessern

Gremium: Landesvorstand  
Beschlussdatum: 16.08.2021  
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

### Antragstext

1 Noch immer ist das Ausmaß der Schäden der verheerenden Flutkatastrophe vom 14.  
2 Juli 2021 nicht komplett erfasst. Vor allem der Verlust von Menschenleben  
3 berührt uns tief. Durch das Hochwasser haben in Nordrhein-Westfalen nach  
4 aktuellem Stand 47 Menschen ihr Leben verloren, darunter auch vier  
5 Feuerwehrleute. Bundesweit waren es mindestens 180 und immer noch werden  
6 Menschen in Rheinland-Pfalz vermisst. Bei ihnen sind unsere Gedanken, ihren  
7 Angehörigen und Freund\*innen gilt unsere Anteilnahme.

8 Gleichzeitig rollt eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität durch unser  
9 Land. Unser Dank gilt den ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften sowie den  
10 unzähligen spontanen Helfenden, die seit dem 14. Juli fast pausenlos im Einsatz  
11 sind.

12 Viele Menschen in NRW stehen wortwörtlich vor den Trümmern ihrer Existenz. Den  
13 Wassermassen sind ganze Straßenzüge zum Opfer gefallen. Viele Brücken und  
14 Schienenstränge sind komplett zerstört. Die öffentliche Infrastruktur in den  
15 betroffenen Kommunen ist unter Schlamm, Schutt und Geröll begraben. Über 100  
16 Schulen und Kitas sind durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden.  
17 Schlamm und Umweltgifte belasten Landschaften und Gewässer.

18 Die Flut und ihre Folgen werden das Leben vieler Familien noch lange belasten.  
19 Der Wiederaufbau wird immens viel Geld und noch mehr Zeit kosten. Es ist gut,  
20 dass mit den Soforthilfen schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet wird. Diese  
21 muss nun auch wirklich bei den betroffenen Menschen, den Kommunen und Betrieben  
22 ankommen. Wir GRÜNE werden diesen Weg nach Kräften unterstützen.

23 Ein Tag wie der 14. Juli ändert für die Menschen in den Flutregionen alles. Und  
24 er mahnt uns alle: **Wir brauchen sofort mehr Anstrengungen im Klimaschutz.** Denn  
25 wir wissen, dass durch die Klimakrise Starkregen, Fluten ebenso wie extreme  
26 Hitze, Dürren, Waldbrände und Stürme zunehmen. NRW steht als Industrieland und  
27 als Kohleland in besonderer Verantwortung, seinen Beitrag zu leisten – nicht  
28 zuletzt zum Schutz der eigenen Bevölkerung. Längst geht es nicht mehr darum, zum  
29 Status vor zwanzig Jahren zurückzukehren, sondern eine unkontrollierbare  
30 Verschärfung der Klimakrise abzuwenden, damit "Jahrhundertflut", "-sturm" oder  
31 „-dürre“ nicht im Dreijahrestakt kommen. **Deshalb unterstützen wir GRÜNE NRW**  
32 **entschieden ein Klimaschutzsfortprogramm einer neuen Bundesregierung.** Für NRW  
33 bedeutet mehr Klimaschutz konkret, endlich deutlich mehr Landesflächen für  
34 Windenergie auszuweisen, Solar zum Standard auf unseren Dächern zu machen, die  
35 Kohleverstromung bis 2030 zu beenden und die Grundlagen zu schaffen, damit auch  
36 die Dörfer im Rheinischen Revier zu erhalten. Hier ist auch die Landesregierung  
37 mit konkreten Handlungen gefragt. Wie kaum ein anderes Land wird NRW von einem



38 „Klimapakt“ profitieren, der unserer energieintensiven Industrie Sicherheit im  
39 Wandel und dem Handwerk Aufträge durch Investitionen gibt – und bei dem das  
40 Energiegeld vor allem Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen bei der  
41 Umstellung auf klimaneutrales Leben unterstützt.

42 Nicht jede Naturkatastrophe ist eine unmittelbare Folge der Erderhitzung.  
43 Starkregen, heiße Sommer, Waldbrände und Sturmfluten gab es auch in der  
44 Vergangenheit. Aber die Heftigkeit, die Anzahl und die schnelle Abfolge der  
45 Extremwetterereignisse sind ein untrüglicher Indikator dafür, dass die  
46 Klimakrise längst da ist, vor unserer Haustür. Es gibt es kein Zurück mehr zum  
47 alten Klima. **Deshalb ist die Anpassung an den Klimawandel so wichtig.** Um Mensch  
48 und Umwelt in NRW vor der Klimakrise zu schützen, müssen wir Vorsorge betreiben  
49 und unsere Art und Weise überdenken, wie wir Häuser, Städte und Straßen bauen.  
50 Wir müssen der Natur mehr Raum geben und unser Verhältnis zur Natur neu  
51 bestimmen. Und nicht zuletzt stehen wir in der Pflicht, unseren  
52 Katastrophenschutz deutlich zu verbessern, um Menschenleben bei solchen  
53 schrecklichen Ereignissen zu schützen.

54 Im Mittelpunkt steht für uns dabei die **Vorsorge als Leitprinzip von Politik.** Das  
55 fällt nicht immer leicht, weil Investitionen und Vorkehrungen getroffen werden,  
56 von denen unmittelbar niemand zu profitieren scheint, die aber in der Zukunft  
57 großen Schaden abwenden können. Das erzeugt auch politische und wirtschaftliche  
58 Zielkonflikte, etwa um die Nutzung von Flächen. Diese anzugehen und politische  
59 Lösungen zu finden, ist alles andere als leicht – aber es ist unser Auftrag.

## 60 **Stärken wir den Hochwasserschutz und geben der** 61 **Natur mehr Raum**

62 Um für künftige Starkregen und Überschwemmungen besser gewappnet zu sein,  
63 intensiveren wir den Hochwasserschutz. Dafür setzen wir auf bessere  
64 Risikobewertungen, verstärken den technischen Hochwasserschutz und bieten der  
65 Natur mehr Raum, damit sie zusätzliches Wasser aufnehmen kann, ohne Menschen zu  
66 gefährden.

67 **Hochwasserrisiken besser einschätzen und Warnsystem ausbauen:** Hochwasserrisiken  
68 wollen wir im gesamten Land neu bewerten. Denn die Klimakrise verändert die  
69 Maßstäbe. Vielerorts haben die Wassermassen und Pegelstände alle Szenarien  
70 übertroffen. Die beste Risikoberechnungen und Warnungen helfen aber nichts, wenn  
71 sie nicht richtig interpretiert werden und in konkreten Handlungsanweisungen für  
72 die Bevölkerung, Einsätzen oder auch Evakuierungen münden. Wichtig ist daher die  
73 Verzahnung unterschiedlicher Fachleute in den Verwaltungen sowie die  
74 Vorbereitung der Kreise und kreisfreien Städte auf möglichen  
75 Katastrophenszenarien. Wir brauchen schnellstmöglich wieder flächendeckend  
76 funktionstüchtige Sirenen und ein System von Warn-Nachrichten auf das Handy  
77 (Cell Broadcasting) zusätzlich zu den bestehenden Warnsystemen. Warnungen müssen  
78 klar und verständlich sein sowie Handlungsanweisungen enthalten.  
79 Selbstverständlich ist der Staat in der Verantwortung, für den Schutz seiner  
80 Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Im Katastrophenfall ist es aber wichtig, dass  
81 die Menschen wissen, wie sie sich am besten verhalten sollen. Deshalb wollen wir  
82 die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung durch innovative Informationskampagnen  
83 stärken.

84 **Hochwasserschutz mit der Natur, nicht gegen sie:** Wir müssen das Wasser in der  
85 Landschaft halten. Denn wo Regen in unversiegelten Böden versickern kann und  
86 Flüsse sich auf unbebaute Gebiete ausdehnen können, werden Hochwasser

87 abgeschwächt. Weder in großflächigen Siedlungs- und Gewerbegebieten noch auf  
88 tief entwässerten Flächen der intensiven Landwirtschaft kann der Boden das  
89 Wasser mehr in ausreichendem Maß aufnehmen und eine Flutwelle so nicht mehr  
90 entscheidend reduzieren. Und wo Häuser zu nah an Gewässern stehen, sind die  
91 Menschen großen Risiken ausgesetzt.

92 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Rahmen ihrer Deregulierungspolitik in  
93 den letzten Jahren zahlreiche Verschlechterungen beschlossen, die am Ende vor  
94 allem das Risiko erneuter Hochwasser und Flutkatastrophen erhöhen könnten. So  
95 soll die Bebauung in Rückhalteflächen wieder erlaubt werden. Das Ziel, den  
96 landesweiten Flächenverbrauch auf 5 ha/Tag zu begrenzen, wurde hingegen aus dem  
97 Landesentwicklungsplan gestrichen. Schwarz-gelb entzieht den Behörden sowohl die  
98 Möglichkeit, risikoreiche Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten zu verhindern  
99 und eine besondere Schutzzone entlang von Gewässern auszuweisen  
100 (Gewässerrandstreifen), als auch ein Vorkaufsrecht von Flächen zugunsten der  
101 naturnahen Gewässerentwicklung auszuüben. Dabei brauchen Land und Kommunen mehr  
102 Kompetenzen, um präventiven Hochwasserschutz zu betreiben, nicht weniger. Wir  
103 werden diese Änderungen wieder rückgängig machen. Zudem geht der Umbau zu  
104 naturnahen Gewässern viel zu langsam voran. Wir wollen die Europäische  
105 Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen und unseren Flüssen wieder mehr Raum  
106 geben. Denn naturnahe Gewässer mit intakten, strukturreichen Auenlandschaften  
107 sind ein wirksamer Beitrag zum Hochwasserschutz.

108 **Technischen Hochwasserschutz stärken:** Ergänzend zu ökologischen Hochwasserschutz  
109 müssen wir auch technische Möglichkeiten nutzen, um kurzfristig Wassermassen von  
110 bewohnten Gebieten fernzuhalten. Das Juli-Hochwasser hat unkontrolliert  
111 Kiesgruben und den Braunkohletagebau geflutet, mit großen Schäden für Mensch und  
112 Natur. Um Siedlungen zu schützen, brauchen wir mehr Möglichkeiten, solche  
113 Rückhaltebecken kontrolliert zu fluten. Deiche und Wälle müssen ertüchtigt  
114 werden.

115 **Klimavorsorge für unsere Städte, Gemeinden und Infrastruktur:** Auch wenn wir  
116 Überschwemmungen nicht allein durch einen besseren Städtebau verhindern können,  
117 so wissen wir doch: Jeder Kubikmeter, der versickert oder kontrolliert abläuft,  
118 kann helfen, das Fass nicht zum Überlaufen zu bringen. Schwammstädte mit  
119 unterirdischen Wasserspeichern und mehr Grünflächen, bepflanzte Dächer und Bäume  
120 in unseren Städten und Dörfern helfen nicht nur, große Wassermassen aufzufangen.  
121 Sie bilden auch einen Vorrat in Hitze- und Dürrephasen und spenden Kühlung. Wir  
122 wollen mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,  
123 insbesondere bei der Klimaanpassung in den Kommunen. Beim Wiederaufbau der  
124 Dörfer und Städte in den Flutgebieten kommt es jetzt darauf an, dass Häuser und  
125 Infrastruktur so gebaut werden, dass sich die Fehler der Vergangenheit nicht  
126 wiederholen und die neue Infrastruktur und neuen Häuserwiderstandsfähiger gegen  
127 die Auswirkungen der Klimakrise und die vermehrt zu erwartenden Katastrophen  
128 werden. Die Flut hat auch zehntausende Heizungen zerstört und die Menschen  
129 müssen jetzt über die Investition in eine neue Heizungsanlage entscheiden. Dazu  
130 brauchen wir klare Förderanreize, damit in der Not eine zerstörte Ölheizung vor  
131 dem Winter nicht einfach nur durch eine neue Ölheizung, sondern z. B. durch eine  
132 klimafreundliche, effiziente Wärmepumpe ersetzt wird.

133 **Private Vorsorge und Absicherung stärken:** Wir wollen Bürger\*innen gezielt  
134 unterstützen, ihre Häuser und Wohnungen widerstandsfähig zu machen. Dafür  
135 braucht es Förderprogramme ähnlich wie bei der ökologischen Gebäudesanierung,

136 flankiert von entsprechenden Beratungsangeboten. Die Versicherung für  
137 Elementarschäden sollte Standard werden.

### 138 **Stärken wir den Katastrophenschutz**

139 Der Katastrophenschutz ist laut Grundgesetz zuallererst Aufgabe der Länder. In  
140 den Ländern sind die Kreise und kreisfreien Städte die zuständigen  
141 Katastrophenschutzbehörden. Die konkrete Koordination und politische  
142 Verantwortung im Krisenstab in einer Großschadenslage oder eine Katastrophe  
143 obliegen zunächst den Oberbürgermeister\*innen oder Landrät\*innen. Das Rückgrat  
144 des Katastrophenschutzes bilden die überwiegend ehrenamtlichen Mitglieder der  
145 Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks.

146 Die dezentrale Organisation ist grundsätzlich sinnvoll, damit Hilfe schnell  
147 überall verfügbar ist und an die lokalen Besonderheiten angepasst werden kann.  
148 Die Akteure leisten großartige Arbeit. Es ist aber offensichtlich, dass beim  
149 Juli-Hochwasser das Zusammenspiel von Bund, Ländern und den Kommunen nicht  
150 ausreichend funktioniert hat. Das Ineinandergreifen des Gesamtsystems muss zur  
151 Rettung von Menschenleben und auch von Eigentum und Infrastruktur besser werden.  
152 Denn bereits mehrere Tage im Voraus hatte das Europäische Hochwasserwarnsystem  
153 (EFAS) vor Starkregen und Überflutungen gewarnt. Die Warnungen wurden aber  
154 offensichtlich nicht überall wahrgenommen, interpretiert und die entsprechenden  
155 Entscheidungen, etwa zur Evakuierung, getroffen. Die Landesregierung kann die  
156 Verantwortung dafür nicht allen auf die Kommunen schieben und auf das  
157 funktionierende Warnsystem verweisen. Auch sie hat es versäumt, die Warnungen  
158 des Deutschen Wetterdienstes inhaltlich zu bewerten und Kontakt zu den Kommunen  
159 aufzunehmen. Das Innenministerium als für den Katastrophenschutz zuständiges  
160 Ministerium hätte Kontakt mit dem Umweltministerium in Fragen des  
161 Hochwasserschutzes, etwa bezüglich der Talsperren, aufnehmen müssen. Die  
162 Landesregierung hat darauf verzichtet, selbst Warnungen auszusprechen und dies  
163 allein den Kommunen überlassen. Es braucht eine gründliche, systematische und  
164 unabhängige Aufarbeitung der Flutkatastrophe, ihrer Ursachen und Folgen und  
165 Vorschläge für notwendige Strukturänderungen.

166 Gleichzeitig sehen wir schon jetzt, dass es an der Zeit ist, angesichts von  
167 großen Unwettern und Pandemien das Katastrophenschutzsystem grundsätzlich  
168 weiterzuentwickeln. Der Grundsatz für die künftige Zusammenarbeit zwischen Bund,  
169 Ländern und Kommunen im Katastrophenschutz muss weiterhin Dezentralität sein –  
170 aber mit einer starken Koordinierung.

171 **Katastrophenschutzbedarfspläne zum Standard machen.** Kommunen müssen sich besser  
172 auf unterschiedliche Katastrophenfälle vorbereiten und dabei von Landesseite  
173 unterstützt werden. Während für die alltägliche Gefahrenabwehr durch die  
174 Feuerwehren bereits in jeder Kommune Bedarfspläne erstellt und politisch  
175 beschlossen werden, ist das beim Katastrophenschutz in den Kreistagen und  
176 Stadträten der kreisfreien Städte noch nicht der Fall. Verpflichtende  
177 Risikoanalysen müssen die Basis für die Planungen der Kreise sein.  
178 Katastrophenschutzbedarfspläne sollen für unterschiedliche  
179 Katastrophenszenarien, wie etwa Hochwasser oder langanhaltende Stromausfälle,  
180 vorplanen. Daraus werden Personal, Ausstattung und finanzieller Bedarf  
181 abgeleitet. Der Plan sollte mindestens alle fünf Jahre politisch beschlossen und  
182 damit eine politische Legitimation und öffentliche Beachtung finden. Wir wollen  
183 das Katastrophenschutzgesetz ändern, um die Katastrophenschutzbedarfspläne  
184 verbindlich einzuführen.

185 **Mehr Kompetenz und Verantwortung auf Landesebene als Unterstützung der Kommunen**

186 Das Land NRW muss die Kommunen besser unterstützen und im Fall größerer  
187 Katastrophen Kompetenzen an sich ziehen können. Kreise und kreisfreie Städte  
188 dürfen in einer solchen Lage nicht allein gelassen werden. Deshalb werden wir  
189 die Möglichkeit des landesweiten Katastrophenfalls gesetzlich festschreiben.  
190 Damit verbunden ist eine Katastrophenschutzplanung für das Land notwendig. Um  
191 die Kompetenzübertragung in einer Katastrophe von den Kreisen und kreisfreien  
192 Städte auf die Landesebene ausführen zu können, muss auf Landesebene die  
193 entsprechende Struktur geschaffen werden. Eine Katastrophenschutzbehörde kann  
194 dafür eine gute Lösung sein.

195 **Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessern:** Das Bundesamt für  
196 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wollen wir zu einer Zentralstelle  
197 umbauen, die eine stärkere koordinierende Funktion ausfüllt. Damit einhergehen  
198 u.a. verpflichtende Meldungen aus den Ländern, um in einer Lage Hilfe, z.B.  
199 Einsatzmittel besser und schneller koordinieren zu können. Das Land NRW muss  
200 seine bisherige Verweigerungshaltung aufgeben und für eine stärkere  
201 Zusammenarbeit von Bund und Ländern sorgen.

202 Schon lange ist klar, dass keine Region in Deutschland vor den Folgen der  
203 Klimakrise verschont bleiben wird. Auch NRW nicht. Die Klimakrise verschiebt die  
204 Risiko-Maßstäbe. Wir werden mit einer Politik der Vorsorge darauf reagieren.

## Beschluss

Schützen wir die Menschen in NRW vor der Klimakrise – vorsorgen, investieren, Katastrophenschutz verbessern

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 21.08.2021

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

## Antragstext

1 Noch immer ist das Ausmaß der Schäden der verheerenden Flutkatastrophe vom 14.  
2 Juli 2021 nicht komplett erfasst. Vor allem der Verlust von Menschenleben  
3 berührt uns tief. Durch das Hochwasser haben in Nordrhein-Westfalen nach  
4 aktuellem Stand 47 Menschen ihr Leben verloren, darunter auch vier  
5 Feuerwehrleute. Bundesweit waren es mindestens 180 und immer noch werden  
6 Menschen in Rheinland-Pfalz vermisst. Bei ihnen sind unsere Gedanken, ihren  
7 Angehörigen und Freund\*innen gilt unsere Anteilnahme.

8 Gleichzeitig rollt eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität durch unser  
9 Land. Unser Dank gilt den ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräften sowie den  
10 unzähligen spontanen Helfenden, die seit dem 14. Juli fast pausenlos im Einsatz  
11 sind.

12 Viele Menschen in NRW stehen wortwörtlich vor den Trümmern ihrer Existenz. Den  
13 Wassermassen sind ganze Straßenzüge zum Opfer gefallen. Viele Brücken und  
14 Schienenstränge sind komplett zerstört. Die öffentliche Infrastruktur in den  
15 betroffenen Kommunen ist unter Schlamm, Schutt und Geröll begraben. Über 100  
16 Schulen und Kitas sind durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen worden.  
17 Schlamm und Umweltgifte belasten Landschaften und Gewässer.

18 Die Flut und ihre Folgen werden das Leben vieler Familien noch lange belasten.  
19 Der Wiederaufbau wird immens viel Geld und noch mehr Zeit kosten. Es ist gut,  
20 dass mit den Soforthilfen schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet wird. Diese  
21 muss nun auch wirklich bei den betroffenen Menschen, den Kommunen und Betrieben  
22 ankommen. Wir GRÜNE werden diesen Weg nach Kräften unterstützen.

23 Ein Tag wie der 14. Juli ändert für die Menschen in den Flutregionen alles. Und  
24 er mahnt uns alle: **Wir brauchen sofort mehr Anstrengungen im Klimaschutz.** Denn  
25 wir wissen, dass durch die Klimakrise Starkregen, Fluten ebenso wie extreme  
26 Hitze, Dürren, Waldbrände und Stürme zunehmen. NRW steht als Industrieland und  
27 als Kohleland in besonderer Verantwortung, seinen Beitrag zu leisten – nicht  
28 zuletzt zum Schutz der eigenen Bevölkerung. Längst geht es nicht mehr darum, zum  
29 Status von vor zwanzig Jahren zurückzukehren, sondern eine unkontrollierbare  
30 Verschärfung der Klimakrise abzuwenden, damit „Jahrhundertflut“, „-sturm“ oder  
31 „-dürre“ nicht im Dreijahrestakt kommen. **Deshalb unterstützen wir GRÜNE NRW**  
32 **entschieden ein Klimaschutzsofortprogramm einer neuen Bundesregierung.** Für NRW  
33 bedeutet mehr Klimaschutz konkret, endlich deutlich mehr Landesflächen für  
34 Windenergie auszuweisen, Solar zum Standard auf unseren Dächern zu machen, die  
35 Kohleverstromung bis 2030 zu beenden und die Grundlagen zu schaffen, damit auch  
36 die Dörfer im Rheinischen Revier erhalten bleibenerhalten werden können. Hier

37 ist auch die Landesregierung mit konkreten Handlungen, z.B. beim Abstand von  
38 Windrädern, in der Verpflichtung. Wie kaum ein anderes Land wird NRW von einem  
39 „Klimapakt“ profitieren, der unserer energieintensiven Industrie Sicherheit im  
40 Wandel und dem Handwerk Aufträge durch Investitionen gibt – und bei dem das  
41 Energiegeld vor allem Menschen mit geringeren und mittleren Einkommen bei der  
42 Umstellung auf klimaneutrales Leben unterstützt.

43 Nicht jede Naturkatastrophe ist eine unmittelbare Folge der Erderhitzung.  
44 Starkregen, heiße Sommer, Waldbrände und Sturmfluten gab es auch in der  
45 Vergangenheit. Aber die Heftigkeit, die Anzahl und die schnelle Abfolge der  
46 Extremwetterereignisse sind ein untrüglicher Indikator dafür, dass die  
47 Klimakrise längst da ist, vor unserer Haustür. Es gibt es kein Zurück mehr zum  
48 alten Klima. **Deshalb ist die Anpassung an den Klimawandel so wichtig.** Um Mensch  
49 und Umwelt in NRW vor der Klimakrise zu schützen, müssen wir Vorsorge betreiben  
50 und unsere Art und Weise überdenken, wie wir Häuser und Städte bauen. Der  
51 Wiederaufbau der Verkehrsinfrastruktur muss genutzt werden, klimaverträgliche  
52 Mobilität zu stärken; der Ausbau von Radwegenetz und Schiene soll bevorzugt  
53 werden. Wir müssen der Natur mehr Raum geben und unser Verhältnis zur Natur neu  
54 bestimmen. Und nicht zuletzt stehen wir in der Pflicht, unseren  
55 Katastrophenschutz deutlich zu verbessern, um Menschenleben bei solchen  
56 schrecklichen Ereignissen zu schützen.

57 Im Mittelpunkt steht für uns dabei die **Vorsorge als Leitprinzip von Politik.** Das  
58 fällt nicht immer leicht, weil Investitionen und Vorkehrungen getroffen werden,  
59 von denen unmittelbar niemand zu profitieren scheint, die aber in der Zukunft  
60 großen Schaden abwenden können. Das erzeugt auch politische und wirtschaftliche  
61 Zielkonflikte, etwa um die Nutzung von Flächen. Diese anzugehen und politische  
62 Lösungen zu finden, ist alles andere als leicht – aber es ist unser Auftrag.

### 63 **Stärken wir den Hochwasserschutz und geben der** 64 **Natur mehr Raum**

65 Um für künftige Starkregen und Überschwemmungen besser gewappnet zu sein,  
66 intensiveren wir den Hochwasserschutz. Dafür setzen wir auf bessere  
67 Risikobewertungen, verstärken den technischen Hochwasserschutz und bieten der  
68 Natur mehr Raum, damit sie zusätzliches Wasser aufnehmen kann, ohne Menschen zu  
69 gefährden.

70 **Hochwasserrisiken besser einschätzen und Warnsystem ausbauen:** Hochwasserrisiken  
71 wollen wir im gesamten Land neu bewerten. Denn die Klimakrise verändert die  
72 Maßstäbe. Vielerorts haben die Wassermassen und Pegelstände alle Szenarien  
73 übertroffen. Wir setzen uns daher für eine Überarbeitung der  
74 Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten sowie eine Ausdehnung auch  
75 auf kleinere Fließgewässer durch das Land ein. Zudem wollen wir die Kommunen bei  
76 der Erstellung von Starkregen-Gefahrenkarten stärker unterstützen. Als Grundlage  
77 für bessere Risikobewertungen und Warnung der Bevölkerung setzen wir uns für die  
78 Entwicklung und Einführung flächendeckender, dynamischer Niederschlags-Abfluss-  
79 Modelle und -Prognosen zur Vorhersage von Überflutungen bei Starkregen ein.  
80 Dafür wollen wir auch die Potenziale der Digitalisierung nutzen.  
81 Die beste Risikoberechnungen und Warnungen helfen aber nichts, wenn sie nicht  
82 richtig interpretiert werden und in konkreten Handlungsanweisungen für die  
83 Bevölkerung, Einsätzen oder auch Evakuierungen münden. Wichtig ist daher die  
84 Verzahnung unterschiedlicher Fachleute in den Verwaltungen sowie die  
85 Vorbereitung der Kreise und kreisfreien Städte auf möglichen  
86 Katastrophenszenarien. Wir brauchen schnellstmöglich wieder flächendeckend

87 funktionstüchtige Sirenen und ein System von Warn-Nachrichten auf das Handy  
88 (Cell Broadcasting) zusätzlich zu den bestehenden Warnsystemen. Warnungen müssen  
89 klar und verständlich sein sowie Handlungsanweisungen enthalten.  
90 Selbstverständlich ist der Staat in der Verantwortung, für den Schutz seiner  
91 Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Im Katastrophenfall ist es aber wichtig, dass  
92 die Menschen wissen, wie sie sich am besten verhalten sollen. Deshalb wollen wir  
93 die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung durch innovative Informationskampagnen  
94 stärken.

95 **Hochwasserschutz mit der Natur, nicht gegen sie:** Wir müssen das Wasser in der  
96 Landschaft halten. Denn wo Regen in unversiegelten Böden versickern kann und  
97 Flüsse sich auf unbebaute Gebiete ausdehnen können, werden Hochwasser  
98 abgeschwächt. Weder in großflächigen Siedlungs- und Gewerbegebieten noch auf  
99 tief entwässerten oder verdichteten Flächen der intensiven Landwirtschaft kann  
100 der Boden das Wasser mehr in ausreichendem Maß aufnehmen und eine Flutwelle so  
101 nicht mehr entscheidend reduzieren. Und wo Häuser zu nah an Gewässern oder an  
102 Hängen stehen, sind die Menschen großen Risiken ausgesetzt.

103 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Rahmen ihrer Deregulierungspolitik in  
104 den letzten Jahren zahlreiche Verschlechterungen beschlossen, die am Ende vor  
105 allem das Risiko erneuter Hochwasser und Flutkatastrophen erhöhen könnten. So  
106 soll die Bebauung in Rückhalteflächen wieder erlaubt werden. Das Ziel, den  
107 landesweiten Flächenverbrauch auf 5 ha/Tag zu begrenzen, wurde hingegen aus dem  
108 Landesentwicklungsplan gestrichen. Schwarz-gelb entzieht den Behörden sowohl die  
109 Möglichkeit, risikoreiche Bauvorhaben in Überschwemmungsgebieten zu verhindern  
110 und eine besondere Schutzzone entlang von Gewässern auszuweisen  
111 (Gewässerrandstreifen), als auch ein Vorkaufsrecht von Flächen zugunsten der  
112 naturnahen Gewässerentwicklung auszuüben. Dabei brauchen Land und Kommunen mehr  
113 Kompetenzen, um präventiven Hochwasserschutz zu betreiben, nicht weniger. Wir  
114 werden diese Änderungen wieder rückgängig machen. Zudem geht der Umbau zu  
115 naturnahen Gewässern viel zu langsam voran. Wir wollen die Europäische  
116 Wasserrahmenrichtlinie konsequent umsetzen und unseren Flüssen wieder mehr Raum  
117 geben. Denn naturnahe Gewässer mit intakten, strukturreichen Auenlandschaften  
118 sind ein wirksamer Beitrag zum Hochwasserschutz.

119 **Technischen Hochwasserschutz stärken:** Ergänzend zu ökologischen Hochwasserschutz  
120 müssen wir auch technische Möglichkeiten nutzen, um kurzfristig Wassermassen von  
121 bewohnten Gebieten fernzuhalten. Das Juli-Hochwasser hat unkontrolliert  
122 Kiesgruben und den Braunkohletagebau geflutet, mit großen Schäden für Mensch und  
123 Natur. Um Siedlungen zu schützen, brauchen wir mehr Möglichkeiten,  
124 Rückhaltebecken und Überflutungsflächen zu schaffen und bei Gefahr kontrolliert  
125 zu fluten. Deiche und Wälle müssen ertüchtigt werden.

126 **Klimavorsorge für unsere Städte, Gemeinden und Infrastruktur:** Auch wenn wir  
127 Überschwemmungen nicht allein durch einen besseren Städtebau verhindern können,  
128 so wissen wir doch: Jeder Kubikmeter, der versickert oder kontrolliert abläuft,  
129 kann helfen, das Fass nicht zum Überlaufen zu bringen. Schwammstädte mit  
130 unterirdischen Wasserspeichern und mehr Grünflächen, bepflanzte Dächer und Bäume  
131 in unseren Städten und Dörfern helfen nicht nur, große Wassermassen aufzufangen.  
132 Sie bilden auch einen Vorrat in Hitze- und Dürrephasen und spenden Kühlung. Wir  
133 wollen mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,  
134 insbesondere bei der Klimaanpassung in den Kommunen.

135 Beim Wiederaufbau der Dörfer und Städte in den Flutgebieten kommt es jetzt  
136 darauf an, dass Häuser und Infrastruktur so gebaut werden, dass sich die Fehler  
137 der Vergangenheit nicht wiederholen und die neue Infrastruktur und neuen  
138 Häuserwiderstandsfähiger gegen die Auswirkungen der Klimakrise und die vermehrt  
139 zu erwartenden Katastrophen werden. Mit einem solchen „Neu-Aufbau“ müssen für  
140 die Bevölkerung und die Kommunen, wo es geht, Mehrwerte geschaffen werden: Neue  
141 Brücken über Bäche mit größeren Durchlässen versehen, Deiche zurückverlegen,  
142 Alternativstandorte für eventuell aufzugebende private Gebäude an Gewässern  
143 ausweisen, neue Straßen direkt mit Radwegen ausstatten, beim Aufbau der  
144 Bahnstrecken den Ausbau und Elektrifizierung mitdenken, Schulen mit der nötigen  
145 OGS-Mensa wiederaufbauen, neue Sporthallen direkt mit höchstem  
146 Energieeffizienzstandard bauen etc. Planung und Finanzierung dieses  
147 zukunftsweisenden Neu-Aufbaus müssen unbürokratisch möglich sein. Es darf keinen  
148 Planungs-, Finanzierungs- und Förderungs-Dschungel geben, wenn besser aufgebaut  
149 wird, als es zuvor war. Das Bedürfnis nach schneller Rückkehr zur Normalität  
150 trifft also auf die Notwendigkeit, die Mittel jetzt zukunftsgerichtet einzusetzen.  
151 Um beides in Einklang zu bringen plädieren wir GRÜNE and der Seite der  
152 kommunalen Spitzenverbände für die Prüfung eines Sondergesetzes, das  
153 Klimaanpassung und Klimaschutz beim Neu-Aufbau gezielt stärkt und  
154 Vereinfachungen und Beschleunigungen bei Planungs- und Vergaberecht in den  
155 betroffenen Kommunen festschreibt. Sowohl Kommunen wie auch Private und  
156 Unternehmen brauchen wirklich unbürokratischen Zugang zu den Finanzhilfen und  
157 weitere Unterstützung.

158 Die Flut hat auch zehntausende Heizungen zerstört und die Menschen müssen jetzt  
159 über die Investition in eine neue Heizungsanlage entscheiden. Dazu brauchen wir  
160 klare Förderanreize, damit in der Not eine zerstörte Ölheizung vor dem Winter  
161 nicht einfach nur durch eine neue Ölheizung, sondern z. B. durch eine  
162 klimafreundliche, effiziente Wärmepumpe ersetzt wird.

163 **Vorsorge und Absicherung stärken:** Wir wollen Bürger\*innen gezielt unterstützen,  
164 ihre Häuser und Wohnungen widerstandsfähig zu machen. Dafür braucht es  
165 Förderprogramme ähnlich wie bei der ökologischen Gebäudesanierung, flankiert von  
166 entsprechenden Beratungsangeboten. Wir wollen uns auf Bundesebene dafür  
167 einsetzen, dass eine Versicherung von Elementarschäden Standard für alle wird.

## 168 **Stärken wir den Katastrophenschutz**

169 Der Katastrophenschutz ist laut Grundgesetz zuallererst Aufgabe der Länder. In  
170 den Ländern sind die Kreise und kreisfreien Städte die zuständigen  
171 Katastrophenschutzbehörden. Die konkrete Koordination und politische  
172 Verantwortung im Krisenstab in einer Großschadenslage oder eine Katastrophe  
173 obliegen zunächst den Oberbürgermeister\*innen oder Landrät\*innen. Das Rückgrat  
174 des Katastrophenschutzes bilden die überwiegend ehrenamtlichen Mitglieder der  
175 Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks.

176 Die dezentrale Organisation ist grundsätzlich sinnvoll, damit Hilfe schnell  
177 überall verfügbar ist und an die lokalen Besonderheiten angepasst werden kann.  
178 Die Akteure leisten großartige Arbeit. Es ist aber offensichtlich, dass beim  
179 Juli-Hochwasser das Zusammenspiel von Bund, Ländern und den Kommunen nicht  
180 ausreichend funktioniert hat. Das Ineinandergreifen des Gesamtsystems muss zur  
181 Rettung von Menschenleben und auch von Eigentum und Infrastruktur besser werden.  
182 Denn bereits mehrere Tage im Voraus hatte das Europäische Hochwasserwarnsystem  
183 (EFAS) vor Starkregen und Überflutungen gewarnt. Die Warnungen wurden aber  
184 offensichtlich nicht überall wahrgenommen, interpretiert und die entsprechenden



185 Entscheidungen, etwa zur Evakuierung, getroffen. Die Landesregierung kann die  
186 Verantwortung dafür nicht allen auf die Kommunen schieben und auf das  
187 funktionierende Warnsystem verweisen. Auch sie hat es versäumt, die Warnungen  
188 des Deutschen Wetterdienstes inhaltlich zu bewerten und Kontakt zu den Kommunen  
189 aufzunehmen. Das Innenministerium als für den Katastrophenschutz zuständiges  
190 Ministerium hätte Kontakt mit dem Umweltministerium in Fragen des  
191 Hochwasserschutzes, etwa bezüglich der Talsperren, aufnehmen müssen. Die  
192 Landesregierung hat darauf verzichtet, selbst Warnungen auszusprechen und dies  
193 allein den Kommunen überlassen. Es braucht eine gründliche, systematische und  
194 unabhängige Aufarbeitung der Flutkatastrophe, ihrer Ursachen und Folgen und  
195 Vorschläge für notwendige Strukturänderungen.

196 Gleichzeitig sehen wir schon jetzt, dass es an der Zeit ist, angesichts von  
197 großen Unwettern und Pandemien das Katastrophenschutzsystem grundsätzlich  
198 weiterzuentwickeln. Der Grundsatz für die künftige Zusammenarbeit zwischen Bund,  
199 Ländern und Kommunen im Katastrophenschutz muss weiterhin Dezentralität sein –  
200 aber mit einer starken Koordinierung. Ebenso muss die Notwendigkeit zur  
201 Vorbereitung auf absehbare Katastrophenlagen rechtlich stärker betont und die  
202 damit einhergehenden Kompetenzen auf den verschiedenen Ebenen eindeutig  
203 definiert werden.

204 **Katastrophenschutzbedarfspläne zum Standard machen.** Kommunen müssen sich besser  
205 auf unterschiedliche Katastrophenfälle vorbereiten und dabei von Landesseite  
206 unterstützt werden. Während für die alltägliche Gefahrenabwehr durch die  
207 Feuerwehren bereits in jeder Kommune Bedarfspläne erstellt und politisch  
208 beschlossen werden, ist das beim Katastrophenschutz in den Kreistagen und  
209 Stadträten der kreisfreien Städte noch nicht der Fall. Verpflichtende  
210 Risikoanalysen müssen die Basis für die Planungen der Kreise sein.  
211 Katastrophenschutzbedarfspläne sollen für unterschiedliche  
212 Katastrophenszenarien, wie etwa Hochwasser oder langanhaltende Stromausfälle,  
213 vorplanen. Daraus werden Personal, Ausstattung und finanzieller Bedarf  
214 abgeleitet. Der Plan sollte mindestens alle fünf Jahre politisch beschlossen und  
215 damit eine politische Legitimation und öffentliche Beachtung finden. Wir wollen  
216 das Katastrophenschutzgesetz ändern, um die Katastrophenschutzbedarfspläne  
217 verbindlich einzuführen.

218 **Mehr Kompetenz und Verantwortung auf Landesebene als Unterstützung der Kommunen**  
219 Das Land NRW muss die Kommunen besser unterstützen und im Fall größerer  
220 Katastrophen Kompetenzen an sich ziehen können. Kreise und kreisfreie Städte  
221 dürfen in einer solchen Lage nicht allein gelassen werden. Deshalb werden wir  
222 die Möglichkeit des landesweiten Katastrophenfalls gesetzlich festschreiben.  
223 Damit verbunden ist eine Katastrophenschutzplanung für das Land notwendig. Um  
224 die Kompetenzübertragung in einer Katastrophe von den Kreisen und kreisfreien  
225 Städte auf die Landesebene ausführen zu können, muss auf Landesebene die  
226 entsprechende Struktur geschaffen werden. Eine Katastrophenschutzbehörde kann  
227 dafür eine gute Lösung sein.

228 **Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessern:** Das Bundesamt für  
229 Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wollen wir zu einer Zentralstelle  
230 umbauen, die eine stärkere koordinierende Funktion ausfüllt. Damit einhergehen  
231 u.a. verpflichtende Meldungen aus den Ländern, um in einer Lage Hilfe, z.B.  
232 Einsatzmittel besser und schneller koordinieren zu können. Das Land NRW muss  
233 seine bisherige Verweigerungshaltung aufgeben und für eine stärkere  
234 Zusammenarbeit von Bund und Ländern sorgen.

235 Schon lange ist klar, dass keine Region in Deutschland vor den Folgen der  
236 Klimakrise verschont bleiben wird. Auch NRW nicht. Die Klimakrise verschiebt die  
237 Risiko-Maßstäbe. Wir werden mit einer Politik der Vorsorge darauf reagieren.